

Herausgegeben von  
MARTIN EHRENHAUSER

# Mehr Mut, Bürger!

Projektleiter:  
Robert Sabitzer

Mitarbeit:  
Alexander Sander

Kontakt:  
[www.ehrenhauser.at](http://www.ehrenhauser.at)

*Für eine bessere Lesbarkeit haben wir auf Gender-spezifische Formulierungen wie Autor/innen und Bürger/innen verzichtet. Natürlich sind immer Damen und Herren gleichermaßen gemeint.*

ISBN 978-3-9502853-2-1

© Mag. Martin Ehrenhauser, MBA,  
fraktionsfreies Mitglied des Europäischen Parlaments,  
Brüssel 2011.

Dieses Buchprojekt wurde aus dem Haushalt des Europäischen Parlaments finanziert.

Die hierin vertretenen Auffassungen sind die der unabhängigen Autoren und geben nicht unbedingt den offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments oder des Herausgebers wieder.

# Das Inhaltsverzeichnis

Martin Ehrenhauser

Das Vorwort ..... 7

Josef Germ

Braucht Demokratie Bürgerinitiative(n)? ..... 9

Welche Interessen vertreten die gewählten Repräsentanten in unserer Demokratie? Welche rechtlichen Möglichkeiten haben die Bürger neben dem Gang zur Wahlurne, politische Entscheidungen zu beeinflussen und zu verändern?“

Bernd Lötsch

Bürgerferne als Demokratieproblem der Europapolitik? ..... 23

Der Appell des europaweit bekannten und geachteten Naturschützers Prof. Dr. Bernd Lötsch für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Mit vielen Beweisen dafür, dass sich die Direkte Demokratie als heilsame Erweiterung der Repräsentativen Demokratie erwiesen und bewährt hat.

Gerald Grüner

Geheimakte Schweiz ..... 33

Die Geschichte eines Landes, weit, weit weg von der Demokratie in der EU. Besuchen Sie die Bürgerversammlung einer Schweizer Gemeinde und erleben Sie hautnah mit, wie direkte Demokratie in der Schweiz funktioniert und auch bei uns funktionieren könnte. Ein Beispiel, welches deutlich zeigt, in welcher Scheindemokratie wir im restlichen Europa eigentlich leben.

Herta Wessely

Hände weg vom Bacherpark ..... 47

Wie durch eine Zeltbesetzung im Winter 2006 der Bau einer Tiefgarage unter einem Park im 5. Wiener Gemeindebezirk verhindert wurde. Warum das Verhalten der verantwortlichen Politiker mit ein Grund für die spätere Gründung von Aktion21- pro Bürgerbeteiligung war. Motto: Wehrt Euch!

Günther Hoppenberger

Ein Geldzyklus geht zu Ende ..... 55

Eine allgemein verständliche Enthüllung darüber, warum es uns nie möglich sein wird, die Schulden zu begleichen, sondern diese im derzeitigen Geldsystem immer weiter wachsen müssen. Wie wir und die Politik uns verhalten müssen, um einen Zusammenbruch der europäischen Gesellschaft, sowie Panik und Kriege zu vermeiden, wenn das Finanzsystem kollabiert, was unausweichlich passieren wird, wenn man das Geldsystem in der EU nicht sofort reformiert.

Martin Ehrenhauser

Für ein Ende der Oligarchie der Gläubiger ..... 65

Die Bürger haben ihre Funktion als Souverän verloren. Die Politik agiert nur noch im Interesse von wenigen Vermögenden. Martin Ehrenhauser zeigt in seinem Beitrag den Weg aus der Krise.

Helmut Hofmann

**Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung ..... 71**

Gemeinsam sind wir stärker. Wie sich verschiedene Wiener Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben um die repräsentative Demokratie aus der Sackgasse zu führen. Zwischenzeitlich läuft eine bundesweite Vernetzung. Die Plattform soll künftig jedem interessierten Bürger offen stehen und es entsteht eine Bewegung, welche die Politik künftig nachhaltig beeinflussen kann.

Bernd Lötsch und Gernot Neuwirth

**Direkte Demokratie – historischer Abriss seit den 70er Jahren ..... 77**

Im Beitrag von Gernot Neuwirth und Bernd Lötsch belegt eine Zeittafel einige Höhepunkte der Direkten Demokratie als heilsame Erweiterung repräsentativ demokratischer Politik auf innerösterreichischer Ebene. In authentischen Berichten werden die spannenden und wegweisenden Begebenheiten rund um das verhinderte Atomkraftwerk Zwentendorf ebenso eindrucksvoll in Erinnerung gerufen, wie der Kampf um die Hainburger Au und weitere Meilensteine erfolgreicher Bürgerproteste.

Josef Germ

**Sitzstreik gegen Verkehrshölle ..... 97**

Warum und wie sich eine Bürgerinitiative als Pionierleistung formiert und mit Hilfe des ersten Sitzstreiks in Österreich auch den verantwortlichen Politikern die Untragbarkeit der Situation mit Nachdruck bewusst gemacht hat

Reingard Hofbauer

**Kirchenallee gerettet – wo ein Wille, auch ein Weg ..... 105**

Einige Beamte wollten mit Hilfe des § 69 der Bauordnung den Denkmalschutz und das Bauverbot in einer ausgewiesenen Grünfläche im Arsenal Wien umgehen. Im Interesse der Telekom und gegen das Interesse der betroffenen Bürger. Diese empörten sich, mobilisierten und bekämpften erfolgreich diese politische Fehlentscheidung

Günter Hoppenberger

**Wirtschaften ohne Geldnot? ..... 113**

Die Abflüsse der Geldströme aus strukturschwachen Regionen, lassen Regio-Geld-Initiativen und Tauschringe immer attraktiver erscheinen. Sind das gangbare Wege, oder Notlösungen in Krisenzeiten? Ein Aufruf an Politik und Bevölkerung, sich mit den Mechanismen des Geldes auseinander zu setzen.

Elisabeth Sabler

**Die Macht des Einzelnen ..... 127**

Es geht um unsere Gesundheit. Wenn die EU Politiker der Gentechnik keinen Riegel vorschieben, dann müssen wir es selbst tun. Die Geschichte, wie trotz des allgemeinen Drucks von Gentechnikkonzernen und der weitgehenden Ignoranz von Politik und Medien, die Eier in allen großen Supermärkten Österreichs im Jahr 2010 Gentechnik frei wurden. Ganz ohne Unterstützung der Politik! Ganz ohne begleitendes Verbotsgesetz! Und trotz der unverständlichen EU-Zulassungen!

Viktor Zdrachal

**Save our Sofie – SOS Denkmalschutz ..... 137**

Geschickte Taktik, hohes Engagement und Ausdauer führen auch gegen Spekulanten und uneinsichtige Politiker zum Erfolg. Wie eine Gruppe beherzter Denkmalschützer den Abriss eines historischen Gebäudes und die Vernichtung von Kulturgut verhindern konnte.

Alexander Sander

**Europäische Datenorgie ..... 153**

Es geht um die Sucht der Behörden nach den Daten aller Flugpassagiere. Was die Fluggastdatenspeicherung für uns Bürger bedeutet und wie sich eine europäische Bewegung dem entgegen stellt.

Michael Jungwirth

**Heiligenstädter Rebellen kämpfen um die Hohe Warte ..... 159**

Der lange Kampf unerschrockener Bürger gegen eine Phalanx aus Politik, Immobilienspekulanten und einflussreichen Bauherren. Wie eine engagierte Gruppe alteingesessener Grätzlerbewohner die schon beschlossene Teilverbauung eines erhaltenswerten Sportgeländes im 19. Wiener Gemeindebezirk erfolgreich verhindert hat.

Thomas Palfinger

**Wählen, eine demokratische Alternative? ..... 171**

Viele Bürger sind mit den Entscheidungen unserer Politiker und politischen Parteien nicht einverstanden. Aus Protest gehen sie gar nicht mehr wählen oder wählen ungültig. Was macht mehr Sinn? Nicht wählen gehen oder ungültig wählen. Was verändert das bei den Politikern?

Hubert Weißnegger

**Wer aufgibt, hat schon verloren ..... 181**

Drei spannende, aber auch erfrischende Beispiele politischer Beteiligung eines einfachen Bürgers, der sich sein Leben lang gegen Bürokratie aktiv gewehrt und sich für mehr Bürgerbeteiligung eingesetzt hat. Ob für Hainburg, für die Einführung von 1- und 2 Euro Banknoten oder für die Ausübung eines Säntendienstes. Hubert Weißnegger zeigt, wie es anders gehen kann.

Herta Wessely

**Wie gegen alle Widerstände der Ruhe- und Sinnesgarten entstand 197**

Von persönlicher Betroffenheit zum Engagement

Wie durch das Engagement einiger Betroffener zunächst die Verbauung einer kleinen Grünfläche verhindert wurde und wie durch weiteren Einsatz dann eine Grünoase im dichtestverbauten Stadtgebiet entstand. Motto: Engagiert Euch!

Doris Kittler und Matthias Heckmann

**Wehren wir uns – Es lohnt sich ..... 205**

Seit Jahren wehren sich engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Kreativität und Humor gegen Verbauungen im barocken und denkmalgeschützten Augarten. Sie wollen nicht einsehen, dass eine der wenigen öffentlichen Grünoasen Wiens einem privaten Konzertsaal geopfert werden soll und gehen dafür auf die „Barockaden“.

Viktor Zdrachal

**Freie Fotografie für freie Bürger ..... 215**

In Österreich gelten Fotografen als Handwerksmeister, künstlerische Fotografen sind stark eingeschränkt. Ausländische Fotografen haben in Österreich faktisch von Rechts wegen Berufsverbot, obwohl EU Gesetze und Richtlinien eigentlich etwas anderes vorschreiben.

Helmut Hofmann

**Wurzelbehandlung mit Hindernissen ..... 223**

Ein Naturdenkmal soll einer unnötigen Garage wegen gefährdet werden. Bürger, die sich dagegen wehren, sollten über den Tisch gezogen werden, nur weil es einige politische Verantwortliche so wollen. Der spannende Kampf einer engagierten Gruppe von Bürgern, die sich nicht für dumm verkaufen lassen wollten und letztendlich der Vernunft zum Sieg verholpen haben

**Das Abkürzungsverzeichnis ..... 237**

**Das Autorenverzeichnis ..... 239**

## Das Vorwort

Immer mehr Menschen zweifeln an der Integrität und den Einflussmöglichkeiten der Politik. Bedauerlicherweise jedoch zu Recht: Denn durch ein verzinstantes Schuldgeldsystem liegt die eigentliche Entscheidungsmacht über Erfolg oder Misserfolg der Politik im Einflussbereich von Geschäftsbanken. Eine starre Verflechtung zwischen Politik, Banken und Großindustrie verzögert notwendige Reformen oder macht diese gar unmöglich. Darüber hinaus ist die demokratische Legitimationskette in Europa bis auf die letzte Nuance überspannt. Parlamentarische Rechte werden zunehmend beschnitten, oder erst gar nicht eingeführt. Bürgerbeteiligung nur noch zugelassen, wenn die Meinungsumfragen das von den Politikern gewünschte Ergebnis garantieren. Hinzu kommt eine systemische Korruption, die sich in weiten Teilen der politischen Kultur breit gemacht hat und für deren Bekämpfung Mut und politischer Wille fehlt.

Dieser Zustand Europas führt verstärkt zu Unmut bei den Bürgern und äußert sich in rückläufiger Wahlbeteiligung, sinkender Mitgliederzahl bei den herkömmlichen Parteien und schlussendlich in immer mehr und radikaleren Protesten. Die Politiker beantworten die Unzufriedenheit der Bürger nicht mit Selbstreflexion und einer politischen Kehrtwende, sondern mit polizeistaatlichen Maßnahmen und Repression. Der Staat demonstriert damit Macht gegenüber dem eigentlichen Souverän und Unterwürfigkeit gegenüber wenigen Vermögenden.

Eine solche Situation, in der die Notwendigkeit für Reformen so eklatant ist, der Wille der Bürger dafür derartig groß ist, die Politik jedoch still steht oder die Interessen von Wenigen verteidigt werden, ist eine große Chance und eine enorme Herausforderung für die Zivilgesellschaft. Also für Bürger, die abseits von Staat und Wirtschaft moralische Kritik an Politik, Finanzwirtschaft und Großunternehmen üben und mit konkreten Kampagnen, Demonstrationen, Streiks und gar mit zivilem Ungehorsam Reformdruck aufbauen.

Der ehemalige tschechische Präsident und Schriftsteller Václav Havel schrieb einmal, die Zivilgesellschaft sei die „Macht der Machtlosen.“ Das mag stimmen. Doch immer mehr Bürger suchen nach politischen und alternativen Beteiligungsmöglichkeiten. Auch, weil der Weg über die Parteien für viele Anliegen bereits unmöglich geworden ist. Und je größer der Unmut wird und je höher die Anzahl der Bürger die sich für gemeinsame politische Forderungen zusammen finden, desto größer ist die „Macht der Machtlosen“ und ihre Chance politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Autoren dieses Buches haben bewiesen, dass sie als aktive Mitglieder ein wichtiger Teil der Zivilgesellschaft sind. Sie haben mit sehr unterschiedlichen Projekten gezeigt, dass man durch Engagement und Einsatz Erfolg haben kann. Ihre Beiträge sind eine Anleitung für Bürgerbeteiligung in Europa und geben weiteren Menschen hoffentlich Mut sich politisch zu engagieren. Denn nur eine neue politische Bewegung in Europa, die aus der Zivilgesellschaft herauswächst, wird den Menschen neues Vertrauen in die Politik schenken. Nur eine neue Bewegung, die abseits von menschenfeindlichen Hassparolen agiert, kann mit starkem Willen die Unabhängigkeit der Politik gegenüber den „Märkten“ und die Funktion der Bürger als Souverän zurückerobern. In diesem Sinne: Nur Mut, Bürger!

Mag. Martin Ehrenhauser, MBA

Unabhängiges Mitglied des Europäischen Parlaments

# **Braucht Demokratie Bürgerinitiative(n)?**

Von Josef Germ

Die Demokratie, um deren Verwirklichung im Laufe der Geschichte gekämpft und für deren Verbreitung auch heute Kriege geführt und Revolutionen gestartet werden, kommt nicht nur als Begriff aus der griechischen Antike. Demos bedeutet „Volk“ und „kratein“ herrschen; Demokratie heißt demnach „Volksherrschaft“. Inhaltlich waren es in der griechischen Polis aber nur ein eher kleiner Teil der Bevölkerung, im Wesentlichen die wehrfähigen Männer, die zu bestimmen hatten, welchen Kurs das Gemeinwesen nimmt.

## **Demokratie als Verfassungsprogramm**

Wie schaut es heute diesbezüglich bei uns in Österreich ideal- bzw. realtypisch aus?

Jedenfalls seit 1920 gilt der Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG), der folgenden Wortlaut hat: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Der schon im Wort „demokratisch“ enthaltene programmatische Grundsatz der Volksherrschaft wird durch den zweiten Satz, der das Volk als einzige Rechtsquelle nennt, noch verstärkt. Nach Artikel 18 Absatz 1 B-VG darf die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden. Wenn demnach die Quelle des Rechts, das Volk, die Grundlage des gesamten staatlichen Verwaltens ist, herrscht also letztlich das Volk. Ist da noch Bürgerinitiative notwendig bzw. ein Platz für die Mehrzahl dieses Begriffes, die Bürgerinitiativen? Diese stellen ja jedenfalls dann, wenn es gegen gesetzliche Vorgaben geht, den Willen des Volkes in Frage? Handelt es sich bei Personen, die für so etwas engagiert sind, vielleicht nur um aufrührerische Außenseiter und Querulanten?

## **Wie weit wirkt das Volk an der Rechtserzeugung tatsächlich mit?**

Um zu einer halbwegs fundierten Aussage dazu zu kommen, ist es geboten, vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung die Rechtslage auf Verfassungsebene auch unter Berücksichtigung der Realverfassung (das ist das, was wirklich Praxis ist) zu betrachten. Die ‚Volksherrschaft‘ trat fast immer an die Stelle von Staatssystemen, die vom Gegensatz zwischen Herrscher und Untertanen (Beherrschten) geprägt waren. Der nur von Gott (was immer man darunter versteht) abhängige Herrscher konnte relativ unreflektiert seine Vorstellungen in die Realität umsetzen lassen. Schriftliche Gesetze zügelten zwar die Willkür der Vollzugsorgane, banden aber nicht den Herrscher, der „legibus solutus“ war. Vor diesem Hintergrund scheint die Idealvorstellung der Demokratie, nämlich die Identität von Herrscher und Beherrschten, geradezu der Schlüssel zum Paradies zu sein. Die Ausübung der staatlichen Macht muss auf den Willen derer zurückgeführt werden, die dieser Macht unterworfen sind.

Wie soll das aber konkret gehen bei einem Staatswesen wie Österreich mit etwa 8 Millionen Menschen und einer ähnlich hohen Zahl von persönlichen, großteils unterschiedlichen Interessen?

### **Wahl der Volksvertreter**

Durch die gewählte Lösung, nämlich der Wahl von Vertretern durch das Volk, sind die ersten wesentlichen Abstriche von der Idealvorstellung erfolgt. Demokratie bedeutet in der konkreten Ausprägung daher nicht Herrschaft des Volkes, sondern bloß Beteiligung der Rechtsunterworfenen an der Rechtserzeugung durch die Wahl von Vertretern. Innerhalb dieser gilt der Wille der Mehrheit, nicht des Volkes, sondern der gewählten Vertreter (Abgeordneten). Der Wille des Volkes kommt also nicht unmittelbar (direkt), sondern nur mittelbar, repräsentativ, durch die gewählten Abgeordneten zum Ausdruck. Doch kann der Bürger wirklich die Abgeordneten

wählen, die ihm geeignet erscheinen und sind die dann an einen Wählerauftrag bzw. an ihre Versprechungen gebunden?

Mitnichten! Bei den meisten Wahlen werden Parteien gewählt. Personen, die als Abgeordnete gewählt werden wollen, müssen erst den Sprung auf die Parteiliste schaffen. Sind sie dann mit und durch die Partei gewählt, so haben sie ein ‚freies Mandat‘ inne. Das heißt, sie sind an keinerlei Aufträge gebunden (Artikel 56 Absatz 1 B-VG) und auch nicht an das, was vorher versprochen worden ist.

Tatsächlich herrscht bei uns in der politischen Realität der Klubzwang. Nicht der Wille des Einzelnen gilt, sondern die Meinung, die der Klub (Summe der Abgeordneten einer Partei) vorgibt. Ein prominenter Abgeordneter erklärte mir gegenüber vor einigen Jahren in einer Diskussion: „Freies Mandat? In Wahrheit muss die Körpersprache vom Partei- und Klubobmann richtig gedeutet werden, sonst bist du weg vom Fenster!“

Eine direkte Volkswahl einer Person ist nur beim Bundespräsidenten (und in manchen Bereichen bei Bürgermeistern) vorgesehen. Aber auch der Bundespräsident ist in seinem Handeln nicht frei, sondern an Vorschläge der Bundesregierung bzw. der von ihr ermächtigten Bundesminister (Artikel 67 B-VG) gebunden. Dadurch ist der Bundespräsident kein ‚Ersatzkaiser‘ – sondern nur Staatsnotar.

## **Die Regierung wird nicht gewählt**

Dass die Bundesregierung bzw. die Mitglieder dieser nicht gewählt werden, ist - entgegen der Reklame vor Wahlen - weitgehend bekannt. In der Regel wird der Chef der aus den Wahlen zum Nationalrat hervorgegangenen stärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt. Wenn das aber - aus welchen Gründen immer - nicht funktioniert, musste 2000 auch der Chef der drittstärksten Partei zum Kanzler - wenn auch mit zusammengebissenen Zähnen des damaligen Bundespräsidenten Thomas Klestil - gemacht werden. Maßgebend ist die Bildung eines Regierungsteams, hinter

dem eine Mehrheit der Abgeordneten steht. Ob die einzelnen für das Amt eines Bundesministers vorgeschlagenen Personen tatsächlich sachlich, fachlich und persönlich best - oder zumindest gut geeignet sind, spielt leider keine entscheidende Rolle. Wichtiger ist bei der Regierungsbildung die Machtverteilung in der jeweiligen Partei bzw. sind die Interessen der Parteifreunde zu berücksichtigen. Dies zeigte auch der seinerzeit im Fernsehen live übertragene Telefonanruf des mit der Regierungsbildung im Jahr 2006 beauftragten Dr. Gusenbauer beim steirischen Landeshauptmann Mag. Voves während einer Pressekonferenz. Gesucht wurde: „Eine Kandidatin aus der Steiermark für ein Staatssekretariat im Bundeskanzleramt“. Maßgebend für diese Suche waren aber nicht die Sachkenntnisse oder dergleichen. Dies zeigt, wie solche Probleme gelöst werden und welchen starken Einfluss ‚Landesfürsten‘ in der Realität auf die Bundespolitik haben, obwohl dies keinesfalls im Bundes- Verfassungsgesetz gedeckt ist.

## **Ernennung von Obersten Organen**

Wesentlich weniger bedeutende Funktionen als die eines Regierungsmitglieds sind an persönliche und fachliche Ernennungserfordernisse gebunden. Von mehreren Bewerbern ist nur der zu nehmen, von dem auf Grund seiner persönlichen und fachlichen Eignung anzunehmen ist, dass er die mit seiner Funktion verbundenen Aufgaben bestmöglich erfüllen wird. Um dies zu ermitteln, werden Gutachten von Fachleuten und Kommissionen eingeholt. Auf der hohen politischen Regierungsebene wird das alles nicht gebraucht. Die Parteien haben zu bestimmen. Wer sind dabei die Macher?

## **Einfluss auf die Gesetzgebung**

Sollte ein personeller Fehlgriff bei der Besetzung einer politischen Funktion erfolgen, so ist das eher selten wirklich dramatisch. Im

Vollzugsbereich ist der Minister an die Gesetze gebunden, die ihm - wenn er es sich sagen lässt - von seinen Beamten expliziert werden.

Bei den mit der Funktion verbundenen rechtspolitischen Gestaltungsaufgaben stellt die zwar nirgends festgeschriebene, in der Realverfassung aber wirksame Einhelligkeit des Ministerrates für eine Regierungsvorlage eine kaum zu umgehende Hürde dar. Über 90 Prozent der vom Nationalrat beschlossenen Gesetze werden als Regierungsvorlage eingebracht. Vor diesem Hintergrund ist es – wenn auch nicht richtig - so doch verständlich, dass die Medien häufig berichten, die Regierung habe dieses oder jenes Gesetz schon beschlossen, obwohl erst die Regierungsvorlage den Ministerrat passiert hat. Dies obwohl doch in einer Demokratie eigentlich jeder, jedenfalls aber Journalisten wissen müssten, dass die Gesetze nur von der Volksvertretung erlassen bzw. zumindest formal beschlossen werden. Da soll sich der einfache Staatsbürger, der Souverän, auskennen?

Wenn eine Regierungsvorlage im Parlament eingebracht worden ist, wird sie dem zuständigen Ausschuss zur Beratung zugewiesen. Änderungen der Regierungsvorlage im Ausschuss oder gar im Plenum sind eher selten. Erfolgen sie gelegentlich sind sie häufig problematisch, weil sie - mangels hinreichender Kenntnis der Zusammenhänge - oft nicht ins Gesamtsystem passen.

Die Seltenheit von Änderungen kann als Qualität der Regierungsvorlagen gedeutet werden oder als Ausdruck der Klubdisziplin bzw. vielleicht sogar der fehlenden Fachkenntnisse. Dass der Klubzwang im eklatanten Widerspruch zum verfassungsrechtlich vorgegebenen freien Mandat steht, ist schon vorher erwähnt worden. Das Höchste, das sich ein Abgeordneter, der mit der Klublinie nicht einverstanden ist, leisten kann, ist der Abstimmung fernzubleiben. Ist das die Umsetzung des Verfassungsauftrags, nach bestem Wissen und Gewissen zu agieren?

## **Zugang zum Recht für Normalbürger**

Kommt ein solches demokratisch erzeugtes Gesetz als Grundlage jedweder Vollzugstätigkeit zustande, so hätte diese Vorgabe nicht nur für Spezialisten der jeweiligen Fachmaterie verständlich zu sein. Es sollte vielmehr auch für den Normadressaten, der sein Verhalten danach ausrichten soll, klar sein. Dies ist zugegebenermaßen nicht immer leicht. Die in der Gesetzgebung der letzten Jahre eingerissene Technik der ‚Rundumverweisung‘ und die Erlassung von Sammelgesetzen, mit denen mit einem Schlag hundert und mehr Gesetze geändert werden, setzen bei der Rechtsanwendung subtile Kenntnisse, archivalischen Fleiß und die Lust zur Lösung von Denksportaufgaben voraus. Derartige ‚Normungeheuer‘ wurden deswegen schon gelegentlich vom Verfassungsgerichtshof aus dem Rechtsbestand ausgeschieden.

Dem Volk als Souverän bzw. dem einzelnen Bürger wird der Zugang seit einigen Jahren durch das Rechtsinformationssystem auf elektronischem Weg erleichtert. Ein im Recht nicht Geschulter stößt aber auch dort bald an Grenzen. Die sich geradezu überschlagende Reformwut verschiedener Regierungen, die heute noch von weitgehend Unkundigen mit dem Vorwurf eines angeblichen ‚Reformstaus‘ angeheizt wird, verhindert, dass beim betroffenen Bürger eine Bewusstseinsbildung über den jeweiligen Norminhalt überhaupt noch erfolgen kann.

## **Verwaltungsakte unterliegen der Kontrolle**

Rechtswidrige Verwaltungsakte, Bescheide, können durch ein relativ dichtes Netz der Rechtskontrolle (Verwaltungsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof) beseitigt werden. Voraussetzung dafür ist die Verletzung eines in der Rechtsordnung vorgesehenen subjektiven Rechts. Aber nicht jeder, der glaubt eine Rechtswidrigkeit erkannt zu haben, ist beschwerdeberechtigt, sondern nur der, dem Parteistellung eingeräumt ist. So gehört beispielsweise die Frage des Ortsbildes nach der Niederösterreichischen Bauordnung nicht

zu den Anrainerrechten, weil dies ohnehin von der Baubehörde (Bürgermeister, Gemeinderat) wahrgenommen wird bzw. wahrgenommen werden sollte. Die Anrainer haben diesbezüglich kein subjektives Recht, das heißt, sie können dagegen nicht Berufung erheben, bzw. nicht das Höchstgericht anrufen. Was ist aber wenn die politischen Organe dies nach Meinung der Betroffenen nicht oder nicht ausreichend wahrnehmen?

Der Rechtsweg ist nicht billig und dauert insbesondere durch die objektiv feststellbare Überlastung der Höchstgerichte meist jahrelang. Die Überprüfung eines angefochtenen Bescheides erfolgt auf seine Übereinstimmung mit der im Zeitpunkt der Erlassung geltenden Rechtslage. Wenn es zur Aufhebung des Bescheides (eine Abänderung ist rechtlich nicht zulässig) wegen inhaltlicher Rechtswidrigkeit oder wegen Verletzung von Verfahrensvorschriften kommt, hat der nunmehr zu erlassende Bescheid auf Grundlage einer häufig bereits geänderten, neuen Rechtslage zu ergehen. Die früher gegebene, rechtslenkende Bedeutung der höchstgerichtlichen Judikatur für den Vollzug ist damit verloren. Die Rechtswirkung des Erkenntnisses kommt damit einem pathologischen Befund gleich.

## **Rechtswidrig begünstigende Verwaltungsakte**

In der Verwaltungswirklichkeit sind vermutlich rechtswidrig begünstigende Verwaltungsakte, die ebenfalls nicht dem im Gesetz geäußerten Volkswillen entsprechen, häufiger als rechtswidrig benachteiligende. Rechtswidrig begünstigend bedeutet, einen behördlichen Akt, der nicht ergehen dürfte, weil er nach dem Gesetz ausgeschlossen ist, doch zu erteilen.

Wenn nur eine Partei des Verfahrens vorhanden ist, entspricht es der über die Maßen gepriesenen Verwaltungsökonomie, insbesondere in Form des „new public managements“, eher dem Geforderten zu entsprechen als lange Erhebungen und bürokratische Nachweise zu fordern sowie bei einem abweisenden Bescheid

umfangreiche Begründungen dafür zu geben. Kundenfreundlichkeit ist gefordert. Dass der Kunde z.B. eines Polizisten, der einen Schnellfahrer stoppt, nicht dieser ist, sondern die anderen Verkehrsteilnehmer, die geschützt werden sollen, wird meist nicht erkannt. Und - wen kümmert es wirklich, wenn das Gesetz halt nur mit ‚Augenzwinkern‘ vollzogen wird.

Die einzige externe Institution, die auch solche Rechtswidrigkeiten aufzuzeigen hätte, ist der Rechnungshof. Dieser sieht aber dem Zeitgeist folgend den Schwerpunkt seiner Tätigkeit im wirtschaftlichen bzw. verwaltungsökonomischen Bereich.

Von dem Programm der Volksherrschaft ist nicht mehr viel übrig!

## **Demokratie und EU**

Aber es kommt noch besser oder eher schlechter? Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (EU) werden den demokratisch legitimierten österreichischen Gesetzgebern (die Mehrzahl deshalb, weil, trotz des kompetenzrechtlichen Übergewicht des Bundes die Landtage nicht vergessen werden dürfen) ein Großteil der zu treffenden Regelungen von der EU vorgegeben. Diese Normvorgaben werden zwar meist unter Beteiligung des Europäischen Parlaments erlassen; Gesetzgeber und damit das entscheidende Organ ist aber der Rat, der aus den für die Materie zuständigen jeweiligen Fachministern der Staaten zusammengesetzt ist. Die Mitglieder der Bundesregierung, die in Österreich als Oberste Organe die von Volksvertretern beschlossenen Gesetze, den hypothetischen Volkswillen, umzusetzen haben, mutieren am Weg nach Brüssel zum Gesetzgeber. So haben sie die Möglichkeit den österreichischen Gesetzgebern vorzugeben, was diese zu beschließen haben.

Das Demokratiedefizit der EU ist das Ergebnis des auf diplomatischer Ebene seinerzeit gerade noch erreichbaren kleinsten gemeinsamen Nenners. Kompromisse mussten im Interesse des großen Ziels einer Friedensordnung für die meisten Länder Europas

geschlossen werden. Pate dabei waren ursprünglich und vorrangig die wirtschaftlichen Interessen nicht nur der Nationalstaaten, sondern auch von Großunternehmen und Branchen. Geschlossen wurden die Kompromisse zwischen Regierungen unter Beteiligung von Wirtschaftslobbyisten. Für die Interessen des Volkes gab es dabei wohl keine Lobbyisten?

## **Gewaltentrennung- Recht oder Politik**

Selbst wenn die Normsetzung in unserem System von der Grundidee der Demokratie, nämlich „Identität von Herrschern und Beherrschten“ weit entfernt ist, muss die Bindung des Vollzugs an festgeschriebene Normen besser als Willkür, die Vorgabe eines hypothetischen Führerwillens oder Geheimerlässe gewertet werden.

Schon der französische Staatsdenker Montesquieu hat bereits vor der Französischen Revolution die Forderung nach Trennung der im Staat wirkenden Gewalten erhoben. Demnach sollen die Gesetzgebung, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung in Österreich auf Bundes- und auf Länderebene getrennt sein. Dadurch soll eine Beschränkung der Machtausübung und gegenseitige Kontrolle gewährleistet werden. Denn Machtkonzentration fördert die Korruption. Gegen diesen Grundsatz verstößt sowohl die ‚Regierungsgesetzgebung der EU‘ als auch die im innerstaatlichen Bereich feststellbare Unterwanderung und Durchfilzung der Staatsgewalten durch die politischen Parteien. Die Parteien, nicht das Wahlvolk, bestimmen die Obersten Organe. Davon abgeleitet werden auch die meisten Vollzugsorgane ausgewählt und ernannt. Netzwerke zwischen den im Vollzug Tätigen und den Parteien binden das zusammen, was eigentlich getrennt sein sollte.

Für den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung ist die Bindung der Gestaltungskraft der obersten Organe an Gesetze wesentlich. Sollte eine Änderung dieser notwendig sein, so muss ein zugegeben mühsamer Weg (allenfalls über Brüssel) beschritten werden. Der Rechtsvollzug hat aber nicht nach politischen Überlegungen, son-

dern nach dem Gesetz zu erfolgen. Auch wenn die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz und Grundrechte in der EU, Frau Viviane Reding, im Zusammenhang mit der von Litauen beantragten Auslieferung eines ehemaligen Offiziers der UdSSR (Fall Golovatov), der in Österreich angehalten worden war, nach der Medienberichterstattung eigenartige Erklärungen abgegeben haben soll. Die Vorgangsweise österreichischer Behörden als juristisch korrekt, aber als politisch unklug zu bezeichnen, lässt ein seltsames Grundrechtsverständnis erahnen, das vielleicht in ihrem Studium der Anthropologie und ihrer beruflichen Tätigkeit als Journalistin begründet ist. Es ist - entgegen der Erklärung der Frau Kommissarin - auch nicht die Aufgabe einer Behörde sich ‚mit Ruhm zu bekleckern‘. Hoffen wir, dass es sich dabei nur um eine pointierte Berichterstattung und nicht um eine rechtspolitisch gemeinte Aussage gehandelt hat. Denn, Recht darf nicht zu dem werden, was den politisch Mächtigen gerade recht ist! Staatsrechtlich sollte die Kabinettsjustiz der Barockzeit lange vorbei sein.

## Elemente der direkten Demokratie

Bei der Klage über das Auseinanderklaffen des Programms ‚Volks-herrschaft‘ mit der Verfassungswirklichkeit dürfen keinesfalls die im Bundes Verfassungsgesetz enthaltenen Mittel der direkten Demokratie, nämlich: Volksabstimmung, Volksbefragung und Volksbegehren vergessen werden.

Einer **Volksabstimmung** ist nach Artikel 33 B-VG dann durchzuführen, wenn es der Nationalrat beschließt oder die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates verlangt. Zwingend ist eine Volksabstimmung bei einer Gesamtänderung der Bundesverfassung vorgesehen (Artikel 44 Absatz 3 B-VG). Die praktisch geringe Bedeutung dieser Einrichtung zeigt schon der Umstand, dass es in der Zweiten Republik lediglich zwei Volksabstimmungen gegeben hat (Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, EU-Beitritt).

Die Mehrheit gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes war auf die Ankündigung des Rücktritts von Bundeskanzler Dr. Kreisky zurückzuführen. Dazu kam es aber nicht. Aus heutiger Sicht war das Ergebnis der Volksabstimmung aber visionär.

Eine Volksbefragung bedarf neben der Tatbestandsvoraussetzung, dass es sich um eine Angelegenheit grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung handelt, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt, ebenfalls eines Beschlusses des Nationalrates auf Antrag seiner Mitglieder oder der Bundesregierung (Artikel 49b B-VG eingefügt 1988). Das Ergebnis einer **Volksbefragung** hat jedenfalls keine den Gesetzgeber bindende Wirkung. Auf Bundesebene hat es noch keine Volksbefragungen gegeben. Wohl aber auf Landes- oder Gemeindeebene, zum Beispiel Durchführung von Olympischen Spielen in Salzburg, Neubau eines Musiktheaters in Linz oder 2010 ein Bündel von fünf Fragen in Wien.

Im Verhältnis zu Volksabstimmung und Volksbefragung kommt den in Artikel 41 Bundes Verfassungsgesetz geregelten **Volksbegehren** eine größere praktische Bedeutung zu. Dies selbst wenn Volksbegehren nur gelegentlich im Sinne der Umsetzung des Geforderten erfolgreich waren. Die Einleitung eines bundesweiten Volksbegehrens muss beim Bundesministerium für Inneres mit Unterstützungserklärungen von etwa 8000 (ein Promille) Wahlberechtigten, einem Kostenerlag von etwa 3000 Euro und als Gesetzesantrag formuliert eingebracht werden. Wird das Volksbegehren in einer einwöchigen Eintragsfrist von mindestens 100.000 Wahlberechtigten oder je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer unterschrieben, muss der Nationalrat darüber beraten. Drei Vertreter des Volksbegehrens dürfen an den Ausschusssitzungen im Nationalrat teilnehmen. Von den seit 1964 durchgeführten insgesamt 34 Volksbegehren erreichten nur zwei („Pro Motorrad“ und „Raus aus Euratom“) nicht die für die Behandlung im Nationalrat erforderlichen Stimmen. Das Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum in Wien 1982 erhielt mit 1,4 Millionen Unterschriften die größte Zustimmung, war aber poli-

tisch nicht erfolgreich. Der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky interpretierte die hohe Beteiligung lediglich dahingehend, dass alle die nicht unterschrieben haben (etwa 4 Millionen) offenbar dagegen gewesen seien. Das war jedenfalls demokratiepolitisch eine Fehlinterpretation! Nicht erfolgreich im Sinne der angestrebten Rücknahme der Fristenlösung im Strafgesetzbuch war das Volksbegehren „Zum Schutz des menschlichen Lebens“ im Jahr 1975 trotz etwa 900.000 Stimmen. Die Kampagne führte aber zweifellos zu einer Bewusstseinsbildung.

Als Folge der Volksabstimmung über Zwentendorf gab es 1980 zwei in ihrer Zielsetzung entgegengerichtete Volksbegehren. Das für die Inbetriebnahme gestartete Begehren erhielt mit 470.000 Stimmen fast dreimal soviel Unterstützung wie das gegen die Inbetriebnahme gestartete.

## **Braucht nun die Demokratie Bürgerinitiative(n)?**

Nach Darstellung der institutionell und tatsächlich nicht gerade effektiven Möglichkeiten der Teilnahme der Staatsbürger an der Staatswillensbildung und der Staatsgewalt, kehren wir zur Ausgangsfrage zurück: Braucht die Demokratie Bürgerinitiative(n)?

Dies ist mit einem eindeutigen **JA** zu beantworten. Auch wenn unser System es nicht gerade leicht macht, Initiative zu zeigen und die Interessen möglichst vieler Personen in Bürgerinitiativen zu verbinden, liegt doch darin die Chance dem demokratischen Gemeinwesen die erforderliche Lebendigkeit an Stelle der hoffnungslosen Resignation zu geben. Der aufrechte Gang des Bürgers war und ist die wirkliche Grundlage jeder Demokratie.

Viele der Beiträge in diesem Buch zeigen die Schwierigkeiten bei solchen Initiativen aber auch die Wirksamkeit für und auf die Gesellschaft. Selbst wenn das Angestrebte vielleicht nicht 100-prozentig erreicht werden konnte, ist bereits im Weg ein Teil des Zieles gelegen gewesen. Des Zieles, den Staat und die Herrschaft in diesem Gemeinwesen nicht einer intern vernetzten politi-

schen Kaste, den Medien, selbsternannten Experten, dubiosen Managern, anonymen, gottgleich, gewerteten Märkten oder gar mehr oder minder verantwortungslosen Rating-Agenturen zu überlassen. Die Zeit ist reif für eine neue demokratische Durchdringung unseres Gemeinwesens. Dies geht bei uns noch ohne existenzielles Risiko. Politiker- bzw. Politikverdrossenheit - auch wenn dies teilweise verständlich ist - bringt nichts.

Das mindeste Zeugnis des Interesses an der Demokratie wird wohl die Erfüllung der Wahlpflicht sein. Die Nichtteilnahme wird oft als Desinteresse und Faulheit interpretiert. Das kann man einem „Weißwähler“ (als letzte Alternative, wenn keine Partei wählbar erscheint) jedenfalls nicht unterstellen.

Die elektronische Kommunikation schafft neue Möglichkeiten, dass engagierte Bürger ihre Vorstellungen und Meinungen präsentieren können. Dadurch könnten auch andere Bürger neue Impulse erhalten. Für Politiker wäre es eine Herausforderung wieder aufs Volk zu hören, ihre Probleme dem Volk darzulegen und nicht abgehoben in einem selbst geschaffenen Käfig von mehr oder weniger verantwortungslosen Beratern zu agieren. Resignation ist jedenfalls keine Lösung für unsere Probleme.



# Bürgerferne als Demokratieproblem der Europapolitik?

Bernd Lötsch

Den EU-Beitritt Österreichs 1995 verdanken wir einem Volksentscheid. Wie es sich für eine entwickelte Demokratie gehört.

Nach zwei schrecklichen Weltkriegen im selben Jahrhundert war man mit der Vision ‚Vereinigter Staaten von Europa‘ dem Ziel dauerhaften Friedens näher gekommen und zugleich einer Befreiung von lästigen Grenzformalitäten, Zollschranken und Geldwechsellereien. Skepsis herrschte in der Beitrittsdiskussion noch in Umweltfragen. Österreich galt als Vorreiter in Umweltfragen: Bleifrei, Katalysator-Pflicht, antinuklear und mit dem höchsten Anteil an Biobetrieben.

## Umweltskepsis

So fürchteten Umweltinteressierte, dass EU-Regelungen den kleinsten gemeinsamen Nenner, also einen Rückschritt in vielen Umweltstandards bringen könnten.

Immerhin litt das Land im Herzen der Staatengemeinschaft unter LKW-Transitlawinen von denen jeder wusste, dass sie in einer – oft zur Absurdität gesteigerten - Arbeitsteiligkeit zwischen Produktionsstätten im EU-Raum, nur noch anschwellen müssten und wir uns als Teil der EU weniger dagegen wehren können würden, als etwa die Schweiz.

Sorgen bereitete auch der pro-atomare Druck. Tatsächlich wurden wir - ein Land in dem Atomstrom strenger verboten war als Rauschgift - gezwungen, Euratom (mit derzeit cirka 40 Millionen Euro pro Jahr) zu fördern und schließlich sogar unser Gesetz fallen zu lassen, welches Stromimporte aus jenen Ost-Atomreaktoren verbot, die als unsicher galten.

Natürlich standen österreichische Industrielle dahinter, welche die Dumpingtarife solcher Stromlieferanten herbeisehten. Dies

zeigte doch nur den Einfluss eigener Lobbyisten im fernen Brüssel. Gewiss wäre keine EU-Force bei uns einmarschiert wenn wir am Importverbot aus unsicheren Ostreaktoren festgehalten hätten, deren Standards ja sogar EU-widrig waren.

Wir fanden auch keine Unterstützung der EU gegen das grenznah entstehende tschechische Atomkraftwerk (AKW) Temelin, obwohl es kein Akt fairer Nachbarn war, einem Land wie Österreich, das unter großen Finanzopfern ein fertiges AKW nicht in Betrieb nahm, weil seine Bürger diese Technik für zu gefährlich und ihre Folgeprobleme für ungelöst hielten, just einen Problemreaktor wie diesen vor die Nase zu setzen. Auch Österreichs demokratischer GenTechnik Verzicht ist EU-Technokraten ein Dorn im Auge, den sie uns stets spüren lassen.

Ökologisch wie verkehrspolitisch unsinnig überdimensionierte EU-Ausbauziele für Wasserstrassen stürzen Österreichs Umweltbewegung einmal mehr in mühsame, nun schon über ein Jahrzehnt währende Abwehrkämpfe zum Schutz der letzten natürlichen Donau Fließstrecken im Auen Nationalpark und in der Wachau. Damit vertreten unsere Naturschützer auch gefährdete Naturlandschaften in Ungarn und Bayern mit.

## **Positives aus Brüssel**

Andererseits gibt es bezüglich Umweltzielen mittlerweile auch sehr viel Positives aus Brüssel zu berichten – ist Klimapolitik auf dem Vormarsch, die Atompolitik wird nicht mehr als Patentlösung gegen das CO<sub>2</sub>-Dilemma gefeiert, der Biolandbau wurde als Chance für Bäuerlichkeit erkannt (wenngleich die Flächenförderung erst recht wieder Großbetrieben statt den Kleinen die entscheidenden Vorteile brachte) und Richtlinien wie *Natura 2000*, Flora Fauna Habitat und die Wasserrahmen Richtlinie haben großartige Instrumente für den Natur- und Biodiversitätsschutzes geschaffen, sofern sie nicht durch Vollzugsdefizite in den Mitgliedstaaten missachtet werden. Jedenfalls zeigen diese Regelungen, dass

Richtlinien von zentraler Stelle bis in die entlegensten Landschaften Europas hinein, regional absolut segensreich wirken können.

## **Umweltbewegung belebt Demokratie**

Nach wie vor aber scheitern viele Ansätze zu besserem Umwelt- und Konsumentenschutz einfach systembedingt am Einfluss der Lobbys von Megakonzerne und Megaintressen in der Brüsseler Zentralverwaltung und im EU-Parlament.

Bedenkt man aber, dass der wichtigste Motor für Österreichs Umweltleistungen stets Bürgeraufstände und kommunale Initiativen und Protestbewegungen vor Ort waren, bevor beherzte Politiker - hauptsächlich auf lokaler Ebene - als Unterstützer gewonnen wurden, fragt man sich, wie dieser Motor angesichts der Bürgerferne eines großen Staatenbundes am Leben und wirksam erhalten werden kann.

Nachweislich hat gerade die Umweltfrage zu einer Belebung demokratischer Mechanismen wie nie zuvor geführt, ja selbst die Freiheitsbewegungen Osteuropas hatten in mehreren Fällen ihren Ursprung in Umweltinitiativen. Paradebeispiel Ungarn: 1984 die Abwehr des Donau Kraftwerks Projektes Nagymaros. Diese Initiative brachte dem mutigen Wissenschaftsjournalisten Janos Varga den Alternativ-Nobelpreis, welcher ihn allerdings nicht vor Repressalien schützte.

Umweltinitiativen, die sich lawinenartig ausbreiteten, waren stets die wichtigste Ergänzung zur sonst von Erstarrung bedrohten repräsentativen Demokratie und zeigten zugleich, dass Parteien eben keine homogenen Blöcke darstellen wie im Sitzungssaal, sondern soziale Organismen mit sensiblen Reaktionsmöglichkeiten sind die vom aktiven Bürger herausgefordert, lernen können, ja lernen müssen.

## Lobbying

Eine Achillesferse der repräsentativen Demokratie – selbst der daheim, im eigenen Land – besteht darin, dass die überschaubare Zahl von Volksvertretern im Parlament, zum Beispiel unsere 183 Abgeordneten, durch direktes Lobbying viel leichter auf einen bestimmten Kurs zu bringen sind, als die Gesamtbevölkerung.

Dies zeigte sich in der Atompropaganda Mitte der 1970er Jahre, als die Elektrizitätswirtschaft unsere Abgeordneten in die französischen Nuklearzentren flog, wo ihnen die klinische Sauberkeit, Sicherheit und technische Perfektion im Umgang mit spaltbarem Material demonstriert wurde. Die heimkehrenden Parlamentarier hielten danach protestierende Bürger, die ja noch nie in einem Reaktor gewesen waren, für hysterische Ignoranten. Selbst der gewiss redliche Gewerkschaftsführer Anton Benya verhöhnte besorgte Umweltwissenschaftler mit seinem Erfahrungsvorsprung „aus erster Hand“. Man hatte ihn in Frankreich die für den Reaktor bestimmten Brennstäbe anfassen lassen, was tatsächlich harmlos ist. Seither verstehe er überhaupt nicht mehr, was wir gegen diese Technik hätten. Dass diese Brennstäbe nach Start der Kettenreaktion im Kraftwerk allerdings schon nach einem Betriebsjahr das radioaktive Inventar von 1000 gezündeten Hiroshima Bomben im Reaktorkern enthalten würden, hatte man ihm in Frankreich allerdings nicht gesagt.

## Bürgernähe – wo und wie?

Wo ist das demokratische Ideal der Bürgernähe am ehesten erfüllbar?

Erfahrungsgemäß kommt man der Demokratie in den Gemeinden, wo die Bürger und Kommunalpolitiker einander kennen, am nächsten.<sup>1</sup>

Schon schwieriger wird die demokratische Praxis auf Landesebene, noch bürgerferner wird sie in der Bundespolitik. Wie aber ist Bürgerdialog mit den – notwendigerweise – in ein fernes EU-Zentrum ausgelagerten politischen Vertretungen und Bürokratien zu erreichen?

Ist hier eine Belebung „Direkter Demokratie“ denkbar? Welche Probleme eignen sich dafür? Gibt es eine sinnvolle Ergänzung oder gar Korrektur der meist interessengesteuerten Expertokratie durch engagierte Bürger? Schlummert in Mehrheiten zugleich eine Art von Weisheit – gibt es so etwas wie „Schwarmintelligenz“? (Ein Terminus, den die neue Soziologie aus der Verhaltensforschung bezog).

Österreichs Plebiszite der letzten Jahrzehnte haben sich im Rückblick aus Sicht von Umweltfachleuten durchwegs als „Erfolgsgeschichten“ erwiesen – keine der Entscheidungen müssten wir heute bedauern – im Gegenteil, allein schon fünf der sechs am Ende des 20. Jahrhunderts in Österreich gegründeten Nationalparke wurden von Bürgern gegen die Machtapparate der Elektrizitätsgesellschaften und ihrer Politiker erfochten – zum Teil über Jahrzehnte und unter Inkaufnahme persönlicher Opfer an Freizeit und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten.

Die Abwahl der Atomenergie 1978 macht Österreich heute zum viel zitierten Vorbild. Die Rettung der *DonauAuen* durch eine Massenbewegung schrieb auch europäische Umweltgeschichte, das Verbot von AgroGentechnik nach dem stärksten Volksbegehren der letzten zwei Jahrzehnte wird international nach jedem *Monsanto*-Skandal in Asien oder Lateinamerika besser verstanden.

Die Neubewertung von Stadtgrün, die Einführung von Fußgängerzonen, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Ablehnung von Stadtautobahntrassen und Förderung des öffentlichen Verkehrs (leider nur in Städten) verdankt Österreich Bürgerbewegungen, die in Plebiszite mündeten.<sup>2</sup>

Auch die Freihaltung von Naturräumen vor teils sogar profitabler Bebauung, das Verbot der erwähnten „giftigsten Blüten des Wachstumswahns“, Nuklearenergie und Agro-Gentechnik in Österreich, haben dieser kleinen Alpenrepublik im Herzen Europas immer wieder Aufmerksamkeit und – nachdem sich Weitblick und Richtigkeit erwiesen hatten – auch Anerkennung der Staatengemeinschaft eingebracht.

## **Bauindustrie als Bürgerthema – auch in der EU?**

Nicht behandelt wurden bislang die wachsende Unruhe und der steigende Unmut über die Verhässlichung des Bauens in Stadtbild und Landschaft. Tatsächlich sind unter dem Druck einer, sich über den Kulturjournalismus aggressiv artikulierenden „Architektur Moderne“ fast alle Ensembleschutzbestimmungen in Bauordnungen und Denkmalsgesetzgebung fallen gelassen worden. Zwar gelten die Bürgermeister noch immer als Baubehörde erster Instanz. Aber die provokantesten Entstellungen gewachsener Stadt- und Landschaftsbilder sind meist Ergebnisse von Architekturwettbewerben, also „Expertenprozessen“, die ohne die einstigen Ensembleschutzregelungen nicht beeinspruchbar sind. Bloße Geschmacksurteile reichen hier nicht. Die Verhässlichung durch aggressive akademische Modezeichner in Glas, Stahl und Beton bedürfte also doch auch einer Korrektur durch mündige Bürger.

Ist es nicht seltsam, dass sich unsere hochentwickelte, akademisch ausgebildete Jurisprudenz für bestimmte Prozesse eines Schöffensenates bedient, der nach einem Zufallschlüssel aus unbescholtenen Bürgern rekrutiert wird, wir aber in anderen Bereichen viel weniger heikel bei der Konsensfindung vorgehen? Dabei verschwinden die Fehler der Juristen meist in Amtsschubladen, die Fehler der Ärzte deckt bald der grüne Rasen, die Fehler der Architekten beherrschen das Stadtbild für Jahrhunderte.

Bauen geschieht streng lokal und ortsgebunden. Da größere Vorhaben aber EU-weit auszuschreiben sind, werden sie dennoch zum europäischen Thema und werfen die Frage auf, wie weit Bauen klimatisch wie kulturell nicht doch ganz wesentlich eine regionale Frage sei.

„Die „Internationale Architektur“ ist ohnehin ein Missverständnis“ meinte der weltberühmte Architekt und Alternativ Nobelpreisträger Hassan Fathy schon um 1980 vor Baufachleuten der Technischen Universität Wien angesichts explodierender Energiekosten einfallloser Megakuben – fast ununterscheidbar von Rio bis Stockholm.

Wollte man EU-weite Normen für Klima- und Energie- effizientes Bauen formulieren, müssten diese für Sizilien ganz anders aussehen als für Benelux oder Skandinavien, was einmal mehr die „lokale Kompetenz“ hervorkehrt (ganz zu schweigen vom „kulturellen Klima“)

Die Berufung auf Freiheit der Kunst findet dort ihre Grenze, wo sie im öffentlichen Raum, Orte, Städte und ihre Bürger vergewaltigt. Die Kunst ist frei, Städtebau aber wäre heute ein demokratiepflichtiger Prozess.

Architektur und Stadtbau sind eine zu wichtige Sache, als dass man sie Architekten und Bauspekulanten allein überlassen könnte.

Verkehrspolitik ist eine zu wichtige Sache als dass man sie Strassenbaulobbys und Autofahrerclubs allein überlassen könnte.

Energiepolitik ist eine zu wichtige Sache, als dass man sie Energiekaufleuten und Kraftwerksgesellschaften allein überlassen könnte.

Wie ja überhaupt Politik eine zu wichtige Sache ist, als dass man sie Politikern allein überlassen könnte.

Das ist kein Umsturzgerede, sondern das Wesen unserer Verfassung – „Das Recht im Staate geht vom Volke aus“ - „und wann kommt es zurück?“ fragte der unvergessene DDr. Günther Nenning. Deshalb ist die größte Macht im Staate die Trägheit seiner Bürger. Mit ihr lässt sich auch heute noch fast absolut regieren.

Demokratie braucht Dialog, notfalls Demonstration – Demokratie braucht Bürgerbeteiligung und zwar umso aktiver, je weiter die Entscheidungsgremien – notwendig und systembedingt – räumlich vom Bürger abrücken. In diese Richtung weisen Bemühungen des Austro-Kanadiers, Erfolgsunternehmers und Weltbürgers Frank Stronach. Er sieht in Parteitaktik, Lobbyismen und Clubzwang, eine zunehmende Entfernung von Gemeinwohl und ökonomischer Vernunft. Stronach schlägt die Ergänzung des Parteienparlamentarismus der 183 Abgeordneten durch (so interpretiere ich ihn) eine Art von Schöffensenat vor, durch 92 unabhängige, absolut weisungsfreie – nur ihrer Urteils-kraft und ihrem Gewissen verpflichtete – Bürger ohne Clubzwang.

Die fast erschütternde Bilanz einer parlamentarischen Laufbahn zog ein Britischer Abgeordneter anlässlich seines altersbedingten Abschieds: „Ich habe in meinem Leben hunderte Parlamentsreden gehört. Nur zwei haben meine Meinung geändert, aber keine mein Abstimmverhalten“.

## **Dialog mit fernen Bürgern – „Move Information, not People“**

Die neuen Kommunikationsmedien, Videokonferenzen und interaktives Fernsehen könnten hier viel Flugzeug-Kerosin ersparen: „Move information, not people“ rät schon die UN-Überlebensstrategie 2000 für eine globalisierte Welt. Dies gilt erst recht für ein Vereintes Europa, zu dem wir uns bekennen und an dem kein Weg vorbei führt – vielleicht dereinst noch mehr ein „Europa der Regionen“ als eines überholter Nationalstaaten.

## **EU zwischen Ökonomie und Ökologie**

Ein über die Demokratiepoltik weit hinausreichendes Problem unseres Völkerbundes ist allerdings, dass es sich beim EU-Konzept um ein „Schönwetterkonstrukt“ handelt, das gut funktioniert, wenn die Mitgliedsländer ausgeglichenen Wohlstand und erstklassige Wirtschaftsdaten haben, hingegen durch wirtschaftliche Abstürze einzelner in Krisen gerät bzw. den Altruismus der Nettozahler überfordert.

Hier offenbart sich auch die Unzulänglichkeit heutiger Wirtschaftswissenschaft als Instrument und Entscheidungshilfe. Obwohl die Wirtschaft ein von Menschen gemachtes System ist, entgleitet sie der menschlichen Kontrolle.

Obwohl Ökonomie und Ökologie den gleichen Wortstamm haben- oicos (griechisch „Haus“), demnach beide Haushaltslehren wären - haben wir in den erkannten Naturgesetzhkeiten der Ökologie, also des Naturhaushaltes, eine solidere Prognosenbasis als in der selbstgemachten Ökonomie.

Es wäre daher an der Zeit, das Handeln der Menschheit stärker ökologisch auszurichten statt ständig unter „ökonomischen Sachzwängen“ Naturgesetze zu verletzen, die weder durch Parteibeschlüsse noch Rating-Agenturen zu ändern sind. Schlagzeilen wie „EU-Kommission beschließt verstärktes Wirtschaftswachstum“ entblößen nur die Ohnmacht akademischer Wirtschafts-Auguren. Ebenso hätten sie schönes Wetter beschließen können. Wandeln sich nicht gerade vor unseren Augen die tüchtigsten Finanzhaie zu den größten Bankrotteuren der Weltgeschichte?

Geht es nicht fast immer – wenn Geld „arbeitet“ - auf Kosten der Natur, gleich ob Schwund durch Bauland oder Zerstörung durch Industrie und Plantagen? Gibt es Verzinsung ohne Plünderung des Planeten? Wohl eher als Ausnahme. „Steht die Wissenschaft mit dem Leben im Widerspruch, hat stets das Leben recht.“ (J. v. Liebig 1804-1873)

Sollte die ‚Schwarmintelligenz‘ mündiger Bürger dieser Einsicht des großen Naturforschers näher kommen als eine auf ökonomische Dogmen pochende (Interessen)Politik?

Doch auch hier steht erst die härteste Bewährungsprobe bevor: Sind Demokratien überhaupt anhaltend unpopulärer Sparkurse fähig? Gewiss – einen drohenden Staatsbankrott zu erkennen, bedarf keiner demokratischen Entscheidung – rasch zu reagieren ist zwingend, wie bei einer Naturkatastrophe. Geht es dann aber darum, die Sparlast so gerecht wie möglich zu verteilen, ist das Urteil der Bevölkerung unabdingbar.

Es darf nicht geschehen, weiter staatliche Milliardenaufträge in eine aufgeblähte Großbauindustrie zu pumpen – die zudem mehr in die Amortisation von Maschinen fließen als in die Beschäftigung von Menschen- und gleichzeitig den Sparstift unbarmherzig bei Bildung und Sozialem anzusetzen.

Die Gefahr besteht – denn im Vorzimmer der Regierungschefs stehen weder Lehrer noch Altenpfleger und ihre Patienten, weder Rentner noch Krankenschwestern oder Kindergärtnerinnen. In den

Büros der Politik geben sich Banker und Baulöwen die Türschnallen in die Hand.

Auch deshalb brauchen wir Demokratie auf allen Ebenen.

## **Anmerkungen**

- 1 Zum Problem werden hier mitunter „Freunderlwirtschaft“ bei Baugenehmigungen und Umwidmungen von Grundstücken , anfällig erweisen sich Kommunalpolitiker auch gegenüber Anreizen von Projektwerbern (z.B. Kraftwerksprojektanten) für leere Gemeindenkassen.
- 2 Wie wichtig sie waren gerät leicht in Vergessenheit – erhellt etwa aus der verzweifelten Interviewaussage des sympathischen und humanen Wiener Bürgermeisters Leopold Gratz um 1983, „die größte Bürgerinitiative des Landes“ sei für ihn „immer noch die gereizte Masse der Autofahrer im Morgenverkehr.“

# Geheimakte Schweiz

In einem Land weit weg von unserer „Demokratie“

Von Gerald Grüner

## Die Verschwörung

Sommer im Jahr des Herren 1291, in den Schweizer Bergen. Drei Männer in wetterfesten Umhängen aus Fell schauen einander ein letztes Mal ernst und entschlossen in die Augen, bevor sie sich trennen. Düstere Zukunftsaussichten haben sie zusammengeführt. Aber nach eingehender Erörterung aller Möglichkeiten haben sie sich entschlossen einen wagemutigen Eid zu leisten. Sie sind die Vertreter der Talschaften Schwyz, Uri und Unterwalden. Sie haben soeben darauf geschworen, ihre aufgezwungenen, habsburgischen Fürsten und Vögte abzuschütteln und von nun an ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Wenn sie alle zusammenhalten, geht das gut. Die drei Männer sind sich einig. Aber wie werden die Menschen daheim die Sache sehen? Werden Sie den Mut aufbringen, sich gegen die Obrigkeit zu stellen? Die Vertreter sind nicht befugt, für ihre Orte zu entscheiden. Der Schwur kann nur gelten, wenn auch ihre ‚Gemeinden‘ es so wollen. Sie müssen also erst in ihre Talschaften zurückkehren und beraten. Und so hat man Folgendes abgemacht: Wenn sich die jeweilige eigene ‚Gemeinde‘ zum Aufstand entschließt, so soll sie zum Zeichen ein großes Feuer auf ihrem Berg entzünden, welches für alle sichtbar ist.

In der darauffolgenden Nacht sind drei große Feuer weithin zu sehen. Eine Entscheidung ist gefallen, die das Leben von Generationen von Schweizern ändern wird. Es ist ein Licht, das der gesamten Menschheit den Weg in die Selbstbestimmung weist.

## 720 Jahre später

Freitag, 10. Juni 2011, 14:48 Uhr, wieder in den Schweizer Bergen. Mein Handy klingelt. Ich fahre gerade mit dem Auto einen Schweizer Berg hoch. Ich bin auf dem Weg zu einer Gemeindeversammlung, weil ich mir schon immer ansehen wollte, wie die Schweiz die direkte Demokratie lebt, wie sich das anfühlt.

Auf der Straße gibt es viele Baustellen, man muss sich beim Fahren konzentrieren. Aber das Handy klingelt stur weiter. Ich habe eine Freisprecheinrichtung und melde mich zuletzt doch. Am anderen Ende stellt sich ein Journalist der *Wiener Zeitung* vor. Er schreibt einen Artikel über die Grünen, die eine Enquete zum Thema Direkte Demokratie planen. Er will wissen, ob wir von der *Plattform Direkte Demokratie* nicht darüber enttäuscht sind, von den Grünen nicht eingeladen worden zu sein. Ich winke ab, ich muss mich aufs Fahren konzentrieren, am Dienstag bin ich wieder in Wien. Aber er bleibt hartnäckig, weil der Artikel in der morgigen Ausgabe erscheinen soll und so antworte ich auf seine Fragen: Enttäuscht bin ich nicht. Denn ich erwarte mir von keiner Parlamentspartei ernst gemeinte direkt-demokratische Vorstöße. Die wollen ja doch nur ihre Machtpositionen und ihre Pfründe sichern. Dazu ist ihnen jedes Scheinanliegen recht, das gut klingt. Der Journalist ist zufrieden und ich freue mich, erstmals von einer Tageszeitung zu meinem Lieblingsthema interviewt worden zu sein. Ich sehe es als gutes Omen.

## Im Foyer der Demokratie

19:45 Uhr. Ich komme in Oberwil-Lieli an, einer kleinen, reichen Gemeinde mit cirka 1.500 Einwohnern. Werner, den ich erst unlängst im Urlaub kennengelernt habe, hat meine Einladung zur Gemeindeversammlung bewirkt. Wir fahren dort zusammen hin: Werner zeigt mir stolz das neue Schulgebäude seines ehemaligen Wohnortes. Man hat erst letztes Jahr alles runderneuert, einen riesigen Schulsportplatz gebaut, mit großem Fußballfeld, dane-

ben ein Volleyballfeld, ein Basketballfeld, einen Spielplatz, einen überdachten Hof und bei genauem Hinsehen bemerke ich einiges an stilvollem technischem Schnick-Schnack, alles sauber und einladend. Ich fühle mich an eine amerikanische Eliteuniversität versetzt.

Hier in der Aula ist die Gemeindeversammlung für 20:15 Uhr angesetzt, in der Vorhalle des Festsaaes haben sich schon einige Leute versammelt und plaudern angeregt bei Sekt und Gebäck. Die Stimmung ist locker, trotzdem spürt man einen Hauch freudiger Erregung, wie vor einem Freundschaftsländerspiel im Fußball. Allerdings steht hier im voraus schon fest, wer ‚gewinnen‘ wird: Die Mehrheit! Ich werde von jedem freundlich begrüßt. Werner stellt mich als seinen Gast aus Österreich vor, der sich „für unsere Direkte Demokratie interessiert“.

### **Meinungsfreiheit garantiert, Filmen verboten.**

Der Gemeinde-Ammann, vergleichbar mit einem Bürgermeister in Österreich, ist ein persönlicher Freund von Werner. Er begrüßt uns. Im Vorfeld hatte ich einige Wochen zuvor angefragt, ob ich filmen dürfe. Nein, filmen darf nicht einmal das Schweizer Fernsehen, denn das gilt als Beeinflussung – man könne dann nicht mehr sicher sein, ob die Leute offen ihre Meinung sagen. Jetzt frage ich, ob ich fotografieren, darf. Ja, das ist erlaubt. Fünf Minuten vor Beginn gehen wir zur Empore hoch, wo die Gäste sitzen. Dort gibt es eine professionelle Tonanlage mit mehreren Mischpulten und ein paar Lichtstrahler wie im Theater. Zwei Ingenieure stehen an den Hebeln. Unten im Saal auf dem Podium sitzen sechs Leute an einem Tisch gegenüber dem Publikum – der Gemeinderat -, in der Mitte der Gemeinde-Ammann. Hoch hinter ihm sieht man eine Leinwand für Bilder, die direkt vom Laptop des Ammanns eingespielt werden. Während die letzten Plätze eingenommen werden, erscheint das Wappen der Gemeinde – ein Birnbaum mit 13 Birnen – und ein Willkommensgruß.

## Wie ein Schweizer Uhrwerk

Pünktlich um 20:15 Uhr begrüßt der Ammann die anwesenden Gemeindemitglieder. Dann begrüßt er die Gäste, nämlich zwei Reporter von benachbarten Orten und mich!

Gleichzeitig erscheint auf der Leinwand der Text: „Gäste: Gerald Grüner aus Wien – Interesse an Direkter Demokratie; Werner B. – sein Gastgeber in der Schweiz.“ Ich bin beeindruckt.

Jetzt wird die Agenda vorgestellt und gleichzeitig auf die Leinwand gestrahlt. Sie umfasst ein gutes Dutzend Hauptpunkte und dreht sich vor allem um Wirtschaft, Liegenschaften, Organisation, Infrastruktur und rechtliche Fragen wie zum Beispiel: Jahresrechnung, Tempolimits, Nutzungsplanungen, Widmungspläne, Steuern, Zusammenlegung von Kläranlagen, Investitionen für Infrastruktur und einige weitere Punkte.

## Alles klar?

Auf der Leinwand erscheint das nächste Bild. Die Anträge, über die abgestimmt werden soll, erscheinen jeweils in einem eigenen Kästchen. Der erste Antrag gilt der Genehmigung des Protokolls.

Der Ammann liest den Antrag vor. Dann fragt er, ob es Fragen gibt. Danach lässt er die Gemeinde abstimmen. Der Antrag auf Genehmigung der Agenda wird einstimmig angenommen. Die Sitzung nimmt ihren geschäftsmäßigen Verlauf. Der Ammann macht seine Sache gut wie ein Showmaster, immer wieder streut er auflockernde Witze ein. Die Stimmung ist konstruktiv und unterhaltsam.

## Geld ist keine Schande

Die Rechnung 2010 (Bilanz) wird in einer übersichtlichen Grafik dargestellt, die sogar ich verstehe - und sie zeigt einen beträchtlichen Finanzüberschuss. Der Kommentar des Ammanns: „Es geht uns gut“, Applaus. Kein Wunder, dass der Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnung einstimmig von den anwesenden Gemeindemitgliedern angenommen wird.

## Demokratie auf der Überholspur

Auch der Antrag auf Ankauf eines Schmalspurtraktors, von dem ein Foto gezeigt wird, wird angenommen. Allerdings nicht, bevor er eine Bewährungsprobe zu bestehen gehabt hatte. Die hat er bestanden, daher wird er gekauft. Kein ungeprüftes Objekt, keine Freunderlwirtschaft, kein Zuschancen von öffentlichen Aufträgen, kein Rausschmiss von öffentlichen Geldern. Erst eine Prüfung des Vorhabens durch die Gemeinde, danach die Probezeit, dann der positive Beschluss des Ankaufs. Selbst bei Kleinigkeiten wie einem Schmalspurtraktor auf Gemeindegeldern.

Genauso geht es im Grunde auch mit komplizierteren Themen zu. Ich kann nur folgen, indem ich die Charts auf der Leinwand mitlese. Bei aller Einfühlung in Schwizerdütsch verstehe ich vom Gesprochenen kaum mehr als die Hälfte.

In insgesamt zwei Stunden wird über vieles zügig entschieden: Über Satzungen, Schulpflege, Straßenbau, Tempolimit, Liegenschaften und Widmungspläne. Allein für Grund- und Baupläne werden mehrere dutzend Charts gespielt, die zeigen, was alles im Ort geplant ist: Vorher/nachher, das Wesentliche wird deutlich hervorgehoben.

Die Charts sind klar und übersichtlich und geben auch dem uneingeweihten Laien einen sauberen Überblick darüber, worum es geht, welches Problem behandelt wird, was bisher geschah und was die nächsten Möglichkeiten sind, über die nun abgestimmt werden sollen. Denn alle müssen es verstehen können. Wirklich alle. Denn alle müssen mitentscheiden können, wie es weitergeht.

## Der Rattenfänger von Oberwil-Lieli

Plötzlich bricht ein Streit aus über den aufwendigen Neubau des Schulgebäudes. (Ein Streit in der Schweiz läuft so ab, dass jeder ruhig, aber mit Nachdruck sagt, was er zu sagen hat und zuhört, was die anderen dazu meinen.) Das war vorherzusehen, weil der „Streithans“ in einer Lokalzeitung bereits auf seine Unzufrieden-

heit hingewiesen hat. Der Hintergrund ist, wie mir der Amman nachher versichert, ein rein taktischer: Er will auf Kantonebene kandidieren und hat mit diesem Thema begonnen, Oppositionsstimmen zu sammeln.

Der Gemeindeamman ist gut vorbereitet. Er rollt den Ablauf des Falles ‚Neubau des Schulgebäudes‘ von Beginn an auf und dokumentiert die einzelnen Entscheidungsschritte. Den Vorwurf des ‚Oppositionsführers‘, der Gemeinderat hätte gegen die wirtschaftliche Vernunft entschieden, kontert er mit den Worten: „Der Gemeinderat hat gar nichts entschieden. Ihr, die Gemeinde, habt entschieden, und das Ergebnis war eindeutig.“ Der Antrag auf Neubewertung des Projekts wird mit großer Mehrheit abgewiesen.

### **Frisch serviert: Direkte Demokratie**

Bei dem nächsten Thema geht es um den „Mittagstisch“ in der Schule. Der wurde bisher ehrenamtlich von einer Mutter und einigen Helfern organisiert (und finanziert). Der Gemeinderat erhebt den Antrag, ihnen dafür eine Entlohnung zu zahlen. Zuerst wird dargestellt, was der Mittagstisch so alles beinhaltet, was er kosten würde und begleitende Umstände. Es ist der Tag, an dem man im Radio hören konnte, dass endlich die Herkunft von EHEC geklärt sei und der Ammann stellt klar: Ab sofort dürfen die Schüler ja nicht mehr auf die Sprossenwand: Wegen der Sprossen! Ich muss mir den Witz übersetzen lassen. Die Dame, die den Mittagstisch organisiert hat, erhält Blumen und Applaus. Ab sofort darf sie sich auch finanzieller Wertschätzung erfreuen.

### **Über alles darf abgestimmt werden. Und es wird über alles abgestimmt.**

Immer wieder zeigen Leute auf und stellen Fragen. Dazu wird ihnen ein Mikrofon gereicht, damit sie von allen verstanden werden können. Auch mitten in Diskussionen werden Anträge gestellt: Es

geht gerade darum, dass die Schweiz aus der Kernenergieerzeugung aussteigen will. Ein Gemeindemitglied hat einen Vorschlag zur Implementierung von erneuerbarer Energie vorgelegt. Er hat alles sehr genau vorbereitet und mit einem Overhead-Projektor vorgestellt. Fragen werden gestellt und beantwortet. Auch der Gemeinderat stellt Fragen und kritisiert den vom Gemeindemitglied als doppelt zu hoch eingestuften Anteil des produzierten Kernstroms. Das Gemeindemitglied wartet die Kritik ab und klärt ein Missverständnis auf: Ein gewisser Anteil wird in der Schweiz selbst erzeugt, aber ein genauso hoher Anteil an Kernstrom wird aus dem Ausland eingekauft. Langsam wird die Sache für alle verständlich. Für mich weniger, weil ich den Diskussionen in Schwizerdütsch nicht ganz folgen kann.

Wie auch immer. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Gerade während dieser Diskussion wird aber darüber hinaus über zwei weitere spontane Anträge entschieden. Der eine ist eher eine Schmunzel-Kiste:

Eine Frau zeigt auf. Sie meint, man solle doch beim Einsparen beginnen und die Straßenbeleuchtung in der Nacht abschalten. Bald stellt sich heraus, eine Laterne scheint ihr geradewegs ins Schlafzimmer. Der Ammann fragt nach: „Warum hängst du dir keine Jalousie auf?“ Die Frau will aber auch in der Nacht in die Natur und zu den Sternen sehen. Sie ist eine attraktive Mittdreißigerin und der Ammann schmunzelt: „Du, das muss ich mir heute Nacht bei dir einmal genauer ansehen.“ Gelächter. Nun hilft der Ammann der Frau, die ihren ersten Antrag stellen will, bei der Formulierung. Es gibt keine Fragen und der Ammann lässt abstimmen:

„Ist der Antrag über die Abschaltung der Straßenbeleuchtung erheblich?“ Er wird mit knapper Mehrheit angenommen. „Erheblich“?! Dazu kommen wir gleich.

## **Transparenz ist mehr als nur Löcher im Käse.**

Nicht ein einziges Mal wird jemand unterbrochen, der gerade

spricht. Nach jeder Wortmeldung, die auf eine Abstimmung abzielt, formuliert der Gemeindeamman den Antrag, fragt nach, ob das so im Sinne des Antragsstellers ist und wenn der das bejaht, wird noch einmal gefragt, ob es Fragen gibt, dann wird abgestimmt, ob der Antrag ‚erheblich‘ ist. Ist er ‚erheblich‘, muss der Gemeinderat sich mit der Angelegenheit befassen, den Vorschlag konkret ausarbeiten und in einer der nächsten Gemeindeversammlungen darüber abstimmen lassen. In Oberwil-Lieli gibt es zwei Gemeindeversammlungen pro Jahr. Jeder Haushalt bekommt das Protokoll der letzten Sitzung und die Agenda der nächsten Sitzung in einem 120 Seiten starken Heft nachhause geliefert, damit er weiß, was war und worüber das nächste Mal abgestimmt wird. So weiß jeder, ob die zu behandelnden Themen in der kommenden Gemeindeversammlung ihn genug betreffen oder interessieren, dass er daran teilnehmen will.

## **Erheblich!**

Während also im rätlichen Konzept die Straßenbeleuchtung abgeschaltet wird, geht mir andererseits ein Licht auf: Die Transparenz ist gewahrt, wenn jeder genau weiß, worüber das nächste Mal abgestimmt wird. Niemand wird ausgelassen. Der Gemeinderat sorgt für allgemeines Verständnis. Bei spontanen Anträgen wird zuerst diskutiert und hinterfragt, dann wird der Antrag formuliert, danach nur abgestimmt, ob er ‚erheblich‘ ist. Und erst in der nächsten Gemeindeversammlung wird entschieden, ob er auch ausgeführt wird.

Ein sehr transparentes System, in dem der Mehrheitswille spürbar an oberster Stelle steht. Die Schweizer brauchen daher auch keine Beteiligungsquoten für ihre Abstimmungen.

Und so muss jetzt der Gemeinderat von Oberwil-Lieli, ob er will oder nicht, ein Konzept ausarbeiten, wie, wann, wo und durch wen die Straßenbeleuchtung in der Nacht abgeschaltet werden könnte, weil sich ein Gemeindemitglied durch das Licht belästigt fühlt. Der Gemeinderat macht kommentarlos, was entschieden wurde

und gratuliert der Frau zu ihrem ersten Antrag in der Gemeinde. Bei der nächsten Gemeindeversammlung wird darüber abgestimmt werden, ob der Plan auch umgesetzt werden soll.

## **Durch den Wind?**

Danach steht ein Mann auf und erklärt, er würde gerne ein Windrad zur Stromerzeugung aufstellen. Nun muss man wissen, die Bewohner dieser reichen Gemeinde zahlen Millionen Franken für ihre perfekten Villen, um rund um die Uhr einen perfekten Blick auf ihre perfekte Landschaft zu haben – einige stört in der Nacht sogar eine Straßenlaterne - und da will einer einfach ein Windrad reinstellen! Undenkbar! Ein Raunen geht durch die Menge. Mein Freund Werner flüstert mir zu: „Das geht nie durch.“ Fragen werden gestellt, eine aufgeregte Diskussion entbrennt. Doch der Antragsteller spricht ruhig und eloquent. Er hat seine Argumente gut vorbereitet und kann durchaus ein sinnvolles Bild seines Plans zeichnen. Der Gemeindeammann runzelt die Stirn. Man sieht ihm an, dass er einen Haufen Arbeit auf sich zukommen sieht. Schließlich ist ein Windrad etwas komplizierter als das Abschalten der Straßenbeleuchtung. Und er glaubt offensichtlich auch nicht daran, dass die Gemeinde dieser Idee letztlich zustimmen wird. Aber was hilft's? Er muss auch hier seinen Job machen, also lässt er die Diskussion laufen, bis keiner mehr Fragen oder Wortmeldungen hat. Dann hilft er dem Antragssteller, den Antrag zu formulieren. Der Antrag steht und wird vorgelesen. Dann lässt er abstimmen. Zuerst die Ja-Stimmen. Viele Hände gehen in die Höhe, aber offensichtlich nicht die Mehrheit. Der Ammann lässt „Abzählen“. Zwei Herren gehen durch die Reihen und zählen auf jeder Seite vom Mittelgang die Hände in der Höhe: 65. Das Raunen wird lauter. Die Spannung wächst. „Jetzt bitte die Nein-Stimmen“: Wieder viele. Wiederum „bitte abzählen!“

Nach einer halben Minute: 59 Nein-Stimmen. Bei 165 Anwesenden haben sich also 41 Stimmbürger der Stimme enthalten. Der Antrag ist knapp aber doch angenommen.

Damit wird der Startschuss zu einem recht umfangreichen Konzept zur Installation eines Windrads in der Gemeinde durch die Gemeinde gegeben. Das wird auf Kantonsebene bemerkt werden. Bei der nächsten Gemeindeversammlung, oder spätestens bei der übernächsten, wird der Gemeinderat den ausgearbeiteten Entwurf mit sämtlichen Zahlen (Leistungsvarianten, Kostenvarianten, Finanzierungsvarianten, Installationsort-Vorschlägen, etc.) zur Abstimmung vorlegen. Werner meint, er wird dann vermutlich abgelehnt werden und zu dieser Abstimmung werden viele Leute kommen. Aber dann gibt es zumindest für die Zukunft bereits ein Konzept in der Schublade und vielleicht findet sich noch ein Ort, in dem das Windrad aufgestellt werden kann. Die Arbeit des Gemeinderats ist in jedem Fall ‚erheblich‘.

## **Politik als konstruktiver Alltag**

Nach zwei Stunden endet die Gemeindeversammlung. Es wurden cirka 20 Abstimmungen durchgeführt und die Diskussionen gehen nach der Versammlung weiter. Das Miteinander Diskutieren über Sachthemen der Gemeinde ist selbstverständlich. Probleme werden als Auftrag zum Lösungswettbewerb verstanden. Bei einem späten Abendessen werde ich eingeladen, auch auf Kantonsebene und auf Bundesebene bei einer Ratssitzung dabei zu sein. Wie ist das eigentlich mit dem Kanton und mit dem Bund?

## **Bund, Kanton, Gemeinde: Der Bürger bestimmt auf jeder Ebene, wo's langgeht**

In der Schweiz gibt es analog zu Österreich und Deutschland drei politische Entscheidungsebenen: Cirka 2.700 Gemeinden – 26 Kantone - Bund.

Allerdings sind in der föderalen Schweiz sehr viel mehr Entscheidungskompetenzen in Richtung Gemeinden und Kantone verschoben, so wie das gesamte Gemeinwesen sehr viel dezent-

raler (genossenschaftlicher) aufgebaut ist, als in anderen Ländern. Alle drei Ebenen haben auch eigene fiskalische Kompetenzen. Das heißt, der Bürger wählt auf allen drei Ebenen nicht nur Parteien, er stimmt auf allen Ebenen regelmäßig über Sachfragen, z.B. über die Steuern, ab.

Im Bund gibt es drei Verfahrenstypen, wie die Bevölkerung mitbestimmt:

Obligatorisches Verfassungsreferendum: Jede Änderung der Verfassung muss durch Volksabstimmung abgesegnet werden, und zwar mit doppelter Mehrheit: Mehrheit der Stimmbürger **und** Mehrheit der Kantone. Von 1981 bis 2011 hat es 74 (!) obligatorische Verfassungsreferenden gegeben. Das sind etwas mehr als zwei pro Jahr. Davon wurden 57 angenommen und 17 abgelehnt.

Fakultatives Gesetzesreferendum: 50.000 einfach gesammelte Unterschriften genügen in der Schweiz, um ein bereits beschlossenes Gesetz durch eine Volksinitiative innerhalb von 100 Tagen einer Abstimmung durch die Stimmbürger zuzuführen und damit eventuell zu Fall zu bringen. Der Bundesrat (Regierung) hat die Möglichkeit, bei der Abstimmung einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, der vielleicht konsensfähiger ist, als das ursprüngliche Gesetz. Von diesen Gesetzesreferenden hat von 1981 bis 2011 insgesamt 76 gegeben (also ebenfalls etwas mehr als zwei pro Jahr), von denen 54 angenommen wurden und daher die beanstandeten Gesetze zu Fall gebracht haben und 22 abgelehnt wurden.

Volksinitiative für Verfassungsrevisionen: 100.000 einfach gesammelte Unterschriften sind in der Schweiz notwendig, um einen Vorschlag zu einer Verfassungsänderung einer Volksabstimmung zuzuführen. Auch hier entscheidet die doppelte Mehrheit: Mehrheit der Stimmbürger und Mehrheit der Kantone. Da es diese Option für einfache Gesetze nicht gibt, sind auf Verfassungsebene einige sehr spezielle Gesetze zu finden. 100 solche Volksinitiativen hat es zwischen 1981 und 2011 gegeben, also mehr als drei pro Jahr! Allerdings wurden nur 11 angenommen und 89 von der Mehrheit abgelehnt.

Auf Kantonsebene sind die Volksrechte noch umfassender: Hier sind Gesetzesinitiativen durch die Bevölkerung üblich. Ungefähr in der Hälfte der Kantone unterliegen Gesetze einem obligatorischen Gesetzesreferendum durch die Bevölkerung. Außerdem sind obligatorische Finanzreferenden ab einer bestimmten Größenordnung oder fakultative Finanzreferenden gängig.

Die Schweiz entstand hauptsächlich durch den Zusammenschluss und die Angliederung von Kantonen, in denen die Bevölkerung diese Eingliederung in die Schweizer Eidgenossenschaft anstrebten. Sie alle haben sich bis heute eine sehr große Eigenständigkeit bewahrt. 1919 haben auch die Vorarlberger eine Angliederung versucht, die aber scheiterte. Einige meinen, heute wäre Vorarlberg willkommen.

## **Selbstbestimmung – Selbsthilfe – Selbstverantwortung**

Die aktive Teilnahme der Bevölkerung (üblicherweise vier Abstimmungen pro Jahr) an der Politik führt auf allen drei Ebenen (Gemeinde – Kantone – Bund) dazu, dass die gewählten Volksvertreter sich hüten, Beschlüsse zu fassen, die nicht mehrheitsfähig bei der Bevölkerung sind. Dass es doch immer wieder zu einem Veto der Bevölkerung kommt, zeigt, wie aufmerksam die Bevölkerung ihre politische Verantwortung wahrnimmt und wie (relativ) einfach in der Schweiz der Eingriff in die Politik für die Bevölkerung ist.

Ein Unikum ist das Konkordanzsystem: Der Bundesrat (Bundesregierung) versteht sich als *Kollegialbehörde* und ist de facto eine Koalition aller wichtigen Parteien, zusammengesetzt aus sieben Mitgliedern von derzeit vier verschiedenen Parteien, wobei die Funktionen des Präsidenten und Vizepräsidenten nur für ein Jahr gewählt werden, um jeglicher Tendenz zu Machtkonzentration von vornherein entgegenzuwirken. Es gibt also keine Opposition in unserem Sinne, sondern das stete Bemühen aller um einen Konsens, der noch dazu mehrheitsfähig für die Bevölkerung sein muss. Das funktioniert natürlich nur, wenn die Partner auch tatsächlich

das Interesse der Bevölkerung im Auge behalten, konsensfähig und konsenswillig sind, aber das lernen die Schweizer schon in der Familie und der Schule. Die ständige Übung von Konsensbildung im sozialen Umfeld, in den vielen genossenschaftlich organisierten Vereinen und Verbänden und in der täglichen politischen Praxis der viersprachigen Schweiz fördert persönliche Fähigkeiten wie Denken an das Gemeinwohl, Bedachtsamkeit, Einfühlungsvermögen und Klarheit im Denken und Äußern von Gedanken, die für das Regeln von Konflikten wertvoll sind.

Für mich persönlich ist das Konkordanzsystem das deutlichste Merkmal menschlicher Reife, das es auf politischer Ebene geben kann. Der Eid der Eidgenossen ist hier auch heute aufrecht. Man kann ihn spüren. Und man kann spüren, dass sich die Schweizer als gleichwertige Genossen unter einem gemeinsamen Eid um ein konstruktives Miteinander bemühen, mögen sie auch noch so unterschiedliche Meinungen in Sachfragen haben. Direkte Demokratie und persönliche Reife sind in erster Linie moralische Errungenschaften, die voneinander profitieren und sich gegenseitig stärken.

## **Ein kleiner Schritt über die Grenze - ein großer Schritt für die heimische Politik**

Noch auf der Heimfahrt wird mir via Handy der Artikel in der *Wiener Zeitung* mit meinem Interview vorgelesen. Ich bin zufrieden, der Journalist hat uns fair behandelt. Ein leiser Vorwurf gegen die Grünen schwingt in der Frage mit: Wenn sie jetzt plötzlich die Direkte Demokratie (wieder)entdeckt haben und auch andere Parteien eingeladen haben, warum laden sie dann nicht auch die *Plattform Direkte Demokratie* ein, die doch augenscheinlich Experten haben? Ja warum eigentlich nicht?

Zurück in Wien fragen mich meine Freunde neugierig, wie es war. Pläne werden geschmiedet, wie man das Schweizer Modell in den österreichischen Gemeinden umsetzen könnte und was dazu alles notwendig wäre. Da die österreichischen Gemeinden finanz-

politisch kaum autarken Spielraum haben, sind wir hier weit weg von der Selbstbestimmung des Steueraufkommens durch den Bürger. Dazu ist eine Verfassungsänderung notwendig. Trotzdem gibt es potentielle Abstimmungsthemen in jeder Gemeinde. Und genau dort wollen wir ansetzen, um Lust auf Direkte Demokratie zu machen. Im Kleinen und Überschaubaren.

## **Geheimakte Schweiz**

Kein Wunder, dass man von Politikern über das Schweizer Modell so wenig erfährt. Mit diesem Wissen sind praktisch alle westlichen Demokratien als ‚Scheindemokratien‘ entlarvt, in denen Partei-Oligarchien um Machtpositionen ringen, anstatt sich um das Wohl der Bevölkerung zu kümmern. Dass es auch anders geht, dass die Bevölkerung ohne selbsternannte „politische Elite“ besser handlungsfähig ist, zeigt die Schweiz. Dieses Wissen ist für unser politisches Establishment ein gefährlicher Funke. Ich werde ihn weitertragen.

Interessiert Sie dieses Projekt? Rufen Sie mich an (0676-4065409) oder schreiben Sie mir eine E-Mail ([gerald.gruener@gmail.com](mailto:gerald.gruener@gmail.com))

## **Literaturempfehlung**

Elsässer, Jürgen/Eme, Matthias: Erfolgsmodell Schweiz. Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität; Verlag Kai Homilius, Werder; 2010.

Schiller, Theo: Direkte Demokratie. Eine Einführung; Campus Verlag, Frankfurt; 2002.

## **Links**

[www.demokratie.at](http://www.demokratie.at)

[www.direkte-demokratie.ch](http://www.direkte-demokratie.ch)

<http://www.swissvotes.ch/>

[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/eidg\\_\\_volksinitiativen.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/eidg__volksinitiativen.html)

<http://www.atlas.bfs.admin.ch/core/projects/12/de-de/viewer.htm?12.3981.de>

# Hände weg vom Bacherpark!

Von Herta Wessely

Eine schwarze Hand mit der Warnung: „Hände weg vom Bacherpark!“ wurde für zwei Jahre lang das Symbol für einen erbitterten, letztendlich erfolgreichen Widerstand durch engagierte Bürger gegen eine unter dem Bacherpark geplante „Volksgarage“ (Wohnsammelgaragen heißen sie jetzt). Dieser Beitrag berichtet über unseren Kampf mit seinen dramatischen Höhepunkten und dem unerwarteten, richtungsweisenden Ausgang.

Begonnen hat alles im Herbst 2004. Wie so oft, erfuhren nur durch einen Zufall einige wenige der Betroffenen von einem Tiefgaragenprojekt unter dem Bacherpark in Margareten, den 5. Wiener Gemeindebezirk. Margareten ist der am dichtesten besiedelte Bezirk in Wien, der Grünanteil aber ist gering. Der vielbesuchte Bacherpark liegt im Zentrum des Bezirks, drei Schulen und ein Kindergarten befinden sich in unmittelbarer Nähe. Drei bereits bestehende Garagen im Umkreis sind nicht ausgelastet.

## Bürger formieren sich zur Phalanx

Eine Bürgerinitiative gründete sich sofort. Von Anfang an gut aufgestellt mit Experten, die für jede Bürgerinitiative hilfreich sind: Jemand der eine Homepage aufsetzen und betreuen kann, jemand der Texte verfasst, jemand der sich mit Pressearbeit auskennt. Aber wir hatten auch noch einen Juristen, einen Altgewerkschafter als mitreißender Redner - Meister der „Flüstertüte“ (Megaphon) - und die stille Eva, Absolventin der Akademie der bildenden Künste, die mit Ihrer Erfahrung als Bühnenbildnerin das Widerstandsdorf baute, sowie viele andere Bürger. Ein bunter Haufen war das, der sich wöchentlich traf, jeder mit einem anderen Background - im normalen Leben hätten wir uns nie kennen gelernt. Uns einte ein Ziel: Dieses Projekt muss verhindert werden.

Im Jänner 2005 fand die erste Protestveranstaltung im Park

statt, im Februar 2005 eine von der Bürgerinitiative organisierte „Bürgerversammlung“ in einem Pfarrsaal.

Bürgerversammlungen sind in der Wiener Stadtverfassung vorgesehen, sie verlaufen aber so, dass auf dem Podium ‚oben‘ Bezirkspolitiker und von ihnen ausgesuchte „Experten“ sitzen. Diese informieren dann die Bürger über ihre geplanten Projekte und schildern sie meist in den leuchtendsten Farben, wobei sie auch nicht zögern, das Blaue vom Himmel zu versprechen. ‚Unten‘ sitzen die Bürger, die über die Projekte maulen und matschgeren dürfen, mehr aber nicht. Berücksichtigung finden ihre Einwände nicht.

## **Wir sind der Souverän – das soll den Politikern bewusst sein!**

Deshalb setzten wir bei ‚unserer‘ Bürgerversammlung die eingeladenen Bezirkspolitiker in den Zuschauerraum, auf dem Podium nahmen Vertreter der Bürgerinitiative und jene Experten Platz, die unsere Einwände untermauern konnten.

Nur für den Bezirksvorsteher stand ein Stuhl auf dem Podium bereit. Er blieb aber leer. Der Bezirksvorsteher hatte es abgelehnt zu kommen.

Der finanzielle Aufwand für diese Veranstaltung war groß. Miete musste bezahlt werden, denn auch die Kirche vermietete nicht um „Gotteslohn“, wengleich sie kulanter war als die anderen Anbieter. Einer der Experten verlangte ein Honorar. Für die Ankündigung der Veranstaltung mussten Flugblätter gedruckt werden, deren Verteilung gegen Bezahlung einer Firma übertragen wurde, um sicher zu stellen, dass jeder Haushalt davon informiert wurde. All diese Kosten mussten durch Spenden und persönliche Geldleistungen finanziert werden. Keine Kosten erwachsen für die Dekoration des Saales mit Transparenten, Tafeln, Bildern und Infos, das bewerkstelligte Eva in zwei Nachtschichten.

Das Wetter an diesem Jännerabend 2005 war grauslich und kalt, der Besucherandrang hielt sich in Grenzen.

## **Die Zutaten für einen erfolgreichen Kampf für mehr Demokratie: Zeit, Energie und Geld.**

Die Sprecherin der Bürgerinitiative, die die ersten wichtigen Kontakte zur Presse hergestellt hatte, warf nach drei Monaten das Handtuch. Sie hatte oft bis vier Uhr morgens Briefe an Politiker, Aussendungen an die Presse und Mails an die Mitstreiter geschrieben – und das alles neben ihrem Job! Zudem hatte ihre Telefonrechnung eine beträchtliche Höhe erreicht. Wir sammelten Spenden und deckten einen Teil davon ab. Im Mai 2005 übernahm ich ihre Aufgaben.

Auch ein Student, der die Aussendungen an einen immer größer werdenden Kreis von Mitstreitern und Sympathisanten versendet hatte, verließ uns. Die Ausgaben für Druckerpatronen hatten sein Budget zu sehr belastet, zudem ließ sich der Zeitaufwand mit seinen anstehenden Prüfungen nicht mehr vereinbaren.

Damit sind drei Probleme angesprochen mit denen Bürgerinitiative zu kämpfen haben: Der Zeit- und Energieaufwand des Bürgers, wenn er sein Recht erstreiten muss, ist gigantisch. Das Geld kommt nur aus der eigenen Tasche oder muss durch Spenden aufgebracht werden.

## **Aktivismus, Kreativität und Beharrlichkeit führen zum Erfolg**

Um unser Anliegen noch bekannter zu machen veranstalteten wir eine Reihe von Festen im Park. Dabei sammelten wir weitere Unterschriften und Spenden.

Ein Fest zu veranstalten bedeutet, „Brot und Spiele“ und Musik dazu zu organisieren.

In vielen Küchen wurde da gebacken und gekocht, Getränke

wurden herbeigeschafft, ein Programm für die Kinder gemacht. Da wurde z.B. ein Puppenspiel „Das Krokodil im Bacherpark“ getextet und mit Musik unterlegt. Puppen mussten angefertigt und Dekorationen gestaltet werden. Ein Heidenspaß für die Kinder, nicht das Krokodil war böse, fürchten musste man sich vor „Meister Kettensäge“, denn der wollte alle Bäume im Park umschneiden.

Das mag nach lustvoller Freizeitgestaltung klingen, soll aber nur ein wenig veranschaulichen, welche Energien Bürger investieren müssen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.

### **Was können wir jetzt noch tun?**

„Jetzt bleibt uns nur mehr eine Selbstverbrennung im Park“, meinte eine Aktivistin bei einer unserer wöchentlichen Sitzungen beim *Kemal*, im Beisl um die Ecke im Herbst 2005.

Das auch in die Tat umzusetzen, war nicht ernst gemeint, aber es drückte unser Gefühl von Wut und Ohnmacht aus. Viele sachliche Argumente sprachen gegen das Projekt, das hatten wir auch von Experten bestätigt bekommen, Wir hatten eine Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof eingebracht, auf die Kritik des Rechnungshofes hingewiesen und 2600 Unterschriften gesammelt, aber der Bezirksvorsteher blieb dabei: Es gibt keine Befragung und die Garage wird gebaut, dafür gäbe es einen mehrheitlichen Beschluss in der Bezirksvertretung. Punkt.

In anderen Bezirken hat es aber sehr wohl Anrainerbefragungen gegeben. Sind wir nicht alle Bürger derselben Stadt? Warum darf es im Ermessen eines Bezirksvorstehers liegen, dies zu gewähren oder zu verweigern?

In nicht allzu ferner Zukunft, so hoffe ich, wird man nur mehr den Kopf schütteln und sich nicht vorstellen können, dass es einmal eine Zeit gegeben hat, wo Projekte dieser Art über die Köpfe der Betroffenen hinweg geplant wurden, ohne jede offizielle und öffentliche Information und Diskussion.

## **Die Lage wird ernst**

Mitte Dezember 2005 spitze sich die Lage zu, die ersten Bäume wurden gefällt, im Jänner 2006 sollte mit dem Bau begonnen werden.

Wir richteten einen letzten Appell an unser „Freunde“ und riefen zu einer Demo auf - trotz des Termins so kurz vor Weihnachten sind viele gekommen. Wegen der früh einsetzenden Dämmerung um diese Jahreszeit kamen die Demonstranten mit Taschenlampen. Die symbolische Aussage war klar: Den Verantwortlichen sollte ein „Licht aufgehen“.

Wie nicht anders zu erwarten war, zeigten sich diese davon aber nicht beeindruckt. Der Kinderspielplatz wurde demontiert, die Baustelle wurde eingerichtet, das Vorhaben voran getrieben.

## **Jetzt brennen wir wirklich – vor Zorn**

Es war keine Zeit mehr zu verlieren: Am 9. Jänner 2006 besetzten wir den Park mit einem Tippizelt, neun weitere Zelte kamen sehr schnell hinzu. Wir informierten die Presse und auch unsere Freunde.

Aus den anfänglich von uns angekündigten zwei Tagen Besetzung wurden letztendlich drei Monate!

Man hatte wohl nicht damit gerechnet, dass wir solange ausharren würden, immerhin war der Jänner 2006 extrem kalt, in manchen Nächten hatte es minus 15 Grad! Auf die Frage eines Reporters, ob uns nicht kalt wäre, antworteten wir: „Nein, wir brennen vor Zorn!“

Das Tippizelt konnte zwar mit einem Öfchen beheizt werden, was sich in den kalten Winternächten als Segen erwies, dennoch hätten wir drei Monate lang dort allein nicht Tag und Nacht ausharren können.

Also baute Eva über der Sandkiste eine Hütte aus Plastikplanen sowie Tisch und Bänke und Abstellmöglichkeiten für Infomaterial

und für die Thermoskannen mit heißen Getränken. Warmes Essen wurde von den Anrainern gebracht. Besucher kamen in Scharen, die Medien berichteten darüber, der *ORF* drehte einen Beitrag für die Sendung *Am Schauplatz*. Neben der Mehrzweckhalle, wie die Hütte genannt wurde, entstand dann auch noch eine ‚Bühne‘. Österreichische und türkische Jugendliche rappten dort gemeinsam auf vielen Festen.

Eine Pattstellung war eingetreten. „Geräumt wird nicht.“ hatte der Bürgermeister verfügt (es standen Wahlen vor der Tür). Wir wichen nicht von der Stelle und agitierten weiter. Jeder Parkbesucher war für uns ‚Kundschaft‘, der die Unsinnigkeit des Projekts erklärt wurde.

Nicht unerwähnt bleiben soll aber, dass es natürlich auch Konflikte innerhalb der Bürgerinitiative gab, denn es war nicht sicher, wie die Sache ausgehen würde. Nicht immer herrschte Einigkeit über das weitere Vorgehen, nicht alle Partner brachten Verständnis auf für den ungeheuren Zeiteinsatz, der von manchen geleistet wurde. Drei Beziehungen gingen leider während des Widerstandes in die Brüche.

Eine Lösung des Konflikts sollte eine ergebnisoffene Mediation mit Vertretern des Bezirks der Gemeinde, des Bauwerbers und der Bürgerinitiativen bringen. Allerdings erklärte noch kurz vor Beginn der zuständige Stadtrat Schicker, die Garage würde auf jeden Fall gebaut, er könne sich aber eine Verringerung der Stellplätze um zwei bis drei Plätze vorstellen.

## **Die Mediation brachte die Lösung des Konflikts - Gespräche auf Augenhöhe**

In 100 Sitzungsstunden einigte man sich auf Standards für künftige Planungen ähnlicher Projekte unter Einbindung der Bürger, die auch in Zukunft gelten sollten: Bedarfsanalyse, Machbarkeitsstudie, Information und Diskussion mit der betroffenen Bevölkerung, und ganz wichtig: Befragung der Betroffenen.

Das Procedere für die Befragung über den Bau der Volksgarage Bacherplatz wurde bis ins Detail festgelegt: Die Größe des Befragungskreises (300m Radius), der Personenkreis, die Information der zu Befragenden, die Fragestellung, die Gewährleistung der Anonymität und die Kontrolle der abgegebenen Stimmen wurden gemeinsam bestimmt.

Dem amtlichen Stimmzettel sollte ein Pro- und Contrablatt beigelegt werden, in dem beide Seiten ihre Argumente anführen konnten.

Die Befragung verlief korrekt. Bei der Auszählung der Stimmen waren Vertreter der Bürgerinitiative und ein Notar anwesend. 66 Prozent sprachen sich gegen die Garage aus. Die Garage wurde nicht gebaut und der Bacherpark blieb als intakte Grünoase erhalten. Die Kosten für die Planung der nichtgebauten Garage beliefen sich auf 460.000 Euro. Die hätte man sich sparen können, hätten die Verantwortlichen gleich auf die Bürger gehört.

Heute befinden sich an vielen Häusern rund um den Bacherpark, Hinweise auf freie, zu vermietende Garagenplätze. Gibt es einen besseren Beweis, dass die Garage tatsächlich nicht benötigt worden wäre?

Die Vorgänge rund um den Bacherpark waren mitentscheidend für die Gründung der *Aktion21 - pro Bürgerbeteiligung* im Herbst 2006.



# Ein Geldzyklus geht zu Ende

## Aufruf zum Handeln

von Günther Hoppenberger

### Was lassen wir mit uns machen?

Hand auf's Herz. Haben Sie tatsächlich noch den Eindruck ‚der Souverän‘ zu sein, der durch seine Stimmabgabe mitbestimmen könnte, wohin sich die Gesellschaft entwickelt? Längst schon habe ich diese naive Sicht eines gutgläubigen Staatsbürgers durch den Blick auf das reale Geschehen ersetzt. Ich lernte dabei auf das Gesamtsystem und vor allem auf die tatsächlichen Ergebnisse nach lähmenden parteiideologischen Diskussionen im Parlament zu achten. Das brachte mir beunruhigende Einsichten und verführte mich zu diversen, zugegebenermaßen sarkastischen Neudefinitionen, die natürlich keinerlei wissenschaftlichen Anspruch erheben. So meine ich, dass ich zum Beispiel eine zeitgemäße Definition für „Politik“ kreiert habe: „Politik ist das Bestreben, im Namen ‚der Märkte‘ Herrschaft über die Bürger zu erlangen, ohne dass diese erkennen, beherrscht zu werden. Die Bürger sollen überzeugt sein, dass die Politiker ausschließlich in ihrem Auftrag und vor allem zu ihrem Besten handeln.“ Diese kreative Phase nützte ich gleich dazu, mir auch Gedanken über das Begriffsfeld „Internationale Politik“ zu machen und fand zu folgender genialen Definition: „Internationale Politik besteht im komfortablen Beisammensein an namhaften Plätzen unter seinesgleichen, um einander darin im Protzen zu übertreffen, was man nicht alles gegen den Willen und gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung durchzusetzen vermag.“

Auch wenn Sie vielleicht dazu neigen, meinen Definitionen beizupflichten, weil sie spontan überzeugen mögen, so sind diese natürlich nicht ernst zu nehmen. Schließlich haben wir doch eine Verfassung, die uns, als Bürgern des Staates, alle Rechte des Souveräns einräumt. Es kann also nicht allzu falsch sein, sich gegen-

über Politikern auf diese Rechte zu berufen und sie einzufordern. Man muss es aber auch tun! Besonders dann, wenn das Leben aus den Fugen zu geraten scheint und sich allerorten Verunsicherung breit macht, wie gerade jetzt, wo der viel gepriesene gesellschaftliche Zusammenhalt an allen Ecken und Enden zu bröckeln beginnt.

## **Die Krise erwächst aus unserem Denken**

Verfolgt man aufmerksam die Nachrichten und Schlagzeilen in den Medien, so sollte auffallen, dass wir besonders mit bedrohlichen, oft auch zweckoptimistischen, Wirtschaftsnachrichten aus aller Welt gefüttert werden. Und immer geht es um Geld. Gar nicht einmal um die eigentliche Wirtschaft, also um die Herstellung von Werten in Form von Waren und Dienstleistungen und um die Strukturen für eine mehr oder weniger gerechte Teilhabemöglichkeit an diesen Werten. Einmal erfahren wir, dass es an Geld mangelt und die Schulden ausufern, ein anderes Mal erfahren wir von den sagenhaften Gewinnen oder Verlusten irgendeines Konzerns oder vom unanständig überhöhten Honorar eines Sportlers oder Bankdirektors, wobei das sogar meist noch als Verdienst bezeichnet wird – und der Normalbürger orientiert seinen Wissensschatz an solchen Informationen. „Stresstest“ der Banken ist gerade das aktuelle Thema, bei dem es vor allem um die Selbsterhaltung des Gesamtsystems geht, zu dem wir selbstverständlich unseren Beitrag zu leisten haben. Geht es um Budgetfragen oder um die Staatsverschuldung zeigt man uns die Gelddruckerei und imposante Geldscheinbündel, als ob unser Geld durch den Druck entstünde. Schule, Kinderbetreuung und Pensionen werden mit Bedauern als unfinanzierbar erklärt, im Unterschied zu Abfangjägern und Spekulationsgeschäften der öffentlichen Hand. Damit verbunden sind Sparappelle der Medien an die Politik und die darauf prompt folgende geflissentliche Ankündigung so genannter Sparpakete durch die Politik, was sich besonders in weiterem Lohnverzicht, längeren Arbeitszeiten und geringerer Kaufkraft für die breite Bevölkerung

niederschlägt. Die beeindruckenden Milliardenzahlen, die an allen Ecken und Enden zu fehlen scheinen, sollen uns für ein systemkonformes Verhalten öffnen. Wir sollen einsehen, dass unser Leben ohne dem Finanzsystem zu dienen, wertlos ist. Offensichtlich gelingt es ganz gut, Bevölkerungen durch gelenkte Informationen ahnungslos und zugleich auf der emsigen Jagd nach Geld zu halten. Die Aussichtslosigkeit unseres absurden Tuns soll uns nur ja nie bewusst werden!

Und ist es denn nicht tatsächlich so, dass Börsenkurse, die über unsere Bildschirme flimmern und sogar in kleinformatischen Zeitungen veröffentlicht werden, dass die großformatig beworbenen Zinsversprechen der Banken, dass die Diskussionen über Budgets, Schulden, Gewinne, Fusionen, Dividenden und generellen Geldmangel zwangsläufig den Eindruck vermitteln müssen, dass die herum schwirrenden Zahlen ganz überragende Bedeutung haben und als zentrales Element unseres Lebens zu betrachten sind? Ist es aber nicht eher eine Krise unseres Denkens, wenn wir uns überrascht zeigen von der Schuldenkrise und verwundert sind, dass diese Krise die Realwirtschaft belastet? Die Paradoxie, dass die Gesamtverschuldung umso stärker wächst, je länger und härter wir arbeiten und je mehr Werte wir schaffen, scheint uns nicht zu irritieren. Sich aufdrängende Fragen werden nicht gestellt.

Geld und Geldmehrung stehen jedenfalls im Mittelpunkt unseres Lebens. Wir leben im Monetarismus. Dazu sollten wir uns bekennen. Es ist das derzeitige System, in dem wir alle leben. Da gibt es keinen Ausstieg. Warum denn auch? Geld ist eine der großartigsten Erfindungen der Menschheit. Es ist das ideale Ausgleichsmedium zwischen Geben und Nehmen und hat, wie Raimund Dietz in seinem jüngsten Buch genial darstellt, eine Entwicklung von so etwas wie Gesellschaft erst ermöglicht.

## **Unser Geld entsteht durch Verschuldung**

Nicht das Geld an sich ist also zu verdammern, wenn etwas schief

läuft, aber sehr wohl die Spielregeln, nach denen es erzeugt und in Umlauf gebracht wird. Diese Regeln sind Ursprung dessen, was wir regelmäßig als Krise erleben. Unser Geld entsteht durch verzinsten Kredit und verschwindet dementsprechend wieder bei Tilgung des Kredits. Um aber auch die Zinsen bezahlen zu können, müssen diese erst in Umlauf gebracht werden. Richtig! Durch zusätzlichen Kredit. Manche meinen ja, dass sich die Zinsen (und Gewinne) aus dem Mehrwert ergeben. Der Mehrwert mag ja entstanden sein, um ihn jedoch in Geld einstreifen zu können, muss dieses überhaupt erst vorhanden sein, weil Geld eben nicht durch Arbeit, die erst zum Mehrwert führt, sondern nur durch Kredit entsteht

Der Tilgungsversuch einer verzinsten Geldschuld kann daher gar nicht anders erfolgen, als durch fortlaufende Ausweitung der Verschuldung. Wer sich dabei verschuldet, ob der Staat oder Private, ist einerlei. Daraus folgt schlüssig, dass all unsere Wirtschaftsaktivitäten darauf ausgerichtet sind, um die niemals geschaffenen und daher nicht vorhandenen Zinsen zu konkurrieren – wir nennen es „Wettbewerb“ – und unsere Schulden auf andere Schultern in immer höherem Ausmaß zu übertragen. Das ist der eigentliche Kern des Kapitalismus. Dass dieses System nicht auf Nachhaltigkeit ausgelegt ist und auch keinen besonnenen Umgang mit natürlichen Ressourcen nahe legt, braucht wohl nicht näher erwähnt zu werden. Was zählt, ist die Geldmehrung. Um jeden Preis. Und was keinen Preis hat, gilt ohnehin als wertlos.

Ein derartiges System muss zwangsläufig regelmäßig zusammenbrechen. Immer dann, wenn Wille und gewinnbringende Möglichkeiten für eine weitere Verschuldung fehlen. Dann sprechen wir von Überschuldung und von Schuldenkrise, dabei heißt das nur, dass die bis dahin akkumulierten Zinsforderungen mangels Neuverschuldung nicht mehr bedient werden können. An der Tilgung der Grundschuld besteht seitens der Banken und Anleger ohnehin kein Interesse, weil damit ja auch das Geld verschwinden würde und wer will das schon? Peinlich nur, dass auch die Zinsforderungen als Aktiva in den Bilanzen stehen, wie Geld behandelt,

dabei aber plötzlich uneinbringlich werden. Es gibt sie ganz einfach nicht, weil sie auch niemals geschaffen wurden.

Mit den verzweifelten Rettungspaketen, mit denen die Staatsschulden und mit diesen auch die Forderungen auf Geld ins Unermessliche aufgebläht werden, geht soeben der aktuelle Geldzyklus, der nach dem Zweiten Weltkrieg neu begann, zur Neige. Wer, wie es gerade eben sehr intensiv durch Politiker, Wirtschaftsleute und Medien passiert, Zuversicht bezüglich der Tilgungsmöglichkeiten der angehäuften Geldschulden verbreitet, belügt sich selbst, betrügt die Bevölkerung und verschlimmert die Ausgangslage für die Folgegenerationen. Für jeden einzelnen Vertreter dieser Zünfte gilt selbstverständlich die Unschuldsvermutung, obwohl das von diesen legalisierte und unterstützte System ein Betrugssystem ist. Sozusagen ein legales Betrugssystem. So genannte Sparprogramme (Vorenthalten von Einkommensmöglichkeiten) führen mitnichten zu einer Schuldenreduktion, sondern kippen die Ökonomien in eine gefährliche deflationäre Phase mit absehbaren und aus der Geschichte bekannten Konsequenzen.

Es leuchtet ein, dass ein notwendiger Systemwechsel ein politisches Himmelfahrtskommando ist. Dies aber umso mehr, je später dieser überfällige Systemwechsel in Angriff genommen wird. Dennoch berechtigen derartige Ängste nicht, die Bevölkerungen zu spalten, Feindbilder entstehen zu lassen und sie bis hin zu Bürgerkriegen zu missbrauchen. Gar nicht zu reden von der Zerstörung mühsam erarbeiteter Lebensqualität und halbwegs demokratischer Strukturen. Während wir z.B. mit den Diskussionen über die ‚Töchterung‘ unserer Bundeshymne und mit der Beerdigung Otto Habsburgs abgelenkt werden, läuft hinter unserem Rücken genau diese bedrohliche Entwicklung ab, die sich aus Ratlosigkeit und Angst der Politiker abzeichnet.

Ist es aber tatsächlich nötig, dass wir jeden Geldzyklus durch Krieg und mit der Zerstörung von Werten und gesellschaftlichem Zusammenhalt abschließen müssen? Alles nur, um anschließend triumphierend belegen zu können, dass das System in der neuen

Aufbauphase wieder hervorragend funktioniert? Leben wir wirklich nur mehr für fiktive Geldwerte anstatt für Wertemehrung und Werteeerhalt? Ist es das, was Menschsein bedeutet? Ist es das, was wir Zivilisation nennen und dafür sogar bereit sind, Kriege zu führen? In Westeuropa scheint die Vorstellung von Krieg völlig absurd – wie für die meisten anderen Länder auch und dennoch gibt es auf der Welt mehr als 40 Kriegsschauplätze. Und fast immer geht es um Geld! Wenn die EU durch das Versagen des Geldsystems auseinander zu brechen droht, was dann? Ein Bürgerkrieg ist bei der latent vorherrschenden Fremdenfeindlichkeit schnell inszeniert. Selbst bei uns.

## Ein Gedankenexperiment

Die unter unseren Politikern sich ausbreitende Ratlosigkeit legt nahe, sich einmal mit dem schlimmsten Szenario auseinander zu setzen. Stellen wir uns vor - und wir sollten uns mit dieser Vorstellung wirklich dringend anfreunden und uns auch konkret darauf einstellen - das Finanzsystem bricht tatsächlich zusammen. Was bedeutet das? Die Staaten erklären sich für zahlungsunfähig, unsere Forderungen auf Geld gegenüber den Banken können von diesen nicht mehr erfüllt werden. Die Banken schließen; außer dem bisschen Bargeld, das wir bei uns haben, gibt es kein Geld mehr und selbst dieses wird für ungültig erklärt. Diese Situation trifft uns sinnvoller Weise und hoffentlich ohne Vorankündigung. Sagen wir, heute um Mitternacht.

Nun wurden wir über Jahre hinweg entsprechend indoktriniert, dass in diesem Fall die Welt untergeht. Dementsprechend wird sich morgen früh Panik und Verzweiflung ausbreiten, die Menschen werden trotz Aussichtslosigkeit versuchen die Banken zu stürmen, sie werden womöglich Bankdirektoren und Politiker massakrieren, andere Feindbilder suchen und sich vielleicht durch Plünderungen schadlos zu halten versuchen. Das Militär wird auffahren und auf die eigene, rebellierende Bevölkerung schießen. Es würde wahr-

scheinlich nicht viel anders ablaufen, als derzeit - mit einem etwas anderen Hintergrund - in den arabischen Ländern, oder wie schon bald in Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien.

Damit gerade das nicht eintritt, sollten wir gedanklich einen Schritt zurück treten und überlegen, was denn tatsächlich passiert ist. Schauen wir uns einmal um. Nichts ist eigentlich passiert. Alle Menschen leben, alle Gebäude stehen, die Infrastruktur ist intakt und voll funktionsfähig und es gibt keinen rechtschaffenen Grund seiner gewohnten Tätigkeit nicht nachzugehen. Alle über die Jahre des Geldzyklus geschaffenen Werte sind erhalten. Einzig und allein das Informationssystem, das unsere gesamte zwischenmenschliche Kommunikation bestimmt, bzw. das unsere Gesellschaftsformung in derzeitiger Ausprägung erst ermöglicht hat, ist plötzlich unbrauchbar geworden. Unsere Buchhaltungen und Bilanzen, die Zahlenbibeln unserer Gesellschaften, sind verloren gegangen.

Rebellion und mutwillige Zerstörungen helfen uns da nicht weiter, auch wenn es einige Politiker geben wird, die eine solche Situation zu eigenem Machtgewinn werden ausnützen wollen und die Bevölkerung für ihre eigenen Ziele zu missbrauchen versuchen werden. Nicht zuletzt um die Abwehrkräfte gegen derartige Versuche zu stärken, soll dieses Gedankenexperiment dienen.

Was wir gewiss schleunigst brauchen werden ist daher ein neues Informationssystem, damit sich die Räder der Wirtschaft auch weiterhin drehen können. Damit wir wieder einen Leistungsspiegel in Buchungssätzen darstellen können. Wir werden also rasch wieder so etwas wie Geld erfinden müssen, denn Wirtschaften ohne Geld, ist wie Schwimmen ohne Wasser.

## **Konzeption eines neutralen Informationssystems**

Wenn wir aber schon ein neues Informationssystem entwickeln müssen, sollten wir darauf achten, dass der systemische Fehler der in unserem jetzigen Geldzyklus und spätestens seit den 80er Jahren absehbar zum Zusammenbruch führen musste, vermieden

wird. Wir brauchen ein Geld- und Finanzsystem das nachhaltig, sagen wir vorerst zumindest für 500 Jahre, ausgelegt ist, das zur Machtausübung nicht taugt und das demokratische Strukturen unterstützt, das Geldhortung uninteressant macht und wir brauchen ein begleitendes Steuerungssystem, das Extreme, z.B. über 1:7 hinausgehende Einkommensunterschiede, die immer zur Destabilisierung von Demokratien führen, nicht zulässt.

Es mag wie Träumerei wirken, doch bin ich überzeugt, dass der menschliche Geist eine derartige Lösung ganz leicht zu finden vermag. Lösungsansätze liegen ja sogar bereits vor und man sollte diese unvoreingenommen prüfen und ausprobieren. Voraussetzung wird allerdings sein, dass verantwortungslose Grüppcheninteressen hintan gestellt werden. Das ist derzeit keineswegs der Fall. Unsere Politiker tanzen nach dem Takt der so genannten Finanzmärkte. Und niemand fragt nach dem Drehbuch und nach den Choreographen. Eine Handvoll Familiendynastien bestimmen solcherart über das Wohl und Wehe der Welt und unsere Politiker versuchen sich in ihrem Schatten zu tummeln und sie lassen sich willfährig dazu missbrauchen, den Ansprüchen der Finanzmärkte durch entsprechende Gesetzgebungen, manchmal sogar durch Gesetzumgehungen, entgegen zu kommen.

Bereits vor vielen Jahren (2000) hatte ich dieses Gedankenexperiment (‚Erfinden wir unser Geld neu‘) in Form eines Forschungspreis Ausschreibens konzipiert und versuchte es den namhaften Medien als Trägerorganisationen schmackhaft zu machen. Damals wurde ich nur belächelt bzw. nicht einmal ignoriert. Heute scheint nicht nur den Politikern, sondern auch den Medien das Lachen vergangen zu sein. Vielleicht ist also jetzt die Zeit reif dafür, aber es eilt!

Wollen wir zumindest noch das, was wir als Demokratie verstehen, retten, dann sollten wir handeln. Jetzt! Und Jeder kann dazu beitragen. Aktive Teilnahme am politischen Geschehen ist dafür Voraussetzung, wie auch das leicht anzueignende Wissen über die Geldzusammenhänge. Recherchen werden unweigerlich zur Er-

kenntnis führen, dass zuallererst die Geldschöpfung in staatliche Hand gelegt gehört. Nicht in die Hand der Regierung, sondern in die Hand einer demokratisch kontrollierten Institution! Staaten dürfen sich nicht, wie derzeit, bei privaten ‚Gelderzeugern‘ verschulden müssen! Die multiple Geldschöpfungsmöglichkeit durch die Banken muss unterbunden werden, wie das schon lange von Prof. Joseph Huber in seinem Vollgeldkonzept, verbunden mit der Einführung der „Monetative“ als vierte staatliche Gewalt (neben Legislative, Judikative und Exekutive), gefordert wird. Der breiten Unterstützung dieser Initiative durch aufgewachte Bevölkerungen könnte selbst eine von den „Marktkräften“ verblendete Politik nichts entgegen setzen. Außer vielleicht das Militär, was einer Entlarvung der geistigen Standorte unserer Politiker gleichkäme. Gehen wir es also gemeinsam an, bevor uns noch die Entwicklungen überrollen!

Die Kräfte, die solchen zivilgesellschaftlichen Forderungen entgegenstehen sind unbarmherzig und nicht zu unterschätzen, weil es ja im Kern um Machtverschiebungen, vielleicht ähnlich wie 1848, geht. Umso wichtiger ist daher eine auf gegenseitigem Respekt beruhende Einigkeit in der breiten Bevölkerung, die jeglichen gesellschaftsspaltenden Einflüssen eine klare Abfuhr erteilt. Und nicht vergessen: Der Souverän sind wir!

## **Literaturempfehlung**

Dietz, Raimund: Geld und Schuld; Metropolis, Marburg; 2011.

Hoppenberger, Günther: Die vierte Eigenschaft des Geldes; in: Ehrenhauser, Martin: Demokratie in Gefahr; Eigenverlag, Brüssel; 2010.

Huber, Josef: Monetäre Modernisierung. Zur Zukunft der Geldordnung; Metropolis, Marburg; 2010.

# Für ein Ende der Oligarchie der Gläubiger

Von Martin Ehrenhauser

Am 15. September 2008 brach *Lehman Brothers*, die drittgrößte amerikanische Investmentbank zusammen und löste damit ein Erdbeben in der globalen Finanzwirtschaft aus, deren Wellen rasant auf die Realwirtschaft überschwappten und nun in der Staatsschuldenkrise ihren vorläufigen Höhepunkt erfährt. Spätestens jetzt sollte für jeden ersichtlich sein, dass systemimmanente Mechanismen die Ursache bilden, verstärkt von krimineller Energie und Netzwerken, die mit Organisierter Kriminalität vergleichbar sind. Doch die Mehrheit der Politiker hat dies noch immer nicht erkannt. Denn anstatt die Ursachen und die Kriminalität im Sinne der Bürger bedingungslos zu bekämpfen, betrieb sie Politik im Interesse von wenigen Vermögenden. Die Bürgervertreter haben sich ohne Schamgefühl zu Erfüllungsgehilfen der „Märkte“ degradieren lassen. Sie ließen sich blenden von der angeblichen „Systemrelevanz“ einzelner Banken, und vergaßen dabei, dass dieses System nicht mehr relevant sein darf.

Getrieben von privaten US-Ratingagenturen, veranlassten die europäischen Regierungen die Rettung von Banken, anstatt für einen sozialen und gerechten Ausgleich der Gesellschaft einzutreten. Die Verluste für faule Kredite und Spekulationen zahlen die Bürger: Steuern werden erhöht, Gesundheitssystem abgebaut, Sozialleistungen gekürzt und Infrastruktur verkauft. Die Verluste werden somit verstaatlicht, die Gewinne bleiben privatisiert. „Damit verlegt sich die internationale Finanzwelt auf eine neue Art der Kriegsführung, die dasselbe Ziel verfolgt wie in früheren Zeiten die militärische Eroberung: die Aneignung von Land und Bodenschätzen, die Übernahme staatlicher Infrastruktur und die Erhebung von Tributzahlungen“, schrieb der US-Ökonom Michael Hudson in einem lesenswerten Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

Das Ergebnis dieser Politik: Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weiter auseinander. Laut der Unternehmensberatung *Boston Consulting Group* besitzt die vermögende Privatbankenkundschaft „weltweit Bargeld, Aktien, Wertpapiere oder Fondsanteile im Wert von 122 Billionen Dollar und damit 20 Billionen Dollar mehr als zum Tiefpunkt der Finanzkrise“, schreibt die deutsche Wochenzeitung *Die Zeit*. Gemäß einer Broschüre der *Arbeiterkammer Oberösterreich* verfügen die reichsten zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung bereits über mehr als zwei Drittel des privaten Vermögens.

Auch die Arbeitslosigkeit steigt weiter. So lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote für die EU-27 Staaten im Herbst 2011 laut *Eurostat* bei 9,8 Prozent, kurz vor der Finanzkrise, Ende 2006, lag sie bei 7,8 Prozent. In Spanien stieg die Arbeitslosenquote im selben Zeitraum sogar von 8,3 auf 22,8 Prozent. Hinzu kommt ein massiver Anstieg der Staatsschulden. Gemessen in Prozent des Bruttoinlandprodukts sind diese innerhalb der EU zwischen 2005 und 2010 von 62,8 auf 80,3 Prozent gestiegen. Alleine die Staatsschulden Österreichs betragen derzeit rund 216,6 Milliarden Euro, die jährlichen Zinskosten belaufen sich auf 7,9 Milliarden Euro (und das ohne die Verpflichtungen für die ausgelagerten „Zweckgesellschaften“). Demgegenüber stehen Einnahmen der Republik Österreich im Umfang von geschätzten 64,4 Milliarden Euro für das Jahr 2012.

Erleichtert wird diese Politik für wenige Vermögende durch eine Europäische Union, die ihren demokratischen Legitimationsrahmen bis auf die letzte Nuance überspannt hat. Durch ein undurchsichtiges Rätssystem, das die Gewaltenteilung untergräbt. Durch ein schwaches Europäisches Parlament ohne Initiativrecht. Durch eine Placebo-Bürgerinitiative als direktdemokratisches Element oder durch hunderte undurchsichtige Arbeits- und Expertengruppen im EU-Viertel, deren Wissen großteils die rund 2.000 Lobbying-Organisationen auf Kapitalseite und lediglich 50 auf Arbeitnehmerseite bereitstellen.

Beispiele für das europäische Legitimationsschauspiel im Interesse der Finanzindustrie gibt es viele. Etwa die achtköpfige *De Larosière Gruppe* der EU-Kommission, die zur Bewältigung der Finanzkrise Ende 2008 eingerichtet wurde. Dabei wurden die Brandstifter zur Feuerwehr gemacht - denn fünf der acht Mitglieder kamen aus dem privaten Finanzsektor. Das Ergebnis wurde dann nach lediglich zweiwöchiger Beratung von der EU-Kommission als Lösung für die Finanzkrise präsentiert. Oder Mario Draghi, der derzeitige Präsident der Europäischen Zentralbank, arbeitete zwischen 2002 und 2005 als Vizepräsident bei *Goldman Sachs* in London, also jener Investmentbank, die zu den größten Verursachern der Krise zählt.

Der Unmut der Bürger gegen diese Politik nimmt dabei europaweit dramatisch zu und führt vermehrt zu gewalttätigen Protesten. Der Souverän fordert zu Recht seine Funktion zurück. Die Menschen bestehen auf eine unabhängige und starke Politik der Gerechtigkeit. Doch die Regierungen antworten darauf nicht mit Selbstreflexion und Kurskorrektur, sondern mit polizeistaatlichen und repressiven Maßnahmen. Gegenüber dem eigentlichen Souverän zeigt die Politik damit Stärke und Macht, gegenüber den wenigen Vermögenden Unterwürfigkeit. In einer solchen Situation kann man nicht mehr von Demokratie sprechen, sondern nur noch von einer „Gläubigeroligarchie.“

## Was tun?

Keine Frage, ob Sozial-, Verkehrs-, Gesundheits- oder Verteidigungspolitik, der wesentliche Erfolgsfaktor ist die Verfügbarkeit von Geld. Der Erfolg der Politik ist somit unausweichlich verbunden mit der Frage: Wer regiert das Geld? Damit man von einer funktionierenden Demokratie sprechen kann, ist es also notwendig, dass die Gemeinschaft die Handlungshoheit über die Entstehung des Geldes, sprich über die Geldschöpfung besitzt.

Derzeit jedoch haben wir bis zu 95 Prozent privates Bankengeld.

Denn Zentralbanken bringen im Wesentlichen nur noch das Bargeld in Umlauf, das, je nach Staat, fünf bis 20 Prozent der Geldmenge ausmacht. Der Rest von 80 bis 95 Prozent zirkuliert inzwischen bargeldlos und wird von den Banken in Umlauf gesetzt: Per Kredit als Guthaben auf den Girokonten der Kunden. Diese Geldschöpfung durch die Banken führt zum Entzug der staatlichen Kontrolle über die Geldmenge und zwangsweise zur Ausweitung der Verschuldung. Denn wenn Geld durch Kredit entsteht, kann die Rückzahlung der verzinsten Geldschuld nur durch weitere Kredite getätigt werden, so der Physiker und Exportkaufmann Dr. Günther Hoppenberger in seinem Essay „Ein Geldzyklus geht zu Ende“.

Ein solches System kennt nur einen Gewinner: Die Gläubiger. Es ist nicht mit Demokratie vereinbar. Denn die eigentliche Entscheidungshoheit befindet sich außerhalb der demokratischen Entscheidungsstrukturen. Gläubiger stellen sich keiner demokratischen Wahl, Banken handeln auch nicht im Interesse der Gemeinschaft. Sie handeln im Eigeninteresse. Und dieses führt durch das System der Geldschöpfung durch Banken zu Inflation und zur Übersteigerung von Konjunktur- und Börsenzyklen samt den nachfolgenden Krisen.

Als geeigneten Lösungsvorschlag hat der Wirtschaftssoziologe Professor Dr. Joseph Huber, von der Martin-Luther-Universität in Halle, das Konzept der *Monetative* erarbeitet. Sein Vollgeldkonzept zielt darauf ab, die Giralgeldschöpfung zu beenden und Geldschöpfung in eine vierte unabhängige staatliche Instanz zu legen, der *Monetative*. Die Zentralbanken beenden dabei ihr Zwitterdasein als teilkommerzialisierte Banken und werden wieder die oberste staatliche Geld- und Währungsinstanz. Die bisherigen Girokonten der Kunden werden aus der Bankenbilanz herausgelöst und separat als Geldkonten in eigenem Recht geführt. Das neu geschöpfte Geld wird zinslos der Regierung überlassen, die das Geld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Die Geschäftsbanken könnten dabei weiter an den Finanzmärkten frei im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften agieren.

Die Übersteuerung von Konjunktur und Börsenzyklen würden moderater verlaufen.

Die Staaten müssten sich nicht mehr bei den Banken verschulden und die öffentlichen Haushalte kämen in den Genuss des Geldschöpfungsgewinns. In Österreich bis zu 9 Milliarden Euro jährlich bei drei Prozent Wirtschaftswachstum. Damit könnte man Staatsschulden abbauen oder europaweit mehr als den gesamten EU-Haushalt finanzieren. Der Wegfall des Geldschöpfungsgewinns für die Banken wäre zwar „erheblich“, aber nicht „existenzgefährdend“, so Professor Joseph Huber.

Darüber hinaus ist eine gerechtere Verteilung des Vermögens notwendig. Etwa durch die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer. Bereits mit einem Steuersatz von 0,05 Prozent könnten jährlich rund 200 Milliarden Euro in der EU eingenommen werden. Zum Vergleich: Der jährliche Schaden durch Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in Europa wird auf 200 bis 250 Milliarden Euro geschätzt. Neben einer Erbschafts- und Schenkungssteuer könnte eine Vermögenssteuer von 0,5 Prozent auf Vermögen von über einer Million Euro pro Haushalt realistisch weitere drei Milliarden Euro jährlich alleine in Österreich ermöglichen.

Nicht zuletzt sollte durch eine Demokratiereform dem Souverän wieder die Staatsgewalt übertragen werden. Dafür unabdingbar wäre der massive Ausbau der direktdemokratischen Elemente sowie der Rechte der Parlamente. Sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Denn auch wenn das Mitentscheidungsverfahren mit dem Vertrag von Lissabon auf nunmehr 72 Rechtsgrundlagen ausgeweitet wurde, gibt es bei 48 Rechtsgrundlagen weiterhin nur Anhörungsrecht und bei 22 Rechtsgrundlagen keine Einbindung des EU-Parlaments. Auch braucht es ein Initiativrecht für das Europaparlament, einen direkt gewählten EU-Präsidenten und eine obligatorische Bürgerinitiative. Auf nationaler Ebene muss der politische Wettbewerb fair gestaltet werden. Neben der Umgestaltung der Wahlwerbekostenregelung sollte es für alle wahlwerbenden Gruppen auch die gleiche Anzahl an Plakatflächen

geben sowie gleiche Fernesehzeit für ihre Werbespots im öffentlich rechtlichen Fernsehen.

Alle diese Vorschläge und viele weitere sind nicht neu, sie liegen bereits auf dem Tisch. Um sie zu verwirklichen braucht es einen politischen Willen, gesteuert und gefordert von aktiven Bürgern und nicht von wenigen Gläubigern. Nun ist die Zivilgesellschaft gefordert. Nur sie ist in der Lage, glaubhaft moralische Kritik zu üben. Aus ihr heraus muss sich eine neue politische Gruppierung finden, die durch ihre Unabhängigkeit gegenüber Finanzindustrie, Großkonzernen und dubiosen Spendern diese notwendigen Reformen bewirken kann. Nur Mut, Bürger!

# Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung

Von Helmut Hofmann

## Eine Erfolgsgeschichte

Bürgerzorn und Protestaktionen sind keine Erfindung des 21. Jahrhunderts. Den erfolgreichen Aufstand der Massen gegen Projekte, die an den Anliegen der Bürger vorbei geplant worden waren, hat es auch im vorigen Jahrhundert gegeben: Etwa in der Hainburger Au (1984), beim Wiener Sternwarte-Park (1973) und noch früher im Vorarlberger Fußach (1964). Von früheren Revolutionen unterschieden sich diese Massenproteste dadurch, dass sie sich gegen die von der Bevölkerung gewählten politischen Träger richteten, deren abgehobenes und selbstherrliches Handeln den Zorn ihrer Wähler erregt hatte.

Eigenartigerweise waren diese politischen Träger stets auf der Seite jener Partei zu finden, die vor Generationen angetreten war, um die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegen ihre Ausbeuter zu vereinigen und die sich nun anderen mit Machterhalt verbundenen Zielen verschrieben hatte.

## Die Vorläufer

All diese Proteste waren Einzelercheinungen. Sie richteten sich gegen ein bestimmtes Projekt und galten mit dem jeweils erreichten Erfolg als erledigt. Keiner dieser Proteste hatte Auswirkungen auf das demokratische System, welches schon damals erste Anzeichen seiner Unzulänglichkeit gezeigt hatte. Erst nach der Jahrhundertwende wurde deutlich, dass sich die Unzufriedenheit, der Ingrimm und der Zorn über den Umgang mit dem mündig gewordenen Bürger nicht auf das jeweils bekämpfte Projekt beschränkten, sondern den generellen Umgang der Politik und ihrer Amtsträger betraf. Dies zeigte sich, als sich einige innerstädtische Bürgerinitiativen, darunter die von Wien Mitte, Neuer Markt, Ru-

dolfplatz, Franziskanerviertel, Lindengasse, Palais Schönburg zu formlosem Erfahrungsaustausch und einer gemeinsamen Aktion auf dem Neuen Markt zusammenfanden. Sie alle hatten die gleichen oder ähnlichen Erfahrungen im Umgang mit den Behörden und mit Politikern, an die sie sich gewendet hatten, gemacht. Die Zahl solcher Bürgerinitiativen wuchs langsam, aber beständig. Bestärkt wurden sie durch den Schauspieler Herbert Fux, einem unermüdlichen Vorkämpfer für Bürgerrechte und Denkmalschutz, der sich als ‚alter Hase‘ der Politik von der ‚Obrigkeit‘ kein X für ein U vormachen ließ und, gestützt auf seine reichliche Erfahrung, wertvolle Ratschläge im Umgang mit Politik und Behörden erteilte.

## Die ersten Wunder

Allmählich verzeichneten einzelne Bürgerinitiativen erste Erfolge. Das umstrittene Projekt Wien-Mitte mit seinen ursprünglich vorgesehenen sechs Hochhäusern in der Pufferzone des UNESCO-Welterbes hatte im Frühjahr 2003 einem moderateren Bauvorhaben weichen müssen. Im Winter 2006 verhinderten die Bürger im fünften Wiener Gemeindebezirk durch eine dreimonatige Zeltbesetzung des Bacherparks den geplanten Bau einer Tiefgarage unter dem Park und erwirkten in einer ergebnisoffenen Mediation eine Anrainerbefragung, die eine klare Ablehnung der Garage ergab.

Beim Bacherpark-Konflikt zeigte sich, dass das von der Stadt Wien unter dem Namen *Lokale Agenda 21* eingerichtete Beteiligungsinstrument dem Gedanken der Bürgerbeteiligung überhaupt nicht entsprach, weshalb die nun bereits als *Initiative Wiener Bürger-Initiativen (IWBI)* auftretenden Bürger an den Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Michael Häupl, ihren Wunsch nach einem grundlegenden Gespräch über eine dem Beteiligungsgedanken entsprechende Reform herantrugen.

Der Bürgermeister reagierte zunächst gar nicht. Nach zwei von den *IWBI* veranstalteten öffentlichen Diskussionen, die ein starkes Interesse an Bürgerbeteiligung zeigten, verwies der Bürgermeister

die Bürger an den Stadtrat für Planung und Zukunft, Diplomingenieur Rudolf Schicker, der einer Aussprache ebenfalls monatelang auswich. Infolge der Ereignisse um den Bacherpark kam es im Frühjahr 2006 endlich zu einer Aussprache über eine Reform der Bürgerbeteiligung in Wien. Eineinhalb Stunden lang versuchte die Abordnung der Bürgerinitiativen unter dem Hinweis auf eklatante Defizite der *Lokalen Agenda 21* immer wieder einen konstruktiven Dialog über eine Verbesserung der Beteiligungsinstrumente zu beginnen. Am Ende der Begegnung stand eine glatte Absage des Stadtrats an jegliche Änderung: „Das Bestehende decke den Bedarf an Beteiligung ab. Punktum.“ Dies war eine Fortsetzung der Gesprächsverweigerung mit anderen Mitteln. Schicker setzte darauf, dass sich der lose Haufen Wiener Bürger-Initiativen verlaufen und er selbst, wie er sagte, die einzelnen Probleme der Bürgerinitiativen mit diesen bei Kaffee und Kuchen ausdiskutieren würde.

## **Die Geburtsstunde von Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung**

Unmittelbar nach diesem Gespräch einigte sich die sechsköpfige Delegation der *IWBI* nach kurzer Diskussion über die Gründung eines Vereins mit dem Namen *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung*. Für den Namen *Aktion 21* entschied man sich aus folgendem Grund: Im Jahr 1992 wurde bei der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro die Gründung der *Agenda 21* beschlossen. Dabei geht es um nachhaltige Politik und auch Bürgerbeteiligung unter dem Motto: „Global denken – lokal handeln!“. Zehn Jahre später, im Jahr 2002 wurde beim weltweiten UNO-Gipfel in Johannesburg beschlossen, diese Agenda endlich umzusetzen, also zur Tat zu schreiten. Daraus hat dann der *IWBI* den Namen *Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung* abgeleitet. Da die Stadt Wien diese Entwicklung verschlafen hatte, musste sie eben von den Bürgern selbst zum Leben erweckt werden.

Zunächst wollte *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* nichts anderes, als die bisher als *IWBI* begonnenen Aktivitäten fortzusetzen.

Mitglieder waren die Bürgerinitiativen und an Bürgerbeteiligung interessierte Einzelpersonen. Das gemeinsame Ziel war nach wie vor eine wirksame Bürgerbeteiligung in Wien, das Fernziel lautet: Eine Ausweitung auf ganz Österreich. Durch die Mitkämpfer aus den eigenen Reihen wurde eine fachmännisch erstklassige Homepage entwickelt, die sich bis heute als Informationsinstrument der Bürgerinitiativen hervorragend bewährt.

Die gegenseitige Unterstützung in organisatorischen und rechtlichen Fragen, im Umgang mit Behörden und in der Handhabung aller den Bürgerinitiativen zur Verfügung stehenden Instrumentarien hat den Anregungen und Protesten von Bürgerinitiativen eine neue Qualität verliehen. Obwohl *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* langsam und auf einer politisch soliden Grundlage in ihre schwierige Aufgabe hineinwachsen wollte, erhielt sie einen unerwartet starken Zulauf. Die heute etwa 50 aktiven Bürgerinitiativen (die 20 nicht mehr aktiven nicht eingerechnet), die zudem bei weitem nicht alle in Wien aktiven Initiativen repräsentieren, sprechen eine deutliche Sprache. Die von Stadtrat Schicker verbreitete Mär von einer gut funktionierenden Bürgerbeteiligung in Wien wird angesichts der in diesen Bürgerinitiativen versammelten frustrierten Bürger – es handelt sich um eine sechsstellige Zahl - eindrucksvoll ad absurdum geführt.

## **Raus aus der Sackgasse – Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligung in Wien**

Im November 2009 brachte *Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung* unter dem Titel „Raus aus der Sackgasse“ im *Sonderzahl-Verlag* die erste Publikation mit einem Vorwort der Grand Dame des österreichischen Journalismus, Anneliese Rohrer, heraus.

Insgesamt 38 Bürgerinitiativen berichten darin von ihrem Kampf gegen die Politik und ihre Institutionen. Viele von ihnen waren erfolgreich, wenn auch nicht alle. Eine derartige Zusammenstellung über den Einsatz und das Engagement von Wiener Bürgerinitiativen hatte es bis dahin noch nicht gegeben.

Das Buch wurde auch Schülern der siebten und achten Klasse eines Gymnasium im Beisein des Direktors und der Vertreter aller politischen Fraktionen des betreffenden Bezirks im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichts vorgestellt und lebhaft diskutiert. Die Schüler waren begeistert, dem Wiener Stadtschulrat, dessen Präsidentin mit Stadtrat Schicker persönlich eng verbunden war, schien solches jedoch nicht erwünscht. Jedenfalls fand sich kein zweiter Direktor der eine solche Veranstaltung an seiner Schule zuzulassen wollte.

## **Forderungskatalog zur Verbesserung der partizipativen Demokratie**

Nach dem Verlust ihrer absoluten Mehrheit bei der Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 2010 musste die SPÖ die Grünen als Koalitionspartner in die Stadtregierung holen. Das Themenfeld Bürgerbeteiligung wurde nun in das Ressort „Umwelt, Stadtplanung und Verkehr“ der Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou eingegliedert. Unsere *Aktion21* wurde von ihr eingeladen, ihre Vorstellungen zur Bürgerbeteiligung zu formulieren. Im Juli 2011 wurde daraufhin der Vizebürgermeisterin ein von *Aktion 21* ausgearbeiteter Forderungskatalog zur Verbesserung der partizipativen Demokratie überreicht.

## **Österreichweite Vernetzung**

Obwohl die Mitglieder von *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* immer wieder die Ausdehnung ihrer Aktivitäten auf andere Bundesländer in Erwägung gezogen hatten, kam der Zeitpunkt dafür unerwartet. Obfrau Herta Wessely war zu einer Fernsehsendung über Bürgerfrustration eingeladen worden und nützte die Gelegenheit eines kurzen Interviews zwischen langatmigen Diskussionen bekannter Persönlichkeiten aus der Politik, indem sie auf die *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* hinwies. Aus ganz Österreich kam ein

überwältigendes Echo: Eine große Zahl von Initiativen aus allen Bundesländern meldeten sich und äußerten den Wunsch nach einer bundesweiten Vernetzung.

Diese Vernetzung ist inzwischen angelaufen und verläuft sehr positiv. Seit dem Herbst 2011 bildet sich eine neue, österreichweite Plattform für Bürgerbeteiligung. Sie wird die Politik vor die Alternative stellen: Entweder sie bekennt sich zu einer Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch echte, wirksame Partizipation oder die Bürger werden ihr die Gefolgschaft verweigern. Die Vorgänge in anderen Ländern sollten zu denken geben.

Stéphane Hessel hat mit seinen Bestsellern „Indignez-vous! - Empört euch!“ und „Engagez-vous! Engagiert euch!“ den Menschen mit wenigen Worten den Weg gewiesen, den *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* längst erfolgreich beschritten hat und auf dem es kein Zurück mehr gibt. Es genüge nicht, so Hessel, sich zu ent-rüsten, die Empörung müsse in einer Aktion münden.

## **Engagiert euch!**

Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung ruft seit fünf Jahren allen zu: „Engagiert euch!“ Immer mehr Bürger folgen dem Ruf. Jeder, der gewillt ist mitzuwirken, die Dinge zum Guten zu wenden, ist eingeladen, als Einzelmitglied von Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung einen Beitrag zu leisten. Je mehr Menschen dies sind, desto energischer kann Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung auftreten und die Mitsprache der Bürger bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens einfordern. Der Beitritt ist einfach und verpflichtet nur dazu, das gemeinsame Ziel – eine wirksame Bürgerbeteiligung – anzustreben. Sollten Sie sich für eine Mitgliedschaft interessieren können Sie sich gerne auf unserer Homepage: [www.Aktion21.at](http://www.Aktion21.at) informieren oder uns eine e-mail an: [office@aktion21.at](mailto:office@aktion21.at) schicken.

# Direkte Demokratie – historischer Abriss seit den 1970er Jahren

Gernot Neuwirth, Bernd Lötsch

Markanter Anlassfall aus der Frühzeit der Umweltbewegung wird der Konflikt um den Sternwartepark 1973. Der Altbaumbestand bei der Wiener Universitätssternwarte sollte für den Neubau des Institutes für Zoologie geopfert werden.

*Kronen Zeitung*, Prominente aus Kunst, Kultur und Sport sowie empörte Anrainer sammeln 90.000 Unterschriften zur Erhaltung der ‚grünen Frischzelle‘ des Viertels.

Der dadurch ausgelöste öffentliche Druck veranlasst Bürgermeister Felix Slavik zu einer Volksbefragung. Um die Rodung des Parks zu ermöglichen, durchsetzen die Befürworter des Institutbaus ihre Propaganda mit Klassenkampftönen. Man versuchte, die Interessen der Studenten mit den Interessen der Anrainer und ‚reichen Villenbewohner‘, die schon ‚genug Grün‘ hätten, aufzurechnen und lockte mit dem Versprechen, den Rest des Grüngeländes in einen öffentlichen Park umzuwandeln. Auf der anderen Seite hört man erstmals Wortschöpfungen wie „Baum-Mörder“.

Von den 400.000 Wienerern stimmt eine Mehrheit von 57 Prozent gegen die Verbauung.

Als Konsequenz tritt Bürgermeister Slavik zurück. Sein Nachfolger Leopold Gratz zieht mit Baumschutzparolen in die Wahl und erlässt 1974 ein strenges Baumschutzgesetz.

Die neue Tabuisierung des Stadtgrün fördert mit bunten Visionen in den führenden Zeitungen auch die Durchsetzung der Fußgängerzonen (Kärntnerstraße, Stephansplatz, Graben) nach den Ideen des autokritischen internationalen Städteplaners Victor Gruen (ein Wiener, der von Kalifornien aus seine Heimatstadt vor dem Schicksal amerikanischer Autostädte bewahren wollte und dafür zunächst mehr Schelte als Unterstützung erhielt).

1978 wird der gesetzliche Rahmen für die Direkte Demokratie geschaffen, und zwar für Volksbefragungen (regional) und Volks-

begehren (bundesweit; Volksbegehren müssen ab 100.000 Unterschriften im Parlament behandelt werden). Beide gelten jedoch nur als ‚Orientierung für die Politik‘.

Am 5. November findet die erste Volksabstimmung der 2. Republik statt (ihr Ergebnis ist verbindlich!). Und zwar über die Inbetriebnahme des ersten österreichischen Atomkraftwerkes, das AKW-Zwentendorf. Sie geht mit knapper Mehrheit dagegen aus. Bundeskanzler Kreisky, der sich mit aller Vehemenz für die Atomkraft eingesetzt hat, bietet seinen Rücktritt an, bleibt allerdings im Amt und lässt nun ein strenges Atomsperrgesetz im Parlament beschließen. Einige Monate später erreicht er bei den Nationalratswahlen die größte Mehrheit seiner politischen Laufbahn.

Die Abstimmung über das AKW-Zwentendorf war demnach insgesamt keine ‚Anti-Kreisky-Wahl‘, wie ÖVP-Kreise eine Zeitlang behauptet hatten, sondern tatsächlich eine Volksabstimmung zum Ja oder Nein für einen nuklearen Weg Österreichs.

Nachdem Kreisky in dieser Sachfrage ein direkt-demokratisches Ventil geschaffen hatte, die überraschende Niederlage voll respektierte und gesetzlich auf Punkt und Komma umsetzte, war er wieder wählbar – und zwar mehr denn je.

Die zweite Volksabstimmung Österreichs (1994) zum EU-Beitritt ging nach heißen Diskussionsphasen mit fast 67 Prozent für den EU-Beitritt aus. Ein Zankapfel blieb bis heute aber die Pflichtförderung für EURATOM (Europäische Atomgemeinschaft).

Die Direkte Demokratie wird damit als Instrument anerkannt, auch vor dem Ablauf von Legislaturperioden und über weltanschauliche Parteienstandpunkte hinweg Kurskorrekturen der Politik vorzunehmen.

## **Die Causa AKW Zwentendorf**

Bei Baubeginn 1972 nahe Tulln/Donau ca. 40km westlich Wiens, das heißt in Hauptwindrichtung vor der Bundeshauptstadt, fand sich ein Dutzend Gegner am Bauplatz ein. Unter ihnen ein junger

Strahlenbiologe aus dem Forschungsreaktorzentrum Seibersdorf, Dr. Peter Weish – der in Folge zu einem anerkannten Regierungsberater in Atomkraftfragen und Träger mehrerer Ehrenzeichen, Staatspreise etc. wurde. Kernkraftkritiker waren damals aber noch krasse Außenseiter.

Doch bereits 1974 entstand in Oberösterreich eine stärkere Bewegung gegen das geplante zweite AKW in Stein-St. Pantaleon bei Enns. Aus dem lokalen Widerstand entwickelte sich eine gesamtösterreichische Anti-AKW-Bewegung, die sich zunächst auf das AKW Zwentendorf konzentrierte – wesentlich mitgetragen von eher wertkonservativen Bildungsbürgern wie Prof. Dr. Günther Schwab, Schriftsteller, Umweltpionier und Gründer des *Weltbundes zum Schutz des Lebens*.

Bald fanden sich neue Initiativen – Ärzte, Krankenschwestern, Physiker, Gewerkschafter, ja sogar „Mütter gegen Atomenergie“.

## **Atomdiskussion fördert energiepolitisches Denken bis in die Alpen**

Hatten viele zunächst in der Kernkraft eine akzeptable Alternative zu landschaftszerstörenden Wasserkraftwerken gesehen, kam die Ernüchterung, als die E-Wirtschaft gerade für die AKWs zwei große Alpinspeicher ankündigte: Maltatal in Kärnten für Zwentendorf, sowie Dorfertal in Osttirol für St. Pantaleon. Geplant waren die Speicher als unverzichtbarer Ausgleich für Zeiten der Abschaltung der jeweiligen, zum gesamtösterreichischen Stromnetz relativ großen, AKW-Kapazität.

Der Maltatal-Speicher wurde gebaut, die ‚Ersäufung‘ des Dorfertales durch eine 200m hohe Staumauer hingegen verhindert. Das eindrucksvolle Hochtal ist heute stark besuchter Teil des *Nationalparks Hohe Tauern*.

Generell sind alle österreichischen Nationalparkgründungen engagierten Bürgerbewegungen am Ende des 20. Jahrhunderts zu verdanken.

Fünf der sechs Neugründungen von Nationalparks wurden gegen Kraftwerkgesellschaften und deren politische Flechtwerke erfochten.

Nur einer der Nationalparks – Neusiedlersee/Seewinkel, ein komplett flaches, daher ohne elektrisches Arbeitsvermögen ausgestattetes Gebiet konnte in seiner ursprünglichen Form bewahrt und davor geschützt werden, mit der zweitlängsten, aber mit Abstand überflüssigsten Autoschnellstraßenbrücke Europas (zwischen Mörbisch und Illmitz) verbaut und damit trocken gelegt zu werden.

Auch dieser Erfolg war die Frucht einer veritablen Massenbewegung, wobei die bekanten Verhaltensforscher Otto König und Antal Festitics, sowie der in Umweltfragen so engagierte Bernd Lötsch um 1971 massive Unterstützung des traditionsreichen Naturschutzbundes (100.000 Unterschriften), des jungen *WWF* und besonders des *ORF* und der *Kronen Zeitung* erhielten.

## **Die „Atomkraft? - Nein danke!“ - Bewegung weitet sich aus**

Vor allem die Jugend begann, sich für das Thema zu engagieren. Aus einem Arbeitskreis von Biologiestudenten entstand die basisdemokratisch organisierte Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner, die wesentliche Arbeit leistete. Wichtig waren auch die Jugendorganisationen der SPÖ und der ÖVP, die sich gegen die massive Pro-Position ihrer Parteien aussprachen, sowie kleine Gewerkschaftsfraktionen im Widerspruch zum ÖGB.

Der damalige niederösterreichische Landeshauptmann Andreas Maurer als prominenter Befürworter der Atomkraft geriet zunehmend in Schwierigkeiten, denn im Waldviertel entstand eine vehemente Gegnerschaft, als die Gegend um Göpfritz oder Allentsteig als Ort der Endlagerung der radioaktiven Abfälle gewählt wurde. So trat er für einen Export der Abfälle ein: „möglichst weit weg (...) in den Iran (...) oder die Antarktis.“<sup>1</sup>

In Vorarlberg formierte sich eine starke Bewegung gegen das

*AKW Rütli*, das in der Schweiz in der Nähe der Grenze zum ‚Ländle‘ geplant war. Die Tageszeitung *Vorarlberger Nachrichten* spielte eine wichtige Rolle in der Berichterstattung gegen das österreichische Atomprogramm. Rütli wurde nicht gebaut, die Schweiz erwies sich als besserer Nachbar als die Betreiber des späteren tschechischen Grenzkraftwerks Temelin.

Die SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky versuchte mit einer ‚Regierungskampagne Kernenergie‘ die Auseinandersetzung um die Atomkraft unter Kontrolle zu bringen, rückblickend eine vorbildliche Aktion. Man ersuchte kritische Wissenschaftler, einen Katalog von Fragen aufzustellen, die vor der Inbetriebnahme des AKW zu klären seien. Diese, mehr als hundert zum Teil grundlegende Fragen, wurden von bekannt atomkritischen *Boltzmann Institut* im Auftrag des Wissenschaftsministeriums erstellt. Dabei wurden die Fragen in zehn Themenbereiche aufgeteilt und jeweils Arbeitsgruppen zugewiesen, die paritätisch mit befürwortenden und kritischen Fachleuten besetzt waren.

In Folge fanden in den Landeshauptstädten große öffentliche Podiumsdiskussionen statt. Das Regierungsziel war, aufzuzeigen, dass die Materie nur auf fachlicher Ebene sinnvoll zu behandeln sei und man Entscheidungen daher den Experten überlassen solle.

Doch die Kampagne verlief anders als geplant. Schon bei der Eröffnungsveranstaltung an der *TU-Wien* trat zum ersten Mal die ‚linke Szene‘ massiv in Erscheinung und manche Aussagen von AKW-Befürwortern gingen in Buh-Rufen unter.

Für die großen Tageszeitungen, die bis dahin das Thema Atomkraft als zu brisant gemieden hatten, war die Diskussion unter Experten ein Startsignal, das Thema aufzugreifen. Es entstand damit eine ganz neue Qualität der Kontroverse und die vielen Probleme und Risiken der Kernenergie wurden von nun an in den Massenmedien thematisiert, wenn auch überwiegend im Sinne ihrer Befürworter.

Am 7. Juli 1978 beschloss der Nationalrat ein „Bundesgesetz zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ über die Inbetriebnahme

des AKW Zwentendorf und bestimmte zugleich, am 5. November desselben Jahres eine Volksabstimmung darüber abzuhalten. Die Regierung rechnete aufgrund von Umfragen mit einem Ja zur Atomenergie.

Nach dem Regierungsbeschluss nahmen die AKW-Gegner den Wettlauf mit der Zeit auf. Ihre Öffentlichkeitsarbeit fand vorwiegend im Bereich kleiner Diskussionsveranstaltungen statt. Nach diesen Diskussionsveranstaltungen bestand eine so rege Nachfrage, dass manche Aktivisten monatelang keinen freien Abend hatten. Viel Information wurde durch persönliche Kommunikation verbreitet.

Der engagierte Einsatz erbrachte letztendlich bei der Volksbefragung eine knappe Mehrheit gegen die Inbetriebnahme. Rund 20.000 Stimmen gaben den Ausschlag. Nach diesem Ergebnis war klar, dass jeder einzelne Beitrag für den Ausgang der Volksabstimmung notwendig gewesen war, kein Flugblatt, keine Diskussion hätte unterlassen werden dürfen.

Wesentlichste Quelle wissenschaftlich fundierter Argumente waren das oben genannte *Boltzmann Institut* und der Universitätsgeologe und spätere Politiker Prof. Alexander Tollmann.

Es kommt selten vor, dass man die argumentative Substanz einer Umweltbewegung so eindeutig auf wenige herausragende Köpfe zurückführen kann, in diesem Fall allen voran Dr. Peter Weish, der auch noch später, angesichts Tschernobyl, als zentrale Auskunftsperson eine weitere Feuerprobe bestehen sollte. Auch beim Gentechnik-Volksbegehren (Details siehe weiter unten) spielte seine Glaubwürdigkeit eine wichtige Rolle für den überwältigenden Erfolg (1,2 Millionen Unterschriften).

Unvergesslicher Höhepunkt für viele angereiste Aktivisten von Wien war eine Veranstaltung am Hauptplatz von Tulln/Donau am Nationalfeiertag 26. Oktober 1978, zehn Tage vor der Volksabstimmung.

Hier traten gleich zwei Nobelpreisträger gegen die Nuklearenergie in die Arena - der U.S.-amerikanische Biochemiker Prof. Dr.

George Wald und Kenner der internationalen Atompolitik, erster prominenter US-Amerikaner, den Nord-Vietnam für Verhandlungen ins Land ließ - und Österreichs Umweltgewissen, der Biologe und Mediziner Prof. DDR. Konrad Lorenz.

Ihre Reden waren kurz, aber fulminant und zeigten umfassend die Palette der Probleme - von Strahlenschutzexperten, welche die Atomindustrie mehr zu schützen schienen als die Menschen, vom damals (wie heute) ungelösten Müllproblem bis zu den Risiken einer Technologie, die keine Fehler verzeihe, obwohl das Einzige, worauf man sich langfristig verlassen könne, die menschliche Unverlässlichkeit sei.

Lorenz sprach auch vom genetischen Schicksal der zivilisierten Menschheit, welches gerade durch die Erfolge der Medizin immer problematischer werde und die Gesellschaft zwingen müsste, jeden Zustrom erbschädigender Wirkungen wie Radioaktivität von vornherein auszuschließen. Selbst niedrige Strahlung sei hier ein Verbrechen. Sorge äußerte der ‚Grand Old Man‘ auch hinsichtlich der Gefährdung der Pressefreiheit, die seiner Meinung nach schon vor der Etablierung der Atomkraft in Österreich den Konzerninteressen zu weichen beginne.

Das damalige Staatsfernsehen berichtete nichts über dieses Ereignis und weigerte sich auch, eine ihm kostenlos noch am selben Abend zur Verfügung gestellte professionelle Film-Reportage auszustrahlen.

Doch über unabhängige Printmedien, wie die *Krone*, wurde die klare antinukleare Haltung des publikumswirksamen ‚Bußpredigers‘ unserer gedankenlosen ‚Suizidgesellschaft‘ zu einer entscheidenden Stütze des Widerstandes.

Sich nie mehr den Mächtigen anzudienen war die temperamentvoll gelebte Maxime von Konrad Lorenz, den ‚Weisen aus Altenberg‘.

Die knappe Mehrheit von rund 20.000 Stimmen wurde als Sieg der Zivilgesellschaft gegen ein mächtiges politisch-wirtschaftliches System gesehen. Die Regierung war demokratisch genug,

nach dem Volksentscheid noch im Dezember 1978 das Atomsperrgesetz zu beschließen.

Damit wurde Österreich von einem der letzten Industrieländer ohne Atomkraft zum ersten Industrieland ohne Atomkraft.

## **Was die kritischen Bürger ihrem Land ersparten**

Gerade im 33. Jahr nach Fertigstellung und Abwahl der jungfräulichen Atomruine Zwentendorf kann Österreich heilfroh sein – denn jetzt würden wir ein unendliches politisches Hickhack über die kostspieligen Probleme erleben, die bei Abwrackung, Entseuchung und Entsorgung eines verstrahlten Schrottreaktors anfallen. Wo die hunderte Millionen Euro dafür hernehmen? Wo fände der Abfall seine strahlende Zukunft und Langzeitbewachung?

Der ‚Weitblick‘ der 1978 noch Atom-verliebten Bundesregierung gipfelte im Vorschlag von Bundeskanzler Kreisky und Forschungsministerin Firnberg, Atommüll und Endlagerprobleme über Ägypten bis in den Iran zu entsorgen.<sup>2</sup>

Die Atompolitik der ‚Islamischen Republik‘ sorgt seither wiederkehrend für weltpolitischen Zündstoff – nur ist unser Nuklearmüll wenigstens nicht an diesem Spiel beteiligt.

Selbst in Indien hat die Atomenergie keinen Hungernden satt gemacht, aber dafür rasch zum Bau einer Atombombe geführt.

Kürzlich war Peter Weish mit einem von uns (Bernd Lötsch) in Zwentendorf – Betonriese und Geisterschloss obsoleter Technik, imposantes Modell eines AKW im Maßstab 1:1 - eingeladen. Kernkraft-Lehrlinge aus Deutschland dürfen hier manchmal Simulationen für den Ernstfall üben, ohne dass etwas passieren kann. Natürlich hatten wir unseren Geigerzähler mit. Wenn es 1978 zumindest einen Probetrieb gegeben hätte, würden wir es sofort merken. Denn schon nach zwölf Stunden wäre durch die gestartete Kettenreaktion das Radioisotopeninventar einer Hiroshima-Bombe im Reaktorkern entstanden – wohlverwahrt, aber verräterisch. Nach einem halben Betriebsjahr hätte ein Reaktor wie Zwenten-

dorf bereits die längerlebige Radioaktivität von tausend Hiroshima-Bomben im Bauch eingeschlossen gehabt.

Die Anti-Atom-Bewegung hat Österreich sogar vor zwei AKWs bewahrt. Vor dem betriebsbereiten Zwentendorf/Tulln auf einer Erdbebenlinie in der Hauptwindrichtung auf Wien und vor einem fix geplanten Reaktor bei St. Pantaleon, knapp an der Grenze zu Oberösterreich. Mit diesem Projekt fiel auch der verheerende Plan zur Überstauung des Dorfertals in den Hohen Tauern.

Ob es andernfalls zu einem schweren Störfall gekommen wäre, werden wir nie erfahren, denn Zwentendorf blieb solcherart das sicherste Kernkraftwerk der Welt.

Die Frage des Risikos ist nicht vom Tisch – kein Konzern der Welt versichert Kernkraftwerke auf ihre Folgeschäden. Ebenso pointiert wie unangreifbar formulierte der amerikanische Alternativ-Nobelpreisträger Wes Jackson 2001: „Wahrscheinlichkeits-Rechner behaupten, ein Reaktor sei so sicher, dass ein Großunfall nur alle 10.000 Jahre passiert (was allerdings auch morgen sein kann). Gäbe es tausend Reaktoren, (statt wie jetzt ca. 400), wäre weltweit alle zehn Jahre mit einem Super-Gau zu rechnen.“<sup>3</sup>

Auch sonst schafft die Nukleartechnik mehr Probleme, als sie löst. Dabei wären mit bekannten Technologien und ohne Sicherheitsrisiko gerade in der industrialisierten Welt gut 40 Prozent des gegenwärtigen Energieverbrauches durch intelligenteren Nutzung einsparbar. Auch dafür wird man die Bürger brauchen.

Die Ereignisse von Zwentendorf und von Hainburg haben darüber hinaus im Österreich der 1980er Jahre den Anstoß zu einem kritischen Energiebewusstsein der Bürger und öffentlicher Diskussion wünschenswerter Alternativen gegeben wie kaum in einem anderen Staat zu dieser Zeit. Ausstiegs- und Nichteinstiegszenarien mancher Nationen folgten erst danach. Aber Österreichs Politik war unfähig zur Umsetzung dieses vorübergehenden gesellschaftlichen Konsenses. ‚Business as usual‘, geprägt von alten (und neuen) Formen der gedankenlosen Verschwendung, nahm wieder überhand. Seit Zwentendorf hat sich der Stromverbrauch

Österreichs verdoppelt (wenn auch nicht vervierfacht, wie damals vorausgesagt). Die antinukleare Haltung ist durchlöchert, seit wir – vorgeblich auf Drängen der EU – unser Verbot von Elektrizitätsimporten aus unsicheren Ost-Reaktoren fallen lassen ‚mussten‘; in Wahrheit war es die Gier der Industrie nach Strom zu Dumping-Preisen. Deshalb haben wir heute vier bis sechs Prozent Atomstrom im Netz.

Wir befinden uns bereits wieder in einer Zeit, in der Mitläufertum zur Schuld wird – sie reicht vom Klimawandel über Artenschwund bis zur Schuldenkrise.

Man sollte so leben, dass unsere Kinder eines Tages sagen können:  
UNSERE ELTERN WAREN IMMERHIN IM WIDERSTAND

## Nachklang

Der elf Jahre nach dem Zwentendorf-Plebiszit folgende Tschernobyl-Supergau und die nach weiteren 25 Jahren hereingebrochene Katastrophe Fukushima führten zur weltweiten Ernüchterung. Die Skepsis der kritischen Österreicher wurde tragisch bestätigt.

Statt aber sofort den ökonomisch, ökologisch und beschäftigungspolitisch besten Weg einzuleiten - die verbraucherseitige EnergieEinsparPolitik - bewirbt Österreichs Elektrowirtschaft auf Kosten der Konsumenten in einem millionenschweren Werbefeldzug den bedenkenlosen Angriff auf die letzten naturnahen Fließgewässer des Landes, obwohl dies, trotz aller Landschaftsopfer, das Hauptproblem, nämlich den energiehungrigen Winter, nicht lösen könnte. Denn die ‚umweltfreundliche Wasserkraft‘ liegt gerade zur Zeit des größten Stromverbrauchs gefroren in den Alpen. Dabei ginge es bei all den umstrittenen Wasserkraftprojekten nur um ein bis zwei Prozent der Gesamtenergie Österreichs, diese überwiegend in der falschen Saison und ohne jeglichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Entlastung.

Hoffentlich wird die nun laufende Werbemaschinerie des *Verbund* nicht zu einem historischen Beweis, wie geldgesteuerte Ge-

hirnwäsche die Direkte Demokratie auszuhebeln vermag.

Sensibilität gegenüber den auf dem Spiel stehenden Naturqualitäten und die Bereitschaft zu partiellem Komfortverzicht sind dünner gesät als die nun endlich verbreitete Abneigung gegen Atomstrom und fossiler Brennstoffe.

Mit der Duldung weiterer Naturopfer aber bestehen wir die Enkel.

## **Die Steinhof-Gründe**

Eine, im Jahr 1981 in Wien durchgeführte Volksbefragung über die Verbauung eines Grünraumes hatte eine deutliche Kurskorrektur zur Folge. Es gab da die sogenannten „Steinhofgründe“ - ein weitgehend unverbautes Areal zwischen den Bezirken Penzing und Ottakring. Auf diesem Grünraum plante im Jahr 1981 die Wiener Stadtverwaltung, mehrere hundert Wohnungen zu errichten. Doch die Oppositionsparteien im Gemeinderat, genauso wie Anrainer und Ärzte des nahen Psychiatrischen Krankenhauses, setzten sich gegen diesen Plan vehement zur Wehr. Die Bevölkerung sollte befragt werden. Die Verbauungsgegner fürchteten allerdings den Ausgang dieser Befragung, denn diese war in einer Weise formuliert, die überaus manipulativ erschien: „Sind Sie für die Errichtung“ von 885 erschwinglichen Wohnungen?, wurde hier gefragt, wobei 200.000 Quadratmeter früher nicht zugängliche Grünfläche zugänglich gemacht werden sollten.

Eine Bürgerinitiative sammelte daraufhin 70.000 Unterschriften, um eine Frage in Kurzform beifügen zu dürfen: „Sollen die Steinhofgründe verbaut werden?“

Tatsächlich erreichte man mit dieser Formulierung mehr Nein-Stimmen als bei der Fragestellung der Stadt.

Die Steinhofgründe blieben unverbaut und wurden in der Folge für die Bürger geöffnet. Bei allen anderen in dieser Volksbefragung ebenfalls zur Diskussion gestellten Vorhaben - sozialem Wohnbau, Modernisierung von Altbauten, Altstadtsanierung, Maßnahmen zur Vollbeschäftigung - erreichte die Gemeinde überwältigende

Mehrheiten und konnte sich damit der Unterstützung der Bevölkerung sicher sein.

## **Autobahn-Pläne**

Ein Jahr zuvor, im März 1980, hatte die Stadtregierung ebenfalls eine Volksbefragung zu vier aktuellen Themen angesetzt und die Bürger hatten alle Fragen im Sinne der Gemeinde beantwortet. Neben anderen Fragen ging es in dieser Befragung auch um die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs und um die Errichtung einer Autobahn über den Flötzersteig, einer Verbindungsstrasse zwischen zwei westlichen Bezirken Wiens. Erstaunlicherweise stimmten die Wiener beiden Verkehrsprojekten, die konträre umweltpolitische Intentionen verfolgten, mehrheitlich zu. Achtzig Prozent sprachen sich für eine Bevorzugung der Straßenbahn zu Lasten des Autoverkehrs aus und mehr als die Hälfte stimmte dem Plan zu, eine zweite Autobahn-Westefahrt über den Flötzersteig zu bauen, möglicherweise auf Stelzen geführt. Dieses Vorhaben war allerdings von heftigen öffentlichen Diskussionen und Bürgerprotesten begleitet, die projektierte Autobahntrasse wurde bis heute nicht ausgeführt.

Heftige Proteste gegen eine Autobahn auf Stelzen hatte es in Wien schon einmal, zehn Jahre zuvor, gegeben. Anfang der 1970er Jahre hatte die Tagespresse den Plan, eine hochtrassig errichtete Autobahn mitten durch dicht verbautes Stadtgebiet über den Wiener Gürtel zu führen, als „Mordversuch an der Millionenstadt Wien“ bezeichnet und Bürgerinitiativen hatten gegen eine Zweiteilung der Stadt und die Umwandlung der Wohngebiete längs des Gürtels in eine Gewerbe- und Leichtindustriezone protestiert.

## **Hainburg aus der Sicht von Zeitzeugen**

Ein Donau-Wasserkraftwerk sollte in den Hainburger Auen, circa 40Km stromabwärts von Wien, gebaut werden.

Diese Donauregion war nach niederösterreichischem Gesetz Landschaftsschutzgebiet, in dem alle Eingriffe, die die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart dauerhaft beeinträchtigen könnten, untersagt waren. Zudem war Österreich 1982 einem internationalen Übereinkommen zum Schutz noch erhaltener Feuchtgebiete, dem RAMSAR-Vertrag, beigetreten. Einige heimische Gebiete wurden eingebracht, eines davon waren die Donau-March-Auen. Tatsächlich lehnten alle drei zuständigen niederösterreichischen Bezirkshauptmannschaften, die in erster Instanz für die naturschutzrechtliche Bewilligung zuständig waren, das Vorhaben im Juni 1984 ab. Das geplante Kraftwerk mit seinem Rückstauraum bis in die Wiener Region, hätte die Auen vom Strom abgedämmt, die größte zusammenhängende naturnahe Stromlandschaft in Österreich wäre zerstört, die Hochwasserdynamik unterbrochen und der Auwald damit irreversibel geschädigt worden. Gegen den Entscheid der örtlichen Behörden stand allerdings eine Berufungsinstanz offen. Die vom niederösterreichischen Naturschutzlandesrat, dem Sozialdemokraten Ernest Brezovsky, geleitete Naturschutzabteilung der niederösterreichischen Landesregierung.

Unter großem Druck von Politik, Gewerkschaft und Industrie bewilligte Brezovsky am 26. November 1984 den Kraftwerksbau gegen alle ökologischen Gutachten, aber mit Hinweis auf die „nationalökonomische Notwendigkeit“.

Prominente Verwaltungs- und Verfassungsjuristen bezeichneten seine Auslegung des Naturschutzgesetzes als rechtswidrig, weil für Landschaftsschutzgebiete Niederösterreichs im Gesetz keine nationalökonomische Annahmeklausel vorgesehen war.

Die Genehmigung konnte jedoch rechtlich nicht mehr angefochten werden, da die Kraftwerkskritiker im Verfahren keine Parteienstellung hatten. Nach diesem Bescheid strömten empörte Menschen unterschiedlicher Bevölkerungsschichten, Altersgruppen und politischer Ausrichtung in das Gebiet um Hainburg und Stopfenreuth, errichteten Lager und Barrikaden, hinderten Arbeitstrupps am Fällen von Bäumen, wurden von Gendarmen aus dem

Areal abgeführt und kamen auf Schleichwegen wieder. Die Hochschülerschaft richtete eine Buslinie zwischen der Universität Wien und den Lagern ein, Professoren verlegten ihre Vorlesungen in die Au. Lastwagenweise trafen Decken und Lebensmittelpenden aus ganz Österreich bei den Besetzern ein, die sich auf mehrere Lager verteilten und deren Zahl auf bis zu viertausend Personen anwuchs, obwohl es mittlerweile bereits Dezember und entsprechend kalt geworden war. Der couragierte Naturschützer und Spezialist für gewaltfreien Widerstand, Günther Schobesberger, zitierte an den Lagerfeuern aus Henry David Thoreaus „Civil Disobedience“ oder „Pflicht des Bürgers zum Widerstand gegen den Staat“<sup>4</sup>

An manchen Tagen hielten sich auch bis zu hundert Journalisten, viele davon aus dem Ausland, im Gelände auf. Die Vorgänge in der Au erregten internationales Aufsehen, verstärkt durch das Engagement von prominenten Integrationsfiguren, allen voran Nobelpreisträger Konrad Lorenz. Der besorgte Aggressionsforscher sandte täglich Appelle zur Gewaltfreiheit in die besetzte Au, die von Lager zu Lager verlesen wurden.

Am 19. Dezember 1984 beschloss die Regierung, die Besetzer noch vor Weihnachten mit Hilfe von knapp tausend Wiener Polizisten, welche die nur behutsam agierenden niederösterreichischen Gendarmen ersetzen sollten, aus der Au zu entfernen. Die meisten Polizisten verhielten sich diszipliniert, doch etliche schreckten nicht vor der Anwendung körperlicher Gewalt zurück. Sie prügelten, traten auf die Menschen ein, hetzten Hunde auf sie, flogen bodennahe Hubschrauber-Scheinangriffe, zerstörten die Kameras von Journalisten. Der Widerstand jedoch blieb gewaltfrei, die blutigen Szenen dauerten nur einen Tag lang.

Gleichzeitig kam es immer wieder im Parlament zu Krisengipfeln der Regierung mit den Aubesetzern – oft nachts – insgesamt zermürbende dreizehn Stunden (auf Seiten der Ausschützer z.B. Günther Nenning, Freda Meissner Blau, Bernd Lötsch, Gerhard Heiligbrunner, Peter Weish).

Eine spontan gebildete Demonstration von 50.000 Bürgern vor

dem Bundeskanzleramt bewog die Regierung, ihre Strategie zu überdenken. Obwohl die Gewerkschaft großen Druck ausübte und zur physischen ‚Unterstützung‘ der Exekutive tausende aufgehetzte Arbeiter in die Au entsenden wollte, beschloss der amtierende Bundeskanzler Sinowatz dennoch, die Situation mit einem mehrwöchigen Weihnachtsfrieden zu entschärfen.

Vermutlich wusste der Kanzler bereits, dass der Oberste Verwaltungsgerichtshof mittlerweile, einer Beschwerde des *WWF* folgend, das Wasserrechtsverfahren neu aufgerollt und erkannt hatte, dass der Stau die Trinkwasserreserve für rund 700.000 Einwohnergleichwerte (EGW) im Grundwasserkörper der Flussauen ungeeignbar gemacht hätte, und zwar durch Amputation (Abspundung) der Au vom strömenden, spiegelschwankenden Flussregime.

Das vorher stets bewegte, belüftete Grundwasser wäre als ein an den dichten Spundwänden stagnierender unterirdischer Sumpf verfault. Dies war im ersten Verfahren verschwiegen worden.

Das auf den Frieden folgende Moratorium sollte ein Jahr dauern, zog sich aber schließlich auf zwölf Jahre hin. Die *Donaukraftwerke AG* verfolgte ihr Ziel weiterhin und versuchte über Mittelsmänner (Arbeiterfischereiverein des *ASKÖ*, Präsident Innenminister Löschnak) Grundstücke im Augebiet zu erwerben. Doch der Ökologe Bernd Lötsch (mittlerweile Vorsitzender der Ökologie-Kommission und mit der Planung eines Auen Nationalparks betraut) und der Maler Friedrich Hundertwasser (engagierter Förderer des Naturschutzes) erfuhren auf einer Auexkursion von einem Fischer davon und verfassten am selben Abend das Manifest „Natur freikaufen“. Lötsch konnte den Grundbesitzer umstimmen, persönlich in die Vorverträge eintreten und den *WWF* für die Idee gewinnen, der E-Wirtschaft die privaten Auflächen vor der Nase wegzukauften: „Kaufen statt Raufen“, „Besitzen statt Besetzen“, „Die Au braucht Kröten“ waren eingängige Slogans der nun einsetzenden österreichweiten Geldbeschaffungs-Kampagne „Natur freikaufen“ („Eine Nation kauft ihren Nationalpark“).

Mit Hilfe einer Millionenbürgschaft des *Ottakringer-Brauerei-*

Inhabers Gustav Harmer und mit Unterstützung anderer Prominenter aus Wirtschaft und Medien sowie Spenden von 120.000 Bürgern wurden Grundstücke in der Au erworben, die geeignet waren, jeden weiteren Kraftwerksbau zu verhindern. Mit dem Grundbesitz hatten die Ausschützer nun zugleich das „Wasserrecht“, das derartig schwere Eingriffe in das Grundwasserregime ausschloß.

Als Österreich 1996, zwölf Jahre nach den turbulenten Ereignissen bei Hainburg, sein Millennium feierte, erklärte die Bundesregierung die Donauauen zum Nationalpark.

Der Winter 1984/85 wurde vielfach als eine Art ‚Zeitenwende‘ angesehen. Die Au-Besetzung brachte ‚Grüne‘ verschiedener Ausrichtungen erstmals zu einer gemeinsamen Wahlplattform zusammen, die schließlich ins Parlament einzog. Im Gefolge der Kontroversen um Zwentendorf und Hainburg schien sich Österreich zudem zu einem Umwelt-Musterland zu entwickeln.

In den 1990er Jahren leitete der Europäische Gerichtshof sogar Verfahren gegen das Land ein, weil dessen Umweltstandards im EU-Vergleich als zu hoch erschienen, etwa in den Bereichen Tiertransporte oder Brenner-Maut. Doch dieser Trend hielt nicht an. Seit Ende der 1990er Jahre ist das in Bundesländer-Kompetenzen aufgesplitterte Land in vielen Punkten bei der Umsetzung von Umweltrichtlinien der Europäischen Union säumig. Mittlerweile wurden deswegen einige Verfahren gegen Österreich eingeleitet.

Die Aubesetzung allein hätte den Stau vielleicht nicht auf Dauer verhindern können. Sie sicherte aber die nötige Verzögerung, um dem Verwaltungsgerichtshof Zeit für sein Erkenntnis zu geben, dass der Kraftwerksbau gesetzwidrig wäre, da er das Grundwasser der Au, bislang das beste Trinkwasser des Tieflandes (ohne Nitrate oder Pestizide) durch das staubedingte Wasserdefizit verderben würde.

So hat dieser bis heute mit dem Stigma des Anarchischen und Illegalen behaftete Bürgeraufstand in Wahrheit dem Wasserrechtsgesetz zum Durchbruch verholfen, welches im Genehmigungsverfahren sträflich missachtet worden war.

Es ist auch fraglich, ob das Höchstgericht im Falle einer bereits vollzogenen Rodung und Verwüstung durch Baumaschinen einen rückwirkenden Baustopp verhängt hätte.

## **Stranded Costs**

Im Jahr 1984 wurden nicht bloß Mitarbeiter von NGOs als Umweltaktivisten tätig. Wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben, pilgerten viele Wiener in die Donauauen östlich der Stadt und verhinderten damit den Bau des Kraftwerks bei Hainburg. Diese erfolgreiche Auenbesetzung wurde zu einem Meilenstein in der österreichischen Umweltbewegung. Einige Jahre später, 1991, entflammte neuerlich ein Streit um ein Wasserkraftwerk, diesmal unmittelbar bei Wien gelegen. Die Elektrizitätswirtschaft plante den Bau des Kraftwerks Freudenau, der ‚Staufstufe Wien‘, und dieses Mal bemühten sich die politisch Verantwortlichen darum, das Vorhaben bereits im Vorfeld mittels einer Volksbefragung zu legitimieren.

Die Ökologiekommission der Regierung – ein anlässlich des Hainburger Konflikts gegründetes Schlichtungs- und Expertengremium für den Donauroaum östlich von Wien – hatte eine ‚Stufe Freudenau‘ als zumindest tragbar erachtet, da die Eingriffsschwere in die Natur bei diesem halburbanen Standort nicht mit ‚Hainburg‘ vergleichbar war.

Außerdem bestand extremer Druck in Richtung Ersatzbeschäftigung für die Firmen, welche bei Hainburg um ihre Aufträge umgefallen waren. Dass die Stufe unverhältnismäßig teuer werden würde, war der Politik egal.

Das Thema wurde in geschickter Kombination der Fragen zusammen mit der für 1995 geplanten Weltausstellung EXPO zur Abstimmung gebracht. Während die EXPO mit 65 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde, stimmten 73 Prozent für die Staufstufe.

Das Kraftwerk wurde gebaut, jedoch 1997 von der Verbundgesellschaft bei der Europäischen Union als „stranded investment“ deklariert, um die durch Errichtung, Betrieb und begleitende Um-

weltmaßnahmen entstandenen Mehrkosten, die sich nicht bezahlt gemacht hatten, an ihre Kunden weitergeben zu dürfen.

Obwohl das Projekt durchaus von der Elektrizitätswirtschaft forciert worden war, lautete die Argumentation gegenüber der EU, der Bau der Staustufe Wien sei eine betriebswirtschaftlich nicht sinnvolle Investition gewesen, die auf politische Anordnung erfolgt sei. Als ‚stranded costs‘ ausgewiesen, wird dieser Posten noch viele Jahre lang auf den Stromrechnungen der Wiener Haushalte aufscheinen.

## **Volksbegehren in der Zweiten Republik zeigen Chancen und Grenzen der Direkten Demokratie**

Von den rund 30 durchgeführten Volksbegehren in der Zweiten Republik waren acht umweltbezogen:

das Konrad-Lorenz-Volksbegehren, das 1985 im Anschluss an die Ereignisse von Hainburg eine ökologische Neuorientierung der Verfassung anstrebte mit 353.000 Unterschriften. Durch den totalen ‚Erfolg der Besetzung war das Interesse an nachfolgenden ‚Begehren‘ auch bei Naturschützern gesunken, man hatte ja ‚alles erreicht‘

das „Gentechnik Volksbegehren“ von 1997 zum Schutz der österreichischen Konsumenten vor gentechnisch manipulierten Nahrungsmitteln; mit über 1,2 Millionen Unterschriften das erfolgreichste überparteiliche Volksbegehren

das Pro-Zwentendorf-Begehren mit 420.000 Unterschriften und ein Kontra-Zwentendorf-Begehren mit 147.999 Unterschriften, beide im Jahr 1980

das Tierschutz-Begehren von 1996 mit 459.000 Unterschriften

das Begehren für ein atomfreies Österreich von 1997 mit 248.000 Unterschriften

das Begehren „Veto gegen Temelin“ von 2002 mit 914.000 Unterschriften

das Begehren für ein atomfreies Europa von 2003 mit 132.000 Unterschriften

Keines davon erreichte 1.361.000 Unterschriften wie das Volksbegehren gegen den Bau des Wiener Konferenzzentrums 1982.

Es gibt zu denken, dass zwei der stärksten Volksbegehren (Konferenzzentrum, Anti-Temelin) buchstäblich ohne politische Umsetzung blieben.

## Quellenverzeichnis

- 1 Hubauer, Anton: Das Atomkraftwerk Zwentendorf. Berichterstattung in Ö1-Journal-  
sendungen; österreichische mediathek [http://www.mediathek.at/downloadplatform/  
file/source/1159122](http://www.mediathek.at/downloadplatform/<br/>file/source/1159122)
- 2 Ebd.
- 3 Lötsch, Bernd: Erdnachrichten, [http://issuu.com/neongreen.net/docs/erdnachrich-  
ten2011/search](http://issuu.com/neongreen.net/docs/erdnachrich-<br/>ten2011/search)
- 4 Thoreau, Henry David: Civil Disobedience; Digireads.com Publishing, Stilwell;  
2005.

# Sitzstreik gegen Verkehrshölle

Von Josef Germ

## Schattenseiten der Automobilisierung

Die Zunahme des Verkehrs mit dem wirtschaftlichen Aufschwung Ende der 50er Jahre hatte nicht nur positive Seiten. Dem Verkehr, der möglichst ungehinderten Möglichkeit mit dem Auto zu fahren, mussten Opfer gebracht werden. Engstellen waren zu beseitigen, Bäume zu fällen und wenn es irgend möglich war, eine mehrspurige Straße zur raschen Verkehrsverbindung zu schaffen. In den Augen der Politiker und der von ihnen beauftragten Planer waren nur die Interessen der Autofahrer wesentlich. Dass eine Verkehrsfläche im Ortsgebiet für viele Verkehrsteilnehmer da sein muss, nicht nur die Schnelligkeit, sondern auch die Sicherheit und die Lebensqualität dieser Menschen, vor allem derer die dort wohnen, zu gewährleisten ist, das alles war in den 60er Jahren den politisch und planerisch Verantwortlichen offenbar noch nicht bewusst.

So war es auch in Langenzersdorf, einem Ort mit etwa fünftausend Einwohnern, am nordwestlichen Stadtrand von Wien. Seit Jahrhunderten als Straßendorf an der ehemaligen Reichsstraße nach Prag gelegen, war die etwas mehr als zweispurige Ortsdurchfahrt ursprünglich gepflastert, beidseitig von einer Lindenallee geziert und mit Abwasserrinnen und einem nicht befestigten Gehsteig versehen.

Am Abend, noch in den 50er Jahren, saßen meist alte Menschen vor den Häusern und beobachteten die Pferdefuhrwerke. Kam ein Auto, so wurden die Kinder gerufen, um dieses seltene Erlebnis nicht zu versäumen. Diese Idylle und die Lebensverhältnisse änderten sich mit der Automobilisierung in den 60er Jahren dramatisch. Wer ein Auto sein eigen nannte wollte mit diesem natürlich fahren. Jedenfalls am Wochenende war ein Familienausflug mit Kind und Kegel angesagt. Wenn viele das Gleiche tun, gibt es häufig Probleme. Im Verkehr war es der Stau, der ein im Interesse der Autofahrer

rer gelegenes flottes Weiterkommen behinderte. Zur Lösung dieses Problems bot sich die Errichtung von Autobahnen an. Nach der West- und der Südautobahn sollte auch eine leistungsfähige Nordwestausfahrt von Wien errichtet werden. So wurde vorerst Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine Autobahnverbindung von Wien nach Stockerau angedacht und geplant. Die örtlichen Verhältnisse in Wien selbst und in der angrenzenden Marktgemeinde Langenzersdorf waren wegen der relativ dichten Verbauung und den natürlichen Grenzen des Donaudurchbruchs zwischen Kahlen- und Bisamberg sehr beengt. Gegen jede Trassierungsvariante bestanden beachtliche Einwände. Lösung für diese Frage: Planen und bauen wir die Abschnitte, bei denen keine Schwierigkeiten zu erwarten sind und warten bei der Engstelle Langenzersdorf ab. Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. Die Interessen der Gemeindevertretung von Langenzersdorf waren aus Gründen der lokalen Wirtschaft eher für die Beibehaltung der Ortsdurchfahrt. Gastwirtschaften, Heurigenwirte und Gemischtwarenhandlungen bangten vor Umsatzeinbußen, wenn der Verkehr irgendwo außen herumgeleitet werden würde.

### **Autobahn Stockerau: Korneuburg wird gebaut**

Etwas nördlich von Langenzersdorf, parallel zur Donau, liegen die Orte Korneuburg und Stockerau. Der Autobahnabschnitt zwischen Korneuburg und Stockerau, der nur den Auwald durchschneidet, wogegen kaum ein Einwand bestand, wurde Mitte der 60er Jahre zu bauen begonnen. Dass der Verkehr dann durch das Nadelöhr der Ortsdurchfahrt von Langenzersdorf durch musste, führte - auch mangels entsprechender Einwände der Gemeindevertretung von Langenzersdorf - zur ‚autobahnähnlichen‘ Erweiterung der Ortsdurchfahrt auf durchgehend vier Fahrstreifen. Im Jahr 1967 erfolgte der Baubeginn. Einige Häuser mussten der Straßenerweiterung weichen. Auch für die alte Lindenallee war natürlich kein Platz mehr. Die Bäume mussten gefällt werden, der Entwässerungsgra-

ben wurde durch eine Kanalisation ersetzt. Die nun schmalen Gehsteige wurden befestigt, sodass zumindest die schmutzigen Schuhe bei Regenwetter der Vergangenheit angehörten. Ein Gutteil der Bevölkerung begrüßte vorerst diese Maßnahmen. Negative Meinungen im Hinblick auf die mit der Verkehrsbelastung verbundenen Nachteile wurden zunächst als Fortschrittsverweigerung abgetan.

## **Autobahnähnliche Ortsdurchfahrt**

Im September 1969 war der vierspurige Ausbau der Ortsdurchfahrt genauso wie das Autobahnstück Korneuburg-Stockerau abgeschlossen. In Langenzersdorf gab es eine geregelte Ampel am Hauptplatz, die aber nur unter Tags in Betrieb war. Ansonsten waren vier Blinkanlagen mit Fußgängerübergang vorgesehen. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit wurde von der Bezirkshauptmannschaft Korneuburg mit 70km/h festgelegt.

Das Ortsbild hatte durch die vierspurige Straßenwüste enorm gelitten. Parkplätze an der Hauptstraße gab es praktisch keine. Die wirtschaftlichen Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung, weil kaum ein Autofahrer in diesem unwirtlichen Ort auf einer Nebenstraße einen Parkplatz suchen und dann etwas kaufen bzw. konsumieren wollte. Eine Straßenüberquerung bedurfte einer besonderen Logistik, glich einem Spießrutenlauf und war oft minutenlang nicht möglich. Abgesehen von dem permanenten Sicherheitsrisiko waren die Belastungen vor allem der Anrainer durch Lärm, Dreck, Gestank und Schneematsch nahezu unerträglich. Die Häuser waren bis zur Höhe des ersten Stockwerks verschmutzt. Fußgänger erwischte es natürlich auch. An Stelle des seinerzeit bloß schmutzigen Schuhwerks war nun eine ‚Dreckduche‘ der Fußgänger getreten. Eine freiwillige Rücksichtnahme durch die Autofahrer, etwa durch Drosselung der Geschwindigkeit, war damals die Ausnahme. Der Lastwagenverkehr begann oft schon um 4.00 Uhr in der Früh.

## Ein gequälter Anrainer

Die ersten Lastwagen rumpelten durch den Ort und störten den ohnehin nicht tiefen Schlaf. Ein Blick auf die Uhr am Nachttisch zeigte 4.00 Uhr. Von ausgeschlafen konnte keine Rede sein. Ärgerlich! Gedanken über die unerträgliche Situation mit der täglichen Verkehrslawine durch den Ort quälten mich. Erst unlängst war am Nachmittag der kleine Christian am Heimweg von den Zwillingssägen eines LKW zerdrückt worden. Nach dem Musikunterricht ging er mit seiner Ziehharmonika nach Hause. Seine Mutter stand auf der anderen Straßenseite am Fenster und winkte. Er trat auf die Straße ohne den LKW zu sehen. Sein Tod, eine Katastrophe für alle.

Der Unfall mit dem Mercedes hat Gott sei Dank nicht zu schweren Verletzungen geführt. Vermutlich wegen eines Sekundenschlages des Fahrers ist der PKW von der Fahrbahn abgekommen, querte die Gegenfahrbahn und fuhr seitlich in mein Haus. Dort rutschte er am Gehsteig entlang der Hausmauer weiter, bis er die Feuermauer des etwas vorstehenden Nachbarhauses durchschlug. Dann blieb er so liegen, dass mir ein Verlassen des Hauses durch die Haustüre nicht mehr möglich war. Zwei Cousins von mir sind, die eine mit dem Fahrrad, die andere auf einem unregelmäßigen Fußgängerübergang, zu Tode geführt worden. Im letzten Spätherbst ist bei Nebel gleich bei meinem Haus ein PKW in einem wegen Defekts abgestellten LKW hineingerauscht. Furchtbare Verletzungen des Fahrers und Beifahrers im PKW. Verständigung der Rettung. Sie dürften aber überlebt haben. Am Silvestertag gegen Mitternacht bei Glatteis wollte eine Autostopperin einen PKW aufhalten. Sie wurde dabei niedergefahren und schwer verletzt. Ich konnte erste Hilfe leisten. Die Unfallstelle absichern, die Schwerverletzte in Seitenlage bringen, ihr Mut zusprechen und nach langen Minuten, wegen der zu Silvester üblichen Anrufe waren die Telefonleitungen überlastet und die Gendarmerie bei einer Wirtshausrauferei im Einsatz, telefonisch Rettung und Exekutive verständigen. Nach mehr als einer Stunde war die Verunfallte von der Rettung abgeholt und die Unfallstelle geräumt. So konnte es nicht weitergehen.

## **Gefährdung von Leib und Leben**

Im Verkehrsunfallbericht war die etwa drei Kilometer lange Ortsdurchfahrt - nach der Umfahrung Leoben - das zweitgefährlichste Straßenstück in Österreich. Die Bilanz dieser Verkehrsmaßnahme waren 37 Verkehrstote in fünf Jahren. Nicht zu reden von den vielen Verletzten, dem Dreck, dem Lärm und den damit mittelbar verbundenen Gesundheitsschädigungen. Neben den Interessen der Autofahrer auf raschen Verkehr darf doch auch die Lage der Anrainer nicht vergessen werden. Einen Interessenausgleich durch eine menschengerechte Planung zu finden wäre von Anfang an eine Aufgabe der Politik gewesen. Für die Interessen der Anrainer und Langenzersdorfer hätten - da diese Problematik zweifellos vorhersehbar war - in erster Linie die Lokalpolitiker auf- und einzutreten gehabt.

## **Umdenken setzt ein**

Bei der Bezirkshauptmannschaft wurde eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit im Ortsgebiet auf 50km/h und die Errichtung von weiteren geregelten Ampeln erreicht. Das war etwas, doch zu wenig. Der damalige Bürgermeister von Langenzersdorf war Beamter im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, welches für Planung und Bau zuständig war. Voraussetzung einer sinnvollen Lösung war eine leistungsfähige Weiterführung des Verkehrs auf Wiener Gebiet. Da die Anbindung insbesondere wegen des Baues des Entlastungsgerinnes der Donau in Wien noch unklar war, verwiesen die Niederösterreicher in dieser Frage auf die durch Wien verursachten Verzögerungen. Der Bürgermeister von Langenzersdorf fühlte sich an die offizielle Aussage gebunden und sah keine sinnvolle Möglichkeit weiter Druck für den Weiterbau der Autobahn zu machen, obwohl aus Gründen der Not und der Abwehr derartiges geboten gewesen wäre.

## **Eine Bürgerinitiative formiert sich**

Wenn die Politik nicht entsprechend reagiert, müssen die Bürger, hier wirklich in einer Notstandssituation, handeln. Der Gemeindearzt von Langenzersdorf, ein mit ihm befreundeter Grafiker, der in der Öffentlichkeitsarbeit versiert war und in weiterer Folge der Apotheker, ein Universitätsprofessor der Technischen Universität und ein junger Verwaltungsjurist bildeten ein Aktionskomitee. Gefordert wurde ein sofortiger Baubeginn des Autobahnverbindungsstückes zwischen Korneuburg und Wien. Wo der Anschluss an Wien liegen musste, war zu diesem Zeitpunkt für die Planer schon klar.

## **Der erste Sitzstreik in Österreich**

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde am Sonntag, den 27. Oktober 1974 ein Sitzstreik auf der Bundesstrasse organisiert. Die behördliche Bewilligung konnte erreicht werden. Über 2000 Personen nahmen daran teil. Auch Vertreter der Planungsabteilung der Niederösterreichischen Landesregierung, die so unmittelbar mit dem Unmut der Bevölkerung konfrontiert waren. Die breite Öffentlichkeit wurde durch die Medien informiert, denn es handelte sich dabei um die erste derartige Großaktion in Österreich. Seitens des Bautenministeriums wurde einige Tage nach dem Sitzstreik die Baugenehmigung erteilt. Erst 1981 kam es zur Verkehrsfreigabe der nunmehr entlang der Donau bzw. dem Entlastungsgerinne durchgehenden Donauufer-Autobahn.

## **Jedes Ding hat eine zweite Seite**

Doch auch die Lösung war nicht problemlos. Langenzersdorf wurde damit von der Donau weitgehend abgeschnitten. Die Anrainer in der Siedlung hatten die Lärmbelastung und den Verlust der schönen Aussicht auf und über die Donau nach Klosterneuburg zu beklagen. Auch diese bildeten eine Bürgerbewegung. Mit Ver-

zögerung von etlichen Jahren war ihnen durch die Errichtung von Schallschutzwänden ein Teilerfolg vergönnt.

Die weitgehende Entlastung der Ortsdurchfahrt von Langenzersdorf vom Durchzugsverkehr war aber noch nicht alles. Als Relikt der seinerzeitigen Verkehrshölle war die vierspurig ausgebautete Straße verblieben. Dass dies in besonderer Weise zum ‚Rasen‘ einlud, entsprach der allgemeinen Erfahrung. Leider aber damals noch nicht der Ansicht der verantwortlichen Verkehrsplaner. Diese erachteten eine Fahrbahnverengung an einigen Stellen mit Betontrögen für ausreichend. Eine Vorsprache des Aktionskomitees in dieser Frage beim damaligen Landeshauptmann von Niederösterreich, Andreas Maurer, war vergeblich. Dieser Landeshauptmann war nicht bereit, mit dem Bürgern zu sprechen, sondern nur mit dem Bürgermeister.

## **Meinungsumschwung**

Trotzdem tat sich in den folgenden Jahren Einiges. Politiker wurden ausgetauscht und mit ihnen trat auch ein Meinungsumschwung ein. Die von dem Aktionskomitee vertretenen Ansichten wurden von einem technisch-planerisch versierten Langenzersdorfer-Gemeinderat entsprechend verarbeitet. Man plante die Rückbauung der Ortsdurchfahrt mit Verringerung der Straßenbreite auf zwei Fahrstreifen, die Schaffung eines durchgehenden Radweges, Parkmöglichkeiten und eine Grüninsel. 1985 konnte mit dem Rückbau begonnen werden. Im September 1986 wurde die menschengerechte Ortsdurchfahrt feierlich eröffnet. Der damalige Bautenminister Heinrich Übleis und der Landeshauptmann von Niederösterreich, Siegfried Ludwig, wurden zu Ehrenbürgern von Langenzersdorf ernannt. Aber auch der ersten Kämpfer des Aktionskomitees, für dieses letztlich im Interesse der gesamten Bevölkerung von Langenzersdorf aber auch der Autofahrer gelegenen Gesamtprojektes, wurde mit Dank gedacht.

Die Frage die offen bleibt ist: Waren die vielen Opfer, das Elend

und Leid wirklich notwendig? Müssten nicht in der Politik die Interessen aller Menschen im Mittelpunkt stehen? Der Mensch ist Zweck und nicht Mittel der Politik. Für eine möglichst menschengerechte Gestaltung der Umwelt, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen, ist jeder Bürger bei Vorliegen eines vergleichbaren Notstandes aufgerufen.

# **Kirchenallee gerettet! – Wo ein Wille, auch ein Weg.**

Von Reingard Hofbauer

## **Das Arsenal in Wien – eine historische Festung**

Nach der Niederschlagung der Märzrevolution 1848 im Kaisertum Österreich wurde in Wien das sogenannte ‚Arsenal‘ zwischen 1849 und 1856 als eine der „Defensivkasernen“, die rund um die Innenstadt gebaut wurden, errichtet. Diese Kasernen sollten nicht als Schutz gegen äußere Feinde, sondern als Schutz des Kaisers gegen künftige Aufstände dienen. Von der etwas erhöhten Arsenaltrasse konnte man damals die ganze Stadt unter Feuer nehmen. Zwischen 1853 und 1856 wurde vom Architekten Carl Roesner die Arsenalkirche „Maria vom Siege“ mit der „Zeughausmadonna“ erbaut. Roesner war unter anderem auch der Architekt der wunderschönen Kathedrale in Djakovo, Kroatien. Den Rand des Komplexes bildeten hohe Kasernenbauten und dazwischen niedrige Depottrakte. Vor Kriegsende 1945 wurde das Gebiet durch die Nähe zur Ostbahn und durch den Truppenrückzug teils beschossen, teils geplündert und damit teilweise zerstört.

## **Die denkmalgeschützte Festung wird zum Heim für viele Familien**

Der rechteckig angelegte Gebäudekomplex des Arsenal (siehe Abb. 1) befindet sich im heutigen 3. Wiener Gemeindebezirk und besteht aus mächtigen Backsteinbauten, die im italienisch-mittelalterlichen beziehungsweise byzantinisch-maurischem Stil ausgeführt wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die früheren Kasernen zu Wohnungen umgebaut. Um das gesamte Ensemble zu rekonstruieren, wurden die zerstörten Häuser wie z.B. das Objekt 5 und das Objekt 7 in ähnlichem Stil wie das Original wiederaufgebaut. Im Wesentlichen ist damit die gesamte Anlage in ihrer ur-

sprünglichen Form erhalten, lediglich einige Gebäude im Inneren der Anlage wurden durch Neubauten ersetzt.

Das jetzige Objekt 1 wurde von den Architekten Sicard von Sicardsburg und van der Nüll ursprünglich als Kommandantengebäude entworfen. Jetzt beinhaltet es neben Wohnungen auch die Direktion des hinter dem Objekt liegenden Heeresgeschichtlichen Museums.



Abb.1 Arsenal Wien, eigene Grafik.

Innerhalb des Arsenaus gibt es schöne lange Alleen mit alten hohen Bäumen, die nicht nur für die mehr als 2.000 Bewohner eine Ruhezone vor dem, rund um das Arsenal tobenden Stadtverkehr, bedeutet.

Ursprünglich gehörte das Arsenal gänzlich dem Bund. Neben dem Ausbau der Wohnungen wurden im Arsenal Standorte für die Telekom und die Theaterwerkstätten errichtet. Mit der Privatisierung beider Unternehmen gingen die betreffenden Teile des Arsenaus in den Besitz dieser Unternehmen über.

Die *Theaterwerkstätten* und das Kulissendepot wurden in der Mitte des Arsenal, anstelle der dort zerstörten Gebäude, angesiedelt. Die *Telekom* baute zwischen der Kirche und den *Theaterwerkstätten*, auf einem Viertel des Gebiets, ihre Fernmeldegebäude und den Richtfunkturn. Das Objekt 6, ein langgestrecktes einstöckiges Gebäude zwischen Objekt 7 und 5, blieb vorläufig wenig genutzt.

Zwischen dem Gelände der *Telekom* (mit weitläufigen Autoabstellplätzen) und dem Objekt 6 liegt eine wunderschöne Allee. Parallel dazu gibt es eine weitere Allee auf der anderen Seite des *Telekom*-Geländes und dem Objekt 13. Diese beiden Alleen setzen sich bis jeweils an das Ende des Arsenal fort.

## **Denkmalschutz umgehen, wenn ein Unternehmen es so will?**

Im Laufe der Jahre wurden um das Arsenal herum, hochrangige und stark frequentierte Straßen wie die Auffahrt zur Autobahn A23 gebaut. Das hat die Lebensqualität der Arsenalbewohner nachhaltig negativ beeinflusst. Da diese Straßenbauten aber im Allgemeininteresse durchgeführt wurden, konnten und wollten wir natürlich nichts dagegen unternehmen.

Aber wir wollten zumindest das Gelände innerhalb des Arsenal für die Bewohner lebenswert erhalten und so organisierten wir Arsenalbewohner uns in einem Verein, den wir *Verein Initiative Arsenal* nannten. Dies mit der Zielsetzung, die sauerstoff- und schattenspendenden Alleen zu erhalten und vor der drohenden Zubetonierung zu schützen. Denn die Alleen waren schon im Visier diverser Unternehmen, um sie zu verbauen. Natürlich ohne die Bedürfnisse der Arsenal-Bewohner dabei zu berücksichtigen.

Um das Jahr 2000 herum begann dann die *Telekom* mit den konkreten Ausbauplänen zur Verbauung der Alleen. Die erste Bedrohung, die Schließung der Kirchenallee, konnte durch unseren Pfarrer verhindert werden. Aber im Jahr 2003 wollte die *Telekom* ihre Ausbaupläne dann doch unbedingt durchsetzen. Die Allee und

der Rest unserer Lebensqualität waren damit ernsthaft in Gefahr. Neben dem denkmalgeschützten Objekt 6 war die Errichtung eines riesigen Bürogebäudes beabsichtigt. Damit wäre nicht nur das Ensemble Arsenal endgültig zerstört worden, auch die Kirchenallee hätte in der jetzigen Form nicht weiter bestehen bleiben können. Die *Telekom* begann sofort mit der Errichtung eines Hochsicherheitszaunes bis zum Objekt 6. Statt in der sicheren Allee, hätten die Bewohner auf der Außenseite des Arsenausgangs, und zwar entlang der Arsenalstrasse (die von den Autofahrern fast als Rennstrecke genutzt wird) einen weiten und gefährlichen Umweg in Kauf nehmen müssen. Eine für Eltern unerträgliche Situation, speziell wenn man an die vielen Klein- und Schulkinder denkt, die diesen Weg dann mehrmals täglich zum Spielplatz oder in die Schule hätten gehen müssen.

Mit Entsetzen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass das Bundesdenkmalamt und die Magistratsabteilung 19 dem geplanten Projekt der *Telekom* bereits im Sommer 2003 ihre Zustimmung gegeben hatten. Alle mit der Genehmigung des Bauansuchens befassten Stellen haben uns darauf hingewiesen, dass der Bau aufgrund der schon erteilten Genehmigung nicht mehr aufzuhalten sei. Wie war es für die Behörden überhaupt möglich, den Denkmalschutz zu umgehen? Begründung: Der sogenannte Ausnahmeparagraf 69 der Bauordnung (Unwesentliche Abweichungen von Bebauungsvorschriften) kam zur Anwendung. Durch die Anwendung dieses Ausnahmeparagrafen ersparte sich die *Telekom* ein langwieriges Umwidmungsverfahren samt Gemeinderatsbeschluss und Bürgerbeteiligung.

„Die Fläche, die bebaut wird, ist außerdem als Grünfläche ausgewiesen. Ohne umzuwidmen ist das eigentlich eine krumme Sache“, argumentierte der Obmann unserer Bürgerinitiative, Dipl. Ing. Werner Grieshofer. Aber all unsere Argumente und Proteste wurden einfach abgeschmettert. „Für uns fällt das unter unerheblich“, erklärt Rudolf Zabrana, SP-Vorsitzender im Landstraßer Bauausschuss „daher wird dieser Paragraf zur Anwendung kommen“.

Intensive Versuche von unserer Seite, die Verantwortlichen der *Telekom* von einer Planänderung zu überzeugen, wurden von Seiten der *Telekom* komplett abgeblockt. Wir bekamen keine Chance, unsere Vorschläge und Ideen dazu darzulegen.

## **Wir beginnen, unsere Kräfte zu mobilisieren**

Dank der Beharrlichkeit unseres Obmanns haben wir aber nicht aufgegeben, sondern versucht, weiter für unsere Sache zu kämpfen. Was konnten wir noch machen? Zunächst haben wir mal damit begonnen, öffentliche Unterstützung und Verbündete zu suchen. Auch im angrenzenden Wirtschaftsforschungsinstitut hegte man schwere Bedenken: „Wenn das realisiert wird, wird man nicht verhindern können, dass auch an anderen Stellen im Arsenal größere Veränderungen vorgenommen werden“, meint Karl Musil von der Geschäftsleitung des Wirtschaftsforschungsinstitutes. Zudem fürchtet er weitere Beeinträchtigungen durch den zusätzlichen Autoverkehr. Damit hatten wir mit dem Institut einen weiteren Verbündeten.

Wir kontaktieren Journalisten der Tageszeitung *Die Presse*, der Bezirkszeitung *Bezirksjournal* und des *ORF* und konnten sie von der Richtigkeit unserer Anliegen überzeugen. Alle diese Medien griffen das Thema auf und publizierten es. Daraufhin meldeten sich viele Mitglieder der Wiener Rathausopposition zu Wort und kündigten ebenfalls ihren Widerstand gegen dieses Projekt an. Die Thematik wurde auch von anderen Zeitungen übernommen und zuletzt stießen wir auf ein *ORF* TV-Team, das unser Anliegen in einem langen Statusbericht ausstrahlte. Die gegenwärtige Situation wurde dargestellt und der Verlust eines solchen Juwels wie das Arsenal an die Fernsehzuschauer herangetragen. Erstaunlich, wie viele Leute den Beitrag gesehen hatten. Ich wurde in den nächsten Tagen und Wochen oft darauf angesprochen.

## Der Umschwung

Die verantwortlichen Stadtpolitiker mussten reagieren und das Projekt wurde innerhalb kürzester Zeit gestoppt. Die Baukommission des Bezirkes verlangte von der *Telekom* plötzlich Planänderungen. Die *Telekom* könnte dasselbe Projekt neu einreichen, müsste aber um eine Umwidmung ersuchen, die rund zwei Jahre dauern würde und einen unsicheren Ausgang hätte. Das bewog die *Telekom* schlussendlich, an den Verhandlungstisch zurück zu kehren. In einer gemeinsam getroffenen Vereinbarung wurde als Verhandlungsergebnis festgehalten, dass ein künftiger Ausbau nur mit Untertunnelung der Kirchenallee möglich ist.

Die Schleifung der Allee und die Verschandelung des Arsensals waren damit endgültig abgesagt. Unsere Anstrengungen und Bemühungen haben sich gelohnt. Hätten wir uns abwimmeln lassen, resigniert und gesagt: „Man kann ja sowieso nix machen“ - unser Lebensraum wäre zerstört worden und wir hätten uns und unsere Kinder für immer unnötigen Gefahren ausgesetzt.

## Einige der hilfreichen Medienberichte (teilweise gekürzt)

VON Christian Mayr (*Die Presse*) 20.01.2004

### **„Opposition über Arsenal-Pläne entrüstet**

**Dass ein 6000-m<sup>2</sup> Zubau als ‚unwesentlich‘ gilt, erzürnt die Rathausopposition.**

WIEN. Für eine Welle der Empörung hat der „Presse“-Bericht über den geplanten modernen Neubau im Wiener Arsenal gesorgt: So spricht sich die Rathaus-Opposition geschlossen dagegen aus, dem geplanten 6000 m<sup>2</sup> großen Zubau der Telekom Austria am „Objekt 6“ in der Landstraßer Bezirksvertretung zuzustimmen.

Wie berichtet, soll nämlich der ominöse Paragraph 69 („unwesentliche Abweichung der Bebauungsvorschriften“) statt einer „sauberen“ Umwidmung samt nötiger Bürgerbeteiligung zur Anwendung kommen.

ÖVP und Grüne sind sicher, dass ihre Bezirksräte die Pläne ab-

lehnen werden: „Das ist schon ein starkes Stück. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, den Paragraf 69 zu reformieren, dann haben wir ihn jetzt“, sagt VP-Planungssprecher Alexander Neuhuber. Denn bei einem Neubau - „einem noch dazu nicht unauffälligen“ - habe dieser Paragraf nichts verloren und gewiss eine Umwidmung zu erfolgen.

Als „Wahnsinn“ bezeichnet auch Grünen-Gemeinderat Günter Kenesei die geplante Vorgehensweise: „So wird vielleicht in Kasachstan oder in irgendeiner Bananenrepublik gebaut, mit der sich Wien aber nicht vergleichen sollte.“ Käme hier der Paragraf 69 zur Anwendung, wäre das ganze Instrument der Flächenwidmung ad absurdum geführt:

„Dann wäre alles nur noch ein Zubau und ich mache aus einem Haus mit 100 Quadratmeter Grundfläche eines mit 250 m<sup>2</sup>.“

Im Ressort von Planungsstadtrat Rudolf Schicker (SP) erklärt man knapp, dass man nicht zuständig sei und sich daher nicht äußern wolle - was Kenesei aufregt: „Wenn Schicker für nichts zuständig ist, soll er endlich gehen.“

Spannend wird die Sitzung im Bauausschuss, die für Ende Jänner angesetzt ist: Stimmt die Opposition dagegen und die SP dafür, steht es unentschieden: Dann entscheidet aber der Vorsitzende des Bauausschusses, Rudolf Zabrana (SP). Und der hat in der „Presse“ das Projekt schon gut geheißt.

## **Arsenal-Pläne: Absage Häupls**

VON Christian Mayr (*Die Presse*) 03.02.2004

### **Der Bürgermeister warnt die Telekom vor „Problemen“.**

WIEN (mco). Wiens *Bürgermeister Michael Häupl* steht den Plänen für einen Zubau im Arsenal höchst skeptisch gegenüber: Wie exklusiv berichtet, will die *Telekom* am „Objekt 6“ einen 6000 m<sup>2</sup> großen Zubau errichten und ihn - anstatt eine Umwidmung vorzunehmen - mit dem umstrittenen „Gummiparagrafen“ 69 (unwesentliche Abweichung) absegnen lassen.

Auf eine Anfrage von *VP-Planungssprecher Alexander Neuhuber* (VP) äußerte sich *Häupl* im *Landtag* wie folgt: „Wenn jemand glaubt, er muss übertreiben, dann wird er natürlich sowohl bei der Verwaltung als auch bei den *Gerichtshöfen* sein Problem haben.“

Besagter Paragraph sei für *Häupl* „restriktiv“ auszulegen - nur Abweichungen im einstelligen Prozentbereich seien „tendenziell unwesentlich“. Beim Arsenal liegt die Abweichung freilich im zweistelligen Prozentbereich. Für *Häupl* sei der Bauwerber mit geplanter Vorgehensweise „nicht gut beraten“.

## **Telekom-Pläne Arsenal: Stadt zieht Notbremse**

VON Christian Mayr (*Die Presse*) 05.02.2004

**Der 6000m<sup>2</sup>-Zubau der Telekom im Arsenal gilt nun nicht mehr als „unwesentlich“. Zuvor hatte die Stadtplanung das Projekt gutgeheißen.**

WIEN. Knapp zwei Wochen nach dem „*Presse*“-Bericht über die Zubaupläne beim Objekt 6 im Wiener Arsenal wurde das Projekt nun abgesagt: Ein Gutachten der *MA 64 (Rechtliche Bauangelegenheiten)* kommt nämlich zu dem Schluss, dass der viergeschossige Bürokomplex mit 6000 m<sup>2</sup> Nutzfläche nicht als „unwesentlich“ gelten kann und daher die Baubewilligung verweigert wird.

Wie berichtet, wollte die „*Telekom Austria*“ das Projekt mit dem umstrittenen § 69 („unwesentliche Abweichung von den Bebauungsvorschriften“) abwickeln und sich so ein aufwendiges Widmungsverfahren samt Bürgerbeteiligung ersparen. Anrainer und Rathaus-Opposition reagierten empört.

# Bürgergeld – Wirtschaften ohne Geldnot?

Von Günther Hoppenberger

Es war in den späten Neunzigerjahren, als ich einmal einem Freund bei seinem Vortrag über die „Absurditäten unseres Geldwesens“ assistierte. Das Auditorium bestand aus den Mitgliedern eines regionalen Tauschkreises. Am Ende des höchst interessanten Abends wurde mein Freund nach seiner Honorarforderung gefragt. „Nun ja“, sagte er, „ich hätte da so an 80 Talente gedacht“. Daraufhin wurde ein Buchungsformular ausgefüllt, das wie ein Scheck zu funktionieren schien.

Für mich war das damals noch völliges Neuland. Mir wurde erklärt, dass das Formular die Anweisung enthält, die 80 Talente vom Tauschkonto des Veranstalters auf das Konto meines Freundes zu buchen. „Ja, und dann?“ fragte ich in meiner Naivität, „Was soll er damit machen?“ Ich wurde belehrt, dass er damit von jedem Mitglied eines Talente-Tauschkreises Waren oder Leistungen im selben Wert erwerben kann.

„Wunderbar“, dachte ich. Ist das nicht die ursprüngliche, reinste Form des Wirtschaftens? Immerhin lautet das Motto der mittlerweile unzähligen Tauschkreise: „Gib, was Du kannst und nimm, was Du brauchst“. Dabei ist hier natürlich nicht Geld gemeint, sondern Leistung in irgendeiner Form. Und ist es denn nicht tatsächlich so, dass jeder Mensch irgendwelche Talente hat, die von anderen benötigt werden? Wäre das nicht ‚die‘ Lösung für die Probleme der Wirtschaft? Obwohl: Schon damals hatte ich den Verdacht, dass da etwas nicht stimmen kann. Jedenfalls begann ich mich näher dafür zu interessieren.

Viele Fragen beschäftigten mich fortan. Ist das denn nicht überhaupt ein Schritt zurück, wo wir doch das fabelhafte Medium ‚Geld‘ benützen können, um unseren Leistungstausch damit abzubilden? Was sind die Beweggründe, sich einem Tauschkreis anzuschließen und tauschen wir denn nicht ohnehin dauernd Waren und Dienstleistungen? Ist denn ein Staatsgebilde mit eigener Währung

nicht an sich bereits ein Tauschring? In der Klärung all dieser Fragen drang ich immer tiefer in die Geheimnisse des Geldwesens vor und erkannte zunehmend die Gründe für die Bedeutung von Tauschringen und im weiteren Verlauf von Regionalwährungen, die als Ergänzung zur jeweiligen Landeswährung entstanden sind.

Worin liegt also der Unterschied zwischen einem Geldschein oder positivem Eintrag auf einem Bankkonto und einer Buchung auf einem Talente-Konto? Beides signalisiert doch einen nicht abgeschlossenen Tausch für eine Leistung, die ich erbracht habe und die mich nun berechtigt, eine Gegenleistung im gleichen Wert zu erhalten. Es gibt da eigentlich keinen Unterschied – solange Geld und ‚Talente‘ vom Tauschpartner gleichermaßen anerkannt werden. Es geht also um das Vertrauen! Um das ‚Credo‘. Einzig und allein das offizielle Geld ist aber als gesetzliches Schuldentilgungsmittel anerkannt. Ein Geldschein erweckt immerhin den Eindruck, dass da der Staat dahinter steckt, der mir den Leistungsbezug garantiert. Die Wenigsten wissen ja, dass das gar nicht stimmt und dass sich auch der Staat bei den privaten Geschäftsbanken verschulden muss. Wer aber garantiert mir, dass ich für meine „Talente-Buchung“ einen Gegenwert bekomme?

„Die Mitglieder des Tauschkreises“, werden Sie sagen. Ja schon, aber wie vertrauenswürdig ist dieses Versprechen und ist da die Zuverlässigkeit des Staates, oder selbst einer namhaften Bank, nicht doch etwas höher einzustufen? Warum also ‚Talente‘ und nicht gleich Geld?

## **Geld entsteht nur durch Kredite**

So leicht durchschaubar das mittlerweile für mich ist, so sehr bereitet das in der breiten Bevölkerung Verständnisschwierigkeiten – besonders bei vielen ‚Finanzexperten‘, die die absurde Ansicht vertreten, zumindest nach außen, dass unser Geld durch Arbeit entsteht. Um aber die Zeit zwischen Arbeitsleistung und Verkauf des erarbeiteten Mehrwerts überbrücken zu können, braucht es bereits

vorhandenes Geld. Es müssen ja zunächst Löhne, Rohstoffe und Betriebsmittel bezahlt werden, ehe man einen Gelderlös aus der Arbeit erwarten kann. Geld muss also bereits vorgängig zur Arbeit bestehen! In unserem System gibt es daher keine andere Entstehungsweise von Geld, als durch Kredit. Wenn aber Geld durch Kredit, also durch Verschuldung entsteht, wird es bei Kredittilgung auch wieder vernichtet. Durch die mit einem Kredit einhergehenden Zinsforderungen wird letztlich sogar immer mehr Geld vernichtet, als überhaupt geschaffen wurde, denn die Zinsen sind mit dem Kredit ja nicht gleichzeitig miterschaffen worden. Das kann eigentlich nicht funktionieren, es sei denn, es werden laufend neue, höhere Kredite vergeben bzw. aufgenommen. Nur dadurch sind überhaupt Geldgewinne in einer Geldwirtschaft möglich. Wir sprechen dann von ‚Wachstum‘, das ja eigentlich Schuldenwachstum meint.

## **Niemals können alle Staatsschulden zurück bezahlt werden**

Daran sollte sich eine ganz wichtige Erkenntnis anschließen: Alle wirtschaftlichen Aktivitäten und Auswüchse in einer monetaristischen Gesellschaft heutiger Prägung gründen sich auf dem Kampf um die nicht vorhandenen Zinsen! Hierin hat die Macht ihre Wurzeln. Es geht immer nur darum, wen ich dazu bewegen, durch entsprechende Werbung überreden, oder bei Monopolstrukturen sogar zwingen kann, Schulden auf sich zu nehmen, damit ich selbst mich von Schulden befreien und sogar noch einen Gewinn machen kann. Die Übertragung von Schulden kann direkt erfolgen, wie das z.B. bei einem Möbel-, oder Autokauf auf Kredit passiert, oder indirekt. In letzterem Fall z.B. durch Verschuldung anderer Unternehmen oder des Staates, wodurch dann erst der von mir erzeugte ‚Mehrwert‘ auch als Geldwert verfügbar wird. Es geht nie um das, was für die Gesellschaft von Vorteil, vernünftig und sinnvoll ist, sondern es geht im Kern darum, Schulden weiter zu reichen.

Wir bezeichnen das beschönigend auch als ‚Wettbewerb‘. Dieser ‚Wettbewerb‘ läuft nicht nur auf gesellschaftlicher Ebene ab, sondern genauso zwischen Staat und Zivilgesellschaft, wie auch zwischen den Staaten untereinander, wobei dann der ‚Wettbewerb‘ durchaus im Krieg enden kann.

In den Medien wird häufig nur die Schuldenlast des Staates angeprangert, das Augenmerk sollte jedoch auf die Gesamtverschuldung – Staat und Privat – gerichtet werden und besonders auf die Frage, weshalb diese Gesamtverschuldung auf jeden Fall ansteigen muss. Die Schulden können immer nur zwischen den einzelnen Sektoren oder auch zwischen Staaten verschoben, aber niemals getilgt werden! Obwohl es ja ohne Schulden auch kein Geld gibt, hat das Wort ‚Schulden‘ ein recht negatives Ansehen und man spricht daher lieber von Wachstum. Sämtliche vollmundig angekündigten Sparprogramme zum Schuldenabbau sind daher Humbug und fallen eindeutig unter Wählerbetrug. Durch Sparen, also dem Vorenthalten von Einkommensmöglichkeiten, kann man stets nur betriebswirtschaftliche Schulden auf andere Schultern übertragen, niemals jedoch kann dadurch eine volkswirtschaftliche oder gar globale Schuldentilgung erfolgen. Wir werden das leidvoll am Beispiel Griechenland erleben können. Der IWF demonstriert uns wieder einmal seine Macht und führt uns vor Augen, mit welcher Leichtigkeit er Gesellschaften zu zerstören vermag, ohne etwas Unrechtes zu tun. Ethisch verwerflich? Es entspricht nur den gesetzlich verankerten Ansprüchen des Geldsystems.

Das eigentliche Ziel ökonomischen Handelns wäre ja die Erzeugung und Bereitstellung von Werten in Form von Waren oder Dienstleistungen und die Erlangung von Teilhabe an diesen Werten. Geld sollte nur als Mittler dieser möglichst leistungsgerechten Wertellokation auftreten. Im Gegensatz dazu zwingt unser heutiges widerspruchslos akzeptiertes Konstrukt der Geldschöpfung dazu, nicht die Mehrung von Werten als zentrales Anliegen einer Gesellschaft zu unterstützen, sondern die Geldmehrung um jeden

Preis anzustreben. Alles nur, um ein untaugliches System am Leben zu erhalten!

Diese Art der Gelderzeugung durch verzinste Verschuldung verursacht aber auch die höchst ungleiche Verteilung von Vermögenswerten, die als Sicherheiten für weitere Kredite dienen könnten. Es kommt zu der immer weiter aufgehenden Schere von anwachsenden Geldvermögen auf der einen Seite, die mit Zinsforderungen nach weiterer Vermehrung trachten und zunehmendem Geldmangel auf der anderen Seite, wo es um die Überlebensfragen geht. Politik scheint heute nur mehr in der Überwachung der Einhaltung der Spielregeln des Geldes zu bestehen. Am erfolgreichsten sind dabei offenbar jene Politiker, die das derart geschickt anstellen, dass die Unterminierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts von den Bürgern als ‚Fortschritt‘ verstanden wird, oder wie das einmal so schön bildlich ausgedrückt wurde, wenn beim ‚Überden-Tisch-Ziehen‘ der Menschen die Reibungswärme von diesen als wohltuende Zuwendung und wie Nestwärme empfunden wird.

## **Die Tauschringe - alternative Zahlungsmittel**

Auf diesem Boden haben sich die Tauschringe entwickelt. Was sollen denn die Menschen machen, wenn es rundum an Geld mangelt? Sie tauschen! Und damit dieser Tausch nicht nur zwischen einander bekannten und vertrauenswürdigen Tauschpartnern stattfinden kann, werden so genannte Vormerksysteme etabliert, in denen alle Tauschvorgänge in einer Art Buchhaltung festgehalten werden. Es wird quasi Geld kreiert, welches aber aus rechtlichen Gründen nicht Geld genannt werden darf und daher als Gutschein für erbrachte Leistung zu verstehen ist. Die Entwicklung solcher Tauschringe erfolgt notwendiger Weise über die Vereins-, bzw. Genossenschaftsform und die Konten werden von deren Administration geführt.

## Nachhaltigkeit durch Negativzinsen

Damit nicht das gleiche passiert, wie beim offiziellen Geld, das bekanntlich nicht für Nachhaltigkeit konzipiert ist, werden Guthaben nicht durch ‚Zinszubuchungen‘ belohnt, sondern es werden im Gegenteil die unbewegt stehenden Guthaben regelmäßig entwertet. Es hat sich dafür in den meisten Tauschringen die Entwertung von derzeit ein bis zwei Prozent pro Quartal eingebürgert. Diese Überlegung geht auf Silvio Gesell zurück, einem deutsch-argentinischen Kaufmann, der richtig erkannte, dass Geldhortung für die Wirtschaft sehr negative Auswirkungen hat. Geld soll umlaufen! Geld soll wie ein Güterwagon sein, der als staatliche Einrichtung den Wertetausch vermitteln soll. Für die Inanspruchnahme soll eine (Fracht-) Gebühr bezahlt werden.

## Freigeld - Das Wunder von Wörgl

Als ‚Wunder von Wörgl‘ ist das so genannte Freigeldexperiment von 1932/1933 in die Geschichte eingegangen, das auf eben diesem Gedanken Silvio Gesells beruhte. In höchster Not der wirtschaftlichen Depression erinnerte sich der damalige Bürgermeister von Wörgl, Michael Unterguggenberger, an das ihm bereits während des Ersten Weltkriegs bekannt gewordene Buch Silvio Gesells: „Die natürliche Wirtschaftsordnung“. In schlaflosen Nächten tüftelte er an einem durchführbaren Konzept, formte Seilschaften und leistete Überzeugungsarbeit, obwohl er wusste, dass erst kurz zuvor, nämlich im Oktober 1931, das in der damaligen Presse als „das seltsame Experiment von Schwanenkirchen“ (im bayrischen Wald) bezeichnete Unterfangen wegen zu großen Erfolges behördlich unterbunden wurde<sup>1</sup>.

Der Bergbauingenieur Max Hebecker, der mit seinem ‚Experiment‘ die Wirtschaft von Schwanenkirchen zum Erblühen brachte, bediente sich dazu der Erfurter Tauschkreiswährung WÄRA, die ganz nach dem Freigeldprinzip von Silvio Gesell konstruiert war. Das war Hebeckers Fehler! Ein WÄRA entsprach dem Wert einer

Reichsmark. Monatlich verlor die WÄRA jedoch ein Prozent an Wert, der zum jeweiligen Stichtag durch Aufkleben einer Marke wieder ergänzt werden musste. Dadurch wurde ein Horten (Sparen) uninteressant und die WÄRA lief rasch um und es wurden viele Werte geschaffen. Auch wenn die WÄRA abschätzig als „Zettelwährung“ bezeichnet wurde, so war sie höchst erfolgreich. Allerdings war sie auch leicht als Geld im eigentlichen Sinn zu identifizieren und die Deutsche Reichsbank beobachtete argwöhnisch die zunehmende Ausdehnung des WÄRA-Gebietes. Damit war also bald Schluss damit und auch Schwanenkirchen versank wieder in wirtschaftlicher Not. In gesetzlich verordnetem Elend!

Michael Unterguggenberger wollte für Wörgl diesen Fehler vermeiden und bezeichnete daher die ausgegebenen Scheine als *Arbeitsbestätigungsschein*. Natürlich waren diese aber auch auf den Schilling bezogen und es wurde der jeweilige Arbeitswert in Einheiten von 1,5 und zehn Schilling angegeben. Gestartet wurde diese gesellschaftspolitisch bedeutsame Aktion mit einem Gesamtnominale von 32.000 Schilling am 31. Juli 1932. Entsprechend den ausgegebenen *Arbeitsbestätigungen* wurden die Schillingbeträge bei der Ortssparkasse gleichsam als Deckung hinterlegt.

Bereits zehn Tage zuvor hatte die Tiroler Landesregierung von der geplanten Aktion Wind bekommen und schickte eine nachdrückliche Warnung nach Wörgl, sollte da wirklich eine Verletzung des Notenbankmonopols geplant sein. Unterguggenberger, ein eher kleiner, kränklicher, aber ungemein mutiger und tatkräftiger Politiker, wollte es jedoch darauf ankommen lassen, weil es sich doch um Arbeitswertscheine und nicht um Geldscheine handelte. Nur durch die mutige und überzeugende Haltung des Bürgermeisters, dem es in erster Linie um das Wohl seiner Gemeinde ging, konnte das Experiment gestartet werden.

Binnen kürzester Zeit bewirkte dieses ‚Schwundgeld‘ eine unglaubliche Belebung der Wirtschaftsaktivitäten in der Region. Die Steuerrückstände, unter denen die Gemeinde zu leiden hatte, reduzierten sich 1932 von 120.000 - auf 79.000 Schilling um ein Drittel

und es wurden unheimlich viele Werte geschaffen, von denen noch heute die Inschrift an der Müllnertalbrücke zeugt: „Erbaut mit Freigeld im Jahr 1933 von der Gemeinde Wörgl“. Dabei liefen die Arbeitswertscheine derart rasch um, dass selbst in der Hochphase wirtschaftlicher Aktivität niemals mehr als ein Nominalwert von 8.000 Schilling in Umlauf war.

Dennoch lief im Hintergrund die gesetzliche Bekämpfung des Projekts immer heftiger, wahrscheinlich aufgrund der Überlegung „Wo kämen wir denn hin, wenn es den Menschen auf einmal gut geht?“ Eine Analogie zu aktuellen politischen Bestrebungen ist nicht von der Hand zu weisen, wobei ich allerdings meine, dass das Wörgler Experiment nicht eins zu eins auf heutige Gegebenheiten übertragbar wäre. Dazu aber später.

Wie nicht anders zu erwarten behielt die Unvernunft die rechtlich gedeckte Oberhand und das Wörgler Wunder wurde Mitte September 1933, immerhin erst nach knapp 14 Monaten, behördlich beendet und Wörgl versank mit dem Rest Europas in Chaos und Krieg. Fehlt das Geld, dann gibt es auch keine Gesellschaft im engeren Sinn.

Wie Raimund Dietz in seinem neuesten Buch „Geld und Schuld“<sup>2</sup> genial ableitet, kann man keineswegs davon ausgehen, dass es so etwas wie eine Gesellschaft schon immer gab. Eine Gesellschaft musste sich erst einmal entwickeln und diese Entwicklung lässt sich auf das soziale Beziehungsverhalten in Geben, Nehmen und Ausgleich zurückführen und wurde überhaupt erst durch die ‚Erfindung‘ des Geldes als Medium des Ausgleichs über das begrenzte Clan-Denken hinaus ermöglicht. Der Schlüssel zu einer friedlichen Gesellschaft liegt in der Art der Gelderzeugung!

## **Die Grenzen für Tauschkreise**

Reine Tauschkreise entstehen meist in strukturschwachen Regionen, wo hohe Arbeitslosigkeit herrscht und dementsprechend geringe Kaufkraft vorhanden ist. Man kann sich das dann wie

gesunde Nachbarschaftshilfe vorstellen, bei der aber die jeweils erbrachten Leistungen als Guthaben verbucht werden, die auf einen Ausgleich harren. Einer meiner Freunde war in so einem Tauschring und er war sehr talentiert und fleißig. Seine Leistungen wurden äußerst geschätzt. In kürzester Zeit hatte er daher ein stattliches Guthaben auf seinem Konto angesammelt und er erkannte, dass er dieses Guthaben aus dem bestehenden Angebot niemals abbauen können. Der Nachteil von Tauschringen ist nämlich die geringe Diversifizierung. Selten gehen die Angebote über Marmelade, Babysitten, Nachhilfe oder Wäschebügeln hinaus. Da war das Angebot meines Freundes, der sogar Installationen und Verfließungen beherrschte, natürlich ein Segen für den Verein. Die Abgeltung seiner Leistung in Marmelade mag ich mir gar nicht vorzustellen und ein Baby hatte er keines zu sitten. Im Endeffekt schenkte er dem Tauschkreis die von ihm erbrachte Leistung. Er wählte also die vernünftigste Lösung und betrachtete die überwältigende Anerkennung seiner Qualitätsarbeit als persönliche Belohnung und Bereicherung. Derartige Großherzigkeit muss man sich jedoch auch leisten können!

Die Schwierigkeit für Tauschringe ergibt sich ja daraus, dass es meist an der Vielfalt von Fähigkeiten mangelt. Und damit ergibt sich automatisch, dass vorwiegend gerade das angeboten wird, was nicht wirklich marktfähig ist. Warum sollte man auch eine Leistung, die der Markt gerne mit gesetzlichem Zahlungsmittel begleicht, in einem Tauschring anbieten?

Diese Überschaubarkeit von Tauschringen ist auch der Grund, warum man sie unbehelligt von der Steuerbehörde gewähren lässt. Im Prinzip ist es ja ein Pfuscherring, oder – wohlwollend ausgedrückt – eine vereinsinterne Freundschaftshilfe, die da reihum läuft.

## **Der WIR und andere erfolgreiche Tauschringe**

Freilich gibt es auch ganz andere Dimensionen von Tauschringen. Beispielsweise die bereits 1934 gegründete *WIR-Bank-Genos-*

*senschaft* in der Schweiz. Ein Verrechnungssystem speziell für Klein- und Mittelbetriebe, das sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreut. Hier gibt es auch Kredite, die Unternehmen Liquidität zu mäßigen Zinsen ermöglichen – aber in *WIR*. Es werden daher auch Lieferanten bevorzugt, die *WIR* akzeptieren, indem sie bereits Mitglied der Genossenschaft sind oder im Zuge des Geschäftsfalles ein solches werden. Das ist zugleich das geniale Konzept der Ausbreitung.

Ein beachtlicher Tauschring entwickelte sich auch seit 1991 in Ithaca, einem Städtchen im Staat New York. Die Tauscheinheit ist eine Stunde, die mit einem Wert von zehn Dollar korreliert wird, das Konzept wird Zeitdollar genannt.

Ein interessantes Buchungssystem entwickelte sich speziell für die Altenpflege in Japan. Japan leidet noch viel stärker als andere westlich orientierten Gesellschaften an Überalterung. Altenpflege wird daher immer vordringlicher. Die Überlegung hinter dieser Pflegegenossenschaft ist ganz einfach. Ich erbringe in jungen Jahren Sozialdienste und darf dann meinerseits Pflege im Alter erwarten. Das Buchungssystem ermöglicht es auch, die geleistete Zeit zu übertragen. Ich pflege z.B. irgendwen in Tokyo und übertrage meine daraus resultierenden Rechte auf meine Mutter, die z.B. in Kyoto lebt und die jetzt ihrerseits gepflegt werden kann. Ein sehr effizienter Tauschkreis, der von seinem Prinzip her von ‚Time Sozial‘, im Verbreitungsgebiet des österreichischen Innviertels mit Erfolg nachgeahmt wird.

Es wird durchgeklungen sein, dass die Übergänge von Tauschringen zu regionalem Geld, zu Regiogeld, fließend sind. Je größer ein Tauschring, desto lohnender wird es, das vermittelnde Medium nicht nur als Buchungseintrag, sondern auch als physisches, komplementäres Zahlungsmittel verfügbar zu machen. Tauschringgeld ist aber nur eine andere Erscheinungsform der durch Leistung entstandenen Guthaben. Regiogeld, wie es die *WÄRA*, oder die *Wörgler Arbeitswertscheine* waren, ist etwas anderes. Da stecken noch weiter reichende Überlegungen dahinter.

Ich weiß gar nicht mehr wie sich das ergab, aber ich hatte die Ehre zu den Vorbesprechungen bei der Initiative *Waldviertler* eingeladen zu werden. Diese fanden in der Waldviertler Schuhwerkstatt statt, deren Eigentümer, Heini Staudinger, ein verschmitzter, umtriebiger Kontaktmensch, Naturphilosoph mit gesundem Menschenverstand und achtenswerter Unternehmensethik ist. Er war quasi die Drehscheibe und der Motor für dieses Projekt, wenngleich die Detailarbeit besonders von Karl Immervoll aus Heidenreichstein vorangetrieben wurde.

Das Waldviertel ist eine strukturschwache Region mit hoher Arbeitslosigkeit und mit einer hohen Pendlerrate. Prädestiniert zur Einführung einer Komplementärwährung! Auf der Homepage des *Vereins Regionales Wirtschaften* [www.waldviertler-regional.at](http://www.waldviertler-regional.at) finden sich alle Argumente und Begründungen, wie sie für sämtliche Regio-Geldsysteme zutreffend sind.

Es wäre naiv anzunehmen, unsere komplexe, arbeitsteilige Wirtschaft ließe sich insgesamt mit solcher Art von Regiogeld betreiben. Wir dürfen ja nicht vergessen, dass das Regiogeld mit gesetzlichem Zahlungsmittel gekauft werden muss und vor allem die Wirkung haben soll, dass die Kaufkraft in der Region gehalten wird. Man könnte deshalb getrost auch auf die quartalsweise Entwertung verzichten, aber die ist nun einmal im zugrunde liegenden Modell von Silvio Gesell zur Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit vorgesehen. Macht also nichts, wäre aber gar nicht mehr nötig. Ein Verzicht auf diese Entwertung würde wahrscheinlich die Akzeptanz und Verbreitung sogar noch erhöhen.

Mittlerweile gibt es weltweit unzählige Regiogeld-Initiativen. Ihre rasante Zunahme beweist im Umkehrschluss, wie untauglich das bestehende Geldsystem für die ureigensten gesellschaftlichen Anliegen ist. Es liegt nicht am Geld an sich, das ja wirklich ein fabelhaftes Zaubermittel ist. Gesellschaft ohne Wirtschaft ist undenkbar, wie auch eine Wirtschaft ohne Geld. Es geht immer nur darum, ob die Art der Geldschöpfung demokratischer Kontrolle unterliegt oder ob die Gelderzeugung zur erpresserischen Beherr-

schung der Bevölkerungen dienen soll. Letzteres ist heute ganz offensichtlich der Fall, weshalb sich regionale Bürgerinitiativen zu Recht dagegen zur Wehr setzen. Am Ende des Artikels befindet sich eine Auflistung einiger Namen solcher Regio-Währungen aus dem deutschen Sprachraum. Die Liste erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

## Die (verpasste) Chance mit Griechenland

Die Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Geldsystemen scheint sich in Zeiten wie diesen, in denen es um das Überleben des Euro bzw. um das Überleben von Staaten wie z.B. Griechenland geht, auch unter Politikern zu wachsen. Interessant war – leider nur kurz – zu hören, dass Griechenland erwägt, seine Beamten mit Gutschriften zu bezahlen und diese Gutschriften unter Annahmewang zu stellen. Das wäre eine perfekte Komplementärwährung. Die Gutscheine würden – so wie der Waldviertler – in Griechenland umlaufen und der Staat müsste sich dafür nicht zusätzlich verschulden.

Das entspricht den seit Jahren bekannten Vorschlag des Geldtheoretikers Ernst Dorfner aus Linz: Der Staat könnte doch Aufträge mit Steuergutschriften begleichen und auch seine Beamten zum Teil mit solchen Gutschriften bezahlen. Es würde dadurch ein zweiter Geldkreislauf entstehen, zumal ja alle Steuern zahlen müssen und diese Steuergutscheine, für die Ernst Dorfner den Namen *Taxos* vorgesehen hat, würden daher auch von allen an Zahlung statt in unterschiedlichem Ausmaß akzeptiert werden.

Freilich bringt man mit den *Taxos* allein die bestehenden Schulden und vor allem die auf Euro lautenden Zinsforderungen nicht gleich weg, doch die Neuverschuldung ließe sich ziemlich rasch stoppen – wenn man das wollte. Der Staat würde Handlungsfähigkeit zurück erhalten. Der Fekterismus der hingegen jetzt auf uns zukommt und der dem fatalen Thatcherismus nachzueifern versucht, wird allerdings restliches Volksvermögen verscherbeln,

ohne dass das einen positiven Effekt auf die Massenkaufkraft haben wird, an der sich jedoch die gesellschaftliche Stabilität bemisst. Schade!

Wehklagen über die Politik und deren Vertreter oder der persönliche Rückzug in Resignation sind nicht nur nicht hilfreich, sondern verschlimmern die Situation. Politiker brauchen Vorgaben. Sie sind Handlungsbevollmächtigte auf Zeit und brauchen klare Aufträge, welche aus der Bevölkerung kommen müssen! Einmischen in die demokratische Entwicklung von Zielvorgaben für die Politik ist gefragt. Jeder ist dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Die gar nicht so überraschende Ratlosigkeit der Politiker erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch einmal auf die Bürgermeinungen gehört wird. Lassen Sie uns diese Chance durch gemeinsames Engagement nutzen.

## **Und wie geht es weiter?**

Die Welt ist in ziemlichem Aufruhr. Analysiert man die Hintergründe etwas genauer, dann ist die berechtigte Unzufriedenheit der Bevölkerungen in ihrem Kern auf die Ungleichverteilung in den gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zurückzuführen. Allorten mangelt es an Geld. An nichts anderem. Obwohl heute Geld die am leichtesten und nahezu kostenfrei zu schaffende Ressource ist, wird das gesellschaftliche Beziehungsverhalten – nichts anderes bedeutet Wirtschaft – in sträflicher Weise durch Geldmangel getrübt. Durch die widmungswidrige Verwendung des Geldes als Machtmittel und besonders durch den Geldschöpfungsakt auf Grundlage einer unerfüllbaren Vereinbarung, wird die Schieflage in der Allokation des Geldes noch verstärkt. Ein gesellschaftlicher Zerfall hat längst eingesetzt und gefährdet die mühsam und mitunter blutig erkämpften demokratischen Strukturen.

Eine Aufklärung über die Mechanismen des Geldes findet im schulischen Bereich nicht statt. Der zunehmende Zorn der Bürger ist verständlich. Selbsthilfe ist angesagt. Tauschringe und Regio-

Geld-Initiativen versuchen regionalen Geldmangel oftmals recht erfolgreich zu kompensieren. So lange jedoch der Gesetzgeber am Schuldgeld festhält, obwohl das den eigenen Untergang bedeutet, schrammen alle Regiowährungen an der Grenze zur Legalität entlang und finden ihre Beschränkung überall dort, wo gesetzliches Zahlungsmittel unabdingbar ist. Die Bedeutung all dieser Initiativen liegt daher besonders in der Beschäftigung mit den Mechanismen des Geldes, denn ein Aufwachen der Bevölkerungen sollte zu einem zivilisierten, demokratisch erzwungenem Systemwechsel führen können.

## **Links**

[www.unterguggenberger.org](http://www.unterguggenberger.org)

[www.waldviertler-regional.at](http://www.waldviertler-regional.at)

[www.neo-liberalismus.de/forum/messages/4860.html](http://www.neo-liberalismus.de/forum/messages/4860.html)

[www.ithacahours.com](http://www.ithacahours.com)

<http://video.google.at/videoplay?docid=8862164735311239449>

[www.monetative.org](http://www.monetative.org)

## **Literaturempfehlung**

Kennedy, Margrit/Lietaer, Bernard: Regionalwährungen. Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand; Verlag Riemann, München; 2004.

Sikora, Joachim: Vision eines regionalen Aufbruchs; Katholisch-Soziales Institut, Köln; 2005.

## **Quellenverzeichnis**

- 1 Klaus Rohrbach: Freigeld; Verlag Ch. Möllmann, Borcheln; 2002.
- 2 Raimund, Dietz: Geld und Schuld; Metropolis Verlag, Marburg; 2011.

# Die Macht des Einzelnen

Von Elisabeth Sabler

In meinem Artikel geht es nicht nur um die Gefahr, die uns politisch droht, wenn wir unsere Demokratie vernachlässigen. Es geht um die Gefährdung unserer Gesundheit, wenn wir uns nicht mit den Gefahren beschäftigen, die unsere Lebensmittel durch Gentechnik bedrohen. Wenn die EU-Politiker der Gentechnik keinen Riegel vorsetzt, müssen wir Konsumenten es selbst tun.

Viele sind sich der Gefahren der Gentechnik bewusst. Vielen ist die Unverträglichkeit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln bekannt, denn nicht umsonst treten vermehrt Allergien und auch neue Krankheitsbilder auf. Viele wissen auch bereits, dass Gentechnik, einmal in der Natur verbreitet, nie wieder unumkehrbar ist.

Trotz dieser Erkenntnisse bewegt sich aber kaum etwas, denn es stehen leider viele auf dem Standpunkt, dass man sowieso nichts mehr dagegen machen könne. Die folgende Geschichte wird Ihnen das Gegenteil beweisen. Obwohl die Politik oftmals Entscheidungen trifft, die gegen den Volkswillen gerichtet sind und eindeutig Konzerninteressen vertreten, gelingt es mit Bürgerinitiativen, Zusammenarbeit, konsequentem Verhalten und einem Quäntchen Mut, Bürgerinteressen durchzusetzen.

Dass das so ist, will ich Ihnen nun anhand der Geschichte erzählen, wie trotz des allgemeinen Drucks von Gentechnikkonzernen und der weitgehenden Ignoranz von Politik und Medien, die Eier in allen großen Supermärkten Österreichs im Jahr 2010 Gentechnik frei wurden. Ganz ohne Unterstützung der Politik! Ganz ohne begleitendes Verbotsgesetz! Und trotz der unverständlichen EU-Zulassungen!

## Gefahr Gentechnik?

Unter Gentechnik versteht man allgemein, dass artfremde Gene in einen Organismus eingebracht werden, wie sie in der Natur nie

vorkommen würde: Beispielsweise menschliche Gene in Schweinen, Bakteriengene im Getreide, Fischgene in Paradeisern.

Gentechnik, vor allem die sogenannte „grüne Gentechnik“ im Pflanzenbereich, sei die Technik des Jahrhunderts und wäre die einzige Möglichkeit, den Hunger der Welt zu beseitigen. Man erwirtschaftete damit mehr Erträge und damit mehr Gewinn. Koexistenz mit herkömmlichen Saaten wäre kein Problem und Gesundheitsrisiken gäbe es sowieso keine. All diese Aussagen der präpotenten Gentechnikkonzerne wurden mit bestellten Studien belegt.

Wer's glaubt, wird selig!

Dass alle unabhängigen Studien vor Gentechnik in der Natur warnten, da sie nie wieder unumkehrbar ist, interessiert nur wenige. Studiennachweise stellten schlimme, alarmierende Schäden an fast allen Organen bei allen Versuchstieren fest. Die durchführenden Professoren wurden gekündigt, alle Beweise vernichtet oder einfach ignoriert, wie das z.B. aus der Geschichte von Prof. Pusztai<sup>1</sup> bekannt ist.

Es gibt bis dato keine Langzeitstudien über das Verhalten von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Natur, keine über die Auswirkungen einer Fütterung von Tieren mit GMO und keine Untersuchungen darüber, welche Gesundheitsrisiken mit dem Genuss genmanipulierter Lebensmittel verbunden sind. Das scheint die Politik, allen voran die EU-Politik, nicht zu kümmern. Vergleichsweise muss aber vor dem Verkauf von Heilkräutern in der Apotheke eine ungleich kompliziertere, mit Langzeitstudien belegte Zertifizierung zu Grunde liegen. Dass damit Konsumenten, die ungetestete Produkte mit genmanipuliertem Inhalt verzehren, eigentlich zu Versuchskaninchen degradiert werden, interessiert offenbar auch nur wenige.

Stattdessen vergeben vor allem die USA und die EU großzügig Anbauzulassungen. Diverse Gensaaten werden patentiert und durch den unbeschränkten Warenverkehr wird dafür gesorgt, dass all diese fragwürdigen Güter möglichst unbehindert kreuz und quer über den Planeten verschippert werden können.

## Großflächiger Anbau seit 1995!

Viel Geld wurde in die Gentechnik Forschung investiert, daraus wollten die Auftraggeber unbedingt Kapital schlagen und so begann man 1995 mit dem ersten, großflächigen Anbau von Gensaat. Nachdem die Gentechnikkonzerne, neben *Syngenta* und *Pionier* allen voran die Firma *Monsanto*, die Regierungen durch Lobbyismus massiv bearbeitet hatten, begann man vor allem in den USA, Argentinien und Kanada nach großzügigen Werbeaktionen unter der Bauernschaft mit Genmais, Gensoja und Genraps, in Indien mit Genbaumwolle.

Den Regierungen und den Bauern wurden die oben genannten, bestellt, und natürlich durchwegs positiven Studien vorgelegt, die Bauern wurden zusätzlich mit den angeblich zu erwartenden höheren Erträgen geködert.

Von den Bauern nicht bedacht wurde, dass die meisten Gensaat mit sogenannten Terminatorgenen, die nur einmal keimfähig sind, ausgestattet sind. Der Bauer kann damit kein Saatgut für seine nächste Aussaat zurückbehalten und muss immer wieder neues Saatgut kaufen. Er gerät damit in eine Abhängigkeit der Konzerne die seinesgleichen sucht. Aber auch für die Nachbarn dieser Bauern wurde der Gen-Anbau problematisch. Man hatte zuerst auf die sogenannte Co-Existenz ohne Mindestabstand, später auf eine 30-Km-Zone zwischen den mit Reinsaat bebauten Feldern und den Felder mit Genmanipulierten Samen gesetzt. Das böse Erwachen war vorprogrammiert.

Spätestens ab dem zweiten Anbaujahr stellten sich auch schon die ersten Probleme ein. Man hatte festgestellt, dass sich weder Bienen und Insekten, noch der Wind an den angegebenen Mindestabstand hielten, und die Samen der Gensaat über mehr als 100 Kilometer verteilt wurden. Reinsaat wurden verunreinigt und damit unverkäuflich. Was die Bauern aber noch mehr entsetzte war die Tatsache, dass *Monsanto* nicht nur bei den Gensaat-Bauern Lizenzgebühren verlangte, sondern nun auch begann, Lizenzgebühren bei den Bauern einzutreiben, die gar keine Gensaat bezogen

hatten, sondern bei denen durch Samenflug die Gensaat aufgegangen war. Da Gensaat patentiert und damit lizenziert sind, sieht das Gesetz nämlich vor, dass die Saat, bzw. die Ernte daraus, das Eigentum der Erzeugerfirma bleibt, solange keine Lizenzgebühren bezahlt wurden. Ein Spitzelsystem wurde eingerichtet. Jeder Kanadische Bauer, der einen Nachbar überführen konnte, dass auf dessen Felder unlicenzierte Gensaat aufging, bekam von *Monsanto* eine Belohnung. Es wurde damit nicht nur „Die Saat des Bösen“<sup>2</sup> sondern auch Zwietracht gesät. Viele Bauern wurden auf diese Art denunziert, angeklagt und verloren ihre Existenzgrundlage.

### **Nur wer sich wehrt, gewinnt auch**

An einem Bauern biss sich *Monsanto* allerdings die Zähne aus. Percy Schmeiser aus Bruno, Saskatchewan, im mittleren Kanada.<sup>3</sup> In einem zähen Kampf und nach mehr als zehn Jahren vor Gericht, gewann Schmeiser schließlich einen Schauprozess gegen *Monsanto*. Im Zuge dieses Kampfes, der bis zum Obersten Gerichtshof führte, stellte sich so ganz nebenbei auch noch heraus, dass Politiker für die Zulassung der teuflischen Gensaat reichlich Geld genommen hatten.

Es gäbe über dieses Thema noch sehr viel zu berichten. Sehen wir uns aber an, was durch einige engagierte Bürger, die sich auch gewehrt haben, in Österreich möglich wurde.

### **Die Situation in Österreich**

Aktivisten gegen die grüne Gentechnik haben die damit verbundenen Probleme früh erkannt und bereits 1997 ein Volksbegehren mit folgenden Forderungen initiiert:

1. „Kein Essen aus dem Genlabor in Österreich“,
2. „Keine Freisetzen genmanipulierter Organismen in Österreich“,
3. „Kein Patent auf Leben“.

Obwohl dies mit über 1,2 Millionen Unterschriften eines der erfolgreichsten Volksbegehren in der Geschichte Österreichs war, hat sich die Regierung nicht um eine Durchsetzung bemüht. Durch die Verfütterung von etwa 500.000 Tonnen Gensoja pro Jahr landet Gentechnik weiter ungekennzeichnet auf unseren Tellern. Anfang des neuen Jahrtausends wurde BT-Maissaat, das ist ein transgener Mais, der mit dem eingeschleusten *Bacillus thuringiensis* pflanzeigenes Gift gegen den Schädling Maiszünsler produziert, angeboten und auch angebaut. Versuchsfelder wurden und werden trotzdem angelegt. Konventionelles Saatgut, welches mit gentechnisch verändertem Saatgut verunreinigt ist, wird immer wieder von *Greenpeace* aufgefunden. Nicht zuletzt auch unter dem umstrittenen österreichischen EU-Kommissar für Landwirtschaft Fischler bewilligte die EU zahlreiche Patente auf Leben. Und dutzende weitere Anträge auf Freigaben und Patente sind in der Warteschleife.

## **Ein aktiver Bürger spuckt den mächtigen Konzernen in die Suppe**

Trotzdem gaben die Aktivisten, allen voran Richard Leopold Tomasch, nicht klein bei. Mit *Greenpeace* und später mit seiner im Jahr 2000 gegründeten Anti-Gentechnik Plattform *Pro Leben4* spuckt er seither konsequent, sehr mutig und mit beispielgebendem Engagement den Mächtigen dieses Geschäftes in die Suppe und tritt den intrigierenden Lobbies und der willfährigen Politik entgegen. Unermüdlich sammelt er Beweis über Beweis über die Gefahren, tauscht sich mit Experten aus der ganzen Welt aus, nimmt an Aktionen in ganz Europa teil, und lässt sich auch durch etliche Inhaftierungen nicht entmutigen. Bis dato hielt er hunderte Vorträge, organisierte gezielte Aktionen, und brachte Klagen wegen Menschenrechtsverletzungen durch Gentechnik beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein.

Die seither bekannt gewordenen weltweiten Probleme beweisen, dass er von Anfang an Recht hatte. Viele haben sich der Anti-Gen-

technik-Bewegung angeschlossen oder auch eigenständigen Aktivismus entwickelt. Denn man wollte die Chance, die zwar klein, aber doch da war, für Österreich unbedingt wahrnehmen. Bald stellte sich auch heraus, dass man mit vereinten Kräften auch gegen die Anmaßungen der Großen und Mächtigen ankommen kann.

## **Gentechnik-freie Milch auf Druck der Konsumenten**

Die *ARGE Gentechnikfrei5* wurde gegründet, mit freiwillig auferlegter Prüfung zur Zertifizierung Gentechnik - frei erzeugter Produkte. Die Nachfrage stieg, die Konsumenten spürten instinktiv, dass mit gezieltem Einkauf durchaus was zu erreichen war. Gentechnik-freie Milch war der erste, größere Durchbruch. *Tirol Milch* war meines Wissens die erste Molkerei, die ihre Milchprodukte auf Gentechnik-frei umstellte. Schnell mussten nun die anderen Produzenten in ihrem Wettlauf um einen Marktanteil reagieren und im Zugzwang mit einer Linie Gentechnik-freier Milch und Milchprodukten aufwarten. Nun sprangen die Supermarktketten auf! Eine nach der anderen begann, neben der Milch auch eigene Produktlinien mit BIO- und Gentechnik-freier Ware zu etablieren.

Aber mit der Milch allein ist es ja noch lange nicht getan und Gott sei Dank lehnten sich die Aktivisten mit diesem Teilerfolg nicht zurück. Ständig erfuhr man über neuerliche Versuche der Gentechnikkonzerne, den Fuß in die Tür zu bekommen. Manchmal sogar mit ziemlich unlauteren Mitteln, wie absichtlichen Streuverlusten bei Transporten, ja sogar mit Schmuggel und Bestechung. Auf Landwirtschaftsmessen versuchen sie sogar, die Bauern zum Anbau von Gensaat zu bewegen, indem sie ihnen das Gen-Saatgut als Geschenk aufdrängen. Ständig legen sie neue Anträge auf Patente und Anbauerlaubnis vor, obwohl mittlerweile schon sehr vielen Menschen bewusst ist, wie viel Gefahr von dieser Technik ausgeht.

## Gentechnik-freie Eier

Schliesslich wurde ein neuerliches Projekt in Angriff genommen. Es müsste doch auch möglich sein, die österreichischen Eier Gentechnik-frei zu bekommen, dachte sich der unermüdliche Richard Leopold Tomasch. „Völlig unrealistisch“, meinten die Skeptiker. Aber er ließ sich nicht beirren und nahm sein Ziel trotzdem in Angriff. Neben seiner normalen Aufklärung über die Gefahren der Gentechnik begann er, mit seinen Unterstützern die Eierbauern zu bearbeiten, bei den großen Supermarktketten zu intervenieren und die Konsumenten aufzufordern, bewusster zu kaufen. Er organisierte Aktionen und Demonstrationen mit Gleichgesinnten und es gelang ihm auch ab und zu, die Presse für einschlägige Artikel zu gewinnen.

Das ständige Trommeln der Gentechnik-Gegner machte Stimmung. Was anfangs als Utopie abgetan wurde, nahm langsam Form an. Schon bald war die Gefahr der Gentechnik durch die Gensojafütterung dem Besitzer von *Toni's Freiland Eiern* bewusst, und diese Firma war die erste, die auf Gentechnik-freies Sojafutter für die Legehennen umstellte, und damit Gentechnik-freie Eier in nennenswerter Quantität anbieten konnte. Ähnlich wie bei der Milch, war nun auch hier der Bann gebrochen.

Der Druck auf die anderen Eierbauern und auf die Supermarktketten nahm zu. Andere Aktivisten verstärkten die ganze Aktion mit einer neuen Taktik: Eine gezielte und persönliche Nachfrage nach Gentechnik-freien Eiern direkt in den Filialen.

Und erstaunlicher Weise machte man die Erfahrung, dass Supermärkte sehr empfindlich reagieren. Auf eine gezielte Anfrage nach Gentechnik-freien Eiern, die ein Aktivist an den Filialleiter von *Merkur* an der Mariahilfer Straße in Wien richtete, wurde dieser am nächsten Tag von der Public-Relations-Chefin von *REWE* angerufen, um mit ihm die Problematik zu erörtern. Es wurde damit offensichtlich, dass die Ketten um jeden einzelnen Kunden kämpfen und auf Kritik sehr empfindlich und unmittelbar reagieren.

Und dann ging es 2010 plötzlich ganz schnell. Die gemeinsame

und ausdauernde Aktion der Gentechnik-Gegner, gestützt durch gezielten Einkauf aufmerksamer Konsumenten und etwas persönlichem Aktivismus, hat es doch tatsächlich geschafft, dass im Herbst die Eier des REWE Konzerns (*Billa, Merkur*) ausnahmslos Gentechnik-frei waren. Die anderen Supermarktketten mussten aus Wettbewerbsgründen natürlich nachziehen, und seit dem 31. Dezember 2010 sind die im Freiverkauf angebotenen Eier in allen nennenswerten Supermärkten Gentechnik-frei.

Halleluja! Eine gewonnene Runde! Jedoch der ganze Kampf ist damit noch lange nicht gewonnen!

## **Folgeaktionen**

Das momentan 2011 ins Auge gefasste Projekt ist, nun auch die Masthühner Gentechnik-frei zu bekommen. Demonstrationen und gezielte Aktionen vor Supermärkten haben schon stattgefunden. Gespräche mit großen Schlachthöfen sind im Gange, damit Vertragsbauern auf Gentechnik-freies Futter umsteigen.

Unterstützen wir doch auch diese Aktion! Gemeinsam! Denn gemeinsam sind wir stark genug um unheimlich viel zu erreichen.

Und warum nicht auch gleich die ganze Fleischproduktion auf Gentechnik-frei umstellen! Erste bewusste Unternehmen gibt es hier bereits, z.B. Firma *Oberndorfer* mit dem *IBO*-Schwein<sup>6</sup>, *I-bin a-Oberösterreicher*, das erste Gentechnik-freie Schweinefleisch.

## **Wie erkennt man Gentechnik freie Produkte?**

Nehmen Sie jedes Produkt, das Sie kaufen, genau unter die Lupe! Die Bezeichnung ‚BIO‘ bedeutet auch gleichzeitig Gentechnik-frei.

Die Auslobung der *ARGE*: Gentechnik-frei (zwei verschiedenen Logos – ‚gentechnik-frei erzeugt‘ und ‚ohne gentechnik hergestellt‘) bedeutet Gentechnik-frei.

Ungekennzeichnetes Fleisch, aber leider auch so genanntes

„Markenfleisch“ diverser Supermarktketten, die weder ein „BIO“ noch ein „Gentechnik-frei“ Zeichen tragen, stammt mit höchster Wahrscheinlichkeit von Tieren, die mit Gen-Soja gefüttert wurden.

Machen wir es doch beim Fleisch so wie bei den Eiern!

Kaufen wir diesen Genmüll einfach nicht mehr, und fordern wir „Gentechnik-frei“ produzierte Ware. Sie werden sehen, wie schnell sich die Ketten an der Nachfrage orientieren (müssen). Laut den letzten Umfragen wollen ohnehin mehr als 90 Prozent der Befragten keine Gentechnik auf den Teller.

Und schließlich wird auch den Politikern nichts anderes übrig bleiben, als sich doch an den Wünschen der Bürger zu orientieren und Volksbegehren, wie das Gentechnik Volksbegehren aus 1997, ernst zu nehmen und gesetzgebend einzugreifen.

## **Informieren Sie sich und machen Sie bei Interesse mit!**

AntiGentechnikPlattform PRO LEBEN, Richard Leopold Tomasch, [www.proleben.at](http://www.proleben.at)  
Gentechnikverbot für Österreich, Klaus Faißner, [www.gentechnikverbot.at](http://www.gentechnikverbot.at)  
Gen-Dialog Europa GVO-Info gesammelt, Lygia Simetsberger, <http://gennetz.wordpress.com>  
Bioniere Österreichs, Kary Nowak, [www.bioniere.org](http://www.bioniere.org)  
EM Verein, Günter Gsöls, [www.emverein.at](http://www.emverein.at)  
Aegis Österreich, Franziska Loibner, [www.aegis.at](http://www.aegis.at)  
Biologisch.at, Silvia Fischer, [www.biologisch.at](http://www.biologisch.at)  
Umweltstammtisch St. Christophen, Paul Tulla, <http://www.pfarre-sankt-christophen.at/Umwelt.htm>  
Oekonews, Doris Holler-Bruckner, [www.oekonews.at](http://www.oekonews.at)

## **Buchvorschläge zum Thema Gentechnik**

Faißner, Klaus: Wirbelsturm und Flächenbrand - Das Ende der Gentechnik; Institut für Rechysche Intration, Krumpendorf; 2009.  
Grössler, Manfred: Gefahr Gentechnik – Irrweg und Ausweg; Concordverlag, Neumarkt; 2005.  
Smith, Jeffrey M.: Trojanische Saaten; Riemann Verlag, München; 2003.  
Fuchs, Richard/Andrioli Antonio: Die Saat des Bösen – schleichende Vergiftung von Nahrung und Böden; Emu Verlag, Lahnstein; 2006.  
Bergstedt, Jörg: Monsanto auf Deutsch – die Seilschaften der Agro-Gentechnik; Seiten-Hieb Verlag, Reiskirchen; 2010.

## **Quellenverzeichnis**

- 1 [http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%81rp%C3%A1d\\_Pusztai](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%81rp%C3%A1d_Pusztai)
- 2 Andrioli, Antonio Inacio: Die Saat des Bösen; Emu Verlag, Lahnstein; 2007.
- 3 [www.percyschmeiser.com](http://www.percyschmeiser.com)
- 4 [www.proleben.at](http://www.proleben.at)
- 5 [www.gentechnikfrei.at](http://www.gentechnikfrei.at)
- 6 [www.iboschwein.at](http://www.iboschwein.at)

# Save Our Sofie – SOS Denkmalschutz

Von Viktor Zdrachal

Die Wiener Sofiensäle waren als Veranstaltungsstätte, in der tausende Bälle, Operetten, Konzerte, cirka 120 uraufgeführte Werke der Strauß-Dynastie sowie dutzende legendäre Schallplattenaufnahmen mit Sir George Solti und Herbert von Karajan stattgefunden haben, für mehr als 150 Jahre von herausragender Bedeutung. Darüber hinaus waren die Sofiensäle auch Dampfbad, Schwimmbad, Parteitaglokal der SPÖ, Lazarett sowie in der dunklen NS-Zeit eine Deportationsstelle für Wiener Juden.

## Die Kurzfassung

Unser Thema und Ziel: Mit der Bürgerinitiative „Rettet die Sofiensäle“ sollte der Abriss der durch den Brand am 16. August 2001 schwer in Mitleidenschaft gezogenen Sofiensäle verhindert werden.

Die Botschaft: Selbst ein zu Beginn scheinbar aussichtsloses Bürgeranliegen kann durch beharrliche Öffentlichkeitsarbeit und geschicktes strategisches Handeln zum Erfolg geführt werden.

Erfolgskriterien: Das Projekt wurde zum Erfolg, als sich der Eigentümer öffentlich zur Erhaltung und Rekonstruktion der denkmalgeschützten Bausubstanz bekannte.

Einige Schwierigkeiten: Die größten Hindernisse waren Trägheit und Ignoranz einiger Politiker und Behörden, sowie die Schwierigkeit, ohne Funktion, Mandat oder Parteienstellung im juristischen Sinn ein relativ schwer durchsetzbares Anliegen zu vertreten.

Was sich verändert hat: Nach zehn Jahren führte die Initiative schließlich weitgehend zum Erfolg. Obwohl die nicht denkmalgeschützten Gebäudeteile nicht gerettet werden konnten, wird der Große Saal, die Fassade und das Foyer rekonstruiert werden und der Nachwelt erhalten bleiben.

Gewonnene Erkenntnisse: Alles ist möglich. Oft entscheiden nur Stunden oder teils vertrauliche Insiderinformationen über Erfolg

oder Misserfolg und verändern können nur die, die auch bereit sind, was zu tun.

## **Die Sofiensäle brennen – wurden sie „heiß abgetragen“?**

Der 16. August 2001 war ein heißer Sommertag, mitten in einer Hitzewelle, wie sie Wien nur selten erlebt. Nachmittag und Abend luden zum gemütlichen Fortgehen ein. Die Ereignisse, die sich an diesem Tag in der Wiener Marxergasse abspielten, sollten mein weiteres Leben wie auch das Leben anderer Aktivisten für Jahre prägen. Die Sofiensäle, von den Wienern liebevoll „Sofie“ genannt, gingen in der Nacht in Flammen auf.

Am Morgen des 17. August machte ich mich spontan und mit einer Videokamera bewaffnet auf den Weg in die Marxergasse, unmittelbar nachdem ich aus den Fernsehnachrichten von dem Brand der Sofiensäle erfahren hatte. Bei der schwer in Mitleidenschaft gezogenen „Sofie“ angekommen filmte ich von außen die betriebsam umherlaufenden Feuerwehrleute sowie die rauchenden Gebäudeteile und Fenster. Unter einer Gruppe von Passanten ergab sich ein angeregtes Gespräch. In meine Kamera hinein riefen ältere Männer erbost, dass es nun, wie immer schon vermutet, soweit gekommen sei, und die Sofiensäle „heiß abgetragen“ worden wären, was bei uns in Wien eine nonchalante Umschreibung für eine vorsätzliche Brandstiftung ist. Es sei „ein Skandal“, und die Sofiensäle seien nun wohl endgültig verloren. Bestürzt durch so viel offen gezeigte Emotionen der Anrainer begann ich darüber nachzudenken, ob die Sofiensäle wirklich unrettbar verloren sein sollten. Der Schaden schien mir von außen nicht annähernd so schlimm zu sein wie bei den später renovierten Redoutensälen der Wiener Hofburg, die auch durch einen Brand beschädigt wurden.

Kurz entschlossen fragte ich einige Feuerwehrleute ob es möglich wäre, den Schaden innen zu besichtigen. Schließlich war es - nach einer Sicherheitsbelehrung – möglich, ins Innere der Sofiensäle, zu Kommandant Lerch und seinen noch immer mit Löschar-

beiten beschäftigten Männern zu gelangen. Gleichzeitig anwesend war ein Reportageteam vom *ORF*, das ausgiebig filmte und Interviews führte.

Nach einer dreiviertel Stunde traf ein Trupp Männer im Stiegenhaus ein, der einige C-Schläuche (das sind spezielle Feuerwehrschläuche) abbaute, und sich, trotz laufender Kamera, über die Tatsache unterhielt, dass am Vortag die Steigleitung so wenig Wasserdruck gehabt hätte. „Des hätt ma gestern braucht“ war ein Kommentar zu dem an jenem Tag reichlich fließenden Löschwasser. Im uns später zugespielten Einsatzprotokoll der Feuerwehr findet sich ebenfalls ein entsprechender Eintrag.

## Wie hoch ist der Schaden nun wirklich?

Als das Videoband zu Ende gefilmt war, sprach ich kurz mit Kommandant Lerch, wie er die Beschädigung einschätze. „Nicht so schlimm, wie es vielleicht aussieht“, war die Hoffnung erweckende Antwort. Tatsächlich beschränkte sich der Schaden auf die Dachkonstruktion und den Seitentrakt zur Blattgasse. Das Foyer, der Blaue Saal sowie die linken Seitenlogen und –galerien waren praktisch intakt, abgesehen von einem mäßigen Löschwasserschaden im Foyer und in den Seitengängen. So keimte bei mir schließlich an Ort und Stelle bereits der Wunsch, etwas dafür zu tun, um den wohl demnächst drohenden Abriß zu verhindern.

Abends in den Nachrichten wurde dann berichtet, die Säle seien nahezu vollständig zerstört worden, und nur mehr eine Brandruine. Ein Sprecher der *Sofiensäle AG* verstieg sich gar in die Aussage, die von den Flammen verschonten Reste der Sofiensäle seien durch das Löschwasser endgültig zerstört worden, rettungslos unterspült und statisch beeinträchtigt. Noch am Tag des Brandes hatte Dr. Pistotnik im Namen der AG beim Denkmalamt um „Entlassung aus dem Denkmalschutz“ angesucht, und als Begründung den Untergang des Denkmals angegeben. „Das besondere an den Sofiensälen war das Dach und gerade dieses ist nun eben zerstört.“ Wie

ein roter Faden zogen sich von da an sprachliche Herabwürdigung der Sofiensäle, sowie gezielte Desinformation mit falschen Daten und Fakten in den Erklärungen des Eigentümerversprechers. Eine wesentliche Aufgabe der späteren Bürgerinitiative war es daher, die Öffentlichkeit korrekt zu informieren und die sachlich richtigen Fakten publik zu machen.

## **Tausende Bürger kondolieren und eine Bürgerinitiative formiert sich**

In den auf den Brand folgenden Tagen füllte sich das Kondolenzbuch auf [www.sofie.at](http://www.sofie.at) mit tausenden Einträgen, in denen die Wiener Bevölkerung ihrer Wut und Enttäuschung Luft machte und einhellig die Wiedererrichtung der zerstörten Teile forderte. Einer dieser Einträge lud zur Gründung einer Bürgerinitiative ein. Dies führte eine Woche nach dem Brand im *Café Zartl* zur Gründungsversammlung. Die unterschiedlichsten Vorschläge, die möglicherweise helfen könnten, die Sofiensäle zu retten, wurden von den anwesenden Gründungsmitgliedern vorgebracht. Menschen sollten sich laut einem Vorschlag an die Tore und Absperrungen der Sofiensäle anketten, um damit den drohenden Abriss zu verhindern. Die extremsten Vorschläge wurden aber rasch wieder verworfen, denn es herrschte der grundsätzliche Konsens, dass extreme Aktionen in der Sache eher schaden als nützen würden.

Noch in der auf die Gründungsversammlung folgenden Nacht entstand die erste Version einer Homepage der Initiative, welche die Bevölkerung informieren und auch mobilisieren sollte. Dank der Technikerfahrung eines Vorstandsmitglieds ging sie bereits am nächsten Tag online. In den darauf folgenden Monaten hatte die Website immer mehr Zugriffe, und war zeitweise an dritter Stelle der nicht-kommerziellen Homepages aus Österreich. Die Präsenz im Internet ist heute mehr oder weniger zur Pflicht geworden, da sich Herr und Frau Österreicher gerne dort informieren und insbesondere die Journalisten und Meinungsmacher vorwiegend im

Internet recherchieren. Es ist mit minimalem Kosteneinsatz möglich, die Aktivitäten, Daten und Fakten einer Bürgerinitiative auf einer Homepage unmittelbar und nicht zensurierbar öffentlich zu machen.

## **Lobbying für den Erhalt der Sofie**

In der Folge nahmen wir Kontakt mit dem Bundesdenkmalamt, den betroffenen magistratischen Bezirksämtern, den politischen Fraktionen im Gemeinderat, der Volksanwaltschaft, sowie den verschiedenen Medien auf und betrieben klassisches Lobbying, um die jeweiligen Gesprächspartner dazu zu bringen, sich zum Erhalt der Sofiensäule zu bekennen. Sehr wichtig war der Kontakt zu den Anrainern, von denen wir Fotos, Informationen, Hintergrundwissen und nicht zuletzt auch von allen Seiten einen direkten Blick auf alle Vorgänge im Areal der Sofiensäule bekamen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass man im Voraus oft nicht weiß, welche Unterstützer und Verbündete im Lauf der Initiative noch gewonnen werden können und dass in diesem Sinne nichts unversucht gelassen werden sollte.

Es gelang uns, zu allen Gesprächspartnern ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, indem wir uns in Gesprächen stets auf die nachweisbaren Fakten beschränkten und alle uns zugetragenen Informationen streng vertraulich und anonymisiert behandelten. Die Kooperation mit der Bürgerinitiative war im positiven Sinn berechenbar und erfolgte auf für alle Beteiligten angenehm sachlicher Basis. Dies durchzuhalten war oft schwer, da laufend mehr oder weniger glaubwürdige Informanten brisante ‚Fakten‘ an uns herantrugen. Die Versuchung war oft groß, diese teils schwer nachprüfbaren Informationen an die Medien weiterzuspielen und öffentlich zu machen, doch im Vordergrund stand immer die Abwägung von möglichem Nutzen und potenziell größerem Schaden, den diese sensiblen Informationen stets auslösen können.

Wir betonten im Gespräch mit Politikern jedes Mal unsere Un-

abhängigkeit und reine Sachorientiertheit und informierten sie offen, dass wir auch zu den anderen Parteien Kontakte unterhielten. Politische Parteien haben nach unserer Einschätzung die starke Tendenz, Bürgerinitiativen vereinnahmen zu wollen. Aus Selbstschutz sollte man diesen Avancen so gut es geht widerstehen, weil sonst am Ende kein unabhängiges und selbstständiges Arbeiten mehr möglich ist, sondern Unterordnung unter die Parteiräson erwartet wird. Wir haben leider auch erlebt, dass befreundete Initiativen, die im Nahefeld gegnerischer großer Parteien standen quasi als Faustpfand gegeneinander ausgespielt und damit weitgehend handlungsunfähig gemacht wurden. Zu unserer Initiative für die Rettung der Sofiensäle, wurde eine Gegeninitiative gegen die Rettung gebildet. Diese sollte medial gegen uns antreten, endete aber mangels Zuspruch bald darauf.

## **Strategie und gute Vorbereitung**

Vor jedem Termin versuchten wir, den Standpunkt des aktuellen Gesprächspartners in Erfahrung zu bringen und seine individuelle Interessenslage abzuschätzen. Darauf aufbauend überlegten wir uns Argumente, die gezielt sein Interesse wecken könnten und versahen unsere Ausführungen wenn möglich auch mit spezifisch ausgewählten Daten und Fakten. Durch das Anführen von konkreten Beispielen und das Aufzeigen von Querbeziehungen war es oft möglich, die Gesprächspartner zu überzeugen. Unser Paradebeispiel war das Mozart-Geburtshaus in Salzburg, das durch private Sponsoren nicht nur erhalten wurde, sondern wo der bereits verloren gegangene Trakt des Hauses sogar aufwändig nach Vorlage des Originals rekonstruiert wurde. Das gesamte Haus beherbergt eine Mozart Gedenkstätte, die umgehend zu einer Salzburger Touristenattraktion wurde. Eine gleichartige Gedenkstätte für die Strauß-Dynastie in den Sofiensälen hätte sich in Form eines sicher lukrativen *Strauss Center Viennarealisieren* lassen. Wie bekannt, soll man das Unmögliche fordern, um das Mögliche zu erreichen.

Ein ‚Strauß-Zentrum‘ lag zwar letztendlich jenseits des geistigen Gemeindebau-Horizonts der Wiener Stadregierung, überzeugte aber dennoch hinter verschlossenen Türen einige Verantwortliche.

Dank der guten Kontakte eines der Vorstände gelang es uns, die offizielle Unterstützung des Präsidenten der ICOMOS, des UNESCO Fachbeirats für Weltkulturerbe zu erhalten. Ebenso wurden wir von Mitgliedern der Gesellschaft für Denkmal- und Ortsbildpflege in fachlichen Angelegenheiten beraten. Ein besonders engagiertes Mitglied der Initiative motivierte mehr als 200 Musiker, Schauspieler und andere prominente Künstler sowie namhafte Politiker, sich öffentlich für die Wiederherstellung der Sofiensäule einzusetzen. Bemerkenswert war auch die Tatsache, dass im Interesse der neutralen Sache sogar Politiker gegnerischer Parteien ihre Unterstützung erklärten.

### **Bürger patrouillieren - Wir lassen uns nicht austricksen**

Den kaum zu überbietenden dramatischen Höhepunkt erreichte die Tätigkeit der Initiative, als wir durch nächtliche Präsenz vor Ort einem drohenden illegalen Abriss zuvorkommen wollten. Aus zuverlässiger Quelle hatten wir an einem Freitag die Information erhalten, soeben sei in einer internen Sitzung beschlossen worden, dass am darauf folgenden Montag ab vier Uhr morgens die Reste der Sofiensäule durch ein bereits vor Ort befindliches Abbruchgerät beschädigt werden sollten, um so letztlich die technische Abbruchreife zu erzwingen. Um dies zu verhindern, patrouillierten wir ab Sonntagabend deutlich sichtbar rund um das Gebäude. Am Montag gegen drei Uhr morgens näherte sich im Schrittempo und mit abgeblendeten Scheinwerfern ein Fahrzeug der Polizei. Unendlich lange Sekunden wurden wir beinahe ungläubig aus dem Wageninneren gemustert. Wir blickten schweigend zurück, bevor sich das Fahrzeug auffallend rasch entfernte. Der illegale Abriss fand Gott sei Dank nicht statt.

Wesentlich hat zum Erfolg beigetragen, dass die Initiative aktiv

und investigativ tätig wurde. Wir besuchten Anrainer, telefonierten mit allen Augenzeugen des Brandes und erhielten einige höchst interessante, von der offiziellen Darstellung teils erheblich abweichende Schilderungen des Brandherganges. Wir nahmen Kontakt zur Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Brandschaden-Versicherungsgesellschaft auf. Die Volksanwaltschaft intervenierte mehrmals, konnte aber keine Erfolge erzielen.

Augenzeugen des Brandes beschrieben uns unter anderem, dass am Tag des Brandes und zwei Tage zuvor bei den Flämmarbeiten zu beobachten war, dass einer der Arbeiter „minutenlang an die gleiche Stelle hingeflämmt“ habe, und ihm ein bis zwei andere Arbeiter dabei zugesehen hätten, ohne dass Wasserkübel oder Löscheräte auf dem Dach zu sehen gewesen wären - ein deutliches Indiz für Brandstiftung. Der ermittelnde Beamte der Kriminalpolizei zeichnete sich aber durch eine eigene Logik aus. Er schloss Brandstiftung als Ursache bereits deshalb aus, weil „...95 Prozent der Brandstiftungen nachts erfolgen.“ Des Weiteren seien die Angaben des angeblich mit Flämmarbeiten beschäftigten Arbeiters schon deshalb besonders glaubwürdig, „weil sich doch niemand selbst belasten würde.“ Den Einwand, dass drei Augenzeugen des Brandes an diesem Vormittag - unabhängig voneinander - mehrere Personen auf dem Dach gesehen hatten, wischte er mit dem Einwand beiseite, dass Augenzeugen einfach generell unglaubwürdig seien. Nach Vorliegen der Aussage des sich selbst belastenden Arbeiters wurden die weiteren Befragungen eingestellt und auf die Beziehung eines Brandsachverständigen verzichtet. Innerhalb einer Woche stand für den Ermittler „ohne Zweifel“ fest, dass die Sofiensäle „einem tragischen Unfall“ zum Opfer gefallen sind.

Durch die Volksanwaltschaft erfuhren wir, dass in den letzten Jahren die Sicherheit bei Veranstaltungen in den Sofiensälen eigentlich nicht mehr gegeben war. Dem Betreiber wurde 2001 für die kommende Saison vorgeschrieben, dass er einige Einrichtungen unbedingt renovieren müsse, da er andernfalls keine Betriebsgenehmigung mehr erhalten würde. Der Betreiber hatte dann - laut

eigenen Angaben - in den zwei Monaten vor dem Brand einige Arbeiten durchführen lassen und angeblich wären die Flämmarbeiten nur mehr die letzten anstehenden Arbeiten vor der Saisonöffnung gewesen. Zu den behaupteten Renovierungsarbeiten vor dem Brand zählte auch das Abschleifen und neu Versiegeln des Parkettbodens im Großen Saal. Die am Brandtag evakuierten Musiker berichteten aber übereinstimmend, der Boden sei „alt, grau, staubig und matt – wie immer“ gewesen. Hingegen sei in den Tagen vor dem Brand ein geschäftiges Treiben zu beobachten gewesen, bei dem unter anderem auch Equipment aus den Sofiensälen entfernt und anderes in die Sofiensäle eingebracht wurde. Verdächtig war der Umstand, dass im Zuge der Evakuierung der Sofiensäle die Musiker zwar mehrfach angehalten wurden, all ihre Instrumente mit aus dem Gebäude zu nehmen, die Crew der *Kultur Consult* selbst aber ihre Laptops bis zuletzt im Büro stehen ließ.

## Ungereimtheiten nähren einen Verdacht

Einer der Musiker hatte sich nicht abhalten lassen, gemeinsam mit einem Hausangestellten die Brandquelle zu suchen und sich mit einem Feuerlöscher auf das Flachdach zu begeben, wo sich beim Löschen aber herausstellte, dass der Feuerlöscher leer war. Zwei weitere Feuerlöscher wurden herbeigebracht, die ebenfalls leer waren. Der spätere Kommentar des Eigentümerversetzers dazu war, dass die Löscher „halt bei einem Fest!“ leer gespritzt worden seien – absurder geht es kaum, sich aus der Verantwortung zu ziehen. Doch es kam noch schlimmer: Bei den Löschversuchen mit dem hauseigenen Schlauch, der „offensichtlich seit Jahren“ nicht mehr aus dem Gehäuse genommen worden war, zeigte sich, dass kein ausreichender Druck auf der Steigleitung im zweiten Stock vorhanden war! „Ein armseliges Rinnsal“ sei alles gewesen, was „aus dem mächtigen Schlauch“ gekommen ist.<sup>1</sup>

Der letzte Pächter und Betreiber der Sofiensäle als Veranstaltungsort war die dramatisch überschuldete *Kultur Consult* ge-

wesen, der durch den Brand eine Aussicht auf Versicherungsschädigungen in Millionenhöhe winkte. Unvergessen bleibt der filmreife Auftritt von Matthias Fletzberger, damals gemeinsam mit Sonja Soukop Geschäftsführer der *Kultur Consult*, der vor die rußige Brandruine in einem auf Hochglanz polierten Ferrari vorfuhr, um dann für den Reporter einer Bezirkszeitung ein sentimentales Interview zu geben. Für ein anderes Interview gesellte sich dann noch ein Bezirksvorsteher hinzu und unpassender Weise einträchtig lächelnd waren sie dann später schwarz auf weiß vor der Ruine abgebildet zu bewundern. Andere Stadtpolitiker, die von der erstaunten Anrainerschaft auffällig heftig lachend und scherzend vor der noch rauchenden Brandruine beobachtet wurden, sprachen abends in den Nachrichten mit ernster Stimme von ihrer tiefen Betroffenheit – eine weitere Lektion über die Janusköpfigkeit vieler Politiker, welche ein mittlerweile tiefes Misstrauen in der Bevölkerung verursacht hat. Oder, wie schon Rousseau erkannte: „Wer Politik und Moral getrennt behandeln will, wird keine von beiden jemals verstehen.“<sup>2</sup>

Auf der anderen Seite durften wir auch Politiker kennen lernen, die durch ihr beherztes Engagement Überzeugung und Anstand vermittelten, allen voran der Wiener Altbürgermeister Dr. Helmut Zilk. Aber auch der damalige Chef der ÖVP Wien, Dr. Matthias Tschirf, und auch dem damals noch für den Bezirk Landstraße aktiven Heinz-Christian Strache. Ihnen allen gemeinsam war, dass sie noch nicht – oder nicht mehr – an der Macht waren. Die ihr Amt ausübenden Politiker fielen hingegen zumeist durch Zurückhaltung auf und hatten scheinbar wenig Interesse, mit dem „Pöbel“ des gemeinen Wählervolkes zusammenzutreffen. Feuerwehrstadträtin Mag<sup>a</sup> Renate Brauner empfing uns zwar, versicherte uns aber nur, wie tüchtig ihre Mannen gelöscht hätten. Augenzeugen hatten uns zuvor weniger distinkte Schilderungen über den Verlauf der Löscharbeiten gegeben. Beim abschließenden Besuch im Wiener Feuerwehrmuseum belehrte dann zu unserer Überraschung eine Inschriftentafel zwischen hängenden Kristalllustern aus den So-

fiensäulen die Besucher in eindeutiger Weise: Die Sofiensäule seien bereits völlig zerstört worden, bis auf die Grundmauern. Schwanengesang, der aus den Schläuchen drang.

Auf sachlicher Ebene konnte schließlich der erhoffte Durchbruch erzielt werden. Ein Anrainer hatte berichtet, in den Trümmern des Daches umher wandernd habe er „die verbogenen Stahlteile“ der tragenden Konstruktion erkennen können. Die ursprüngliche Gußeisenkonstruktion hätte sich aber nicht verbiegen können, wie Stahl es tut. Das führte schließlich zu der Hypothese, dass die Dachkonstruktion im Laufe der Baugeschichte bereits einmal zur Gänze erneuert worden sein musste. Laut *Dehio*, dem Handbuch für Kunstdenkmäler in Österreich, hätte die Dachkonstruktion aber noch im originalen Zustand sein sollen. Zwei Tage verbrachten wir in den Archiven der Stadt Wien, und fanden schließlich einen einzigen Bericht aus der Tageszeitung *Die Presse* aus dem Jahr 1948, in dem die komplette Erneuerung des Daches samt tragender Konstruktion detailliert beschrieben wurde. „Die alte, gußeiserne Konstruktion wurde entfernt und durch eine moderne Stahl-Gurtekonstruktion ersetzt.“ Da am Ende die Deckenkassetten wieder angebracht wurden, die im Zuge des klassizistischen Umbaus von 1881 durch das Atelier Makart angefertigt worden waren, blieb die Erneuerung des Tragwerks selbst den Autoren des *Dehio* verborgen. Durch simples Übereinanderlegen der Baupläne von 1848 und 1948 zeigte sich schließlich auch für den Laien erkennbar, dass sich die Dachform im Zuge der Generalsanierung leicht geändert hatte und das neue Dach etwas steiler anstieg und dafür etwas sanfter ausschwang als das alte. Damit entbehrten aber alle oben genannte Argumente Dr. Pistotniks der Grundlage. Die Sofiensäule waren einerseits gar kein technisches Denkmal, sondern waren wegen ihrer kulturhistorischen Bedeutung unter Denkmalschutz gestellt worden. Andererseits wurde durch den Brand auch keine Originalsubstanz vom Bauzustand 1848 zerstört, sondern lediglich die erneuerte Dachkonstruktion aus 1948 fiel ihm zum Opfer.

Um die Geschäftstätigkeit der *Sofiensäule AG* seit 1986 zu unter-

suchen, besorgten wir uns ihre Jahresberichte. Die relativ hohen Aktiva Ende der Achziger Jahre wurden innerhalb weniger Jahre durch exorbitant hohe Ausgaben für Aufsichtsratssitzungen, Vorstandsgehälter, Projektstudien und Architektenhonorare in ein sattes Minus verwandelt. Lapidar fand sich jedes Jahr unter der Bilanz der Stehsatz, dass wegen des hohen Grundwertes der Sofiensäle (stille Reserve) noch keine Überschuldung eingetreten sei. Neben anderen erhielt auch Architekt Podsedensek für seine „Hotel-Projektstudie“ ein äußerst großzügiges Honorar. Wir spielten diese Fakten dann auch direkt an die Medien weiter. Trägt man die Informationen also unermüdlich Stein für Stein – oder mühsamer: Sandkorn für Sandkorn - zusammen, wird am Ende auch jeder Unbeteiligte den aufgetürmten Berg an Fakten nicht mehr übersehen können.

Seitens des Eigentümers wurde öfters mit mangelnder Rentabilität argumentiert, und wir nahmen uns vor, auch dieses Argument zu prüfen. Wir kontaktierten die *Technische Universität Wien*, wo im Rahmen einer Projektstudie anhand des Katasters, der Bauklasse und der Nutzfläche der Verkehrswert einer Liegenschaft bestimmt werden konnte. Für das Grundstück der Sofiensäle ergab sich – ohne Berücksichtigung der denkmalgeschützten Teile - ein Wert zwischen sieben und neun Millionen Euro. Diesen Wert setzten wir in einem Leasingmodell an, in dem wir von einer gemischten Nutzung ausgingen, wo die Errichtungs- und Sanierungskosten durch den Ertrag refinanziert werden könnten, ohne Subventionen in Anspruch nehmen zu müssen. Der Break-Even-Punkt wäre bei einem monatlichen Ertrag von circa 300.000 Euro erreicht worden. Angesetzt wurde die maximal nutzbare Fläche mit einer je nach Bereich tageszeitabhängig unterschiedlichen Nutzung von maximal sechzehn Stunden täglich, und einer Gesamtauslastung (Büros, Forschungszentrum, Gastronomie und Veranstaltungsbereich) von circa siebenzig Prozent. Unsere Projektstudie wurde schließlich im Rahmen der dritten Pressekonferenz der Initiative als *Strauß Zentrum Sofiensäle* vorgestellt.

Der anfänglich freundliche Kontakt zur Versicherungsgesellschaft, bei der die Sofiensäle gegen Brandschaden versichert war, ergab, dass dort unsere Spekulationen bezüglich Brandursache und -hergang ansatzweise geteilt wurden. Die Versicherungssumme sei auch grundsätzlich zweck- und widmungsgebunden: Bei Auszahlung der Versicherungssumme, wie das einige Zeit danach auch erfolgte, müsse das Geld vom Begünstigten zweckgebunden für die Sanierung der Sofiensäle verwendet werden, oder - im Fall der Aufhebung des Denkmalschutzes - ausschließlich für die Wiedererrichtung einer gleichwertigen Veranstaltungshalle im Rahmen der bestehenden Widmung und Bauklasse. Ein großer Teil der Versicherungssumme wurde nach jahrelangem Hick Hack - gerüchte-weise unter Druck - und unter völlig intransparenten Umständen an den damaligen Eigentümer ausgezahlt. Der Verzicht auf Zweckbindung wäre ja nichts anderes als eine Belohnung für den Brand - und somit ein falsches Signal an alle Eigentümer - gewesen, könnte sie doch in Zukunft einen Anreiz für weitere Fahrlässigkeiten bei anderen denkmalgeschützten Objekten darstellen. Ein „Hoppala“ und schon ist ein lästiges und in seiner Erhaltung zu teures Objekt Geschichte. Unser höfliches Ersuchen bei um Information der Öffentlichkeit über allfällig verknüpfte Auflagen und Zweckbindung wurde brüsk ignoriert. Wie auch beim Ermittlungsverfahren setzte die *Allianz-Versicherung* auf Intransparenz und der Tenor war: „Was geht Sie das denn an?“ Als Zahler von Steuern und Versicherungsbeiträgen hätte der Bürger sehr wohl das moralische Recht auf Information, ob und wie seine Gelder verwendet - oder auch verschwendet – werden.

Im November 2004 wurde dann ein bereits im Jahre 2002 von Christoph Chorgherr im Namen der Grünen geforderter „Architekturwettbewerb“ von der Gemeinde Wien durchgeführt, bei dem fünf Projektstudien präsentiert wurden. Zu den seitens der Stadt gestellten Vorbedingungen gehörte allerdings, dass es den Projektteams nicht erlaubt war, jegliche Art von kultureller Nutzung anzunehmen. Stadtplanung, reduziert auf den Gemeindebau-Horizont!

Ungeachtet dieser desaströsen Vorgaben sahen zwei Projekte sehr wohl eine - der Tradition und Widmungsart entsprechende - intensive kulturelle Nutzung vor, wurden aber deshalb letztlich disqualifiziert. Die Sprecher der Bürgerinitiative kritisierten beim Presseempfang diese inakzeptable Haltung mit klaren Worten als „einer Weltstadt wie Wien unwürdige kulturpolitische Bankrotterklärung“. Dies führte in den folgenden Tagen zu einer differenzierten Berichterstattung in den Medien, und brachte daher für die Veranstalter auch nicht den gewünschten Erfolg einer „gmahten Wiesn“. Im Zuge der Tätigkeit einer Bürgerinitiative sind harte aber zutreffende Formulierungen manchmal unumgänglich, wobei man die verbalen Ausrutscher eher der Gegenseite überlassen sollte. Ein guter Leitfaden für die erfolgreiche Gratwanderung zwischen Empörung und Polemik ist dabei der journalistische Ethik-Kodex.

Die Sofiensäle-Initiative lief zehn Jahre lang, mit einer kurzen heißen Phase und einer langen Phase des scheinbaren Stillstands. Die heiße Phase war von hektischer Betriebsamkeit bei allen beteiligten Parteien gekennzeichnet, beinahe im Wochenrhythmus kam es zu neuen Entwicklungen, laufend wurde regional und österreichweit in den Medien berichtet. Insgesamt veranstalteten wir vier große Pressekonferenzen in zwei Jahren. Im April 2002 fiel dann im Denkmalamt endgültig die Entscheidung, die Sofiensäle weiter unter Denkmalschutz zu halten. Das wurde in der Pressekonferenz des Bundesdenkmalamts durch Präsident Dr. Wilhelm Georg Rizzi auch klar an die Medien kommuniziert und es brach beinahe schlagartig die lange Phase des Stillstands an. Das Interesse der Medien zu berichten hatte sich dramatisch verringert und es gelang nur noch zu den Jahrestagen des Brandes, Artikel und Informationen zu lancieren. Der Eigentümer hatte sein Primärziel - den Abriss - verfehlt, und setzte nun auf den Lauf der Zeit und das Vergessen. Wir gaben uns daher Mühe, den Medien zu den Jahrestagen des Brandes interessante neue Aspekte aufzuzeigen, denn es war zu befürchten, dass die Abbrucharbeiten vorangetrieben würden, falls das mediale Interesse gänzlich zum Erliegen käme.

Letztlich führte unsere nachhaltige Aktivität nach zweifachem Eigentümerwechsel insofern zum Erfolg, indem die unter Denkmalschutz stehenden Teile des Gebäudes nun endgültig erhalten bleiben.

Markus Landerer, zweiter Sprecher der Sofiensäle-Initiative, gründete 2008 den Verein *Initiative Denkmalschutz*, der sich vehement und erfolgreich für die Belange des Denkmalschutzes und der nachhaltigen Stadt- und Raumplanung einsetzt ([www.initiative-denkmalschutz.at](http://www.initiative-denkmalschutz.at)).

## Erfolgskriterien

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zweierlei Aktionen erfolgversprechend sind. Grundlage der Initiative sollte eine sachliche und konsequente Informationstätigkeit sein, wozu das Sammeln aller relevanter Daten und Fakten, das Einrichten und ständige Aktualisieren einer Homepage, das Verteilen von Flugblättern, das Halten von Vorträgen bei Bürgerveranstaltungen, das Führen von Unterschriftenlisten sowie endlose Stunden an Telefonberatung, gehören. Als dringend notwendiger ‚Sprengsatz‘ fungieren dann die Massenmedien, welche insbesondere appetitliche und gut lesbar aufbereitete Storys und medienwirksame Ereignisse gerne publizieren und dadurch schlagartig die Initiative und ihre Ziele in einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen können. Zuletzt sei bemerkt, dass auch eine Reise von tausend Meilen immer mit einem ersten Schritt beginnt. Haben Sie keine Angst ihn zu tun!

## Quellenverzeichnis

- 1 Franz Kircher, Augenzeuge.
- 2 Rousseau, Jean-Jacques: Emile; Verlag Schöningh, Paderborn; 1971.



# Europäische Datenorgie

von Alexander Sander

## **Die Sucht nach Fluggastdaten und eine europäische Bewegung, die sich dem entgegen stellt.**

In hunderten Datenbanken sind Informationen über jeden von uns gespeichert. Diese Daten dienen allerlei Nützlichem und Unnützlichem.

So ist es auch im Falle von Fluggastdaten. Unter dem sperrigen Begriff „passenger name records“ (PNR) sammeln die Fluggesellschaften Unmengen von Informationen über ihre Passagiere, um einen reibungslosen Flug gewährleisten zu können. Bis zu 60 Einzelinformationen können bei einem einzigen Flug zusammengetragen werden. Neben dem Namen des Passagiers, seiner Adresse und Geburtsinformationen, finden sich unter den Daten Kreditkarten- bzw. Zahlungsinformationen, Sitzplatzinformationen, besondere Essenswünsche, Informationen zum gesundheitlichen Zustand, Gepäckinformationen und vieles mehr. Die Daten werden kategorisiert abgefragt und gesammelt. Für Eventualitäten steht auch noch ein Freifeld zur Verfügung, in das alles eingetragen werden kann, was nicht in die vordefinierten Speicherfelder passt. Für die Fluganbieter ist es durchaus sinnvoll zu wissen, ob ein Rollstuhlfahrer an Board sein wird und wie viele vegetarische oder koschere Essen serviert werden müssen. Auch die Passagiere profitieren: Die Reise ist entsprechend organisiert und komfortabel.

Diese Daten sind jedoch nicht nur für die Airlines von Interesse. Auch Ermittlungsbehörden weltweit interessieren sich für diese Daten und versuchen an diese heranzukommen. Vorreiter waren nach den Terror-Anschlägen 2001 die Amerikaner. Sie forderten die Fluggesellschaften auf, alle Daten von Passagieren, die in den amerikanischen Luftraum eindringen, an das Department of Homeland Security (DHS) zu übermitteln. Die Airlines folgten dem Aufruf und übermittelten die Daten. Somit wurden mas-

senhaft personenbezogene Daten von EU-Bürgern ohne jegliche Rechtsgrundlage in die USA übermittelt. Die EU sah sich genötigt zu handeln und wollte die Datenübermittlung auf eine rechtliche Grundlage stellen - ein Abkommen musste her. 2004 stand das Abkommen. Im Grunde wurde an dem Verfahren des Datenzugriffs der USA nichts geändert, der Vorgang wurde lediglich durch das Abkommen legitimiert. Nur drei Jahre später wurde das Abkommen aktualisiert, ein Verfahrensfehler machte die Neuverhandlung nötig. Doch auch das 2007 geschlossene Abkommen, was als Interimsabkommen angelegt war, konnte die massiven Verletzungen der Privatsphäre der EU-Bürger nicht stoppen. Ende des Jahres 2010 wurde dann der EU-Kommission erneut ein Verhandlungsmandat erteilt. Ein neues, starkes Abkommen, welches sich an europäischen Datenschutzstandards orientiert, sollte vereinbart werden - so die Vorgabe. Die Rechtssicherheit sollte erhöht werden, das heißt, dass es ein Auskunftsrecht über die gespeicherten Daten geben soll sowie die Möglichkeit bestehen muss, dass falsche Daten korrigiert oder gelöscht werden. Im Falle einer missbräuchlichen Verwendung der Daten sollte es auch eine Klagemöglichkeit vor amerikanischen Gerichten geben. Auch die Definitionen, in welchem Fall die Daten abgefragt werden können, sollten klar formuliert werden und dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Die Kommission erklärte Ende November 2011, dass diese Verhandlungen abgeschlossen seien und warb für das Abkommen. Jedoch konnten die Forderungen in keiner Weise erfüllt werden. Das Abkommen hebt die Unschuldsvermutung aus! Die Daten werden genutzt um Verdachtsfälle zu konstruieren - der Beschuldigte muss anschließend seine Unschuld beweisen, indem er weitere Überwachungsmaßnahmen oder stundenlange Befragungen über sich ergehen lassen muss.

Neben den Abkommen mit den USA wurden und werden vergleichbare Abkommen mit anderen Drittstaaten verhandelt, wie etwa mit Australien oder Kanada.

Natürlich wollen auch die EU-Ermittlungsbehörden Zugriff auf

diesen riesigen Datenberg haben. Die Pläne für ein EU-Fluggastdatenauswertungssystem sind bereits weit fortgeschritten. Einige Staaten wollen die Auswertung sogar auf sämtliche Verkehrsmittel, etwa auf Züge oder Schiffe, ausdehnen - eine Total-Überwachung des Reiseverkehrs wäre die Folge.

Um diese Datenorgie zu stoppen hat sich Anfang des Jahres 2011 die Initiative *NoPNR!* gegründet. Unterstützt von Namenhaften Datenschutzorganisationen wie dem *AK Vorrat* oder *Vibe.at!*, Experten wie dem Amerikaner Edward Hasbrouck, der bereits seit vielen Jahren in den USA gegen diese Datensammelwut ankämpft und EU-Abgeordneten wie Martin Ehrenhauser versucht die Initiative gegen die Fluggastdatenauswertung zu mobilisieren.

Die zentrale Frage: Wie kann man bei einem so komplexen Thema, welches international verhandelt wird, effektiv Bürgerbeteiligung umzusetzen, um erfolgreich zu sein? Zunächst gilt es, die angesprochenen Unterstützer zu gewinnen. Im Datenschutzbereich sowie in fast allen Bereich gibt es bereits bestehenden Strukturen, auf die man zurückgreifen kann und sollte. Nur so kann Doppelarbeit verhindert werden und ein bereits interessiertes Publikum angesprochen werden. Durch die Vernetzungsarbeit konnten auch die Unterstützer für die Kampagne gefunden werden.

Doch es ist wichtig, nicht nur nach ‚innen‘ zu arbeiten. Vor allem die Entscheidungsträger müssen überzeugt werden, sich gegen diese Datensammelwut auszusprechen. *NoPNR!* versucht daher direkt mit eben diesem Personenkreis in Kontakt zu treten und die Bedenken vorzutragen. Gemeinsam mit anderen Organisationen wurden daher verschiedene Lobby-Events organisiert. Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter, Ratsvertreter und Kommissionsbeamte wurden eingeladen, um mit ihnen über die geplante Fluggastdatenauswertung zu diskutieren. Auch wenn diese Treffen meist nicht direkt zum Erfolg führen, so wird den Entscheidungsträgern doch sehr schnell bewusst, dass ihre Entscheidungen aufmerksam verfolgt werden. Zumindest Verbesserungen sind durchaus zu erwarten, wenn der Druck groß genug ist.

Um diesen Druck aufzubauen braucht es aber noch mehr als nur gelegentliche Treffen mit den Volksvertretern. Mediale Unterstützung ist notwendig. Bei aktuellen Anlässen sollten Presseaussendungen verfasst werden, um die eigene Position deutlich zu machen. Darüber hinaus eignen sich Pressegespräche sehr gut, um Hintergrundinformationen und Fachwissen auszutauschen.

Außerdem hat *NoPNR!* verschiedenen Workshops und Expertentreffen organisiert. So wurden bereits im Frühjahr und Sommer 2011 zwei Workshops in Brüssel mit Aktivisten aus ganz Europa durchgeführt. Noch zu Beginn der Kampagne vernetzten sich etwa 20 Aktivisten und arbeiteten ein ganzes Wochenende bei einem ersten Workshop an der Thematik. Während der von *unwatched* organisierten Freiheit statt Angst Aktion in Wien bestand die Möglichkeit, einen längeren Vortrag zu dem Thema Fluggastdatenauswertung zu halten. Auch während der Brüsseler Freiheit statt Angst Demonstration und dem anschließenden Vernetzungstreffen im September 2011 war *NoPNR!* aktiv. So standen neben einem Redebeitrag viele Interviews und ein Workshop zu den aktuellen Entwicklungen auf der Agenda.

Bisheriger Höhepunkt war eine europäische Aktionswoche im Oktober 2011 mit Veranstaltungen in Brüssel, Berlin und Wien: Gemeinsam mit dem amerikanischen PNR-Experten Edward Hasbrouck wurden Vorträge für Politiker im Europäischen Parlament aber auch für interessierte Bürger organisiert. Abschließend fand ein Pressegespräch mit dem unabhängigen EU-Mandatar Martin Ehrenhauser, dem Experten Edward Hasbrouck und *NoPNR!* statt. Noch Wochen danach tauchten Zitate von diesem Gespräch in den Medien auf. In den drei Hauptstädten konnten durch die vorausgegangene Vernetzungsarbeit schnell Räumlichkeiten für die Events gefunden werden und der interessierten Öffentlichkeit sowie Medienvertretern und Aktivisten ein Einblick in die Thematik geboten werden. Viele Bürger folgten dem Aufruf und beteiligten sich auch nach den Vorträgen mit konstruktiven Vorschlägen zur Verbesserung der Kampagne. Im Rahmen der Aktionswoche fand unter anderem auch ein Treffen mit der

deutschen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf dem Programm, der wir unsere Bedenken vortrugen.

Neben den vielen Events braucht es natürlich eine auch Homepage, in Falle von *NoPNR!* einen Blog, sowie andere Kommunikationsmittel wie Mailinglisten oder Accounts bei sozialen Netzwerken, um auf die aktuelle Entwicklungen, Kampagnen und Veranstaltungen aufmerksam machen zu können.

Mit vergleichsweise geringem Aufwand entstand so im Verlaufe des Jahres eine schlagkräftige Plattform, die es zumindest geschafft hat, den Druck auf die Entscheidungsträger zu erhöhen. Dennoch bleibt es schwierig, sich auf europäischer Ebene effektiv zu vernetzen. Hier besteht noch ein großes Potential das künftig besser ausgenutzt werden muss. Viele Bewegungen verhaften in den Nationalstaaten und schaffen es kaum, die Themen auch auf europäischer Ebene zu diskutieren. Konsequenterweise muss auch in den Nationalstaaten eine starke Bewegung aktiv sein, immerhin kann so ein Veto des Nationalstaates im Ministerrat erreicht werden - die europäische Ebene darf dabei aber nicht außer Acht gelassen werden. Schon im Vorfeld eines Gesetzgebungsprozess muss auf die Kommission eingewirkt werden und auch die Entscheidungen des Europäischen Parlaments müssen verstärkt beobachtet und verfolgt werden. Erfolgreich mit seinen Argumenten bei über 700 Abgeordneten durchzudringen bleibt schwierig. Es gilt effektive Strukturen auf- und auszubauen, um den Sprung zur europäischen Bewegung zu schaffen.

Ob die Kampagne am Ende erfolgreich sein kann bleibt vorerst noch abzuwarten. Die kritischen Stimmen sind zumindest lauter und mehr geworden - am Ende zählen jedoch nur die Abstimmungen. *NoPNR!* wird daher nicht locker lassen und mit vollem Engagement dafür eintreten, dass die bürgerlichen Freiheiten und die Privatsphäre des Einzelnen geschützt bleiben und der Datenschutz eingehalten wird.

Interessenten können sich auch [www.nopnr.org](http://www.nopnr.org) informieren oder eine E-Mail an [info@nopnr.org](mailto:info@nopnr.org) schicken.



# Heiligenstädter Rebellen kämpfen um die Hohe Warte

Von Michael Jungwirth

## Tiefer Fall der Hohen Warte und der Vienna

Die Hohe Warte blickt auf eine lange, ruhmreiche Geschichte zurück. Sie war die größte Naturarena Europas und gilt als Wiege des österreichischen Fußballsports. Seit der Eröffnung im Jahre 1921 ist sie Heimstätte von Österreichs ältestem Fußballklub, dem *First Vienna Football-Club 1894*.

Den Zuschauerrekord gab es 1923 beim Ländermatch gegen Italien, das vor der gewaltigen Kulisse von 90.000 Zuschauern 0:0 ausging. Unter den Menschenmassen im überfüllten Stadion kam es zu einer Tragödie: Der Nordwesthang geriet ins Rutschen und es gab einige Verletzte.

Die Hohe Warte war Geburtsstätte des berühmten Wunderteams unter dem legendären Verbandskapitän Hugo Meisl in den 1930er-Jahren, hatte aber auch als Arena für kulturelle Veranstaltungen Bedeutung. So fanden sich im Jahre 1924 zur festlichen Premiere von Giuseppe Verdis *Aida* 20.000 Gäste im Oval ein und erlebten eine spektakuläre Aufführung.

Heute ist das Fassungsvermögen nur mehr 5.500 Zuschauer. Die Glanzzeit der *Vienna* ist längst vorbei. Den letzten Meistertitel konnten die Blau-Gelben in der Saison 1954/55 auf der Hohen Warte feiern. Seit diesen glorreichen Tagen gab es ein stetiges Auf und Ab für den Traditionsverein. Die mäßigen sportlichen Erfolge schlugen sich in rückläufigen Zuschauerzahlen nieder. Das geringe Publikumsinteresse in Döbling hatte wiederum mangelnde Attraktivität für Sponsoren zur Folge. Nicht zuletzt war auch Misswirtschaft dafür verantwortlich, dass sich die *Vienna* permanent in Geldnöten befand. Selbst der sensationelle Coup mit der Verpflichtung von Ex-Weltmeister Mario Kempes im Jahre 1986 war nur mit Hilfe von Privatinvestoren möglich.

Auch die Präsidenten Heinz Werner Krause und Adolf Tiller blieben glücklos. Beide Vereinsbosse schafften es nicht, die *Vienna* in ruhigeres Fahrwasser zu führen. Generaldirektor Krause von *Vienna*-Sponsor *Rank Xerox* machte sich wenigstens um die fußballbegeisterte Döblinger Jugend verdient: Er zeigte Weitblick und öffnete ein als ‚Grünland-Erholungsgebiet-Sportplatz‘ (Zusatz: ‚Parkplatz‘) gewidmetes Gelände für die Öffentlichkeit. Tore und Tischtennistische wurden aufgestellt. Der Fußballplatz erfreute sich jahrzehntelang großer Beliebtheit. Von weit und breit kamen Hobbykicker zum Ballestern auf die sogenannten „Vienna-Parkplätze“.

Bezirksvorsteher Tiller hingegen schaute tatenlos zu, wie das 19.557 m<sup>2</sup> große Areal zusehends dem Verfall preisgegeben wurde und nur noch als Deponie für Autowracks, als Bauhof und als Übungsplatz für Fahrschulen Verwendung fand. Fußball konnte wegen Platzmangels kaum noch gespielt werden. Adolf Tiller bat die vom Bauhof lärmgeplagten Grätzelbewohner um Nachsicht, weil er die *Vienna* nicht um die Einnahmen aus dieser widmungsfremden Nutzung bringen wollte. Außerdem kannte er alteingesessene *Vienna*-Anhänger in deren Reihen, die gefälligst Verständnis für ihren Lieblingsklub aufbringen sollten. Die Vereinsführung der *Vienna* kümmerte sich nicht mehr um die Pflege der Grünflächen rund um die Parkplätze, obwohl der Verein als Pächter dazu verpflichtet gewesen wäre. Engagierte Anrainer mussten Jahr für Jahr den Unrat einsammeln, damit das Grätzel in Unterheiligenstadt nicht ganz zu einem Schandfleck des Bezirkes Döbling verkommt.

Als Ende der 1980er Jahre die ersten Pläne zur Verbauung des Erholungsgebietes „Vienna-Parkplätze“ auftauchten, formierte sich der Widerstand: Im Jahre 1989 gründeten couragierte Anrainer eine Bürgerinitiative als Verein, damals noch unter dem Namen *Rettet Heiligenstadt*. Später wurde daraus *Pro Heiligenstadt*. Die engagierten Mitglieder waren aber nicht nur gegen die Verbauung von Grünland. Sie machten vielmehr mit Hilfe von Studenten der Hochschule für Bodenkultur Gestaltungsvorschläge für das weit-

läufige Areal, die allesamt vom Bezirksvorsteher ignoriert wurden. Die Enttäuschung darüber hielt sich allerdings in Grenzen, zumal die Verbaupläne schließlich doch verworfen wurden. Jahrelang herrschte trügerische Ruhe.

## **Bezirksvorsteher Adolf Tiller als Einfädler eines windigen Deals?**

Mit der *Vienna* ging es auch in den 1990er Jahren immer weiter bergab. Doch dann wurde ein neues Kapitel in der Geschichte der traditionsreichen Sportarena und der „Alten Dame“ *Vienna* geschrieben, das - rückblickend gesehen - heimlich, still und leise und auf ganz spezielle Weise seinen Anfang nahm: Zufällig kreuzen sich eines Tages Tillers Wege mit jenen von Adolf Wala, einem alten Freund und Kollegen aus gemeinsamen *Creditanstalt-Bankverein* Zeiten. Der Ex-Nationalbank-Präsident ist längst in Pension. Im Hintergrund zieht er allerdings noch immer die Fäden bei der Nationalbank-Tochter *IG Immobilien*. Ein Immobilienunternehmen käme zur Rettung der *Vienna* gerade recht, steht doch als Gegenleistung auf der Hohen Warte jede Menge wertvoller Baugrund zur Verfügung. So oder ähnlich könnten die Überlegungen Tillers vor dem Zusammenführen der finanzmaroden *Vienna* mit *IG Immobilien* und der Stadt Wien ausgesehen haben. Bezirksvorsteher Tiller stellt kategorisch in Abrede, dass er ein Naheverhältnis zu *IG Immobilien* hat. Es ist schwierig, diese Sichtweise zu verstehen, denn Tillers Tochter, die ÖVP-Bezirksrätin Susanne Heinz, ist seit Jahren bei *IG Immobilien* tätig. Nach der Jahrtausendwende wird die Lage der *Vienna* immer prekärer. Als ‚schwarzer Verein‘ war der einstige Nobelklub aus Döbling nie ein Liebling des Roten Wien. Die *Vienna* wird von der Gemeinde Wien finanziell ausgehungert. Für die Erhaltung der Heimstätte auf der Hohen Warte muss der Traditionsverein selbst aufkommen. Das ist der große Unterschied zu den vom Rathaus geförderten Großklubs *Austria* und *Rapid*. In das Horr-Stadion im 10. Wiener Gemeinde-

bezirk Favoriten und in das Hanappi-Stadion in Hütteldorf im Westen Wiens werden unzählige Millionen gesteckt, für Investitionen auf der renovierungsbedürftigen Hohen Warte ist hingegen kein Geld vorhanden.

Als der *Vienna* das Wasser bis zum Hals steht, wird der langjährige Sponsor und geschäftsführende Vizepräsident Heinz Havelka, für die ÖVP im Gemeinderat, praktisch zum Rücktritt gezwungen. Bei einem Verbleib des hauptberuflichen Autohändlers, der den Roten ein Dorn im Auge ist, würde die finanzielle Rettung der *Vienna* auf dem Spiel stehen, gibt man unmissverständlich zu verstehen.

Nach dem Rückzug Havelkas geht es Schlag auf Schlag: Architekt Gustav Blei führt als Vizepräsident die Geschäfte. Wie aus dem Nichts taucht Dipl. Ing. Wolfgang Vasko auf der Hohen Warte auf. Der umtriebige Bautechniker hat mit Fußball nur wenig am Hut, dafür wird er zur treibenden Kraft, was die geplante Grundstückstransaktion betrifft. Das Sagen auf der Hohen Warte hat eindeutig Adolf Wala. Aber auch *IG-Immobilien* Geschäftsführer Ing. Hermann Klein greift ins Vereinsgeschehen ein.

Die Juristen im Vorstand der *Vienna*, Dr. Karl König und Dr. Johannes Patzak, warnen trotz der schwierigen finanziellen Situation eindringlich vor einem Verzicht auf die wertvollen Bestandteile auf der Hohen Warte. Doch die rechtskundigen Funktionäre werden nach mehreren Anläufen in einer Abstimmung endgültig überstimmt. Ein Fußballklub am Gängelband eines profitorientierten Immobilienunternehmens kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Traditionsverein *Vienna* ist als Unterpächter der Sportanlage nicht mehr durch das Sportstättenschutzgesetz abgesichert.

Jetzt fehlen nur noch die Unterschriften unter jene Verträge, welche den *First Vienna Football-Club 1894* vom Hauptpächter zum Unterpächter mit wenigen Rechten machen sollen. Mit der Unterschrift von Vizepräsident Blei gibt es kaum Probleme, wurde der Architekt doch mit dem Neubau des Klubhauses der *Vienna*-Tennissektion beauftragt. Ein einträgliches Geschäft für den

Mann. Die ursprünglich veranschlagten Kosten von 13 Millionen Schilling wurden um nicht weniger als fünf Millionen Schilling überschritten. Nicht zufällig beschließt der Gemeinderat eine Tennis-Subvention in Höhe von 600.000 Euro. Die Unterschrift eines zweiten Zeichnungsberechtigten ist schon schwieriger zu bekommen. In der Not wird der ehrenamtliche Sportliche Leiter Wilhelm Graber per Umlaufbeschluss zum zeichnungsberechtigten Finanzreferenten bestellt. Der Sportdirektor und Finanzchef in Personalunion kann die Spielergehälter der in die Regionalliga abgestiegenen *Vienna* nicht mehr auszahlen. Der Spielbetrieb ist in Gefahr. Das Schicksal der *Vienna* hängt an einem seidenen Faden. Nur gegen Unterschrift von Graber ist *IG Immobilien* bereit, Finanzspritzen zu geben. Schweren Herzens und gegen sein Gewissen lässt er sich schließlich zur Unterzeichnung überreden.

Damit sind die verhängnisvollen Verträge unter Dach und Fach. Im Mai 2002 verpachtet die Stadt Wien das gesamte Grundstück auf der Hohen Warte (rund 86.000m<sup>2</sup>) an *IG Immobilien*. Gleichzeitig wird der Nationalbank-Tochter – ohne vorherige öffentliche Ausschreibung – in einem Optionsvertrag die Möglichkeit eingeräumt, das 19.557m<sup>2</sup> große Parkplatz-Areal bis 31. Dezember 2005 zu kaufen und nach erfolgter Umwidmung in ‚Bauland-Wohngebiet‘ mit einer Gebäudenutzfläche von mindestens 18.000m<sup>2</sup> zu verbauen.

Der Schnäppchenpreis versteht sich von selbst, wenn man die guten Beziehungen von Adolf Wala zu den SPÖ-Granden im Rathaus bedenkt. Mit rund sieben Millionen Euro wird ein Kaufpreis zugesichert, der weit unter dem tatsächlichen Wert des Grundstückes liegt. Lediglich 2,5 Millionen sind an die Stadt Wien zu überweisen, der Rest ist in Sachleistungen (Stadionsanierung, Abstellplätze) abzugelten.

In der *Kronen Zeitung* vom 6. Oktober 2003 stellt Bezirksvorsteher Adolf Tiller vollmundig Pläne für eine multifunktionale Sportarena vor, die angeblich auf seinem Schreibtisch liegen. „Eine Anlage, wie sie in Wien ihresgleichen suchen wird“, schwärmt

Tiller in höchsten Tönen. Alles nur ‚heiße Luft‘, wie sich später herausstellen wird.

Der routinierte ÖVP-Bezirksvorsteher Adolf Tiller kennt die Usancen der Rathauspolitik ganz genau. Dem ausgefuchsten Politiker ist natürlich auch klar, wie die Vorgangsweise seiner Partei im Gemeinderat aussehen muss, um den Deal mit der Hohen Warte politisch elegant und glaubwürdig absegnen zu lassen. Ein Alleingang der SPÖ würde kein gutes Bild machen. Tiller ist daher um einen Konsens mit seiner Partei bemüht, der für Ruhe sorgen soll.

Also sieht sich der ÖVP-Mann dazu bemüht, seine Parteifreunde im Gemeinderat quasi zu überreden, der Umwidmung gegen ihre Überzeugung zuzustimmen. Laut *Kurier* vom 13. Dezember 2002 soll er sich dieser heiklen Aufgabe „mit hochrotem Kopf“ entledigt haben. Die ÖVP-Mandatare unterwerfen sich nur widerwillig dem Klubzwang, da sie von Gemeinderat und Kontrollausschuss-Mitglied Alexander Neuhuber, einem profunden Kenner der Immobilienbranche, über den bedenklichen Deal mit der Hohen Warte aufgeklärt sind.

Am 26. März 2004 beschließt der Gemeinderat mit Mehrheit von SPÖ und ÖVP die Umwidmung der Erholungs- und Sportfläche auf der Hohen Warte in Bauland. Ganz nach den Wünschen der Spekulanten. FPÖ und Grüne stimmen geschlossen dagegen.

## **Stadtrat Werner Faymann ignoriert Rechnungshofkritik**

Der Rechnungshof überprüft die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien im Bereich der Magistratsabteilung 69 – Liegenschaftsmanagement. Prüfungsschwerpunkte sind der An- und Verkauf von Liegenschaften. Die Kernaussage seiner Kritik im Rohbericht vom 22. April 2004 lautet: „Eine verbotene Beihilfe laut EU-Richtlinie, da der Optionsvertrag ohne hinreichend publiziertes, allgemeines und bedingungsfreies Bieterverfahren abgeschlossen wurde, wobei der Wert des Grundstückes nicht durch ein unabhängiges Gutachten, sondern von der Stadt Wien als Verkäuferin selbst und ohne

Berücksichtigung der Widmungsänderung ermittelt wurde.“

Zusammenfassend empfiehlt der Rechnungshof:

- Grundstücke nur nach einem öffentlichen Ausschreibungsverfahren an den Bestbieter zu verkaufen;
- für den Parkplatz Hohe Warte keine Baugenehmigung zu erteilen, um einen Vermögensnachteil für die Stadt Wien und einen unter dem Gesichtspunkt des Gemeinschaftsrechtes bedenklichen Verkauf zu vermeiden.

Der verantwortliche Stadtrat Werner Faymann schlägt die Warnung des Rechnungshofes in den Wind. Angesichts eines Nachteils von nicht weniger als vier Millionen Euro für die Stadt, genauer gesagt für die Steuerzahler, kann man ihm den Vorwurf des sorglosen Umgangs mit Steuergeld wohl nicht ersparen. Er zieht schließlich das beanstandete Verlustgeschäft gegen die Empfehlungen des Rechnungshofes und gegen den Willen der protestierenden Bürger durch, obwohl es laut Rechnungshof sehr wohl eine Möglichkeit gegeben hätte, den abgeschlossenen Optionsvertrag ungenutzt auslaufen zu lassen.

Im Endbericht vom 11. Mai 2005 vertritt der Rechnungshof weiterhin die Auffassung, dass eine verbotene Beihilfe im Sinne des Vertrags zur Europäischen Gemeinschaft Artikel 87 Absatz 1 vorliegt, wenn bei Wirksamwerden der Option das Grundstück weit unter dessen Wert verkauft wird. In diesem Zusammenhang weist der Rechnungshof darauf hin, dass der vom Institut für Stadt- und Regionalforschung der Technischen Universität Wien in einem Gutachten mit rund elf Millionen Euro angegebene Wert des Grundstückes an der Untergrenze des erzielbaren Preises liegt.

## **Empörte Bürger lässt man abblitzen**

Schon im Februar 2003, bei der Präsentation des Monsterprojekts im gut besuchten Seniorenwohnhaus auf der Hohen Warte, bekommt Bezirksvorsteher Tiller den Unmut der betroffenen Heiligenstädter zu spüren. Aufgebrachte Grätzelbewohner, die vor

vollendete Tatsachen gestellt werden, äußern heftige Kritik an der geplanten Verbauung. Adolf Tiller erweist sich von Anfang an als glühender Verfechter des überdimensionierten Bauprojekts. Die vorgebrachte Kritik versucht er auf einige wenige nebensächliche Punkte zu reduzieren, um dann aufgrund minimaler Korrekturen vorgeben zu können, auf Bürgerwünsche eingegangen zu sein. Damit gerät die Bürgerversammlung zur Farce.

Der Wille zum Widerstand ist aber noch lange nicht gebrochen. Die Heiligenstädter Rebellen gehen von Tür zu Tür und sammeln mehr als 700 Unterschriften gegen das Riesenprojekt, die Bezirksvorsteher Tiller übergeben werden. Im Rahmen der Öffentlichen Auflage geben Hunderte Döblingerinnen und Döblinger kritische Stellungnahmen zur Flächenwidmung ab, weil die Umwidmung nicht dem gültigen Stadtentwicklungsplan (STEP) 94 entspricht.

Trotz der über Bezirksvorsteher Tiller erfolgten Androhung einer Besitzstörungsklage durch die *IG Immobilien* hält die Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* auf dem Gelände der Parkplätze im September 2003 einen Aktionstag ab. Anschließend stellen sich Bezirkspolitiker aller Couleur im Pfarrsaal einer Diskussion.

Alle Proteste bleiben wirkungslos, weshalb beherzte Anrainer mit Parteienstellung den Verfassungsgerichtshof anrufen. Unverständlicherweise weist dieser die Beschwerde zurück, weil er in der Vorgangsweise keine Anlasswidmung sieht. Diese Entscheidung ist ein Freibrief für die Fortsetzung der in Wien gängigen Praxis: „Sie wünschen? - Wir widmen!“

In weiteren Gesprächen mit Adolf Tiller zeigt der Bezirksvorsteher nicht wirklich Bereitschaft, sich für eine Kompromisslösung einzusetzen. Die Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* will wenigstens einen kleinen Teil vor Verbauung retten und drängt auf Wiedererrichtung eines öffentlich zugänglichen Sportplatzes. In Döbling gibt es keinen einzigen freien Sportplatz, wo Kinder und Jugendliche vereinsunabhängig Fußball spielen können. Die Jugend des Nachbarbezirkes Währing hat es in dieser Beziehung viel besser, denn dort laden großzügig angelegte Rasenplätze im

Währinger-Park und im Pötzleinsdorfer-Schlosspark zum Kicken ein.

Das brisante Thema wird in der *ORF*-Sendung *Bürgeranwalt* aufgegriffen. Leider kommt nach Interventionen aus dem Büro von Sportstadträtin Grete Laska nur ein gekürzter Beitrag auf Sendung. Kritische Aussagen zur Sportpolitik der Stadt Wien werden herausgeschnitten. Ein aufgezeichnetes Interview mit Ex-Weltklasse-Fußballer Franz Hasil, der ganz im Sinne der Bürgerinitiative spricht, wird komplett weggelassen.

Als letztes Mittel des Protestes richtet *Pro Heiligenstadt* am 28. August 2006 eine Beschwerde an die Europäische Kommission, wegen einer möglicherweise rechtswidrigen Beihilfe der Stadt Wien, die ja schon der Rechnungshof aufzeigte. Die Bürgerinitiative will damit ihren Forderungen Nachdruck verleihen. Die Verantwortlichen des Magistrats bleiben davon unbeeindruckt. Sie sehen den aus Brüssel drohenden Konsequenzen, die leider auf sich warten lassen, offenbar gelassen entgegen. Nach langem hin und her ist die Causa noch immer nicht erledigt. Die Wettbewerbsbehörde scheint der handfesten Rechnungshofkritik weniger Glauben zu schenken als den Darstellungen der Gemeinde Wien. Reicht der lange Arm des Wiener Bürgermeisters bis nach Brüssel?

## **Umstrittene Luxusprojekte werden durchgewinkt**

In Döbling scheint Bürgerbeteiligung für den Bezirksvorsteher ein Fremdwort zu sein. Ohne Berücksichtigung der Bürgerwünsche nehmen die Dinge unaufhaltsam ihren Lauf. Bei den Bauverhandlungen werden die Anrainer über den Tisch gezogen. Bezirksvorsteher Adolf Tiller weiß, dass sie auf ein Wegerecht bestehen werden, welches durch Benützung einer Privatstraße zwischen den Parkplätzen in über 40 Jahren ersessen wurde. Deshalb sagt er schon im Vorfeld einen vier Meter breiten öffentlichen Durchgang an Stelle der Straße zu, der dann tatsächlich im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan als solcher aufscheint. Auch in den aufliegen-

den Bauplänen ist dieser Durchgang eingezeichnet. Trotz heftiger Kritik vom Rechnungshof werden von der Magistratsabteilung 37 Baubewilligungen erteilt. Nun können Fakten geschaffen werden. Das begünstigte Unternehmen *IG Immobilien* errichtet einen riesigen Gebäudekomplex als Luxus-Residenz nach internationalem Vorbild und nennt ihn etwas anmaßend *Orchideen Park*. Die restlichen Grundstücksteile werden mit Gewinn an den Projektentwickler *Raiffeisen evolution* weiterverkauft, der dann nicht weniger als elf sogenannte ‚Stadtvillen‘ hinklotzt.

Nach Fertigstellung müssen die alteingesessenen Grätzelbewohner erstaunt feststellen, dass der öffentliche Durchgang gar nicht gebaut wurde. Die dafür gewidmete Fläche ist baulich als Garten so gestaltet worden, dass Hindernisse wie kleine Mauern ein späteres Errichten des Durchgangs fast unmöglich machen. Eine unglaublich dreiste Vorgangsweise, eigentlich ein Fall für die Baupolizei! Doch die Behörde schreitet nicht ein und lässt gewähren.

Bei der feierlichen Eröffnung im Sommer 2008 gibt sich selbstverständlich Bezirksvorsteher Adolf Tiller die Ehre - wie immer, wenn es darum geht, für *IG Immobilien* die Werbetrommel zu rühren. Nicht anders war es, als es um die Inszenierung der Stadionsanierung ging, zu der *IG Immobilien* vertraglich verpflichtet wurde. Gemeinsam mit Vizebürgermeisterin Grete Laska stimmt der Bezirksvorsteher peinliche Lobgesänge an. Von einem „Schmuckkästchen“ ist gar die Rede, obwohl von einer echten Sanierung kaum etwas zu sehen ist. Eine Überprüfung der äußerst fragwürdigen Vertragserfüllung ist überfällig!

## **Zeitungsmacher Hans Dichand als Vermittler**

Im Frühjahr 2010 tauchen neue Verbauungspläne auf und sorgen für Aufregung unter den Grätzelbewohnern. Das *Sportamt der Stadt Wien* behauptet, es gäbe keinen Bedarf am nordwestlich gelegenen Teil des Stadions Hohe Warte und ruft mit dieser grotesken Aussage erneut Spekulanten auf den Plan. Luxuswohnungen sol-

len errichtet werden und das dafür erforderliche Umwidmungsverfahren ist bereits eingeleitet. Und zwar genau für jenes Areal, auf welchem laut vertraglichen Vereinbarungen zur Stadionsanierung ein Trainingsfeld mit Naturrasen und eigenem Zugang entstehen soll. Diese zu erbringende Sachleistung sieht zunächst ganz nach der Herstellung eines frei zugänglichen Sportplatzes aus, wie ihn die Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* seit Jahren im Sinne der sportbegeisterten Döblinger Jugend fordert. Aber der betreffende Vertragspunkt dürfte bei *IG Immobilien* in Vergessenheit geraten sein. Offensichtlich fragt niemand kritisch nach: „Wo sind die Sachleistungen?“ Als Geldgeber der sportlich und finanziell arg gebeutelten *Vienna* hat man in weiterer Folge leichtes Spiel und kann dem *Sportamt der Stadt Wien* weismachen, dass die Grünfläche für die Sportausübung nicht mehr gebraucht wird. Vermutlich ohne jeden Hintergedanken.

Doch in dieser prekären Lage macht sich die Beharrlichkeit der Heiligenstädter Rebellen erstmals bezahlt, als diese einen Hilferuf an die *Kronen Zeitung* senden. Herausgeber Hans Dichand lässt nicht zu, dass schon wieder über die Menschen in Döbling drübergefahren wird. Dankenswerterweise übernimmt der erfolgreiche Zeitungsmacher im Mai 2010, wenige Wochen vor seinem Tod, die Rolle des Vermittlers an einem Runden Tisch in seinem Büro, an dem Stadtrat Rudolf Schicker von der SPÖ und Vertreter der Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* teilnehmen. Der langjährige Planungsstadtrat bekommt zu verstehen, dass die Politik des Drüberfahrens, frei nach dem Motto „Wien ist: Drüber & fahren“, nicht fortgesetzt werden kann.

Nach diesem Gespräch und einer gemeinsam von *Pro Heiligenstadt* und den Grünen auf der Hohen Warte abgehaltenen Protestkundgebung wird die Umwidmung des Sportplatzgeländes nicht mehr vorangetrieben. Unter der neuen Stadträtin Maria Vassilakou von den Grünen scheint die Verbauungsgefahr vorerst gebannt zu sein, zumal der Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* von der Vizebürgermeisterin schriftlich mitgeteilt wurde: „Die *Wiener Grünen*

(Planungssprecherin Sabine Gretner und ich) sowie die *Döblinger Grünen* werden *Pro Heiligenstadt* weiterhin mit voller Kraft unterstützen.“

Solange ein finftenreicher Mann wie Adolf Tiller am Bezirksvorsteher-Sessel klebt, um Einfluss zu haben, wird für die Döblinger Wachsamkeit ein Gebot der Stunde sein.

Dieser späte Erfolg der Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt* zeigt, dass sich Engagement allemal lohnt. Aber auch kleinere Erfolge wie zum Beispiel das Erreichen des Denkmalschutzes für das *Casino Zögernitz* (ein Juwel aus der Biedermeierzeit, in dem Veranstaltungen wie Konzerte, Bälle und Theateraufführungen stattfanden) oder die Durchsetzung einer Tempo-30-Zone im Grätzel sollen Bürger ermutigen, selbst auf die Barrikaden zu steigen.

# Wählen, eine demokratische Alternative?

Von Thomas Palfinger

Es ist Mitternacht. Ich liege in meinem Bett und schlafe. Die Welt ist in Ordnung, ich fühle mich geborgen. Aber nur so lange, bis ich zu träumen beginne.

In meinem Traum konnte ich wieder einmal nicht einschlafen und lag halbwach in meinem Bett. Plötzlich ging es los. „Thomas? ... Thomas?“ - „du musst aufwachen, wir müssen reden...“ Es lag etwas Vertrautes in der Stimme, die mit mir zu reden versuchte, und ich fragte mich, was sie wohl von mir wollte. Als ob sie Gedanken lesen konnte, antwortete sie mir: „Ich will mit dir reden, über uns und unsere Beziehung! Es läuft ja gerade nicht so gut. Du musst aufwachen, es ist nämlich Zeit.“ Ich war irritiert. Meine Gedanken rasten. Welche Beziehung? Wieso sollte ich überhaupt aufwachen? Ich bin doch wach. Was sollte das? Während ich versuchte, logische Antworten auf diese Fragen zu finden, begann die Stimme wieder mit mir zu reden. „Du träumst nur! Du musst herkommen.“ „Ich bin wach!“ wollte ich entgegen schreien, doch kein Wort kam über meine Lippen! Stattdessen spürte ich, wie alles um mich anfang, sich zu bewegen. Immer kleiner wurde das Bücherregal an der gegenüberliegenden Wand, bis es schließlich ganz verschwand. Dasselbe geschah mit meinem Bett. Ich hatte das Gefühl, mich im freien Fall zu befinden. Von meinen Augen strahlte ein unerklärlicher Schmerz in meinen ganzen Körper aus, noch einmal hörte ich die Stimme: „Aufwachen!“ Es klang wie ein Befehl, dem ich zu folgen hatte - und dann war plötzlich alles vorbei. Schweißgebadet öffnete ich meine Augen und sah eine kleine Gestalt in den düsteren Ruinen eines alten Tempels. „Die Unannehmlichkeiten tun mir aufrichtig leid, doch anders warst du nicht wach zu bekommen“, sagte das kleine Männchen zu mir. Dann murmelte es noch leise: „Es wird jedes Mal schwieriger, sie zu wecken.“

## Weckruf

Während ich mich über die seltsamen Worte wunderte, betrachtete ich die mir völlig fremde Umgebung genauer. Einige Meter von mir entfernt waren Reste von Säulen zu erkennen, die wohl zu einer einstmals prachtvollen Fassade eines großen Tempels gehört haben mussten. „Das hier ist kein Tempel“, hörte ich die Stimme zu mir sagen. „Es ist das Parlament, wir sind in Wien.“ Das war unmöglich, erst gestern war ich dort gewesen und da stand es mit Sicherheit noch vor mir in all seiner Pracht! „Das hier ist das Parlament!“, sagte die Gestalt noch einmal eindringlicher, „Hier siehst du nicht das Gemäuer, in dem es sich befindet, sondern den Zustand.“ Ich war mir nicht sicher, was es mir damit sagen wollte. Das Parlamentsgebäude sollte zwar umgebaut werden, aber äußerlich war es doch noch in einem guten Zustand. Ein schauerliches Lachen ließ mich innerlich zusammenzucken, erstmals seit ich an diesem seltsamen Ort gelandet war, fühlte ich, dass hier etwas Bedrohliches auf mich lauerte, ich bekam Angst. „Ja, um das Gebäude brauchst du dir wirklich keine Sorge machen, die Politiker waren seit jeher immer um ihre Bequemlichkeit und natürlich um ein dichtes Dach besorgt. Aber um die Demokratie, deren Zustand du hier siehst, wohl eher schon. Genau darüber möchte ich mit dir reden, ich bin hier, um dir deine Augen zu öffnen! Ich fühle mich vernachlässigt, unsere Beziehung scheint dir in den letzten Jahren nicht mehr so wichtig gewesen zu sein.“ Ich verstand nicht - welche Beziehung? Ich kannte die Gestalt doch gar nicht, auch wenn sie mir zugegebenermaßen vertraut vorkam. „Na, na“, sagte sie väterlich zu mir, „jetzt stell‘ dich doch nicht dümmer als du bist, sei doch nicht so begriffsstutzig, du kennst mich! Ich bin es, die Demokratie! Du bist ein Teil von mir! Diese ganzen Ruinen, die du hier um uns herum siehst, sind meine Strukturen, die leider nicht so funktionieren, wie sie sollten. Es steht wirklich nicht gut um uns beide, nicht wahr?“ Also, wenn dieses abstruse Szenario nun die Quittung dafür sein sollte, dass ich meine Stimme keiner Partei gegeben habe, dachte ich, habe ich nun aber wirklich Grund

zu lachen! Es ist ja nicht so, dass ich mich nicht für die Politik oder die Gesellschaft interessiere. Nein! Im Gegensatz zu den vielen Menschen, die gar nicht mehr zur Wahl gehen, war ich bei jeder Wahl, jedoch habe ich stets weiß gewählt. Nur weil ich mich keinem Lager zuordne, heißt das doch noch lange nicht, dass mir die Demokratie egal wäre. Ich fragte mich, was das hier werden sollte. Etwa ein Versuch, mir ein schlechtes Gewissen einzureden, damit ich mich doch für eine Partei entscheide? Nicht mit mir, sicherte ich mir innerlich zu. Wütend erwiderte ich den Blick des kleinen Männchens. Erstmals bemerkte ich, wie alt und verbittert es doch aussah. Während ich es genauer musterte, begann es mich freundlich anzulächeln und es erwiderte mir: „Nein, Thomas ich will dich nicht anwerben und ich weiß, dass du wählen gehst! Doch das zwischen uns ist mehr, als einmal alle heiligen Zeiten irgendwo ein Kreuz zu machen, oder eben keines zu machen. Dein ‚Widerstand‘ ist zwar redlich gemeint, doch seine Umsetzung ist unehrlich.“ So etwas musste ich mir nun wirklich nicht anhören. Wer glaubte dieser Zwerg überhaupt zu sein, dass er so mit mir reden konnte? „Ich bin nur das, was man aus mir macht. Ich könnte ein Riese sein, der vor Kraft strotzt oder eben das, was ich derzeit bin. Ein alter, verkümmertes Zwerg! Glaubst du wirklich, ich sehe freiwillig so aus? Mitnichten! Aber hör‘ doch einfach einmal zu, bevor du dich mir gleich wieder verschließt! Du hast doch nichts zu verlieren, nun, außer mich vielleicht, und ich bin dir doch hoffentlich ein paar Worte wert. Immerhin gehst du für mich einmal alle paar Jahre ins Wahllokal!“ Der Sarkasmus in der Stimme war kaum zu überhören, doch bevor ich etwas erwidern konnte, fuhr das Männchen fort: „Du willst zwar etwas machen, weil du fühlst, dass die Dinge so nicht richtig laufen, doch du wählst den falschen Weg, oder du gehst ihn zu zögerlich, nimm es, wie du willst.“ Wie war das nun wieder gemeint? Ich fragte mich, was an meinem stillen Protest falsch sein sollte! Immerhin, dachte ich mir, mache ich mir Gedanken über die momentane politische Situation und zeige meine Unzufriedenheit, indem ich ganz eindeutig keine der unglaublich

farbenfrohen Auswahlmöglichkeiten wähle. „Deswegen sind wir ja hier“, ertönte die Stimme der Gestalt, die sich wohl tatsächlich für die Demokratie hielt. „Es mag zwar sein, dass du versuchst, deine Unzufriedenheit zu verdeutlichen, doch für Parteien, die sich nur für Wahlergebnisse interessieren, bist du eher ein Segen als ein Fluch.“ Das wunderte mich nun aber wirklich.

## **Der kleine, feine Unterschied**

„Unterbrich mich nicht! Unsere Zeit ist knapp“, sagte das Männchen ernst zu mir und etwas entspannter fügte er noch hinzu, „Wenn es dich nicht wundern würde, wären wir beide jetzt wohl nicht hier.“ Kurz war ein Lächeln in seinem von Narben und Falten verunstalteten Gesicht zu erkennen, und bevor ich noch auf andere Ideen kommen konnte, fuhr er sachlich fort. „Dich wundert das also. Das hat es mich auch einmal vor langer Zeit, so hatte ich mir das mit dem Weißwählen nämlich eigentlich nicht vorgestellt! Aber lass mich dir erklären: Wenn du weiß wählen gehst, steigt dadurch zwar die Wahlbeteiligung und somit zunächst einmal die Legitimität des Wahlergebnisses, was jedoch durch deine Handlung unangerührt bleibt, ist der Wert, den jede einzelne gültig abgegebene Stimme hat. Und genau hier liegt mein Problem! Durch diese Regelung, dass nur die gültig abgegebenen Stimmen auch gewertet werden, ist es leider so, dass man annehmen muss, dass die weiß gewählten Stimmen die Parteien weniger erschrecken als die der Nichtwählerinnen und Nichtwähler!“ Nein, dachte ich mir, das konnte doch nicht sein! Im Gegensatz zu jenen, die es gar nicht für nötig halten, überhaupt zu Wahlen zu gehen, zeige ich mein politisches Interesse und meine Wertschätzung an meiner Stimme, indem ich weiß wähle. Meine Stimme muss doch deutlich interessanter für die Parteien sein, meine Stimme verlieren sie schließlich ‚nur‘ durch schlechte Politik und nicht bloß aus Desinteresse, zumindest war ich mir dessen sehr sicher! Doch die Stimme lenkte meine Aufmerksamkeit wieder auf die kleine Gestalt. „Ja, so hätte

ich es auch lieber! Das würde mir sehr gut tun. Aber die Realität, in der wir beide uns befinden, sieht anders aus. Aber lass es mir dir anhand eines Beispiels erklären: Nehmen wir an, es wäre Wahl. 1000 Personen sind wahlberechtigt und von diesen geben 70 Prozent ihre Stimme ab. Das ergibt dann 700 abgegebene Wahlzettel. Und nun gehen wir mal davon aus, dass von diesen 700 Stimmen 80 Prozent weiß gewesen wären. Das hätte zur Folge, dass nur 140 Stimmen auch wirklich gewertet werden, also der Besitz von 71 Stimmen bereits eine absolute Mehrheit bedeuten würde! Stell dir das doch einmal vor! Wären hingegen alle Stimmen gültig abgegeben worden, hätte eine Partei immerhin 501 Stimmen für das gleiche Ergebnis gebraucht. Hinzu kommt, dass durch die weiß abgegebenen Stimmen die Wahlbeteiligung trotz des skandalösen Ergebnisses als legitim gelten könnte!“ Nun gut, überlegte ich mir im Stillen, das mag ja sein, dass es theoretisch zu diesem Wahlausgang kommen könnte, aber praktisch ist es doch höchst unwahrscheinlich, dass so ein Ergebnis als legitim angenommen werden würde. „Du gehst weiß wählen, weil du den Parteien nicht zutraust, ordentliche und sinnvolle Politik zu machen, aber bezweifelst im selben Atemzug nicht, dass es ihnen an moralischem Gewissen mangeln könnte, eine solche Situation für sich auszunutzen? Mal abgesehen davon, erkläre mir in dieser Situation doch bitte den Unterschied zwischen Weiß- und Nichtwählern, außer dass letztere die Wahlbeteiligung negativ und erstere sie positiv beeinflussen? Was denkst du denn, weshalb aus ÖVP-Kreisen bei der letzten Präsidentschaftswahl zum Weiß- und nicht zum Nichtwählen aufgerufen wurde?“ - ernst und wenig belustigt klangen seine Worte in meinen Ohren.

## Hilferuf

Doch was wollte diese Demokratie nun von mir, fragte ich mich, dass ich nicht mehr wählen gehe, mich gar nicht mehr beteilige? Das konnte doch wohl nicht ihr Ernst sein! Doch gerade als ich ihr

das entgegen wollte, erhob sie ihre Stimme: „Nein, du Narr, darauf will ich nicht hinaus! Ich möchte dir etwas anderes begreiflich machen. Nur weiß zu wählen hilft mir - der Demokratie - genauso wenig als wenn du deine Stimme einfach einer Partei in den Rachen wirfst und diese nach diesem Akt dann schalten und walten lässt. Und das Schlimmste überhaupt ist für meine Gesundheit, einfach nur zuhause sitzen zu bleiben und sich vielleicht auch noch zu denken, dass ‚die da oben‘ eh machen können, was sie wollen! Letzteres ist nicht nur falsch, sondern mein sicheres Ende! Und bevor dein nächster Einwand kommt, will ich klarstellen, dass ich den Nichtwählern auch nicht dazu rate, ihre Stimme nun einfach einer Partei zu geben, um sie so zu verheizen. Selbiges gilt für die Weißwähler. Auch möchte ich nicht darauf abzielen, dass nun alle jene, die ‚gültig‘ wählen gehen, davon ablassen und zu Nicht- oder Weißwählern werden, um mich zu retten, auch wenn ich dies meinen selbsternannten Vertretern, den Parteien, manchmal wirklich wünschen würde!“ Nun war ich etwas verdutzt! Scheinbar wusste diese kleine hässliche Gestalt, die sich offensichtlich tatsächlich für eine Metapher der Demokratie hielt, selbst nicht so genau, was sie wollte. So entschloss ich mich, dem wirren Gerede kein Gehör mehr zu leihen und mich lieber darum zu kümmern, diesen schauerlichen Ort zu verlassen. „Du kannst dich hier nicht so leicht aus der Verantwortung stehlen, wie es dir vielleicht in der Wirklichkeit gelingt! Hier musst du mir solange zuhören, bis unsere Zeit abgelaufen ist - und glaube mir, danach würdest du dir wünschen, wir hätte noch welche!“ Ich erschrak innerlich über die Kraft, die die Stimme kurz hatte und entschied eingeschüchtert, doch lieber noch zu bleiben und dem Gefasel sicherheitshalber weiter zuzuhören. Gott weiß, wozu dieses kleine Männchen in der Lage sein könnte! Dennoch wunderte ich mich immer noch darüber, was es denn nun überhaupt von mir wollte. „Ich möchte, dass du Verantwortung übernimmst. Wie ich dir vorher bereits sagte, du gehst entweder den falschen Weg, oder du gehst ihn zu zögerlich! Weiß wählen ist ein erster Schritt, aber ganz sicher nicht genug. Nach dem jetzigen

Wahlrecht fallen weiße Stimmen nur insoweit ins Gewicht, als dass sie den Wert der gültigen Stimmen erhöhen. Würden weiße Wahlzettel hingegen zu den gültigen Stimmen hinzugezählt, sähe unser kleines Wahlbeispiel von vorhin ganz anders aus! Dann müssten die Parteien reagieren, ob sie wollen oder nicht! Schließlich hätte dann eine Partei, selbst wenn sie alle anderen Stimmen bekommen hätte, nur 20 Prozent und niemanden, mit dem sie regieren könnte. Nach einer solchen Wahl wäre man dann auf jeden Fall gezwungen, sich mit den unzufriedenen Bürgern auseinanderzusetzen, anders als beim bisher geltenden Wahlrecht. Nun weiß ich natürlich, ich bin schließlich die Demokratie, dass solche Zahlen leider Gottes momentan utopisch sind, und auch, dass momentan die rechtliche Grundlage, die ein solches Wahlverhalten sinnvoll machen würde, fehlt. Nun, vom politischen Willen der Parteien, so etwas umzusetzen, brauche ich wohl gar nicht zu reden und dafür ist mir die Zeit, die ich noch habe auch zu schade“, nach den letzten sehr herablassend und barsch ausgesprochenen Worten schwieg die Stimme für einen Moment, als müsste sie selber noch überlegen, wie man sich aus dieser Zwickmühle befreien könnte. Dann fuhr das Männchen freundlich fort: „Du fragst dich doch sicher immer noch, was ich von dir möchte. Ich will, dass du weiterhin zu jeder Wahl hingehst und in der Wahlkabine nach deiner Überzeugung handelst, in deinem Fall also weiß wählst. Danach möchte ich aber nicht, dass du einfach nach Hause gehst und es darauf beruhen lässt, das wäre der falsche Weg.“

## **Der Schlaf als Feind unserer Demokratie**

„Wenn du wirklich unzufrieden bist, musst du mehr tun, um etwas zu ändern. Sonst bist du den Parteien nämlich ganz egal!“ Na gut, sagte ich mir, dass ich den Parteien egal bin, das war mir ja schon vor dieser Unterredung klar, das war doch der Grund, weshalb ich keiner meine Stimme gab. Aber was sollte ich denn jetzt schon groß ändern können, was sollte ich denn machen, überlegte

ich verwundert und bekam prompt die Antwort. „Irgendwas!“ Das konnte doch nur ein Scherz sein, war ich überzeugt, aber nein, war es nicht! „Die Hauptsache ist, dass du mehr machst als nur zur Wahl hinzugehen! Das ist zwar sehr wichtig für mich, aber gerade du als Weißwähler musst, um deiner Überzeugung Nachdruck zu verleihen, nicht bloß bei der Wahl erscheinen, deiner Frustration Ausdruck verleihen und dann wieder verschwinden. Das führt zu nichts! Selbst wenn 80 Prozent der Stimmen weiß wären, müssten sich diese 80 Prozent, um den Stimmen einen Wert zu geben, sich nach der Wahl organisieren und Präsenz in der Politik zeigen. Sei es auf der Straße, in den Universitäten oder innerhalb von Bürgerinitiativen. Sonst könnten die Parteien diese einfach ignorieren. Sollten sie solch ein Ergebnis dann doch als zu illegitim ansehen, könnten sie immer noch einfach so lange neu wählen lassen, bis sich zwar nicht viel geändert hat, aber das Wahlergebnis dafür endlich stimmt. Und wenn es sogar bei einer überwältigenden Mehrheit von 80 Prozent nötig wäre, sich zu organisieren, wie wichtig ist es dann bei deutlich niedrigeren Zahlen? Außerdem ist eine unorganisierte Menge an Weißwählern schon aus dem Grund schwach, weil es den Parteien kaum möglich ist, nachzuvollziehen, aus welchem Grund so gewählt wurde. Diesem Problem könnten ‚organisierte Weißwähler‘ entgegenwirken. Ja ich weiß, dass klingt absurd, aber hör mir noch ein bisschen zu! Sicherlich ist es schwer vorstellbar, dass sich Menschen, die unterschiedliche politische Vorstellungen haben, oder aus ganz anderen gesellschaftlichen Gruppen kommen und daher aus völlig anderen Motiven versuchen sich politisch zu engagieren unter einen ‚Verband‘ zu bekommen. Überhaupt bei einer so zersplitterten Gruppe wie den Weißwählern. Und dennoch bin ich überzeugt, dass es möglich ist.“ Nein, das kann ich mir beim besten Willen nicht vorstellen, dachte ich mir. So schnell konnte ich gar nicht weiterdenken, da hallte die Stimme in meinem Kopf. „Du kannst es dir nicht vorstellen? Und wie erklärst du dir dann solche Bewegungen wie *Occupy Wall Street* oder die politischen Ereignisse in Nordafrika? Dort versammeln sich Tag für Tag

hunderte, nein tausende Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und mit unterschiedlichen politischen Überzeugungen um ihren gemeinsamen Unmut Ausdruck zu verleihen. Viel wichtiger als die Frage wie es geht, ist die Feststellung, dass es geht!“ Alles schön und gut, überlegte ich mir, aber wirklich überzeugt hat mich das noch nicht. Immerhin sind wir nicht in New York, oder irgendwo in Nordafrika, sondern in Österreich, bekanntlich das Land der ‚Seligen‘. Hier begrenzt man sich doch lieber auf Stammtischdiskussionen. Barsch wurde ich von dem kleinen Männchen unterbrochen! „Wie vergesslich ihr seid. Hast du wirklich noch nie von Hainburg gehört? 1984 haben sich trotz bitterer Kälte tausende Menschen aus allen nur erdenklichen gesellschaftlichen Bereichen und unterschiedlicher politischer Gesinnung zusammengefunden, um gemeinsam die Zerstörung der Hainburger Auen zugunsten eines neuen Kraftwerkes aufzuhalten. Und das gegen den Widerstand der Regierung, Gewerkschaft und der Wirtschaft. Also erklär mir nicht, ein Schulterschluss von Menschen mit unterschiedlichen Ansichten wäre in Österreich nicht möglich! Und hier kommen nun die ‚organisierten Weißwähler‘ ins Spiel. Diese haben zwar auch verschiedene Gründe, weswegen sie keine etablierte Partei wählen wollen, aber einen gemeinsamen Wunsch haben sie sicherlich, sie wollen ernst genommen werden. Und das ist ja, wie ich bereits gezeigt habe, derzeit nicht der Fall. Würden aber die Stimmen der Weißwähler bei Wahlen als gültig gezählt werden, dann würde jede weiß abgegebene Stimme einer anderen Partei fehlen. Und das würden die Parteien dann im Wahlergebnis so zu spüren bekommen, dass sie dadurch wohl endlich dazu genötigt werden, diese Protestwähler ernst zu nehmen. Aber um das zu erreichen, müssten sich die Weißwähler erst einmal organisieren. Ich hoffe du kannst dir jetzt vorstellen, was ich mit den ‚organisierten Weißwählern‘ meinte. Eine solche ‚Organisation‘ hätte aber noch weitere Stärken. Sie könnte andere, zum Beispiel Nichtwähler, dazu aufrufen, ebenfalls weiß wählen zu gehen, oder sogenannten Protestwählern eine Plattform bieten und so die Initi-

ative weiter stärken. Doch das kann nur gelingen, wenn man sich organisiert und nicht einschläft!“ Was soll ich machen, fragte ich mich. Eine Bewegung für Weißwähler ins Leben rufen? Wieso gerade ich, wunderte ich mich! Meine Gedankengänge wurden von einem fröhlichen Lachen unterbrochen und das Männchen lächelte mich an und sagte: „Na, jetzt lass die Kirche doch einmal im Dorf. Ich habe dich doch für nichts auserwählt, oder ähnliches! Nein, du sollst kein Anführer bei Protestaktionen werden, versteh mich nicht falsch, all das kannst du natürlich gerne probieren wenn du es willst. Ich bin hier, dass du dir über deinen Platz, den du in meinem System hast, bewusst wirst. Du sollst erkennen, dass du nur so bedeutungslos bist, für wie bedeutungslos du dich hältst. Es gibt so viele Möglichkeiten, wie wir beide uns gegenseitig helfen können, schließlich gilt: Geht es der Demokratie gut, geht es uns allen gut! Der oben genannte Weg war nur ein Beispiel. Die Hauptsache ist, wie gesagt, dass du irgendwas machst, denn alles ist besser als nichts zu tun. Es gibt so viele Initiativen die deine Hilfe brauchen um etwas zu bewegen. Aber unsere Zeit wird knapp, daher will ich dir nur noch etwas Letztes auf den Weg geben: Du gehst tagtäglich an einem Plakat vorbei, jedes Mal liest du es und nie nimmst du es dir wirklich zu Herzen! Du weißt welches ich meine. Das, auf dem steht: „The secret is to really begin“ - „das Geheimnis ist, wirklich anzufangen“.

Nach diesen Worten begann die Gestalt sich aufzulösen. Mit aller Kraft versuchte ich, mich an diesem Ort zu halten, ich hatte noch so viele Fragen. Doch es sollte mir einfach nicht gelingen.

Immer leiser wurde die Stimme, undeutlich, aber bedrohlich ihre letzten Worte: „Es ist wahr, Thomas, wer in der Demokratie einschläft, wird in der Diktatur aufwachen.“

Es ist Mitternacht, ich bin wach, doch Österreich schläft.

# Wer aufgibt hat schon verloren

Von Hubert Weißnegger

## Drei Episoden eines Mutbürgers, der sein Leben lang für seine Rechte gekämpft hat

In Österreich soll es Demokratie geben. Gibt es die wirklich? Haben wirklich wir Bürger - und nicht in Wahrheit die Banken und Konzerne die Macht? Nicht nur mein Eindruck ist es, dass die Politiker von einigen Lobbys beeinflusst werden und dann beschließen sie willfährig in deren Auftrag die gewünschten Gesetze. Als einzelner Bürger steht man diesen Giganten und Machenschaften fast hilflos gegenüber.

Man kann als Mutbürger trotzdem einiges bewegen. Und viele Mutbürger gemeinsam noch viel mehr; Hainburg und Zwentendorf sind Beispiele und Symbole dafür, dass sich die Politik einer vom Volk getragenen Bewegung auch beugen muss. Schließlich sind wir der Souverän und damit die höchste politische Instanz im Lande. Als Souverän muss man sich aber auch politisch einmischen und erst dann kann man auch verändern.

Zum Glück engagieren sich viele Menschen bei der freiwilligen Feuerwehr, beim *Roten Kreuz* oder bei anderen Organisationen. Leider engagieren sich aber noch zu wenige Menschen politisch, obwohl sie ja als Souverän diese Aufgabe hätten. Ich engagiere mich seit vielen Jahrzehnten für eine Politik mit mehr Bürgernähe und sehe mich als politischen Aktivisten. Mit drei Beispielen meiner Aktivitäten möchte ich zeigen, dass Veränderungen möglich sind und dass es sich lohnt, etwas zu tun. „Man kann ja eh nix machen“ stimmt nicht. Man kann zwar nicht immer was erreichen – aber man kann und muss es zumindest versuchen.

## Verhört, bestraft, versetzt – aber Hainburg ist gerettet

Bereits 1983 war ich als einer der ersten Grünen im Weinviertel und als Mitglied der Vereinte Grüne, Liste Tollmann (VGÖ) politisch tätig. Die Grünen gab es damals ja noch nicht als politische Partei im Parlament. Damals war es auch nicht leicht, sich zu einer neuen politischen Bewegung zu bekennen. Man wurde angefeindet, lächerlich gemacht und hatte es nicht einfach. Zwar wurde man im Gespräch unter vier Augen von der Richtigkeit seines Tuns oft bestätigt, doch trauten sich die wenigsten mit ihrer Überzeugung in die Öffentlichkeit. Im Herbst 1983 erreichte die Alternative Liste bei den Niederösterreichischen Landtagswahlen 1,1 Prozent, meine VGÖ kam auf weniger berauschende 1,8 Prozent. Vereinzelt wurden Gespräche wegen einer gemeinsamen Kandidatur geführt, doch es zeigte sich kein Erfolg.

## Dunkle Wolken

Im Herbst 1984 mehrten sich die Anzeichen, dass die Elektrizitätswirtschaft, insbesondere die Energieversorgung Niederösterreich die Absicht hatte, ein Donaukraftwerk in der Hainburger Au zu errichten. Die Hainburger Au war damals eine naturbelassene Flusslandschaft, einmalig in Europa, die 1996 zum Nationalpark und Naturschutzgebiet erklärt wurde.

Die Absicht, diese Naturlandschaft für ein Kraftwerk zu zerstören, alarmierte alle Umweltbewegten, nicht nur uns Handvoll offizieller Grünen. In rasch einberufenen Sitzungen wurden Maßnahmen diskutiert und Strategien vorgeschlagen. Als einziger starker Verbündeter erwies sich die *Kronen Zeitung*. Ebenso erwies sich die Österreichische Hochschülerschaft als treibende Kraft. Auch prominente Wissenschaftler und Fachleute nahmen den verbalen Kampf mit dem schier unüberwindbaren Gegner *EVN* und der Politik auf. Doch es schien alles vergebens.

## Die Eskalation

Anfangs Dezember erreichte die Nervosität beiderseits seinen Höhepunkt. Am 8. Dezember 1984 fand ein Sternmarsch der österreichischen Hochschülerschaft statt, der anschließend mit der Besetzung der Hainburger Au durch einige hundert Studenten ausklang. Es folgten nun täglich immer mehr Menschen dem Ruf der Umweltschützer und besetzten die Au. Die Polizei griff oftmals brutal durch und verletzte einige Aubesetzer teils schwer.

Da ich ab Ende November als Postbediensteter aufgrund der Personalsperre durch die bevorstehenden Weihnachtstage keine Möglichkeit eines Urlaubes und damit an der Besetzung der Hainburger Au hatte, beschränkten sich meine Aktivitäten an der Teilnahme der abendlichen Sitzungen im *Werkstätten- und Kulturhaus (WUK)* Wien. Bei diesen Sitzungen waren auch einige prominente Aktivisten, unter anderem Freda Meissner-Blau, die in der grünen Bewegung noch eine große Rolle spielen sollte, dabei.

Was konnte ich, an den Schaltersessel gebundener, Urlaubsge-sperrter und nicht in Hainburg Teilnehmender also nun tun? Als ersten Beitrag produzierte ich einen von mir privat finanzierten Aufkleber mit den Worten: „Hainburg, nein danke“. Er zeigte einen grünen Baum, der vom Blitz getroffen wird. Dieser Aufkleber kam bei den Aktivisten zum Einsatz.

Dann ergriff ich spontan den Telefonhörer (das im Dienst!), mobilisierte etliche Umweltsympathisanten und ersuchte sie dringend um ihre Teilnahme an der Aubesetzung. Der Telefonrundruf hatte auch Erfolg. Heute würde ich das unauffällig mit einem Rundmail machen – aber das Internet gab es ja damals noch nicht. Desgleichen sprach ich Menschen, von denen ich den Eindruck hatte, dass sie unsere Sache unterstützen könnten, vor dem Schalter an. Die Anspannung dauerte bis zum 19. Dezember 1984, dem Höhepunkt der Aubesetzung. Alles stand damals auf Messers Schneide.

Doch es kann der Gute nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt!

Mein Schalternachbar, der zugleich Gewerkschaftsobmann unseres Bezirkes war, spitzte die Ohren. Da ich bereits seit vier Jahren aus der Gewerkschaft ausgetreten war (eine andere Geschichte), brachten mich meine Tätigkeiten für Hainburg, wie sich zeigen sollte, in Teufels Küche.

## **Sieg der Umweltaufrechten**

Am 22. Dezember 1984 verkündete der damalige Bundeskanzler Fred Sinowatz den Weihnachtsfrieden und eine Nachdenkpause, die dann zum Sieg der Umweltbewegung führte.

Nun, nach diesem Ereignis konnten alle Engagierten aufatmen. Auch ich atmete auf. Da kam mir der Gedanke, dass dieser Erfolg in irgendeiner Form gewürdigt werden sollte. Also besprachen wir mit einer Handvoll Mistelbacher Aktivisten in kleiner Kaffeehausrunde am Abend des 22. Dezember, eine Aktion durchzuführen. Es gelang mir, DDR. Günter Nenning zu uns nach Mistelbach einzuladen. Zwei aus unserer Gruppe meldeten auf der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach eine Lichterfeier am Hauptplatz an. Diese sollte am Abend des 27. Dezember stattfinden. Wir fertigten Flugblätter an und ich teilte diese auch am Schalter aus. Plötzlich kam ein mir unbekannter Mann auf mich zu und verlangte ein Flugblatt. Dieser Mann wurde, ich konnte es später eruieren, von der SPÖ-Lokalorganisation geschickt. Und der Kollege Gewerkschafter schaute meinem Treiben stets zu.

Am 27. Dezember um 19.00 Uhr traf pünktlich Günter Nenning am Hauptplatz ein. Nach einem Beethovenstück aus dem Lautsprecher, flammten etwa 200 Kerzen und Fackeln auf und die Menschen bewegten sich rund um den Hauptplatz, heimlich beobachtet von den lokalen Parteisekretären. Am Ausgangspunkt zurück, ergriff Günter Nenning das Wort. Ich verlas das von mir geänderte, auf den Anlass bezogene Johannesevangelium.

Nach Absingen der Bundeshymne löste sich die Versammlung wieder auf. Dies war die erste organisierte Demonstration in Mis-

telbach. Günter Nenning schrieb damals im *Profil*: „Hoch Mistelbach“! Er meinte mich zu schützen, in dem er mich als Robert Schwarzenbacher und Eisenbahner von Beruf nannte.

## **Die Suche nach „Grünen“ Kandidaten**

Nachdem ich ein politischer Mensch war und bin, versuchte ich noch am späten Abend, gleich nach unserer Lichterdemo, im gleichgesinnten Kreise und im Hinblick auf die nahende Niederösterreichischen Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1985, die Anwesenden zur Kandidatur als ‚Grüne‘ zu motivieren. Im eigenen Ort (Wilfersdorf) war es zu diesem Zeitpunkt aussichtslos, daher versuchte ich die Mistelbacher Gruppe zur Kandidatur zu bewegen. Leider vergeblich. Die Furcht um den Arbeitsplatz und vor sonstigen Repressionen war einfach zu groß. Aber aus Gänserndorf und Reyersdorf fanden sich Mutige die sich kandidieren trauten, sogar Erfolg hatten und in die Ortsparlamente einzogen.

Es sollte noch zehn Jahre dauern, bis eine Grünkandidatur in Mistelbach erfolgreich war und sich Mutige dafür fanden.

## **Das Imperium schlägt zurück**

Es dauerte genau vier Wochen, dann schlug das Imperium zurück. Ich erhielt eine Ladung zur Disziplinarkommission nach Wien. Die Anklage lautete: „Politische Betätigung in Amtsräumen“. Der Vorsitzende fragte mich verwundert: „Haben Sie keinen Verteidiger“? „Wozu“, entgegnete ich. „Ich kann mich selbst verteidigen“.

Das hatte die Kommission noch nicht erlebt, denn fast immer ist ein von der Gewerkschaft gestellter Verteidiger dabei. Um meine Motive befragt, erklärte ich der Kommission, dass Widerstand zur Pflicht wird, wenn Recht zu Unrecht wird und speziell, wenn die Natur in einem solchen Maß gefährdet ist. Die Kommission zog sich zur Beratung zurück und verkündete danach ihre Entscheidung: 5.000 Schilling Geldstrafe und keine Aufstiegsmöglichkeit in den nächsten Jahren, sowie spätere Versetzung.

Ich nahm die Entscheidung und Geldstrafe zur Kenntnis und verzichtete auf eine Berufung.

In den nächsten Monaten und Jahren verbrachte ich viel Zeit in zahlreichen Einigungsgesprächen der sich nun organisierenden Grünpartei, die schließlich 1986 - zwei Jahre nach Hainburg - den Einzug ins Parlament schaffte. Ich half bei der Organisation des Gründungskongress in Bad Deutschaltenburg und unterstützte den Präsidentschaftswahlkampf von Freda Meissner-Blau mit zahlreichen Aktionen im Weinviertel.

Trotz aller persönlichen Widerwärtigkeiten hat sich mein Engagement gelohnt und ich würde mich heute wieder so engagieren wie damals.

## **Bürger David gegen Amts-Moloch Goliath**

Ich wollte in der Wiener Innenstadt einen Sänftendienst betreiben und beantragte daher Anfang 1989 einen Gewerbeschein zur „Beförderung von Personen, Tieren, Gütern und Sachen mittels Sänften und Fahrrädern“ bei der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach, sowie eine Betriebsstättenanmeldung. Anschließend erfolgte eine weitere Betriebsstättenanmeldung im dritten Bezirk in Wien.

In Archiven wurde nach historischen Berichten und Vorlagen gesucht und auch gefunden. Den Gewerbeschein erhielt ich und die Anträge zur Bewilligung eines Standplatzes am Wiener Stephansplatz wurden zeitgerecht beim Magistrat eingereicht.

Danach wurde ein Kunsttischler in Niederösterreich mit der Herstellung einer Sänfte nach historischem Vorbild beauftragt. Ein Mitarbeiterteam wurde gesucht und gefunden und den Originalen nachempfundene und maßgeschneiderte Uniformen wurden angeschafft. Ich wollte meinen Sänftendienst als historische Dienstleistung der Öffentlichkeit vorstellen und war daher um Authentizität bemüht. Gedacht war eine Touristenattraktion zu schaffen, die von Wienern und allen Gästen genutzt werden sollte. Außerdem wurde an die Beförderung von Behinderten gedacht.

Alle Vorbereitungen gingen über die Bühne; die Medien wurden zeitgerecht informiert, einige brachten schon eine Vorankündigung; prominente Gäste wurden eingeladen. Als Vorstellungstermin war der 11. Mai 1989 vorgesehen. Doch am Vortag, am 10. Mai 1989, wurde mir untersagt, meine Sänfte am gewünschten Standplatz aufzustellen. Was nun? Die Dinge waren am Laufen, ich konnte nicht mehr zurück. So meldete ich eine Demonstration zur Erlangung dieses Standplatzes für den 11. Mai und die folgenden Tage an.

### **Die Demonstration und ihre Folgen**

Am Abend des 11. Mai 1989, präzise um 19.20 Uhr, setzte sich ein ungewöhnlicher Zug über den Stephansplatz in Bewegung. Vorne

ein Trommler, dahinter zwei Laternenträger und anschließend eine verhüllte Sänfte. Dieser folgte ein Tragsessel. Der Trupp machte vor den Steinbänken am Stephansplatz halt und ich, sowie ein Träger, erklimmen die Bank. Wir verkündeten unsere „Sänftenproclamation“ und enthüllten danach die Sänfte. Meine Tochter Angela stieg in Biedermeier-Kleidung aus der Sänfte, die Umstehenden spendeten reichlich Beifall.

Das Ganze wurde sehr aufmerksam von Uniformierten und Herren in Zivil, die vermutlich einer Ermittlungsbehörde angehörten, beobachtet. Wir begaben uns anschließend mit beiden Sänften zu einem Lokal am Bauernmarkt, wo wir die Demonstration bei einem Imbiss feierten. Die Sänften hatten wir am Gehsteig abgestellt. Abschließend wurden beide Sänften in ihr erstes Quartier, der Garage am Platz, gebracht.

Leider war dieser Tag medial sehr ungünstig, da am selben Abend die Wiener Festwochen eröffnet wurden und nur eine Lokalzeitung anwesend war.

Es dauerte nicht lange, dann kam die erste Anzeige ins Haus geflattert. Die Behörde wollte für das Abstellen einer Sänfte 500 Schilling von mir. Ein eingeschalteter Rechtsanwalt legte Berufung ein und nun begann ein Rechtsstreit, der erst nach fast neun Jahren sein Ende fand.

## **Wie viel Lärm macht eine Sänfte?**

Dies war eine Frage, die sogar einen vom Magistrat beauftragten Sachverständigen beschäftigen sollte. Welches Verkehrsmittel ist sie und wo darf man eine betreiben und benutzen? Und es wurden die Amtsschimmel in den Magistraten mit Argumenten gefüttert, die in Absurdistan ihre Heimat haben. Ein Beispiel: Eine Sänfte entwickelt Lärm, passt nicht ins Stadtbild, erregt Massenansammlungen, stört den Gottesdienst, ist unbeweglich, behindert den Verkehr und ist ganz einfach: Unerwünscht. Tätig wurden vier Magistrate, sowie das zuständige Bezirksamt.

## **Der Magistrat fürchtet sich bis Dienstschluss**

So lautete der Titel einer Einladung an die Medien eines von mir abgehaltenen Pressegespräches.

Und die Medien kamen; sie hatten ihre Story und ich mediale Aufmerksamkeit. Denn eine Berufung jagte die andere; wir drangen bis zum Verfassungsgerichtshof vor. Dieser delegierte an den Verwaltungsgerichtshof. Der wiederum hob den Behördenbescheid auf, desgleichen die Strafverfügung und verwies wieder an die erste Instanz. Auch in der Volksanwaltsendung waren wir zur Gast. Vom Magistrat folgte kein Beamter der Einladung.

Die Jahre vergingen; es kam wieder eine Strafverfügung über 500 Schilling. Da der Rechtsanwalt mittlerweile die Angelegenheit für aussichtslos hielt und ich mir weitere Kosten nicht mehr leisten konnte, berief ich die Bescheide selbst und beantragte Verfahrenshilfe, die ich auch bekam. Für einen zugeteilten Anwalt schrieb ich die Berufung an den Verwaltungsgerichtshof selbst. Ich hatte wieder Erfolg, aber noch immer keinen gesicherten Standplatz.

Ich war somit immer auf telefonische Anrufe angewiesen; konnte aber trotzdem zahlreiche Aufträge, meist privater Personen, durchführen und wurde zu einem bekannten Bild in der Innenstadt.

## **Paukenschlag - durch eine Bürgerinitiative**

Nachdem meine Lage aussichtslos schien, ich aber kein Mensch bin der aufgibt, fasste ich einen Entschluss, der Folgen zeigte. Vielleicht kann ich durch eine Bürgerinitiative Mitstreiter gewinnen, entsprechend Aufmerksamkeit erreichen und genügend provozieren, um die Stadt Wien und die Magistrate aufzurütteln?

So lud ich die Medienzunft für den 28. August 1997 ins *Café Griensteidl* ein. Und alle relevanten Medien kamen! Ich kündigte eine Bürgerinitiative *Sänfte* und eine Dauerdemonstration für eine Volksbefragung zur Erlangung dreier Standplätze an. Die Sänfte wurde mit Transparenten versehen und fungierte als tragbares Bürgerinitiativen Büro.

Der Erfolg war umwerfend! Die Menschen, durch die Medien informiert, strömten herbei, sobald sie uns sahen und unterschrieben. Nach nur einem Monat hatte ich bereits über 10.000 Unterschriften gesammelt und machte Winterpause. Ab März 1998 ging es weiter und ich bin überzeugt, dass ich die erforderlichen 62.000 Unterschriften in einem Jahr bekommen hätte. Der Stadt Wien hätte so eine Volksbefragung zwölf Millionen Schilling gekostet.

## Finale

Meine Aktivitäten und die Medienberichte dürften endlich die Sturmglöcken im Rathaus zum Läuten gebracht haben. Denn siehe da, im Mai 1998 wurde ich von der Magistratsabteilung 35 eingeladen und es wurden mir zwei gesicherte Standplätze angeboten. Einen am Michaelerplatz, den anderen vor den Opernarkaden; also ein gutes Angebot, das ich natürlich annahm. Doch was war der Grund für diese plötzliche Bereitschaft?

Warum und wieso? Meine Vermutung und Erklärung: „Steter Tropfen höhlt den Stein“ sagt ein bekanntes Sprichwort. Durch meine Beharrlichkeit, die Unterstützung der Mitbürger und der medialen Begleitmusik konnte das Ziel erreicht werden.

Deshalb soll man niemals aufgeben, wenn man von einer Sache überzeugt ist und durch den Druck und die gemeinsame Unterstützung der Bürger einer Sache kann man die Bürokratie bewegen.

## **Banknoten statt Münzen (Es wiegt zu schwer im Sack)**

Wer wie ich mit Bargeld zu tun hat, kennt sicher das Problem mit den zahlreichen und schweren Münzen in der Kassa, der Geldbörse und der Handhabung damit. Ich war im Winter seit 1995 als Maronibrater auf verschiedenen Plätzen und Orten in Wien und Niederösterreich unterwegs.

An allen politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen interessiert, machte ich mir im Winter 2000/2001 Gedanken über die kommende Euro-Einführung 2002 in Österreich und anderen Ländern. Im Gespräch mit vielen Kleingewerbetreibenden, Trafikanten und anderen mit Bargeld befassten Menschen reifte in mir der Entschluss, hier tätig zu werden, denn ich vernahm die Botschaft über die Stückelung der Münzen und Banknoten aus verschiedenen Quellen. Die kleinste Banknote würde ein fünf Euro Schein sein. Ein 500 Euroschein würde sicher die Ausnahme sein, der würde ja nur für größere Finanztransaktionen - und deshalb nur in wenigen Ausnahmefällen - benötigt werden. Es ging mir vor allem um den beliebten und praktischen „Zwanziger“, Eurowert 1,45. Der Preis für eine große Tüte Maroni war beispielsweise der 20 Schilling. In der neuen Währung würde dafür mindestens vier Münzen benötigen.

### **Die Vorbereitung**

In Gedanken plante ich eine „Bürgerinitiative für ein und zwei Euro Banknoten“. Nun, der Gedanke nahm Form an und so schritt ich zur Tat. Da ich bereits mit meiner Bürgerinitiative *Sänfte* einen durchschlagenden Erfolg erzielen konnte, erwartete ich mir mit dieser Aktion ebenfalls einen Erfolg.

Ich lud mir von der Homepage des Parlamentes die erforderlichen Formulare herunter, tüftelte den Wortlaut der Bürgerinitiative aus und fertigte die Unterschriftenlisten an. Dazu produzierte ich

etliche Flugzettel. Weiters richtete ich die Bürgerinitiative als ‚Untermieter‘ auf meiner Homepage ein und ein befreundeter Künstler zeichnete mir entsprechende Karikaturen dafür. Dann dachte ich darüber nach, wie ich Verteilerstellen für meine Flugzettel und Unterstützungslisten finden könnte. Die Vorbereitungen waren im März 2001 abgeschlossen und ich begann meine Initiative.

## **In Aktion**

Zuerst stellte ich den Kontakt zur Lokalpresse her. Die Lokalzeitungen berichteten an bester Stelle im Blatt über mein Vorhaben. Nun ging es Schlag auf Schlag. Ich ‚sattelte‘ mein Pferd, sprich Motorroller, und zog Anfang April los. An die 60 Kommunikationspunkte, wie Trafiken, Gasthäuser, kleine Lebensmittelhändler und Bäckereien waren mein Ziel. 2.000 Kilometer quer durchs Weinviertel kamen so insgesamt zustande. Ich brauchte nicht lange, um diesen Partnern das Problem zu erklären und fand volle Zustimmung und auch fleißige Unterschriftensammler bei meinen ‚Mitarbeitern‘.

Zusätzlich meldete ich eine Demonstration „Für gesunden Haus- und Menschenverstand“ bei der Bezirkshauptmannschaft Mistelbach an. Ich lieh mir einen Kleinbus mit akustischer Ausstattung und zog so am 23. April zur Grenzstation Drasenhofen und tags darauf nach Laa/Thaya. Dort verteilte ich an die einreisenden Österreicher meine Flugzettel und konnte Unterschriften sammeln.

Die Unterschriftslisten von meinen ‚Stützpunkten‘ wurden nach jeweils zwei Wochen eingesammelt, laufend nummeriert, wie es der Gesetzgeber verlangt und bei mir verwahrt. In kurzer Zeit waren einige tausend Weinviertler Unterschriften gesammelt. Es lief ausgezeichnet.

Durch die Berichte in den regionalen Medien wurde man sogar beim *ORF* auf mich aufmerksam und es kam eine Einladung in die Sendung *VERA*. Der Auftritt bei *VERA* fand am 25. April 2001 statt. Ich adjustierte mich mit einem T-Shirt mit der Aufschrift:

„Ich will 1 und 2 Euro-Banknoten“ und konnte mein Anliegen einem großen Fernsehpublikum in der Sendung vorstellen. Die Wirkung war grandios.

Mein Faxgerät ratterte pausenlos, das Telefon läutete ständig, es kamen Briefe aus ganz Österreich mit vollen Listen; in einigen waren sogar der beliebte 20er als Hilfe beigelegt. Danach interessierten sich auch die großen Tageszeitungen für meine Bürgerinitiative. Kurzum, ich hatte Öffentlichkeit und über 8.000 Unterschriften in meinen Händen.

## Die Übergabe

Ende Mai begab ich mich auf dem Weg ins Parlament mit den sorgfältig geordneten Unterschriften und den vorgeschriebenen Unterlagen. Ich wäre nicht der *Flinke Hirsch*, wenn ich das auf gewöhnliche Art und Weise getan hätte. Nein, um wirklich aufzufallen, musste das schon ein bisschen spektakulär sein. Wir, zwei Sänfenträger und ich, beförderten unsere kostbaren Dokumente mit einer Sänfte unter medialer Aufmerksamkeit dorthin. Ein Signal mit dem Posthorn eines Trägers kündigte unser Kommen an. Wir wurden freundlich empfangen und ein hoher Parlamentsmitarbeiter geleitete uns in den Reichsratsaal, wo wir nach dem vorgeschriebenen *Procedere* unsere Listen gegen eine Empfangsbestätigung übergaben.

Meine Initiative erhielt die Nr. 19 im „Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen“. Und dort befindet sie sich noch heute. Vier Wochen später brachte ich noch einmal über 3.000 Unterschriften als ‚Nachschlag‘ ins Hohe Haus.

## Das lange Warten

Was noch nachzutragen wäre: Im Herbst des gleichen Jahres bekam ich eine Einladung vom *Trend* zu einer hochkarätigen Diskussionsrunde in die *Postsparkasse* vor ausgewähltem Publikum.

Anwesend am Podium waren: Nationalbankgouverneur Klaus Liebscher, Finanzstadträtin Brigitte Ederer, Arbeiterkammerer Karl Kollmann, Herr Judt von einer Kreditkartenorganisation und meine Wenigkeit.

Es war eine sehr lebhafteste Debatte. Ich verfocht mein Anliegen mit Verve und konnte nach dem Ende der Diskussion im Publikum noch etliche Unterschriften einholen. Weitere Unterschriften trudeln noch immer sporadisch ein.

Nun wären unser Parlament und die Europäische Zentralbank (EZB) am Zug gewesen; doch es passierte rein gar nichts. Ich habe den Verdacht, dass die Kreditkartenorganisationen am liebsten alle, auch die kleinsten finanziellen Tätigkeiten, bargeldlos mittels Karten abwickeln wollen.

Es bleibt dennoch die Hoffnung, dass bei der nächsten Banknotenemission die von mir und vielen Menschen gewünschten, kleinen Banknoten emittiert werden. Verschiedene Länder, darunter Italien, Frankreich und andere fordern bereits deren Einführung. Das heißt, ich bin auf dem richtigen Weg.

Ein Beispiel zum Nachdenken: Wenn Sie, geneigter Leser, sich eine Briefmarke um 62 Cent am Postamt besorgen und mit einem fünf Euroschein bezahlen, dann erhalten Sie mindestens fünf Münzen zurück. Hat der Postler einen schlechten Tag, so kann er Ihnen sogar neun oder zehn Münzen auf das Pult legen. Mein Weg als Einmannorganisation war mühsam, doch (noch) (nicht) vergebens?!?

## **Was noch zu sagen wäre**

Vielleicht haben Ihnen meine Aktivitäten gefallen, vielleicht auch nicht. Wenn Sie jetzt den Mut und Lust gefunden haben auch etwas zu tun, möchte ich Ihnen ein paar wichtige Hinweise geben:

Sie müssen von Ihrem Anliegen überzeugt sein; auch Ihre Mitstreiter müssen genügend motiviert sein. Des Weiteren bedarf es der Planung und Vorbereitung. Ganz wichtig ist der Kontakt zu

den Medien; diese sind gerne bereit, wenn das Anliegen für sie interessant ist, eine ideale Transportschiene zu bieten.

Und noch etwas: Sie müssen mit Ihrer Initiative auffallen. Mit entsprechender Kreativität, Einfallsreichtum und Mut, auch ungewöhnliche Wege zu gehen, ist der finanzielle Aufwand dafür oft gering und überschaubar.

Trauen Sie sich doch was zu, lassen Sie sich nicht alles gefallen; werden Sie auch ein Mutbürger! Geben wir gemeinsam der gelebten und Direkten Demokratie eine Chance!

Mehr Informationen über meine vielen anderen Aktivitäten erfahren Sie hier: [www.flinkerhirsch.at](http://www.flinkerhirsch.at)



# Wie gegen alle Widerstände der „Ruhe- und Sinnesgarten“ entstand

Von Herta Wessely

## Von persönlicher Betroffenheit zum Engagement

Was reißt einen Menschen aus einer lethargischen Haltung? Wann und warum wird er aktiv?

Wie findet er Gleichgesinnte? Wie verschafft er sich Gehör bei den Medien und bei den politisch Verantwortlichen? Eines Tages traf mich dies alles ganz persönlich als ich erfuhr, dass die Grünfläche vor dem Mietshaus, in dem wohnte, verbaut werden sollte.

## Kampf um eine Grünfläche im dichtverbauten Gebiet

Man stelle sich eine kleine Idylle vor, mitten in der Großstadt, im 5. Wiener Gemeindebezirk Margareten. Ein original Alt Wiener Haus aus der „Gründerzeit“, 1871 erbaut. Davor eine 1800m<sup>2</sup> große Grünfläche, eine ebenso große dahinter, rundherum von einer Mauer umgeben. Hohe Bäume spenden Schatten und sind Lebensraum für viele Vögel, deren Gezwitzcher eine in einer Großstadt fast ungewöhnliche Geräuschkulisse bildet.

Den Krieg hatte das Haus unbeschadet überstanden, ‚nur‘ im Garten hatte eine Bombe eingeschlagen. Dennoch – es war in die Jahre gekommen – und etwas desolat stand es da.

In den 70er Jahren erwarb die Gemeinde Wien das Grundstück in der Absicht, das Haus abzureißen und drei Wohnblöcke zu errichten.

Dazu kam es aber dann doch nicht, denn 1989 wurde das Haus renoviert und unter Denkmalschutz gestellt. Die Beletage wurde für behinderte Senioren adaptiert, ein Vorzeigemodell für betreutes Wohnen entstand. Die Bezirksblätter berichteten darüber.

Alle waren zufrieden, die ersten Senioren zogen ein. Kurz darauf aber erfuhren die Bewohner von einem befreundeten Architekten,

dass es einen Plan gab, auf den straßenseitig gelegenen 700m<sup>2</sup> die Bäume zu fällen und auf der Grünfläche ein Haus hochzuziehen, um die „Baulücke“ zu schließen. Eine offizielle Information dazu gab aber nicht.

Nun sollte erwähnt werden, dass Margareten der dichtest besiedelte Bezirk von Wien ist. Nicht neuer Wohnraum wird hier benötigt, sondern mehr Grün. Zumindest sollte das wenige, das vorhanden ist, erhalten bleiben.

## **Widerstand formiert sich**

Was also tun? Gibt es nicht vielleicht auch noch andere Betroffene, die mit mir einen Widerstand gegen dieses Projekt unterstützen würden?

Eine Mitbewohnerin war sogleich mit dabei, allerdings war sie berufstätig und hatte nicht viel Zeit. Wir entwarfen ein Infoblatt und befestigten es am Gartentor, um die Anrainer über das geplante Vorhaben zu informieren. Dann schnappte ich einen Tisch und einen Sessel, setzte mich vor das Tor und begann Unterschriften zu sammeln, den ganzen Tag. Fallweise bekam ich Unterstützung von Hausbewohnern, auch von meinem Mann. Drei Tage lang wollten wir ausharren, so hatten wir es zumindest geplant. Dass daraus drei Monate werden sollten, konnten wir nicht ahnen.

Viele Gespräche haben wir geführt, der Grundtenor war immer derselbe: In der Stadt besteht ein Bedarf an kleinen Ruheplätzen. Täglich informierten wir die Vorbeigehenden über die aktuelle Zahl der Unterschriften, was stets neugierig registriert wurde und auch zu weiteren Unterschriften motivierte.

Ab und zu, wenn ich, etwa um zu telefonieren, ins Haus musste - Handys gab es ja noch nicht - blieb die Unterschriftenliste manchmal auch unbeaufsichtigt, nur mit einem Stein beschwert, liegen. Groß waren mein Erstaunen und meine Freude, als ich eines Tages die Unterschrift von Elfriede Mayröcker auf der Liste fand. Eine große Dichterin, die ganz in der Nähe wohnt, unterstützte unser

Anliegen! Die Stimmung im Bezirk, das hatten wir bald herausgefunden, war entschieden gegen das Bauprojekt.

Mit dieser Gewissheit im Hintergrund, war es nun an der Zeit, auch mit den Medien Kontakt aufzunehmen. Sie berichteten nun laufend über unseren Widerstand.

## **Was denken sich die politisch Verantwortlichen eigentlich?**

Aber wie dachten diejenigen, in deren Hand es lag, über unsere Lebensqualität zu bestimmen? Wie dachten die Entscheidungsträger? Wer sind überhaupt unsere Bezirkspolitiker? Ich kannte bis dato niemanden. Also besuchte ich, alleine oder auch in Begleitung, die monatlichen Bürgersprechstunden, die alle politischen Fraktionen in verschiedenen Beiseln abhielten. Überall trug ich unser Anliegen vor. Ich lernte die Atmosphäre bei Rot, Schwarz, Grün und Blau kennen, sie war bei jeder Partei eine andere. Für eine Parteigängerin wurde ich nirgendwo angesehen. Da ich als solche vielleicht hätte gewonnen werden können, war man stets vorsichtig höflich.

Man begrüßte mich etwa mit „Küss die Hand, gnädige Frau“, die übrigen Anwesenden hingegen mit „Freundschaft, Genossen!“.

## **Überraschende Erkenntnisse**

Einen völlig anderen Eindruck gewannen wir bei einer Bezirksvertretungssitzung, die erste, an der wir teilnahmen. Diese Sitzungen finden viermal im Jahr statt und sind öffentlich.

Ist dieser Umstand nicht bekannt oder besteht in der Bevölkerung kein Interesse? Ist es dem Bürger gleichgültig, was um ihn herum geschieht? „Da kann man nichts machen, die tun eh, was sie wollen“, hörte man immer wieder. Zu zweit waren wir die einzigen Zuhörer. Ernüchternd war dieser erste Eindruck. Schreiduelle lieferten sich „unsere Mandatare“ oder saßen uninteressiert

da. Gute Anträge wurden ohne Begründung abgelehnt, weil sie von „der anderen Fraktion“ kamen.

Bald stellten wir aber fest, dass die wenigsten den Ort kannten, über dessen zukünftiges Schicksal ja in Kürze abgestimmt werden sollte. Kurzentschlossen luden wir daher alle Bezirksräte und den Herrn Bezirksvorsteher zu „Diskussion, Brot und Wein“ in den Garten ein, damit sie sich vor Ort ein Bild machen sollten. Das hatte es noch nie gegeben: Fast alle Bezirksabgeordneten erschienen und obendrein viele Anrainer. Hitzige Wortgefechte lieferten sie den Politikern, die jedoch darauf beharrten: „Hier wir gebaut“!

Aber: „Wir sind das Volk!“ ging es mir durch Kopf, es war ja noch nicht lange her, dass die Berliner Mauer gefallen war.

Wir setzen das Unterschriftensammeln fort und agitierten weiter mit großem Einsatz, bisweilen misstrauisch beäugt von „zufällig“ vorbeikommenden Bezirksräten der Mehrheitspartei SPÖ.

## **Aktionismus, Engagement, Unterstützung und Begeisterung**

Ohne die finanziellen Mittel einer Partei konnten wir uns keine Hochglanzaussendungen an alle Haushalte leisten, um unser Anliegen noch bekannter zu machen. Uns blieben nur die Möglichkeiten der persönlichen Gespräche und Aktivitäten. So luden wir die Grätzlbewohner mehrmals zu Gartenfesten mit Musik ein, engagierten einmal sogar die *Erdberger Schrammeln*, die mit Harfe, Geige und Cello aufspielten. Finanziert haben wir das mit den Einnahmen aus einem Flohmarkt.

„Es gibt im Bezirk keinen vergleichbaren Platz“, war unsere Botschaft und „er muss erhalten bleiben!“ Den Leuten gefiel es.

Eines Tages rief mich der Direktor der nahegelegenen Textilfachschule an und fragte, ob ich nicht im Rahmen des Staatsbürgerkundeunterrichts vor Schülern über unsere Aktionen etwas erzählen wolle. „Gerne, mache ich das! Habe ich doch selbst vier Kinder. Ihnen ein Beispiel zu geben ist mir ein Anliegen und mei-

ne Motivation“. Die Schüler wurden dann sogar im Rahmen einer „Schulexkursion“ in den Garten geführt, sie sollten sich selbst ein Bild machen und dann darüber einen Aufsatz schreiben. Es war interessant, diese Aufsätze zu lesen. Während sich der überwiegende Teil für die Erhaltung der Grünfläche aussprach und die Aktion großartig fand, gab es auch einige, die meinten, andere Leute wollten auch so schön leben; sie selbst hätten auch kein Grün vor den Fenstern.

Nach drei Monaten, beim Stand von 1800 Unterschriften und nachdem der Widerstand ein kleiner Aufreger im Bezirk geworden war, sahen letztendlich wohl auch die Bezirkspolitiker ein, dass es besser wäre, das Bauprojekt nicht gegen den Willen vieler Bürger durchzuziehen. So beschloss die Bezirksvertretung, von einer Umwidmung des Grundstücks in Bauland Abstand zu nehmen und die Grünfläche zu erhalten.

## **Gemeinsam für eine Grünoase**

Wie sehr wir mit unserem Einsatz Recht gehabt hatten, stellte sich später heraus, denn die Geschichte ist noch nicht zu Ende, sie reicht bis in die Gegenwart. Die Gemeinde Wien beschloss, sich von ‚nicht sozialen‘ Wohnbauten zu trennen und bot uns, den Mietern, das Haus zum Kauf an, aber ohne das 1800m<sup>2</sup> große Grundstück, das sollte ein öffentlicher Park werden. Eine solche Transaktion war nur in wenigen Fällen gelungen, wir aber konnten nach drei Jahren mühsamer Verhandlungen den Kauf abschließen. Wir sperrten uns auch keineswegs gegen einen öffentlichen Park, aber wir wollten in die Gestaltung miteinbezogen werden. Jahrelang hatten wir diesen Garten selbst gepflegt, Bäume und Sträucher gepflanzt.

Da hörte ich von der Lokalen *Agenda 21*. Dort würden Projekte von Bürgern unterstützt und Gespräche mit Politikern und Experten vermittelt. Acht Jahre nach der Gründung des Vereins gab es sie erst in acht Wiener Bezirken. Welch ein Zufall: Im 5. Bezirk war ihre Einführung eben erst beschlossen worden! Wir meldeten

uns dort und siehe: ein Projekt wie dieses war wie geschaffen für eine Bürgerbeteiligung, wie sie die *Agenda 21* vorsieht.

## **Ein „Ruhe- und Sinnesgarten“ sollte es werden!**

Wir gründeten eine Gruppe mit dem Ziel, einen Ruhegarten zu errichten. Wir meinten, es käme nur auf die Gestaltung und das Angebot an, wer diesen Garten in Zukunft nutzen würde. Unter Einbeziehung von Anrainern wurden Workshops ins Leben gerufen. Pläne wurde gezeichnet, kleine Sitzgruppen sollte es geben, zu denen schmale Natursteinwege führen und eine mit Weinreben bewachsene Pergola.

Ein Steinkreis wurde angelegt. 360 große, runde, aus österreichischen Flüssen geholte Steine wurden in einem sich nach innen windenden, kreisartigen, 74 Meter langen Pfad angelegt, mit dem ältesten, 460 Millionen Jahre alten Stein aus dem Waldviertel in der Mitte. Der Steinkreis wurde zu einer besonderen Attraktion. Eine Tafel erklärt die Herkunft, die Art und das Alter der verschiedenen Steine für geologisch Interessierte, man kann aber auch einfach meditierend den Pfad entlang den Weg in „die innere Mitte“ suchen.

Mit einem großen Fest wurde der Garten im Juni 2006 eröffnet. Der Bezirksvorsteher konnte nun darauf hinzuweisen, dass die öffentlichen Grünflächen in Margareten in seiner Amtsperiode entscheidend vergrößert worden waren.

Der Garten wird mit Begeisterung genützt. Da es ein Hundeverbot gibt, die Wiese daher sauber ist, Ballspielen, Skaten oder Radfahren verboten sind, kommen vor allem Eltern mit Babys hierher und legen sich auf mitgebrachten Decken ins Gras, glücklich über eine solche Möglichkeit inmitten der Großstadt. Berufstätige verbringen gerne ihre Mittagspause hier. Es wird studiert, mit Laptop, aus Büchern und Skripten. Manche verweilen lesend oder bloß die Atmosphäre genießend.

Einer ausländische Agenda-Delegation wurde das Projekt als besonderes Beispiel von „Bürgerbeteiligung“ gezeigt.

Diese kleine Lokalgeschichte zeigt, dass der Einsatz engagierter Bürger sich auch bei scheinbar unüberwindbarem Widerstand durch die verantwortlichen Politiker, lohnen kann.

Wenn ich heute daran zurückdenke, stelle ich fest, wie viel sich seither geändert hat. Der Widerstand ist professioneller geworden, die Möglichkeiten der Vernetzung über das Internet sind andere, Bürger und Bürgerinnen sind selbstbewusster geworden und treten entschiedener auf, wenn es um ihre ureigensten Interessen geht.

Ein solcher Einsatz ist ein legitimer politischer Beitrag der Bürger, besagt doch die von der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 verabschiedete *Agenda 21*: „Durch Konsultation und Herstellung eines Konsenses würden die Kommunen von ihren Bürgern lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Informationen erlangen.“ Unter Berufung darauf kann die Bevölkerung sehr wohl etwas Sinnvolles durchsetzen, auch wenn ein Vorhaben zu Beginn völlig chancenlos zu sein scheint. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass bei Politikern nach und nach eine erhöhte Lernbereitschaft entstehen könnte und dass sinnvolle Anliegen engagierter Bürger, auch solche von größerer Dimension, nicht einfach beiseite geschoben werden, sondern in die Überlegungen und Entscheidungen der von ihnen zur Vertretung ihrer Interessen gewählten Politiker einfließen.



## Wehren wir uns – es lohnt sich!

Von Doris Kittler und Matthias Heckmann

Als Jugendliche kannten wir das Wort Widerstand vor allem im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg, auch wenn unsere Kenntnisse aus dem Geschichtsunterricht darüber recht bescheiden waren. Dass wir jemals selber gegen politisch-wirtschaftliche Machenschaften und für unsere Ideale in Form einer Bürgerinitiative kämpfen würden, das hätten wir uns damals wohl nicht im Traum vorstellen können. Wie denn, was denn? „Da kennan mia jo nix mochn gegen die do obn, die mochn doch eh wos woin!“ Solche oder ähnliche Meldungen aus der österreichischen Bevölkerung waren wir gewöhnt.

Als wir im Dezember 2007 durch die Medien davon erfuhren, dass in unserem Augarten ein Konzerthaus für die *Wiener Sängerknaben* entstehen soll, horchten wir auf. Das darf doch nicht wahr sein, dass im grünen Barockpark schon wieder Bäume und Sträucher für einen Betonklotz umgebracht und eine der raren Grünflächen in unserer Umgebung von einem privaten Verein verbaut werden soll! Gemeinsam mit ein paar Freunden und uns damals unbekanntem Menschen gingen wir also zur ersten Kundgebung und hörten neugierig diversen Ansprachen zu.

### Jetzt sind wir dran mit Widerstand

Wir verstanden bald, dass sich in dieser Sache ohne intensive Arbeit von uns Bürgern nichts bewegen würde. Bei einem Kaffeetratsch mit unserer Freundin, der Restauratorin und Barockmalerin Raja Schwahn-Reichmann, machte sie uns auf den Spruch aufmerksam, der über dem Haupteingang des Augartens prangt: „Allen Menschen gewidmeter Erlustigungs-Ort von Ihrem Schaezter“. Dieser war im Jahre 1775 von Kaiser Josef II. angebracht worden, als er den Augarten nicht mehr nur den Mächtigen vorbehalten wollte, sondern ihn auch dem Volk öffnete. Dass dieses öffentliche Gut

nun ausgerechnet von einem ‚sozialdemokratischen‘ Bürgermeister an Peter Pühringer, einen millionenschweren Privatsponsor, im Grunde verschenkt werden sollte, fanden wir absurd und beschlossen, der Sache auf ironischem Wege zu begegnen. Wir gründeten das *Josefinische Erlustigungskomitee*, beziehen uns seitdem mit Worten und Taten auf das barocke Flair des Augartens und arbeiten seit damals mit ungewöhnlichen Mitteln für den Fortbestand des öffentlichen, denkmalgeschützten Barockpark-Ensembles Augarten und gegen den Bau einer privaten Konzerthalle für die *Wiener Sängerknaben* am Augartenspitz: Lebenslust, opulente Feste, bunte Medienarbeit und Humor wurden zu unseren Hauptwerkzeugen.

## **Vom kulturellen Aushängeschild Wiens zum Politskandal**

Wir machten uns also schlau, wie es dazu kam, dass unsere kleine Wildnis mitten in der Stadt geopfert werden soll. Die *Wiener Sängerknaben* dürfen im Augarten bereits eine beachtliche Fläche mit traumhaftem Palais beanspruchen. Als wäre das nicht schon genug, soll nun auch noch der Augartenspitz dazukommen: Herrlich und repräsentativ gelegen, zentrumsnah, gleich neben der U-Bahn. Wofür der anfangs ‚Konzertkristall‘ - eine auf der ‚Mazzesinsel‘, dem ehemaligen jüdischen Ghetto, mehr als gewagte Bezeichnung - genannte Bau genau benutzt werden soll, verstehen wir immer noch nicht und das wurde auch von Anfang an widersprüchlich und höchst undurchsichtig kommuniziert. Nach Jahren der Planung und Monate nach Baubeginn sprachen im Mai 2011 die Verantwortlichen von der Erstellung eines Nutzungskonzepts. Hedgefonds-Manager und Großinvestor Peter Pühringer versprach ein paar seiner durch Immobilien- und Finanzspekulationen erwirtschafteten Millionen für ein würdiges Gebäude als „Geschenk an die Stadt“ und lieferte gleich – ohne Ausschreibung – seinen Schwiegersohn als Architekten dazu. Wirtschaftsminister Bartenstein interpretierte seine Rolle als Eigentümerversorger des öffentlichen Grunds so, dass er das beliebte Parkgelände ausgerechnet an

einen Finanzhai und noch dazu absurd günstig vermietete. Nicht zuletzt ist der Wiener Bürgermeister Michael Häupl der Institution *Wiener Sängerknaben* auf ewig verbunden, gab dem damaligen *Sängerknaben*-Präsident Eugen Jesser bei einem privaten Abendessen sein Okay für den Bau im Augarten und erstickte jeden demokratischen Entscheidungsprozess im Keim. Als wir diese Geschichten recherchiert haben, waren wir entsetzt über diesen typisch österreichischen Politskandal. Wir beschlossen, uns auf unsere Art zu empören.

## **Das Josefinische Erlustigungskomitee übt sich in opulenter Opposition**

Am Augartenspitz trafen wir ab diesem Zeitpunkt immer häufiger verschiedenste Menschen, um uns auszutauschen. Unser Platzler wurde im Lauf der folgenden Monate und Jahre immer mehr zu einer beliebten, grünen Oase. Ganz im Sinne von Josef II. interpretierten wir den barocken Gedanken fürs gemeine Volk: Wir veranstalteten bacchantische Tanzveranstaltungen, ausgelassene Feste, Lesungen, Konzerte, Wanderungen, Filmabende, Märkte, Näh- und Mähstübchen, Pflanzaktionen („Pflanzen gegen die Pflanzelei von oben“). Dabei spielten Ironie, Spaßfaktor und Ästhetik die Hauptrolle. Wir setzten Humor und Schönheit als Waffen gegen Ungerechtigkeit und Lüge ein: Transparente mit Sprüchen in künstlerischer, schwungvoller Schreibrschrift wurden vor Ort und an den umliegenden Häuserfassaden angebracht. Viele Passanten gingen überrascht, irritiert, aber auch amüsiert daran vorbei, wollten mehr darüber wissen, was hier passiert ist. Die Medien freuten sich über die von uns angebotenen Bilder und unsere unkonventionell formulierten Presstexte. Sie berichteten mehr als 700mal<sup>1</sup> und sind großteils immer noch auf unserer Seite.

Im Lauf der Zeit wuchsen wir zu einer beachtlichen Gruppe von Bürgern heran, die ‚ihren‘ Augarten auf verschiedene Arten vor der Zerstörung bewahren will. Wir alle lernten, wer für welche

Tätigkeiten am besten geeignet war: Einer recherchierte rastlos, der andere deckte immer neue rechtliche und politische Skandale auf, der nächste lud zu unzähligen Pressekonferenzen ein. Unsere Unterstützungserklärung wurde von 15.000 empörten Menschen unterschrieben, 50 prominente Testimonials (sogar Hollywoodstar Tilda Swinton ist dabei!) bekundeten ihre Solidarität und engagierten sich zum Teil als Baumpaten, um die Bäume vor der drohenden Fällung zu schützen.

Unsere Mitstreiter kamen aus den verschiedensten sozialen Schichten, Berufen, Altersgruppen und kulturellen Hintergründen. Die Kommunikation untereinander war und ist dadurch naturgemäß nicht immer einfach, aber dennoch machte es Spaß zu bemerken, wie uns ein gemeinsames Ziel zusammenschweißt und solidarisch handeln lässt. „Beim Feiern kumman d’Leit zam“ – dieses Motto brachte uns viele Erfolge! Wir vernetzten uns intensiv mit mehreren Bürgerinitiativen, wie *Freunde des Augartens*, *Initiative Denkmalschutz* und der Bürgerinitiativen-Vereinigung *Aktion 21*. Später gab es Kontakte zu Bewegungen wie *unibrennt*, *Stuttgart 21* oder *~MayDay*. Die Zusammenarbeit war höchst fruchtbar und funktionierte erstaunlich gut.

## **Erfolge der Bewegung**

Wir ernteten mit unseren Aktionen großes Medienecho, während die Verantwortlichen des Bauprojektes nicht nur schlechte Presse erdulden sondern auch hinnehmen mussten, dass es zu jahrelangen Verzögerungen des Baubeginns durch die zahlreichen aufgedeckten juristischen und verwaltungstechnischen Mängel gekommen ist. Schließlich musste sogar die gesamte Planung von Grund auf verändert werden, weil das barocke Gesindehaus nicht zerstört werden durfte. Wir feierten einen gewaltigen Etappensieg! Auf unserer Website häuften sich Eintragungen empörter Menschen und Wortmeldungen wie die Folgenden:

„Der Spitz gehört zum gesamten Augartenbild! Man zwickt ja

auch schließlich nicht eine Ecke von einem Waldmüller Gemälde ab und klebt stattdessen ein Stückchen Jackson Pollock hin! Undenkbar!“

„Liebe Leute, macht so weiter, danke für eure Gastfreundschaft und die netten Diskussionen. Alles Gute aus Graz!“

„Auch wenn ich keine Wienerin bin, würde ich gern auch in Zukunft meinen vielen Freunden und Verwandten aus dem Ausland eine Bundeshauptstadt zeigen können, in der Grünoasen und historisch gewachsene Einmaligkeiten wie der Augartenspitz, sowie die Bedürfnisse der Bürger geschützt und gewahrt werden. Auf soviel originelle zivile Beteiligung sollte Österreich derzeit besonders stolz sein, und diesen Anlass für ein Bekenntnis zur Demokratie nützen!“

Wir nutzten aber nicht ausschließlich den Augarten für unsere Aktionen. Mehrfach zogen wir als großer Festzug, als eine neue Alternative zu den sonst üblichen Demos, durch die Stadt. Besonders gelungen war unsere ungenierte Teilnahme am traditionellen Maiaufmarsch der SPÖ am 1. Mai 2010: In barockem Outfit gliederten wir uns als bunter Tross frech in die Reihen der Genossen ein und schritten ungehindert vor die Tribüne beim Rathaus. Mit einer von Aktivisten in bunten barocken Gewändern gezogene Kutsche, einem Ensemble, das Arbeiterlieder wie die „Internationale“, das „Solidaritätslied“ und „Arbeiter von Wien“ auf Kamm und Fagott intoniert, erregten wir große Aufmerksamkeit. Ein sichtlich irritierter Bürgermeister musste das Schauspiel über sich ergehen lassen und konnte nicht verhindern, dass wir offensichtlich gegen die rote Stadtregierung bei einem Fest der eigenen Partei protestieren. Wir hatten uns lange nicht so amüsiert.

## **Der Leitbildprozess – eine Farce**

Alle unsere Einsprüche, Bitten und Versuche, doch an einem runden Tisch über die Sache zu sprechen, stießen jahrelang auf Ignoranz. Man sprach von Dialog, während jede Bürgerbeteiligung hin-

ter den Kulissen abgekanzelt wurde. Ein monatelanger, mühevoller Leitbildprozess der Gemeinde Wien, bei dem gemeinsam über die Zukunft des Augartens bestimmt werden sollte, verkam zur – von relevanten Stellen unbeachteten – Farce. Zuerst reklamierten wir uns als Anrainer ins Komitee, um dort mit der nötigen Schärfe zu protestieren, da die kontroversen Themen wie die Konzerthalle und die geplante Umgestaltung des Flakturmes in ein Datencenter penibel ausgespart wurden. Unsere Beiträge dazu wurden lediglich als Fußnoten angemerkt; aber immerhin erfuhr die Öffentlichkeit, dass diese für die Steuerzahler teure Aktion nicht mehr als eine Posse war.

### **Baumaschinen rollen Baubescheiden voraus – die Fronten werden eisiger**

Als wir so nach und nach immer mehr Grund zur Annahme hatten, dass bald tatsächlich Bäume gefällt werden sollten, um vollendete Tatsachen zu schaffen, schlugen einige im Frühsommer 2009 ihre Zelte auf und besetzten den Augartenspitze. Mehrfach wurde in den folgenden Monaten das Gelände geräumt, Sondereinsatzkräfte gingen frühmorgens gegen uns vor, später kamen auch private Sicherheitskräfte hinzu, die nächtens vor den Augen der untätigen Polizei gegen die Besetzer handgreiflich wurden. Am 8. März 2010 sollte schließlich tatsächlich gerodet werden. Etwa zehn Aktivisten kletterten auf die Bäume, hielten bis zu 32 Stunden bei Minusgraden in den Baumkronen aus, auch als mit Kettensägen auf gefährliche Weise die Äste rund um sie geschnitten wurden. Es war wirklich unfassbar, was wir da miterleben mussten, wir hatten große Angst und es gab an diesem Tag viele Tränen. Das geräumte und verwüstete Gelände wurde in einen Hochsicherheitstrakt mit Stacheldraht, Scheinwerfern, Überwachungskameras und Wachhunden verwandelt, ein absurdes, widerliches Schauspiel. Wir fühlten uns unseres grünen Platzers beraubt.

## Der Protest geht weiter

Die Konzerthalle wird also gebaut, doch wir hören nicht auf, uns zu empören. Wir machen weiter mit wöchentlichen Mahnwachen, Interventionen bei Magistraten und Politikern, Medienarbeit, Informationsveranstaltungen und Solidaritätskonzerten. Auch unsere seit langem erfolgreiche Arbeit im Web 2.0 wird fortgesetzt, damit dieser Bauskandal jenseits von Demokratie und Menschlichkeit nicht in Vergessenheit gerät. Mehr dazu ist im 2011 erschienenen Buch „Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0“<sup>2</sup> nachzulesen, das auch nützliche Manuals enthält.

Je weiter der Bau voranschreitet, desto augenscheinlicher wird die tatsächliche Dimension für die Menschen, die täglich daran vorbeigehen. Ehrlich gesagt können wir nicht im Geringsten an eine gute Zukunft für das Projekt *Musikzentrum Augarten* (wie es jetzt genannt wird) glauben. Zu viele negative Stimmen, zu viele haarsträubende Geschichten hat es gegeben, die man auch in vielen Jahren nicht vergessen wird. Dicke Luft hängt über diesem Gebäude, bevor es überhaupt fertig ist. Und noch eines scheint fix: Die Festivitäten zu sämtlichen Einweihungs-, Eröffnungs- oder sonstigen Anlässen werden wohl nicht ohne entsprechende Begleitung durch die Bevölkerung vonstatten gehen. Wohl anzunehmen, dass diese nicht unbedingt dem Bild entsprechen wird, welches sich die Bauherren und *Sängerknaben*-Verantwortlichen wünschen. – Das *Musikzentrum Augarten* – ein Pyrrhussieg, oder in diesem Fall: Ein „Pühringersieg“.

Während zur Zeit viele Tonnen Beton den Weg zum Augartenspitzen finden, entsteht gleichzeitig ein Kinofilm mit dem Titel „Auf den Barockaden“, in welchem die Vorgänge der letzten Jahre aufgearbeitet werden und mit anderen Bewegungen verglichen wird. Dieser wird teils über Crowdfunding („Schwarmfinanzierung“) finanziert, ein Teil kommt vom Filmfond Wien durch eine bedingte Förderzusage, der Rest des Geldes muss durch andere Kanäle aufgebracht werden. Konkret heißt das, dass viele Menschen fi-

nanzielle Unterstützung liefern sollen, um den Film zustande zu bringen, wo dieser von staatlichen Stellen abgelehnt wurde: Das Volk sucht sich aus, welchen Film es gerne in den Kinos sehen will und beteiligt sich direkt-demokratisch an österreichischer Kulturpolitik. Jeder kann sich beteiligen!<sup>3</sup>

## Elementare Erfolge unserer Empörung

Gut, wir konnten den Bau nicht verhindern. Dennoch – unsere Erfolge lassen sich sehen: Dankbar stehen die alten Gemäuer des barocken Gesindehauses – wenn auch ausgehöhlt und entstellt durch die umgebende Architektur – nach wie vor am Augartenspitz. Und: Mittlerweile hat eindeutig bei vielen ein Umdenken eingesetzt. Die Bevölkerung versteht mehr und mehr, dass es an jedem Einzelnen von uns liegt, Dinge zu ändern. Wir können und dürfen nicht länger zusehen, wie Politiker in einer repräsentativen Scheindemokratie wichtige Entscheidungen in unserem unmittelbaren Umfeld über unsere Köpfe hinweg treffen, wie sie es sich mit Freunderln und Wirtschaftshaien richten und öffentliche Räume an Private verschenken; wie das Kapital das ‚Vor-Recht‘ erhält, wodurch die ‚Wohltat‘ eines Stifters über demokratische Rechte gestellt wird. Wie ‚unabhängige‘ Institutionen wie Bundesdenkmalamt, Bürgeranwaltschaft oder unsere Justiz vor mächtigen Konglomeraten aus Wirtschaft und Politik in die Knie gehen. Und wie Korruption in Österreich noch immer dermaßen verbreitet ist, dass 2011 sogar eine fette Rüge aus dem Europarat kam.

Nicht nur 15.000 Unterschriften und 50 Prominente zeigen die Breitenwirkung unseres Engagements. Auch die nachhaltige Nutzung unserer Social Media-Plattformen (Website, Blog, SMS, *facebook*, *twitter* & Co) zeigt bis heute anhaltendes Interesse an zivilgesellschaftlichem Engagement. Inzwischen sind Bürgergärten am Gelände des benachbarten Filmarchivs entstanden, die mittlerweile begeistert genutzt und bereits als Vorzeigeprojekt der Wiener Grünen – obwohl aus rein privater Initiative entstanden – vermark-

tet werden, sodass weitere Pläne des Vereins *Wiener Sängerknaben*, das Gelände um die Konzerthalle in einen „Klanggarten“ zu verwandeln - oder eher zu verschandeln - aufgegeben werden müssen. Dieser Flecken Natur wird also vermutlich erhalten bleiben.

Die Vorgänge am Augartenspitzen tragen mit Sicherheit zu einem gewissen Umdenken bezüglich der Bedeutung von Bürgerbeteiligung bei und eröffnen die Chance, daß die Position der Bevölkerung auch in der Stadtpolitik gestärkt wird. Seit der letzten Wien-Wahl sind die Agenden der Bürgerbeteiligung zumindest offiziell bei der Vizebürgermeisterin verankert.

Ganz egal wie dieser Kampf endet, eines ist gewiss: Viele Menschen wurden wachgerüttelt und haben gelernt, sich zu engagieren und aufzulehnen. Mutiges Aufbegehren ist nicht länger Sache einer „linksradikalen“ Minderheit. Wir Bürger wollen ernst genommen werden. Zeigen wir's der Politik, indem wir Politik von unten machen!

Die Website des Josefinischen Erlustigungskomitees:  
[www.erlustigung.org](http://www.erlustigung.org)

## Quellenverzeichnis

- 1 (B)Augarten? <http://www.baustopp.at/?cat=3>
- 2 Kreiml, Thomas/Voigt, Hans Christian (Hg.): Soziale Bewegungen und Social Media. Handbuch für den Einsatz von Web 2.0; Wien; 2011.

## Anmerkungen

- 3 Weitere Infos: [www.auf-den-barockaden.at](http://www.auf-den-barockaden.at); Unterstützungen bitte an folgendes Konto: Cronos Film (Kontoinhaber), Bank Austria, BLZ: 20151, Konto-Nr.: 00418200002, Überweisungszweck: Auf den Barockaden



# Freie Fotografie für freie Bürger

Von Viktor Zdrachal

## Niederlassungsfreiheit – aber leider nicht für alle!

Rafal Was ist Pole und wollte 2010 seinen Lebensmittelpunkt aus privaten Gründen nach Österreich verlagern. Kein Problem, sollte man meinen, denn in der EU genießen die Bürger Niederlassungsfreiheit. Doch die schlechte Nachricht für Rafal Was lautet: Er ist Fotograf und Fotografie gilt in Österreich als Handwerk und ist somit ein gebundenes Gewerbe. Im Gegensatz zu polnischen Fliesenlegern, Tapezierern oder Installateuren, deren Ausbildung bei der Gewerbeanmeldung in Österreich im Regelfall automatisch anerkannt wird, ist dies bei Rafal Was nicht der Fall. Im restlichen Europa gilt Fotografie als Dienstleistung oder freies Gewerbe und die Ausübung bedarf außerhalb Österreichs keiner Lehrausbildung und keines Diploms. In Österreich ist es anders. Bei uns braucht jemand, der die Fotografie beruflich ausüben möchte, ein spezielles Diplom. Aber auch hieraus sollte sich kein Problem ergeben. Denn der österreichische Magistrat ist verpflichtet, im Falle von Antragstellern, die aus anderen EU-Ländern stammen, ein Verfahren im Zuge der automatischen Anerkennung gemäß der Dienstleistungsrichtlinie (2005/36/EG) einzuleiten und bei Vorliegen ausreichender Praxiszeiten die österreichische Gewerbeberechtigung zu erteilen. Leider wurde dennoch mehreren Fotografen aus anderen EU-Ländern (Deutschland, Frankreich, Ungarn) der individuelle Befähigungsnachweis bislang verweigert. Die Innung der Fotografen behauptet in ihren Stellungnahmen einfach, dass die Antragsteller trotz ihrer teils jahrzehntelangen Tätigkeit im Ausland nicht die in Österreich notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen besitzen und missachtet dabei vollkommen die Kriterien, wie sie in der Dienstleistungsrichtlinie festgelegt sind. Diese wurde längst in österreichisches Recht übergeführt und die Anerkennung von Praxiszeiten findet sich im nationalen Recht in §373 Gewer-

beordnung. Dies bringt uns auch zurück zu Rafal Wos: Professor Helmut Klein wurde von ihm als unabhängiger Gutachter mit der Bestätigung seiner fachlichen Eignung für die Tätigkeit als Berufsfotograf in Österreich beauftragt. Leider wurde auch der Antrag von Rafal Wos abgelehnt. Die österreichischen Berufsfotografen haben eine sehr ‚erfolgreiche‘ Innung, die sich seit Jahrzehnten mit allen Mitteln gegen jede weitere Liberalisierung wehrt und hierbei österreichische Gesetze und Gesetzeslücken gekonnt ausnutzt, um Quereinsteiger und europäische Konkurrenten außer Landes zu halten. Um es Herrn Wos und anderen freiberuflichen Fotografen in Zukunft auch in Österreich zu ermöglichen ohne Schikanen ihren Beruf ausüben zu können, gründete sich im Mai 2010 der Verein *Freie Digitalfotografie in Österreich*<sup>1</sup>.

Erklärte Ziele des Vereins sind neben der freien Berufsausübung und der europakonformen Anerkennung von Praxiszeiten auch die Gleichbehandlung österreichischer Berufsumsteiger sowie die Bewusstseinsbildung, dass digitale Fotografien heute ohne Einsatz großartiger Mittel und ohne Anwendung fotochemischer Prozesse entstehen und somit ein ‚Schutz‘ des Gewerbes im 21. Jahrhundert obsolet geworden ist.

## **Verzerrter Wettbewerb, verzerrte Sicht der Welt**

Was sich als Problem einer einzelnen verweigerten Gewerbeberechtigung manifestierte ist leider nur die Spitze eines österreichischen Eisberges: Ein ‚Fitz‘ aus Korruption und Günstlingswirtschaft hat sich im Laufe der Jahre unter dem Deckmantel der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit in den Kammern und Berufsstandsvertretungen etabliert. Diese „wir werden uns das schon richten“ Mentalität, geübt von Parteien, die einander wie die Krähen gegenseitig kein Auge aushacken, sorgt zwar oberflächlich betrachtet für einen beschaulichen Arbeitsmarkt, resultiert aber langsam aber sicher in abnehmender Produktqualität, auch bei den Berufsfotografen. Eine skurrile Bestätigung des deutlich unter

internationalem Durchschnitt liegenden Niveaus war Ende 2010 folgendes Ereignis: Die Innung veranstaltete gegen Eintrittsgeld eine größere Veranstaltung, wobei der Hauptreferent des Abends, Calvin Hollywood, laut geltendem österreichischen Gewerberecht als ‚unbefugt Gewerbetreibender‘ einzustufen ist, zumindest was seine fotografische Tätigkeit betrifft. Dazu erklärte Calvin Hollywood freimütig: „Ich habe das alles nie gelernt und habe auch nie einen Workshop besucht. Ich bin purer Autodidakt und nutze viele Techniken wie man sie, schulisch gesehen, eigentlich nicht anwendet.“<sup>2</sup> Dieser ‚ungelernte‘ Fotograf wurde also von der Innung damit beauftragt, österreichischen ‚Profifotografen‘ in einem Seminar so essenzielle Dinge wie Look-Findung, Bildstil, Arbeiten mit Photoshop und Portraitretusche zu erklären. Und wer glaubt, hier wären sich gelernte und ungelernete Profis auf Augenhöhe begegnet, irrt gewaltig, denn auf seinem Blog vermerkte Calvin Hollywood abschließend: „Das Seminar war eigentlich eher ein Vortrag.“<sup>3</sup>

Fotografen sind beileibe nicht die einzigen österreichischen Meister mit Qualitätsproblemen, wie die im österreichischen Privat-TV laufende Sendung *Pfusch am Bau* offenbart, wo teils haarsträubende Glanzstücke ‚meisterlicher‘ Arbeit von Handwerkern aus dem Baubereich zu sehen sind, inklusive systematischer Missachtung von Normen, Gesetzen oder Sicherheitsvorschriften, die nur erklärbar sind, weil der besagte ‚Filz‘ die Vertuschung derartiger Missstände ermöglicht und fördert und mitunter sogar die mit der Kontrolle beauftragten Gutachter korrumpiert sind. Es ist also ein tief im System verankertes Problem, welches im eingangs erwähnten Fall des abgelehnten Gewerbeantrags von Rafal Wos zu Tage tritt. Durch die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern fehlt den Mitgliedern in Österreich die Möglichkeit einer Wahl zwischen mehreren Interessensvertretungen, wie auch ein Wettbewerb zwischen solchen und die Möglichkeit zur gegenseitigen Kontrolle fehlt. Die EU plant nicht ohne Grund, in naher Zukunft Pflichtmitgliedschaften in Berufsstandsvertretungen gänzlich abzuschaf-

fen. Als Anlass wird unter anderem die Tatsache gesehen, dass nur mehr sechs der 27 Staaten der EU derartige Pflichtmitgliedschaften pflegen, wodurch der Wettbewerb verzerrt wird. Die Meisterpflicht für Berufsfotografen besteht aber nur in einem einzigen Land der EU: In Österreich.

## **Die Freiheit der Kunst – in Ketten gelegt**

Das künstlerische Wesen der Fotografie ist höchstgerichtlich bestätigt, dennoch schränken in Österreich die Pflichtvertreter der Berufsfotografen künstlerisch tätige Fotografen mitunter bis zur Existenzbedrohung ein. Die Diskussion Gewerbe oder Kunst als wahre Natur der Fotografie wurde zum Beispiel in Deutschland in den vergangenen Jahren geführt und bereits weitgehend zu Gunsten der Kunst entschieden. Nur wenige Sonderfälle wie bei Fotos, die nach strikten Vorgaben entstehen und keinen Spielraum zur künstlerischen Entfaltung bieten, bleiben in Deutschland allein den gewerblichen Fotografen vorbehalten und gleiches müsste wohl auch für Österreich gelten, wenn nicht die österreichische Verfassung unter Einfluss der Innung gebeugt und missachtet würde. In Österreich gilt grundsätzlich jede Tätigkeit als gewerblich, die § 1 Gewerbeordnung entspricht und somit ist auch Fotografie und Film von der Gewerbeordnung erfasst. Die verfassungswidrige Einschränkung der künstlerischen Freiheit bei Fotografie und Filmproduktion in Folge der Vereinnahmung durch die Gewerbeordnung muss dringend beseitigt werden. Selbstständige Berufsfotografen sollen in Zukunft ohne Einschränkung als freiberuflich Tätige anerkannt werden.

Die geltende Einstufung als Handwerker ist schon deshalb nicht länger aufrecht zu halten, da der Verkauf eines physisch realen Produkts immer stärker in den Hintergrund rückt, ja oft das Werk ausschließlich in elektronischer Form vorhanden ist. Moderne Fotografen erzielen ihre Einkünfte aus Werknutzungsrechten, die Produkte unterliegen dem Copyright. Wie passt das aber zu der Be-

rufsbeschreibung eines klassischen ‚Handwerkers‘? Ähnlich den Autoren oder Softwareentwicklern erfüllen Fotografen die Definition eines künstlerisch-freiberuflich tätigen Werkschöpfers viel eher als die Tätigkeitsbeschreibung eines Maurers, Fliesenlegers oder anderen Handwerkers.

Die Verhältnismäßigkeit der Zugangsbeschränkungen ist auch aus anderen Überlegungen nicht gegeben: Wenn für die Berufsfotografie Zugangsbeschränkungen in Kraft sind, während die Mehrheit vergleichbarer Gewerbe (Filmproduktion, Tonstudio, Programmierer, Werbeunternehmer) frei ausgeübt werden kann, wäre die jedem Bürger zustehende Berufsfreiheit verhältnismäßig höher zu bewerten, sodass die Beschränkungen abzuschaffen sind. Dieser Meinung schließt sich auf Professor Klein an, der neben seiner Tätigkeit als internationaler Fotograf auch zertifizierter Gutachter und gerichtlich beedeter Sachverständiger für Fotografie ist. Er verweist auf die lange Liste von Fotografen, die als Autodidakten weitaus erfolgreicher waren als ihre Kollegen mit Meisterprüfung. Peter Stepan, Autor von „Fotografie, das 20. Jahrhundert“, bezeichnet die Fotografie sogar „als ein „Eldorado der Autodidakten“ und als „eine spontane Kunst, die leicht erlernbar ist.“<sup>44</sup>

## **Ist Österreich im Haus Europa schon eingezogen?**

Noch einmal zu Rafal Wos: Die Anerkennung seines Ansuchens sollte eigentlich reine Formsache sein. Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Michel Barnier bestätigt dies in Beantwortung einer Anfrage des unabhängigen EU-Abgeordneten Martin Ehrenhauser am 5. April 2011: „Für Fotografen gilt Artikel 18 der Richtlinie.“<sup>45</sup> Laut Artikel 18 hat für europäische Berufsfotografen die „ununterbrochene fünfjährige Tätigkeit als Selbstständiger oder als Betriebsleiter“<sup>46</sup> als Nachweis der gegebenen Berufsqualifikation zu gelten. Und dennoch wird Rafal Wos bis heute an der Berufsausübung in Österreich von Amts wegen gehindert. Der Magistrat beruft sich dabei auf eine irrelevante (ablehnende) Stel-

lungnahme der Innung, ohne in ihrem Bescheid auf die beantragte automatische Anerkennung einzugehen. Eine zwischenzeitlich eingebrachte Beschwerde wurde inhaltlich vollkommen ignoriert – Österreich ist eben anders.

Im Falle von Rafal Wos wird die Argumentation im Zuge des Praxisnachweises geradezu absurd: Trotz Bescheinigung der geforderten mehrjährigen Berufspraxis verweigerte die Innung in einer Stellungnahme der Wirtschaftskammer Niederösterreich vom 05. Jänner 2011 die Anerkennung der individuellen Befähigung mit der Begründung, dass die „mehrjährige fotografische Tätigkeit im Ausland mangels befähigungsnachweisrelevanter fachspezifischer Berufsausbildung nicht anerkannt werden kann“. Für Professor Klein ein glatter Rechtsbruch. Da die Innung der Berufsphotografen auf sachlicher Ebene keine Argumente auf ihrer Seite hat, bedient sie sich einer altbekannten Methodik, um Professor Klein zum Schweigen zu bringen. Seine Kompetenz und Unparteilichkeit wird pauschal in Frage gestellt und zwar pikanter Weise von Personen, die selbst gar keine staatlich anerkannten Sachverständigen oder Gutachter sind, sondern deren ‚Kompetenz‘ im wesentlichen selbsternannt ist oder ihnen vorwiegend durch andere im ‚Filtz der Innung‘ tätige Personen gegeben wurde.

Der Schutz einer Handvoll Berufsphotografen scheint nach wie vor mehr wert zu sein als die Berufsfreiheit, die der gesamten Bevölkerung nützen würde. Mit dieser Einstellung zeigt Österreich wieder einmal, dass es im Haus Europa geistig noch nicht wirklich heimisch geworden ist.

## **Ein helles Licht am Ende des Tunnels**

Im Zuge der Recherchen nahm unser Verein Kontakt zu dem unabhängigen Mitglied des Europäischen Parlaments Martin Ehrenhauser auf, der sich bereit erklärte, unser Anliegen zu unterstützen. Als erster Schwerpunkt der Zusammenarbeit trat Martin Ehrenhauser mit Erfolg in einen Dialog mit der EU-Kommission, insbesonde-

re mit dem zuständigen Kommissar Michel Barnier. Die Anfragen betreffend Beschränkungen der Digitalfotografie in Österreich werden nun auch im Zuge der Neuausarbeitung der Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen berücksichtigt. In der Antragsbeantwortung an den Abgeordneten Ehrenhauser gab Kommissar Barnier eine Stellungnahme ab in der es heißt: „Weder in der Dienstleistungsrichtlinie noch in der Richtlinie 2005/36/EG wird die Frage der bestimmten Berufsgruppen vorbehaltenen Tätigkeiten im Zusammenhang mit Berufsqualifikationen geregelt. Dennoch ist die derzeitige Situation unter dem Aspekt einer weitergehenden Integration der Dienstleistungsmärkte in der Europäischen Union nicht unbedingt zufriedenstellend. (...) Die Diskussionen (...) haben ebenso gezeigt, dass fortbestehende Schwierigkeiten im Bereich des freien Dienstleistungsverkehrs darauf zurückzuführen sind, dass bestimmte Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten bestimmten Akteuren vorbehalten bleiben, die über eine spezielle Berufsqualifikation verfügen.“<sup>7</sup> Ein Schwerpunkt der neuen Dienstleistungsrichtlinie soll im Abbau von Zugangsbeschränkungen liegen, die nur in einzelnen oder einigen wenigen Staaten in Kraft sind.

## **Erfolgsbilanz**

In den letzten Wochen hat sich eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit einer Fraktion des Europaparlaments ergeben und die Möglichkeit einer Vertragsverletzungsklage gegen Österreich steht im Raum. Es kann durchaus bereits als Erfolg gewertet werden, wenn unsere Aktivitäten mitgeholfen haben, eine europaweit geltende Problematik in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken und in unserem Heimatland weiterhin aktiv mitzuhelfen, dass ein kleines Stück Europarecht in Zukunft zum Nutzen der Menschen angewandt werden kann. Wir kämpfen weiter gegen Protektionismus und Abschottung der Dienstleistungsmärkte, denn

es kann zwar kurzzeitig Schutz vor (der großteils tatsächlich besseren) Konkurrenz erkaufte werden, aber bereits mittelfristig gewinnt Österreich durch Öffnung der Märkte und den Qualitätsfortschritt, und langfristig werden unsere Berufsfotografen konkurrenzfähig bleiben und ihr eigenes Überleben sichern müssen.

## Quellenverzeichnis

- 1 [www.freiefotografie.org](http://www.freiefotografie.org)
- 2 Adobe Kreativportal: <http://www.adobe-kreativportal.de/projekte/fotografie-bildbearbeitung/1115/kreativer-der-woche-photoshop-artist-calvin-hollywood-heide>
- 3 Calvin Hollywood: <http://www.calvinhollywood-blog.de/2011/03/06/das-war-wien/>
- 4 Stepan, Peter: Fotografie, das 20. Jahrhundert; Prestel Verlag, München; 1999.
- 5 Barnier, Michel: Antwort auf eine schriftliche Anfrage „E-000739/2011“ Brüssel, 2011.
- 6 Ebd.
- 7 Barnier, Michel: Antwort auf eine schriftliche Anfrage „E-000739/2011“ Brüssel, 2011.

# Wurzelbehandlung mit Hindernissen

Von Helmut Hofmann

## Die Bürger haben entschieden

Am 26. Juni 2009 stand das Ergebnis fest: 66,3 Prozent der Befragten hatten gegen den Bau einer Garage unter dem Dr.-Karl-Lueger-Platz im ersten Wiener Gemeindebezirk votiert. Damit war das Projekt nach fünfjährigem aufreibendem Kampf vom Tisch. Ein einmaliges Naturdenkmal war gerettet.

## Die Vorgeschichte

Im Herbst 2001 hatten sich erstmals Wiener Bürgerinitiativen, darunter auch eine gegen die Tiefgarage Neuer Markt, einem großen Platz im 1. Wiener Gemeindebezirk nahe der Oper, formlos ausgetauscht. Im Frühjahr 2002 hielten sie auf dem Neuen Markt eine Solidaritätsdemonstration ab. Archäologische Grabungen unterwarfen das Garagenprojekt einer längeren Nachdenkpause. 2005 standen Kommunalwahlen vor der Tür. Die ÖVP bangte um ihre Mehrheit im 1. Wiener Bezirk. Deshalb bot sie ihre Europa-abgeordnete Ursula Stenzel für eine Kandidatur auf, die mit ihrem engagierten Eintreten für Bürgerinitiativen große Sympathien in der Bevölkerung und bei den Wahlen eine klare Mehrheit errang. In Einlösung ihres Wahlversprechens unterwarf sie die unter dem Neuen Markt geplante Tiefgarage einer Befragung. 74 Prozent - bei 68 Prozent Beteiligung - stimmten dagegen.

## Neue Garagenplanung als „Strafe“ ?

Der Mut der politischen Quereinsteigerin, auf ihre Wähler statt auf die Partei zu hören, verlangte nach ‚Strafe‘. Der Dr.-Karl-Lueger-Platz, ebenfalls im 1. Bezirk zwischen Stubenring und Wollzeile gelegen, schließt einen kleinen Park ein, in dessen Mittelpunkt das

überlebensgroße Denkmal des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Dr. Karl Lueger, sowie eine 80-jährige Platane stehen. Der Garagenkoordinator der Stadt Wien, der Meidlinger SP-Bezirksabgeordnete Alfred Theuermann, befand ihn als geeigneten Garagenstandort. Eine Grazer Firma durfte planen. Der Bezirk sollte zustimmen. Die Grünen forderten, wie beim Neuen Markt, eine Befragung. Sie setzten auf die Ablehnung durch die betroffene Bevölkerung. Keine Fraktion fand den Mut, sich darüber hinwegzusetzen. Die Befragung wurde einhellig beschlossen. Die Garagenbefürworter meinten, die Bevölkerung von der Garage überzeugen zu können und dadurch einer Befragung ausweichen zu können. Dazu aus einem Brief der Magistratsabteilung 21 für Stadtteilplanung und Flächenwidmung an die Bürgerinitiative:

„Im Auftrag von Stadtrat DI Rudi Schicker wurden Empfehlungen für eine klare Vorgangsweise bei Garagenprojekten entwickelt. Nachdem der Bezirk beschlossen hat, einen möglichen Garagenstandort zu überprüfen, wird in dessen Auftrag eine sogenannte Bedarfserhebung durchgeführt. Mit dieser Erhebung als Grundlage, sollen dann vom Bezirk alle AnrainerInnen informiert werden und eine umfassende Diskussion statt finden.“

Am 4. Juli 2006 wurde das Projekt der Öffentlichkeit präsentiert. Ein unterirdischer Baukörper sollte bedenklich nahe an den Stamm der großen, den Platz beherrschenden und seine Identität prägenden Platane reichen. Der nun 80-jährige Baum war 1994 wegen seines einmaligen Wuchses zum Naturdenkmal erklärt worden. Besorgnis herrschte, dass die Platane unter dem Bau leiden und ihr Wuchs, möglicherweise auch ihre Existenz gefährdet werden könnte. Auch wurden angesichts der stets halbleeren Garagen in nächster Umgebung Zweifel am Bedarf laut.

Die folgenden drei Jahre wurden zu einem dramatischen Hindernislauf, bei dem mit mehr als fragwürdigen Mitteln wiederholt versucht wurde, die Bürgerinitiative hinters Licht zu führen.

## **Bürgerbeleidigung statt Bürgerbeteiligung**

Zunächst demonstrierte die Obrigkeit, was sie sich unter einer sogenannten Bedarfserhebung, der Information aller Anrainer und einer umfassenden Diskussion, vorstellt. Man dachte, die Bürgerinitiative über den Tisch ziehen und die Bezirksvorsteherin instrumentalisieren zu können, um eine Farce als ‚Bürgerbeteiligungsverfahren‘ auszugeben. Am Morgen des 22. März 2007 begann in ihrem Büro ein seltsames ‚Beteiligungsgespräch‘ unter Teilnahme des Garagenerrichters, des Garagenkoordinators der Stadt Wien, zweier Sachverständiger, der neutral zuhörenden Bezirksvorsteherin und zweier ‚Moderatorinnen‘, deren Nähe zur Wirtschaftskammer und damit zum Garagenerrichter offenkundig war. Sie sollten die Diskussion möglichst unauffällig im Sinne des Garagenerrichters lenken und bei der Bürgerinitiative den Eindruck von Objektivität erwecken.

Nach Vorbesprechung hinter verschlossenen Türen wurde mit großer Verspätung der Vorhang zum Bürgertheater hochgezogen. Die gewichtigsten Einwände der Bürgerinitiative – mangelnde Bedarfsprüfung und Gefährdung der Platane - waren bekannt. Zwei Herren, Dr. Dipl. Ing. Michael Meschik (Assistenzprofessor an der Universität für Bodenkultur) und Ing. Bernhard Fletzer wurden mit dem Bemerkten vorgestellt, sie seien mit der Erstellung einschlägiger Gutachten beauftragt, wobei ausdrücklich von einer Bedarfserhebung die Rede war. Im Hinblick auf die von der Bürgerinitiative schon zuvor erhobenen umfangreichen Daten erklärte sich Dr. Meschik vor endgültiger Abfassung seines Gutachtens zu einer Datenabgleichung bereit. Da niemand dagegen einen Einwand erhob, wurde hiefür ein Termin kurz vor der Präsentation der Gutachten fixiert. Einige Wochen danach informierte uns Dr. Meschik aber, dass das Zusammentreffen „vom Bezirk“ kurzfristig abgesagt wurde. Ebenso, dass er der Bürgerinitiative den Entwurf seines Gutachtens nicht zeigen könne, weil der Auftraggeber nicht zustimme, er aber seinerseits an den Aufzeichnungen der Bürgerinitiative interessiert sei.

Auch bei der nächsten Zusammenkunft am 08. Mai 2007 kam es zu einem kafkaesken Szenario: Mehrere Teilnehmer der für acht Uhr angesetzten Besprechung trafen ohne jede Nachricht mit der Begründung, es herrsche in der Stadt dichter Verkehr (welche Neuigkeit), um Stunden verspätet ein. Das Merkwürdige: Niemand, auch nicht die Bezirksvorsteherin, rügte diese grobe Unhöflichkeit. Der Verdacht lag im Raum, dass der Vortrag des ‚Bedarfgutachtens‘ noch ‚abgestimmt‘ werden musste, weil er in der ursprünglich vorgesehenen Form zu sehr für den Standpunkt der Bürgerinitiative gesprochen hätte.

### **Vorsicht, „Gutachten“. Hindernis Nr. 1**

Zunächst präsentierte Ing. Fletzer sein „Platanengutachten“, wohlweislich mit dem Zusatz, dass es „noch nicht endgültig“ sei. Dabei verstieg er sich zu der Behauptung, der nach damaliger Planung noch tief in den Wurzelbereich reichende Bau sei für die Platane sogar vorteilhaft, weil er Gelegenheit böte, die pflanzliche Umgebung des Naturdenkmals auszulichten.

Für die Bürgerinitiative hatte sich, von seiner Frau tatkräftig unterstützt, der über 80-jährige Universitätsdozent Dr. Kurt Summer in das Studium der Wurzelbiologie vertieft und mit Hilfe der leider verstorbenen Klagenfurter Professorin DI Dr. Lore *Kutschera*, einer international anerkannten Expertin auf diesem Gebiet, das zur Widerlegung von Gefälligkeitsgutachten erforderliche Wissen angeeignet. Dr. Summer erwies sich bei allen Diskussionen als wahrer Experte, der jeden Versuch, die Bürgerinitiative in die Irre zu führen, souverän zunichte machte. So entlarvte er das Fletzer-Gutachten als wertloses Machwerk ohne Aussagekraft.

Um zu verhindern, dass Präpotenz und Ignoranz die fachliche Kompetenz von Frau Dr. Kutschera in Zweifel ziehen könnten, wurde der damalige Generaldirektor des Naturhistorischen Museums, Dr. Bernhard Lötsch, um sein Zeugnis gebeten. Es lautete: „Prof. Kutschera ist mir als beste Kennerin von Wurzelsystemen

bekannt und daher kompetent, mögliche Schädigungen im Wurzelraum eines Altbaumes zu beurteilen.“ Dr. Löttsch fügte noch einen Satz hinzu, dessen Zutreffen im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen eindrucksvoll bestätigt werden sollte: „Überdies gibt es in und um Wien mehrere Baumschadenfachleute und Baumchirurgen, die zusätzlich zu Fletzer und Kutschera eine Meinung abgeben könnten – sofern eine hinreichende Unabhängigkeit von der Gemeinde besteht.“ Das gesichtswahrende Ausstiegsszenario aus dieser für die Obrigkeit peinlichen Lage bestand in der Übereinkunft, das Fletzer-Gutachten „im kleinen Kreis eingehend zu erörtern“. Nach Konfrontation des Gutachters mit Frau Dr. Kutschera war der Spuk endgültig vorbei.

Sodann präsentierte Dr. Meschik seine ‚Expertise‘, obwohl am 22. März 2007 ausdrücklich von einer Bedarfsanalyse die Rede war. Die Bürgerinitiative wusste von *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung*, dass sich der Garagenkoordinator um die Bedarfsfrage mit wenig aussagekräftigen Stellplatzzählungen herumzudrücken pflegt. Ihre Vertretung war daher unangenehm berührt, als sich die Dr. Meschik gestellte Aufgabe als „Zählung von Abstellmöglichkeiten für PKW und deren Auslastung in vier öffentlichen Garagen im Gebiet 300m um den Dr. Karl Lueger Platz“ sowie „Angebot an Stellplätzen und deren Auslastung“ entpuppte. Stellplatzerhebung statt Bedarfserhebung, noch dazu mit einer Zählmethode, die Kopfschütteln hervorrief. Die Bürgerinitiative hatte nämlich, abgestützt auf elektronische Veröffentlichungen der Garagenbetreiber, in permanenten und zeitaufwändigen Erhebungen die Zahl der von allen umliegenden Garagen angebotenen freien Plätze erhoben und aufgezeichnet. Die Zahlen sprachen eindeutig gegen jeden Zusatzbedarf an Garagenstellplätzen im Umkreis des Luegerplatzes. Selbst zu Spitzenzeiten wurden Stellplätze in Hülle und Fülle angeboten. Die bloße Stellplatzzählung dagegen wies eine weitgehende theoretische Vollbelegung der umliegenden Garagen durch Dauermieter aus, ohne auf die tatsächliche Belegung Rücksicht zu nehmen. Es ist nämlich branchenüblich, aufgrund verlässlicher

Erfahrungswerte über die Abwesenheit von Dauerparkern die ungenutzte Parkplatzkapazität Kurzparkern anzubieten. Auf diesem System beruhen die elektronischen Anzeigen freier Garagenplätze im öffentlichen Straßenraum. Im Unterschied zur bloßen Stellplatzzählung müssten daher die nach dem elektronischen Anzeigesystem als frei angebotenen Plätze bedarfsmindernd berücksichtigt werden.

Als klar wurde, dass die Bürgerinitiative die Farce durchschaut hatte, schnitten die „Moderatorinnen“ eine weitere Erörterung abrupt ab und wollten unter Berufung auf ein angebliches Gutachten des anerkannten Verkehrsexperten Prof. Knoflacher ein völlig neues Verkehrsszenario für die weitere Umgebung des Luegerplatzes diskutieren. Die Bürgerinitiative lehnte dies in Unkenntnis des Gutachtens, dessen Aushändigung ihr bezeichnenderweise ohne Angabe von Gründen verweigert wurde, ab.

## **Ein neues Bürgertheater. Hindernis Nr. 2**

Ein Jahr lang herrschte Schweigen. Es schien, als hätte sich das bessere Argument durchgesetzt Die ursprüngliche Planung musste wegen der offensichtlichen Gefährdung des Naturdenkmals verworfen werden. Ein von der Platane um etliche Meter abgerücktes, verkleinertes Projekt sollte der Öffentlichkeit 2008 an drei Dezemberabenden schmackhaft gemacht werden, zu denen der ÖVP-Wirtschaftsbund und die Bezirksvorsteherin in die Aula der Akademie der Wissenschaften eingeladen hatten.

Die „Informationsveranstaltung“ entpuppte sich alsbald als Schmierenkomödie, mit der das Publikum eingekocht werden sollte. Doch es kam anders. Die Stunde der nimmermüden Aktiven der Bürgerinitiative hatte geschlagen. Sie hatten Anrainer und Geschäftsleute immer wieder über ihnen vorenthaltene Informationen informiert. Nun konnten sich die Betroffenen endlich selbst ein objektives Bild von der Wahrheit machen. Es fiel für die Garage vernichtend aus.

Auf dem Podium saßen Garagenerrichter und -planer, Oberflächenplaner, Garagenkoordinator, ein neuer Verkehrsexperte (DI Philip Rosinak jun.) und als neuer Wurzelexperte DI Martin Steinbauer. Die beiden altbekannten Damen moderierten, die Bezirksvorsteherin begnügte sich abermals mit der Rolle einer ‚neutralen Beobachterin‘. Schon beim ersten Termin war unter den zahlreichen Anwesenden Unmut darüber erkennbar, dass Vertreter der Bürgerinitiative auf dem Podium fehlten. Er entlud sich erstmals, als nach den langatmigen Vorträgen des Podiums der Wurzelexperte der Bürgerinitiative, Dr. Summer seinen Standpunkt in gleicher Weise vortragen wollte. Zähneknirschend wurde dies zugestanden. Die allgemein verständlichen und einwandfrei belegten Aussagen Dr. Summers standen in diametralem Gegensatz zu den vagen Angaben des Experten DI Steinbauer, der aufgrund der mittlerweile vorgenommenen Wurzelgrabungen eine Gefährdung der Platane – abgesehen von einem ganz geringen, in solchen Fällen immer vorhandenen Restrisiko – ausschloss. Da die letzte Grabung wegen eines Kabels abgebrochen worden war, stützte er seine Aussage auf eine „Norm“. Dr. Summer wies darauf hin, dass diese „Norm“ nur eine auf Erfahrungswerte gestützte Annahme sei, die Ausnahmen zulasse. Der besondere, für die Erhebung zum Naturdenkmal maßgebliche Wuchs des Baumes lasse eine solche Abweichung sogar mit ziemlicher Sicherheit vermuten.

Dr. Summer hielt dem Experten auch unrichtige Darstellungen vor. Eine davon betraf das Gutachten von Frau Dr. Kutschera: Dort, so Steinbauer, „sei festgehalten, dass die „Wurzeln zwischen 40 und 100 Zentimeter tief“ seien. Tatsächlich – davon konnte man sich durch Einsicht in das Gutachten sofort überzeugen, steht dort: „wären stichprobenartige Untersuchungen, zumindest innerhalb eines 40 und 100 Zentimeter tief reichenden Bodenraumes wünschenswert.“ Der Unterschied zwischen einem Exaktwert und einer Mindestangabe sollte einem Gutachter, der nicht müde wird, seine Fachkompetenz durch über tausend gefertigte Gutachten eindrucksvoll zu unterstreichen, so klar sein, dass er diese beiden

Aussagen nicht einmal irrtümlich für übereinstimmend hält.

Schließlich griff der Sachverständige zur Denunzierung. Er meinte, jemand aus dem Stadtgartenamt habe gesagt, die Bürgerinitiative benütze die Platane nur als Vorwand für die Ablehnung der Garage. Die Haltlosigkeit einer solchen Unterstellung ergibt sich schon daraus, dass Frau Dr. Kutschera als über 90-jährige, in Klagenfurt lebende Wissenschaftlerin, die Garage auf dem Luegerplatz völlig gleichgültig war. Ihre Bedenken gegen den Garagenbau galten nur der Platane, deren mögliche Beeinträchtigung zu beurteilen sie sich erbötig gemacht hatte, ohne daraus auch nur den geringsten persönlichen Nutzen zu ziehen. Eine von dieser international anerkannten Expertin geäußerte Fachmeinung als Vorwand für die Ablehnung der Garage zu denunzieren disqualifiziert den, der solches äußert.

Beim vergeblichen Versuch des Podiums, mit geschönten Bildern und Reden das Auditorium für das Projekt einzunehmen, wurde der Garagenkoordinator nicht müde, wortreich seine Sichtweise von „Bedarf“ darzulegen. Als er auf die Frage nach einer Bedarfsprüfung antwortete: „Der Bedarf wurde festgestellt“, war dieser Tobak sogar der Bezirksvorsteherin zu stark. Sie stellte fest, dass lediglich eine Stellplatzzählung durchgeführt worden sei. Es war auch nicht mehr zu verheimlichen, dass der Auftrag des Bezirks an den Gutachter gelautet hatte: „Stellplatzerhebung Privatgaragen ergänzend zum öffentlichen Raum.“ Also hat auch der Garagenkoordinator vorsätzlich die Unwahrheit gesprochen, um das Auditorium zu täuschen. Über sein und DI Steinbauers Motiv, hartnäckig auf einer öffentlich widerlegten Meinung zu beharren, mag sich jeder sein eigenes Bild machen.

Den beiden Moderatorinnen erging es gegen Ende des dritten Abends - es war schon 22:30 Uhr - wie dem Zauberlehrling. In ihrem missionarischen Drang, alles, was sich ihrer Marschrichtung in den Weg stellte, niederzuschreien, taten sie dieses - sehr zum Gaudium der noch Anwesenden - schließlich wechselseitig und ließen einander nicht mehr zu Wort kommen. Dass ihr Nerven-

kostüm ziemlich verschlissen war, nach dem teilweise turbulenten Verlauf der Veranstaltungen war das kein Wunder.

## **Grabenkämpfe Meter um Meter**

Im Verein mit der Umweltschutzgesellschaft wurde die Befassung eines dritten Sachverständigen in der Person des Universitäts-Professor Dr. Florin Florineth von der Universität für Bodenkultur durchgesetzt. Man bestand auf der Vertiefung und Erweiterung der Grabenschürfe östlich des Denkmals. Sie ergab die Unrichtigkeit der von DI Steinbauer getroffenen Annahmen. Es wurden erheblich über den Graben hinausreichende Starkwurzeln festgestellt. Eine von Prof. Dr. Florineth einberufenen Konferenz aller Beteiligten musste zur Kenntnis nehmen, dass der Garagenbau den Wuchs der Platane ungünstig beeinflussen könne, es bestünde ein nicht zu vernachlässigendes Risiko.

Es lässt auf die politische Verfassung eines Gemeinwesens schließen, wenn die Einhaltung von Gesetzen - eigentlich Aufgabe der Behörden - von Bürgerinitiativen im Disput mit „Sachverständigen“ erkämpft werden muss, die Gutachten und Polemik nicht trennen. Bürger werden zudem noch als ‚selbsternannte‘ Sachverständige verhöhnt, obwohl ihr kostenloser Sachverstand sehr oft zielsicherer und vor allem ehrlicher urteilt als der ernannter und gut bezahlter ‚Experten‘.

## **Es wird ernst. Hindernis Nr. 3**

Plötzlich war die Unversehrtheit der Platane für einen Garagenbau nicht mehr unabdingbar. Man nahm vielmehr das „Restrisiko“ bewusst in Kauf und rüstete zum alles entscheidenden Endkampf: Der Befragung der betroffenen Bevölkerung.

Zunächst wurde die einflussreiche Inhaberin des angrenzenden *Café Prückel* durch Verlegung der Garageneinfahrt in die Nebenfahrbahn der Ringstraße und der damit verbundenen Aufwertung

des Schanigartens gewonnen. Auf die dort befindlichen Geschäfte und Lokale, auf die zu fallenden Bäume zwischen Haupt- und Nebenfahrbahn nahm man keine Rücksicht. In einer Loge des Cafés stand nun ein Computer, auf dem interessierte Gäste das geschönte Projekt samt Aufforderung, für dieses zu stimmen, betrachten konnten. Das Interesse hielt sich in Grenzen; der Computer-Platz war zumeist verwaist.

Die Bürgerinitiative sollte in die Festlegung der Befragungsmodalitäten eingebunden werden. Diese wurden, wenn auch unter dem Zeitdruck des einseitig angesetzten Befragungstermins, mit Vertretern der Bürgerinitiative besprochen. Der Garagenkoordinator der Stadt Wien diktierte dabei unter Hinweis darauf, dass der Bezirk die Befragung aus freien Stücken durchführe und dazu keineswegs verpflichtet sei, die Bedingungen. Mit den rechtsstaatlichen Grundsätzen für Befragungen nahm er es dabei nicht sehr genau. Die willkürliche Ausdehnung des Befragungskreises auf Hausbesitzer, Geschäftsinhaber und Freiberufler, nicht aber auf die dort Beschäftigten, verstieß gegen den Gleichheitsgrundsatz und ermöglichte die Abgabe von Mehrfachstimmen. Ing. Theuermann behauptete zwar wiederholt, dies könne ausgeschlossen werden, er werde das der Bürgerinitiative noch rechtzeitig anhand der Unterlagen beweisen. Diesen Beweis blieb er allerdings trotz mehrfacher – auch öffentlicher – Urgenz bis zuletzt schuldig. Der Kreis der Befragten blieb damit undurchschaubar. Das vereinbarte Layout des dem Befragungskuvert beizulegenden „Pro- und Kontra- Blattes“ wurde zudem eigenmächtig hinter dem Rücken der Initiative und natürlich zu deren Nachteil, verfälscht.

Die Abwicklung der Befragung war somit eine Verhöhnung des allgemeinen, geheimen, gleichen und persönlichen Wahlrechts. Weder die Anonymität aller Stimmabgaben und die Gleichheit der Stimmberechtigten, noch das persönliche Wahlrecht (es wurden auch juristische Personen zugelassen) war gewährleistet. Auch dem Erfordernis der Allgemeinheit wurde durch die Zulassung der Geschäftsinhaber und den Ausschluss ihrer Angestellten nicht entsprochen.

## Die Bevölkerung antwortet

Gerade deshalb ist das Ergebnis bemerkenswert. Offenbar schreckte die Verletzung demokratischer Grundsätze selbst jene ab, die man für zusätzliche Pro-Stimmen gewinnen wollte. Viele von ihnen mussten gegen die Garage votiert haben. Von einigen Hausbesitzern ist bekannt, dass sie die Entscheidung der Mehrheit ihrer Mieter überlassen haben, von einigen Geschäftsleuten, dass sie – trotz intensiver Überredungsversuche durch Wirtschafts-bund-Emissäre – gegen eine ungewollte Zwangsbeglückung gestimmt hatten. Die betroffene Bevölkerung hat sich über alle Berufsstände und parteipolitischen Grenzen hinweg erfolgreich gewehrt. Ehrliche und offene Information bewirkten mehr als all die Nebelgranaten, mit denen die Menschen im Sinne gewisser ‚pressure groups‘ betäubt werden sollten. Der ‚Wahlkampf‘ gipfelte darin, dass bis heute Unbekannte der Lueger-Statue eine Tafel mit der Aufschrift: „Ich bin dagegen“ um den Hals hängten. Mit diesen drei lapidaren Worten war die aufwändige Schönfärberei zur Makulatur geworden.

Besonders empörend war der Umgang mit den zeitlichen Ressourcen der Bürgerinitiativen-Vertreter. Während die Tätigkeit aller anderen Teilnehmer gegen Entgelt oder im finanziellen Eigeninteresse erfolgte, erachtete es die Stadt Wien für selbstverständlich, dass die vielen, im Interesse der Allgemeinheit aufgewendeten Stunden an Erhebungen, Erkundungen, Verhandlungen und Diskussionsbeiträgen unentgeltlich waren. Besonders deutlich wird dies bei jenen hochbezahlten Gutachten, deren abstruse Aussagen ein akribisches Vertiefen in eine ungewohnte Materie – in Glücksfällen mit engagierter, kostenloser Unterstützung durch kompetente Fachleute – erforderte. Erst dadurch konnte mit der Kraft der dabei gewonnenen besseren Argumente ein mit intellektueller Unredlichkeit verbreiteter Schwachsinn widerlegt werden. Es sollte nicht wundern, wenn gutwillige Bürger solcherart zu Wutbürgern werden.

## Fazit

Erfolg ist auch dann möglich, wenn er zunächst völlig aussichtslos erscheint. Er setzt aber einen an Selbstaufopferung grenzenden Einsatz an Zeit, Mühe und Mitteln, an persönlichem Engagement, Hartnäckigkeit und Wachsamkeit voraus, um sich den Zugang zu entscheidenden Informationen und entsprechendes Gehör zu verschaffen. Selbst dann ist Erfolg nicht selbstverständlich. Die „Obrigkeit“ verfügt über Macht und Mittel. Sie scheut bei der Durchsetzung ihrer oft parteipolitisch motivierten Interessen keine heimtückischen Tiefschläge gegen Recht und demokratische Grundsätze. Bürgerinitiativen sind dieser Obrigkeit nur durch ausgeprägte Solidarität und intellektuelle Kraft überlegen. Diese gilt es zu aktivieren.

## Nachsatz

Wer heute über den Luegerplatz schlendert, freut sich nicht nur über ein prächtig blühendes üppiges Rosenbeet zwischen Ringstraße und Denkmal. Die Bänke unter der Platane sind fast immer besetzt. Dutzende Menschen suchen unter dem Astwerk Erquickung und Schutz vor der prallen Sonne. Jeder, der diesen Hort der Ruhe inmitten pulsierenden urbanen Lebens sieht, freut sich über den schönen Wuchs des Baumes, der nun zum Symbol für den erfolgreichen Einsatz der Zivilgesellschaft geworden ist.

Den Menschen ist das nicht unbeträchtliche „Restrisiko“ für die Platane und damit für das gesamte Erscheinungsbild des Platzes nicht gleichgültig gewesen. Sie haben dazu beigetragen, ein Naturdenkmal vor seiner möglichen Zerstörung durch einen sinnlosen Garagenbau zu bewahren.

Diejenigen aber, welche jahrelang um „ihren“ Baum gekämpft haben, werden mit Genugtuung festgestellt haben, dass ihr Beispiel Schule gemacht und geholfen hat, weitere Parkanlagen vor der Garagenwut zu bewahren. Beherzte Bürger wurden auch anderswo ermutigt, den Kampf gegen einen übermächtig scheinenden

den Gegner aufzunehmen – nicht immer, aber doch in der Mehrzahl der Fälle mit Erfolg - einem Erfolg der Demokratie.



## Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKW	Atomkraftwerk
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ASKÖ	Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur
BIO	Biologische Landwirtschaft
BT	Herbizidresistenter Mais
BVG	Bundesverfassungsgericht
B-VG	Bundes Verfassungsgesetz
DHS	Department of Homeland Security
DI	Diplomingenieur
DR	Doktor
EG	Europäische Gemeinschaft
EGW	Einwohnergleichwert
EHEC	Enterohämorrhagische Escherichia Coli
EU	Europäische Union
EUGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVN	Energie Versorgung Niederösterreich
EZB	Euopäische Zentralbank
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreich
GVO	Gentechisch veränderter Organismus
ICEMOS	UNESCO Fachbeirat für Weltkulturerbe
ING	Ingenieur
IWBI	Initiative Wiener Bürgerinitiativen
IWF	Internationaler Währungsfond
LKW	Lastkraftwagen
NGO	Nichtregierungsorganisation
NS	Nationalsozialismus
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PKW	Personenkraftwagen
PNR	Passenger Name Record (Fluggastdatenspeicherung)
SP	Sozialdemokratische Partei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich
STEP	Stadtentwicklungsplan
TU	Technische Universität
TV	Fernsehen

UDSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UNO	Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VGÖ	Vereinte Grüne Österreichs
VP	Volkspartei
WUK	Werkstätten und Kulturhaus
WWF	World Wide Fund For Nature

## Das Autorenverzeichnis



### Mag. Martin Ehrenhauser

*Titel: „Für ein Ende der Oligarchie der Gläubiger“*

Geb. 1978; Nach einer Kochlehre und mehreren Jahren Praxis in Österreich, Malaysia und USA, über den zweiten Bildungsweg ein betriebswirtschaftliches Studium an der Universität Linz und das Studium der Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck und Loughborough absolviert.

Operationelle Leitung des EU-Wahlkampfes der Liste Martin bei der EU-Wahl 2009. Aufgedeckte Korruptionsfälle: *Strabag* und Hans-Peter Martin. Seit 2009 unabhängiger EU-Abgeordneter mit den Themenschwerpunkten: Demokratie, Datenschutz, Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Geldsystem und Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln.



### Dr. Josef Germ

*Titel: „Braucht Demokratie Bürgerinitiative(n)?“ und „Sitzstreik gegen Verkehrshölle“*

Geb. 1944; Studium der Rechtswissenschaften.

Vierzig Jahre im Bundesdienst. Bundeskanzleramt, Rechnungshof und die letzten zwanzig Jahre als Richter am Verwaltungsgerichtshof. Mitwirkung an einer Bürgerinitiative vor circa 30 Jahren. Personalvertreter im Rechnungshof und ehrenamtlicher Funktionär bei verschiedenen gemeinnützigen Einrichtungen. Fachpublikationen und journalistische Arbeiten (*Furche*, *Wiener Zeitung*, *Der öffentliche Dienst* aktuell). Auch im Ruhestand am Grundsätzlichen und der Funktionsfähigkeit des Staates interessiert.



### Gerald Grüner

*Titel: „Geheimakte Schweiz“*

Geb. 1965; Vorstandsmitglied der *NFÖ (Bündnis Neutrales Freies Österreich)*, die als zentrale Forderung die Direkte Demokratie betreibt. Gemeinsam mit anderen politischen Kleingruppen hat die *NFÖ* auf der Plattform *Direkte Demokratie* bei den Gemeinderatswahlen 2010 teilgenommen.

Mit massiven Angriffen auf die Grundpfeiler der Demokratie im Vertrag von Lissabon, der verblüffende Selbstermächtigungsklauseln aufweist, versucht man, die Bürger politisch sanft aber sicher zu entmündigen. Lassen wir uns das gefallen? Mit dem Schweizer Modell steht uns eine Alternative zur Verfügung, die es laut politischem Establishment gar nicht gibt. Das vorliegende Buchprojekt hat mir eine willkommene Gelegenheit gegeben, bei der Verbreitung dieses „Geheimwissens“ mitzuhelfen.



### **DI Matthias Heckmann**

*Titel: „Wehren wir uns – Es lohnt sich“*

Geb. 1967 in Deutschland, aufgewachsen in Niederösterreich, seit 1987 in Wien. Studium Maschinenbau an der TU Wien. Verschiedene berufliche Tätigkeiten im Bereich Technik, Qualitätsmanagement und Forschung, seit 2004 bei *Bioenergy 2020+ GmbH* in Wieselburg tätig. Engagiert sich seit 2008 intensiv beim Widerstand am Augartenspitz. Eventorganisation, Koordination mit anderen Initiativen, Betreuung der Website [www.erlustigung.org](http://www.erlustigung.org) und Aktivitäten im Web 2.0; Presseaussendungen und Vorbereitung von Pressekongressen, fotografische Dokumentation. Augarten-„Spitzbube“ für Alles.



### **Dr. Reingard Hofbauer**

*Titel: „Kirchenallee gerettet! – Wo ein Wille, auch ein Weg“*

Geb. 1944; Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien. Assistentin im Unterrichtsministerium, Edelstahlindustrie, außeruniversitäre Forschung Arsenalresearch ARS, Veterinärmedizinische Universität Wien. Ich finde es empörend, wie die Bürger von unseren Politikern behandelt werden. Bei Flächenplanänderungen z.B. werden wir als Anrainer zwar zur Stellungnahme aufgefordert - nichts wird jedoch berücksichtigt. Trotzdem sollte jeder Bürger versuchen, seine Umgebung lebenswert zu erhalten. Bürgerinitiativen sollten mehr in die Stadtplanung eingebunden werden.



### **Dr. MMag. Helmut Hofmann**

*Titel: „Wurzelbehandlung mit Hindernissen“ und „Aktion21-pro Bürgerbeteiligung“*

Geb. 1934; Jurist, Pianist, Kunsthistoriker, Musikwissenschaftler, früher im Bank- und Industriemanagement tätig gewesen. Seit 1999 (Bürgerinitiative Wien Mitte) partizipationspolitisch engagiert. Gründungsmitglied von *Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung*, der Wiener Plattform für Bürgerinitiativen und Öffentlichkeitsbeteiligung.



### **Dr. Günther Hoppenberger**

*Titel: „Wirtschaften ohne Geldnot?“ und „Ein Geldzyklus geht zu Ende“*

Geb. 1944; Wien, Chemiker und Exportkaufmann, Im Osteuropageschäft für multinationale Chemiekonzerne tätig, konzessionierter Gastwirt, Logotherapeut und Mediator. Das besondere Interesse an „Verstärkung psychischer Leiden durch die Ökonomie“, führte zur intensiven Beschäftigung mit dem Geldwesen.



### **Michael Jungwirth**

*Titel: „Heiligenstädter Rebellen kämpfen um die Hohe Warte“*

Geb. 1956 in Wien, Handelsvertreter. Sohn heimatvertriebener Sudetendeutscher (Vater aus Oberplan im Böhmerwald, Mutter aus der Hopfenstadt Saaz an der Eger). Wuchs in Unterheiligenstadt auf, direkt neben dem Stadion Hohe Warte. War von Kindheit an begeisterter *Vienna*-Anhänger. Gründungsmitglied von *Aktion21 – Pro Bürgerbeteiligung*. Kämpft seit Anfang 2003 an vorderster Front der Bürgerinitiative *Pro Heiligenstadt*. Seit April 2009 ist er deren Obmann.



### **Mag. Doris Kittler**

*Titel: „Wehren wir uns – Es lohnt sich“*

Geb. 1969 in Wien. Studium der Bühnen und Kostümgestaltung an der Universität Mozarteum; Diplom 1995. Nach jahrelanger Beschäftigung mit Fotografie arbeitet sie seit dem Jahr 2000 im Bereich Dokumentarfilm. Zurzeit entsteht der Film *Auf den Barockaden* über die Augartenspitz-Bewegung. Auch Sie können sich an diesem Film aktiv beteiligen. Nähere Infos unter: [www.auf-den-barockaden.at](http://www.auf-den-barockaden.at) und [www.dokit.at](http://www.dokit.at)



### **Bernd Lötsch, Dr. a.o. Univ.Prof.**

*Titel: „Bürgerferne als Demokratieproblem der Europapolitik?“*

Geb. 1941; Studium: Biologie und Chemie; einer, der Wegbereiter der Ökologiebewegung, seit 1970 wachsende Medienpräsenz durch Eintreten gegen Bleibenzin und den urbanen Krisenfaktor Automobil, wissenschaftliche Argumentation für Stadtbegrünung, Habilitation an der Universität Salzburg (1973), Lehrbeauftragter für Humanökologie der Universitäten Wien, Krems u.a., 1973 Aufbau des Instituts für Umweltwissenschaften Wien der Boltzmann Gesellschaft, seit 1978 bei der österr. Akademie der Wissenschaften (gemeinsam mit P.Weish). Öffentliche Auftritte gegen Atomkraft (ab 1975), gegen Donaustau Hainburg (Höhepunkt 1984), leitende Funktion in der Ökologiekommision der Regierung (ab 1985), Nationalparkplanung Donauauen (ab 1986, Generaldirektor des Naturhistorischen Museums (1993-2009), Wahl unter die Top Ten Museen der Welt 2001) Nationale und internationale Preise für Umweltschutz und seine wissenschaftlichen Filme.



### **Univ.-Lektor Mag. Dr. Gernot Neuwirth**

*Titel: „Direkte Demokratie – historischen Abriss seit den 1970er Jahren“*

Geb. 1940; Studium der Anglistik und Germanistik, 1967 bis 2008 Lehrbeauftragter für Englisch und später für Umweltpolitik an der Wirtschaftsuniversität und anderen Universitäten in Österreich und in den USA, freier Mitarbeiter am *Ludwig-Boltzmann-Institut für Umweltwissenschaften*, Mitbegründer von *Greenpeace Österreich* und *Friends of the Earth Österreich*, Vortrags- und Publikationstätigkeit



### **Thomas Palfinger**

*Titel: „Soll man wählen gehen?“*

Geb. 1988; Studium der Politikwissenschaften und der Philosophie. Demokratie bedeutet Freiheit. Man ist jedoch nicht frei nichts zu tun, im Gegenteil, diese Freiheit bedeutet Verantwortung. Jeden Tag den man nichts tut, kostet einem selbst, aber auch den Rest der Gesellschaft, wieder ein Stück mehr unserer Demokratie. Die letzten Geschehnisse auf der politischen Bühne Österreichs haben gezeigt, wie es um unsere Demokratie steht. Daher habe ich an diesem Buchprojekt teilgenommen, damit ein Anfang gemacht ist dem entgegenzuwirken, für mich und auch für alle anderen.



### **Elisabeth Sabler**

*Titel: „Die Macht des Einzelnen“*

Geb. 1957 in Hollabrunn, medizinisch technische Schule mit Diplomabschluss, Berufseinstieg als medizinisch technische Assistentin. Nach Familiengründung Übersiedelung in die VAE, in Abu Dhabi 10 Jahre als Unternehmerin, und seit 1995 in Wien im Bereich EDV Dienstleistungen selbständig tätig. Aktives Mitglied bei der *Initiative Gentechnikverbot*, *IZ* und *Plattform Direkte Demokratie*, 2010 unabhängige Kandidatin zur *ORF* Publikumsratswahl.



### **Dipl. pol. Alexander Sander**

*Titel: „Europäische Datenorgie“*

Geb. 1983; abgeschlossenes Studium der Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg mit den Schwerpunkten Europäische Union, Politik der Inneren Sicherheit sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Initiator der Kampagne *NoPNR* die in diesem Beitrag vorgestellt wird.



### **Hubert Weißnegger**

*Titel: „Wer aufgibt – hat schon verloren“*

Geb. 1940 in Wien, Lehre als Fassbinder abgeschlossen (auch das gab und gibt es). 1959 bei der Post im Hilfsdienst begonnen, ab 1961 Zusteller (Springer) im ganzen Weinviertel, danach Schalterbeamter und Leiter kleinerer Postämter im Weinviertel. Mehrere Gewerbescheine gelöst, politisch seit 1983 ein echter Grüner und Kämpfer gegen Bürokratie. Denn: „Wer sich nicht wehrt nimmt in Kauf, dass Andere über ihn bestimmen“



### **Herta Wessely**

*Titel: „Hände weg vom Bacherpark“ und „Wie gegen alle Widerstände der Ruhe- und Sinnesgarten entstand“*

Geb. 1940; Matura, Germanistik und Geschichte, Uni-Wien. Sekretärin im Wiener Büro der *FAZ*. Seit 1990 erfolgreich in Bürgerinitiativen tätig. Seit 2008 Obfrau von *Aktion21 - pro Bürgerbeteiligung*. Den Enkeln eine kritische Haltung vorzuleben, gegen ein „Da kann man nichts machen, die machen eh, was sie wollen“ anzukämpfen, ist mir wichtig. Sich einbringen, nicht wegsehen, jetzt und hier.



### **Ing. Viktor Zdrachal**

*Titel: " Save Our Sofie – SOS Denkmalschutz" und „Freie Fotografie für freie Bürger“*

Geb. 1966 in Wien. Studierter Nachrichtentechniker und Tontechniker. Kam über die Initiative Sofiensäle zur Bürgerrechtsbewegung *Aktion 21*. War als Jugendlicher auf vielen Veranstaltungen in den Sofiensälen. Frei nach Göthe ein Geist, der sich am Widerspruch definiert und Lorient für wichtiger als Sartre hält.